



Landtag von Baden-Württemberg

85. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 12. April 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 18:27 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6719	Abg. Heiler SPD	6742
Ausscheiden der Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen	6719	Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen	6743
Eintritt des Abg. Ommeln	6719	Abg. Kluck FDP/DVP	6744
Begrüßung des Präsidenten des Landtags des Saarlandes, Hans Ley, und von Mitarbeitern der Verwaltung des Landtags des Saarlandes	6739	Minister Dr. Schäuble	6746
Ausscheiden des Abg. Hackl	6754	Beschluss	6748
1. Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus der „Greencard“-Diskussion für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	6719	3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Bürger und Polizei in Baden-Württemberg – eine Partnerschaft für die innere Sicherheit – Drucksache 12/4702	6749
Abg. Pfister FDP/DVP	6719, 6731	Abg. Rech CDU	6749, 6756
Abg. Hans-Michael Bender CDU	6721	Abg. Redling SPD	6751
Abg. Maurer SPD	6722, 6734	Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen	6752
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen	6724, 6735	Abg. Kluck FDP/DVP	6754
Abg. Deuschle REP	6726, 6736	Abg. Wilhelm REP	6755
Minister von Trotha	6728	Minister Dr. Schäuble	6757
Abg. Rau CDU	6732	Beschluss	6760
Ministerin Dr. Annette Schavan	6737	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung – Drucksache 12/5001	6760
2. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Änderung des Artikels 16 a Grundgesetz (GG) – Drucksache 12/4616	6739	Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen	6760, 6766
Abg. Dr. Schlierer REP	6739, 6745	Abg. Fleischer CDU	6762
Abg. Roland Schmid CDU	6741	Abg. Schmiedel SPD	6763, 6767
		Abg. Hofer FDP/DVP	6763
		Abg. Schonath REP	6765
		Staatssekretär Dr. Mehrländer	6765
		Beschluss	6767

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen – Drucksache 12/4869	Abg. Drautz FDP/DVP	6778
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 12/5005	Abg. Dagenbach REP	6779
Abg. Dr. Birk CDU	Abg. Maurer SPD	6780
Abg. Carla Bregenzer SPD	Abg. Oettinger CDU	6781
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen	Ministerin Gerdi Staiblin	6782
Abg. Kiesswetter FDP/DVP		
Abg. Deuschle REP	8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Zerstörung von Moorflächen durch einen bekannten Torfabbaunternehmer im oberschwäbischen Natur- und Landschaftsschutzgebiet Bodenmöser – Drucksache 12/4700	6785
Minister von Trotha	Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen	6793
Beschluss	Abg. Hauk CDU	6787, 6793
	Abg. Dr. Caroli SPD	6788
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen – Drucksache 12/4910	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	6790
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5048	Abg. Dagenbach REP	6791
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	Ministerin Gerdi Staiblin	6792
Abg. Birgit Kipfer SPD	Beschluss	6794
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen		
Abg. Kluck FDP/DVP	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 21. Dezember 1999 – Von der Europäischen Kommission am 24. November 1999 verabschiedete Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften – Drucksachen 12/4735, 12/5030	6794
Abg. Dr. Schlierer REP	Abg. Haasis CDU	6794
Minister Dr. Palmer	Abg. Capezzuto SPD	6796
Beschluss	Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen	6797
	Abg. Kleinmann FDP/DVP	6798
7. Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Zukunft des ländlichen Raums – Drucksache 12/3894	Abg. Rapp REP	6798
Abg. Teßmer SPD	Staatssekretär Dr. Mehrländer	6799
Abg. Kiefl CDU	Beschluss	6799
Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen	Nächste Sitzung	6799

Protokoll

über die 85. Sitzung vom 12. April 2000

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 85. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Mühlbeyer erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Heinz Goll und Hauser.

Dienstlich verhindert ist der Herr Justizminister.

Meine Damen und Herren, Frau Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen hat mit Schreiben vom 28. März 2000 ihr Landtagsmandat zum 31. März 2000 niedergelegt. Ich habe den Landeswahlleiter hiervon unterrichtet. Mit Schreiben vom 10. April 2000 teilt er mir mit, dass das Mandat auf Herrn Dirk Ommeln, Wernau, übergegangen ist. Er hat die Wahl am 10. April 2000 angenommen und damit von diesem Tag an die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 12. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Kollege Ommeln, ich darf Sie sehr herzlich in diesem Hause begrüßen und Ihnen für Ihre Tätigkeit als Abgeordneter viel Erfolg wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich der Geschäftsbericht des Landespersonalausschusses für das Jahr 1999. Er wird Ihnen in den nächsten Tagen als Drucksache 12/5031 zugehen.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus der „Green-card“-Diskussion für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die übliche Redezeit von 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung festgelegt, fünf Minuten für die Redner in der ersten Runde und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diese Redezeiten zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Lärm um die Greencard-Diskussion verfliegt zusehends. Mein Eindruck ist, dass in der Diskussion um die Greencard die rationalen Argumente die Oberhand gewinnen.

(Abg. Deuschle REP: Den Eindruck habe ich auch!
– Abg. Maurer SPD: Jawohl! Herzlich willkommen! Rationales Argument!)

Ich bin froh darüber, dass Bosheiten und Populismen wie beispielsweise „Kinder statt Inder“ in der Bevölkerung keine Akzeptanz finden. Das ist gut so, denn ich halte solche Parolen nicht nur für gefährlich,

(Abg. Deuschle REP: Warum?)

sondern ich halte solche Parolen auch für unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Deutschland für völlig falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Greencard wird also kommen. Ich füge hinzu: Nach wie vor bin ich der Meinung, dass der Bundeskanzler so, wie er das vorgetragen hat, zu kurz gesprungen ist. Deshalb ist es auch gut, dass sich jetzt Stimmen mehren, die zu Recht darauf hinweisen: Wenn Einführung einer Greencard, dann kann sich das nicht nur darauf beziehen, dass wir im IT-Bereich, bei den Informationstechnologien, etwas tun und Fachkräfte anwerben, sondern dann muss dies selbstverständlich auch für andere Bereiche gelten, wo genauso Bedarf an Fachkräften besteht, zum Beispiel in Mittelstand und Handwerk, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Solche Stimmen mehren sich. Ich freue mich insbesondere darüber, dass auch vom Koalitionspartner jetzt solche Stimmen vernehmbar sind. Ich kann nur sagen: Lieber Günther Oettinger, willkommen im Klub! Sie sind herzlich willkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Weiter so!)

Ich bin davon überzeugt, dass wir eine kontrollierte Zuwanderung brauchen. Wenn wir eine solche kontrollierte und geregelte Zuwanderung bekommen wollen, dann braucht man dazu auch eine gesetzliche Regelung.

(Abg. Deuschle REP: Das haben Sie schon vor drei Wochen gesagt, Herr Pfister!)

Aber, meine Damen und Herren, wie sind wir eigentlich in diese Situation hineingeraten? Was ist eigentlich der Grund dafür, dass wir diese Greencard-Diskussion führen, und

(Pfister)

vor allen Dingen welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden für die Bildungspolitik, für die Wissenschaft, für die Forschung, für die allgemein bildenden Schulen, für die Weiterbildung, für die Hochschulen unseres Landes?

Zunächst einmal glaube ich, dass man Folgendes feststellen kann: Sowohl Wirtschaft als auch Politik als auch Gesellschaft sind von dieser, wie ich es einmal nennen möchte, Internetrevolution, zum Teil jedenfalls, überrollt worden. Wenn Sie sich die Situation Anfang der Neunzigerjahre ansehen, dann werden Sie feststellen, dass wir damals eine negative Arbeitsmarktentwicklung hatten, und zwar auch im Informatikbereich. Das heißt, wir hatten deutlich weniger Studienanfänger. Erst 1998, also Jahre später, ist die Zahl der Studienanfänger im Informatikbereich wieder angestiegen. Oder anders ausgedrückt: Wir haben in dieser Zeit eine Lücke an Informatikfachleuten, die, jedenfalls nach meiner Überzeugung, kurzfristig und aus eigener Kraft nicht ohne weiteres zu schließen ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, noch einmal: Die Parole darf nicht „Kinder statt Inder“ heißen, sondern die Parole muss heißen: Kinder und Inder. Wir brauchen beides in der Zukunft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP:
Das ist ja lachhaft, Herr Kollege!)

Die Lücke, die hier entstanden ist, meine Damen und Herren – das will ich auch ganz deutlich sagen –, ist nicht das Resultat eines Abbaus von Studienplätzen, jedenfalls nicht in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat in dieser Frage nichts verschlafen.

(Abg. Deuschle REP: Da sind wir anderer Meinung!)

Wir haben einen Nachfrageeinbruch gehabt – das ist wahr –, aber alle Kapazitäten zur Ausbildung von Informatikfachleuten sind in Baden-Württemberg nicht zurückgeführt worden, nicht abgebaut worden,

(Abg. Deuschle REP: Doch! Das stimmt doch gar nicht!)

obwohl Mitte der Neunzigerjahre die Informatikabteilungen gerade noch zu 50 bis 60 % ausgelastet waren.

(Abg. Deuschle REP: Fragen Sie doch mal in Karlsruhe nach, Herr Kollege! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ist das jetzt gut oder schlecht?)

Wir haben die Plätze nicht abgebaut; andere haben sie abgebaut. Ich will noch einmal daran erinnern: Dieser Nachfrageeinbruch bei den Studierenden im Informatikbereich hat dazu geführt, dass beispielsweise Herr Schröder in Hildesheim ganze Informatikabteilungen abgebaut hat.

(Zurufe von der FDP/DVP und der CDU: Pfui!)

Dies haben wir ausdrücklich nicht gemacht, meine Damen und Herren.

(Abg. Birzele SPD: Haben Sie sich denn überhaupt informiert?)

– Ja, ich habe mich sehr gut informiert und kann deshalb noch hinzufügen,

(Abg. Birzele SPD: Sie haben sich nicht informiert!)

dass wir nicht nur diese Kapazitäten beibehalten haben, sondern darüber hinaus die Kapazitäten im Informatikbereich in Baden-Württemberg sogar ausgebaut haben.

Das hat dazu geführt, dass heute in Baden-Württemberg folgende Situation festzustellen ist: Wir haben im Informatikbereich doppelt so viele Studienabgänger, wie das 1995 der Fall war.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Deshalb brauchen wir keine Inder!)

Das heißt, wir haben eine Auslastung der Kapazitäten auf der einen Seite, brauchen aber gleichzeitig noch den Ausbau von Kapazitäten an den Berufsakademien, an den Hochschulen. Das ist der einzig richtige Weg dafür, dass in der Zukunft mehr Absolventen im Bereich Informatik auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Diesen Weg wird Baden-Württemberg konsequent gehen, und zwar besser als andere Bundesländer.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hehn CDU)

Ähnliches gilt übrigens auch für die berufliche Bildung. Wir haben neue Ausbildungsordnungen geschaffen. 1997 gab es neue Ausbildungsordnungen im IT-Bereich. Das hat dazu geführt, dass die Zahl der Ausbildungsverträge in der Zeit von 1997 bis 1999 verdreifacht worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun ist es zwar richtig, dass die Nachfrage noch erheblich größer ist, sowohl im dualen Bereich als auch an den Hochschulen, aber das ist eigentlich eine gute Entwicklung, weil sie beweist, dass diese Gesellschaft dynamisch ist, dass sie diese Herausforderungen erkannt hat und dass insbesondere die junge Generation längst begriffen hat, wo die Zukunftschancen liegen.

Wenn man also nach Konsequenzen in dieser Situation fragt, muss man darauf hinweisen: Wir haben auf der einen Seite die gesellschaftliche Entwicklung, die digitale Revolution, in der wir uns befinden, und auf der anderen Seite gibt es nach wie vor steigende Schülerabgangszahlen und Schülerzahlen. Die Absolventen der Schulen werden auf den Markt drängen, sie werden in die Hochschulen drängen, sie werden in die beruflichen Schulen hineingehen. Deshalb kann die Konsequenz trotz dieser guten Situation, die wir heute schon in Baden-Württemberg haben, eigentlich nur lauten: Wir brauchen auch in der Zukunft eine erhebliche Steigerung der Zahl der Lehrstellen im IT-Bereich, und wir brauchen eine erhebliche Steigerung der Zahl der Studienplätze.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nur so, meine Damen und Herren, werden wir hoch qualifiziertes Personal bekommen. Hier muss natürlich gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik ein Schwerpunkt liegen.

(Pfister)

Letzte Bemerkung: Dies alles wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Wenn wir Ausbildungsgänge fördern wollen, wenn wir mehr Ausbildungskapazitäten schaffen wollen, dann muss dies finanziert werden. Ich bin davon überzeugt, dass gerade die nächste Zukunftsoffensive eine hervorragende Möglichkeit darstellen wird, um diese zusätzliche und neue Offensive bei Ausbildungskapazitäten zu finanzieren.

Ich frage Sie: Gibt es eine bessere Verwendung für Veräußerungserlöse, als in strategisch wichtige Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung zu investieren?

(Abg. Deuschle REP: Wie viel Redezeit haben Sie denn?)

Gibt es ein besseres Beispiel dafür, als in die Zukunft der Köpfe zu investieren? Deshalb wird es dabei bleiben: Baden-Württemberg wird weitere enorme Anstrengungen machen, um diese Ausbildungskapazitäten zu schaffen, und wir werden ausdrücklich darauf bestehen, dass die Finanzierungsmittel aus einer nächsten Zukunftsoffensive genommen werden. Wir halten das für gerechtfertigt. Die Investition in die Köpfe der jungen Leute ist immer noch die beste Investition, und genau diesen Weg werden wir gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hehn CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bender.

Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Greencard war genau heute vor drei Wochen hier in der Plenarsitzung schon einmal debattiert worden. Heute geht es um eine andere Zielrichtung. Heute geht es um die Konsequenzen aus der Diskussion über die Greencard für unsere Bildungspolitik im Lande.

Festzuhalten bleibt aber, meine Damen und Herren, aus der Diskussion vor drei Wochen Folgendes – und das muss ich hier einfach mal dokumentieren –: Diese Geschichte mit der Greencard war schlichtweg nicht durchdacht. Sie war ein Schnellschuss, wie wir ihn von Herrn Kanzler Schröder leidvollerweise in der Vergangenheit immer wieder erfahren mussten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ihre Reaktion war nicht durchdacht! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Weitere Zurufe)

Es fehlt hinten und vorn an vorheriger sorgfältiger Überprüfung des tatsächlichen Fachkräftebedarfs. Gestern habe ich zum Beispiel in der Zeitung gelesen, dass der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Jagoda, gefragt hat: Wo bleiben denn die Meldungen der freien Stellen, der angeblich 75 000 freien Stellen im Informatikbereich bei uns in der Arbeitsverwaltung?

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Es fehlt an der sorgfältigen Prüfung der Qualifizierbarkeit und der Mobilisierbarkeit der heute arbeitslosen IT-Spezialisten im Inland

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja! Darum geht es auch!)

– wir wissen, etwa 30 000 sind arbeitslos –, aber auch solcher arbeitsloser IT-Spezialisten aus Ländern der Europäischen Union. Es fehlt hinten und vorn an konkreten Vorstellungen über die berufsspezifisch differenzierten Qualifikationsanforderungen und Nachweise, die von den ausländischen Spezialisten zu erbringen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe bei der SPD)

Darüber hinaus fehlt es an jeglichen Vorstellungen

(Unruhe bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Bedenkenträger!)

– ja, ich weiß, dass das wehtut – über ausländer- und integrationspolitische Folgen.

(Abg. Drexler SPD: Bedenkenträger!)

Meine Damen und Herren, wenn jemand das Wort und den Begriff „Greencard“ verwendet, dann will er der Öffentlichkeit im Grunde das vortäuschen,

(Abg. Drexler SPD: Ach was!)

was international unter „Greencard“ verstanden wird, nämlich eine zeitlich unbefristete Aufenthaltsberechtigung und eine zeitlich unbefristete Arbeitsbewilligung. Doch das ist es nicht, was Kanzler Schröder wollte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Herr Bender, was wollen Sie? – Unruhe)

Heutiger Stand, meine Damen und Herren, zur Frage der Bildungspolitik in unserem Land, und dies vor dem Hintergrund dieser Diskussion über die Greencard: Meine Damen und Herren, unser Land Baden-Württemberg hat ein im Bundesvergleich

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommen die Ländervergleiche! Jesses!)

in der Tat einmaliges Angebot an Studiengängen: 156 Studiengänge im IT-Bereich an 37 Hochschulen und 8 Berufsakademien.

(Abg. Wintruff SPD: Herr Bender, Sie kommen doch aus Karlsruhe! Haben Sie die „BNN“ nicht gelesen?)

– Jetzt hören Sie doch mal zu! Ich bin Wahlkreisvertreter von Karlsruhe

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und bemühe mich um unsere Hochschulen. Aber Karlsruhe ist nicht in jeder Hinsicht der Nabel der Welt. Wir haben noch andere Hochschulen in unserem Land.

(Abg. Wintruff SPD: Ihr Dekan hat Ihnen doch eine Ohrfeige verpasst! – Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, hören Sie doch mal zu! – Wir haben erst jüngst 16 Bachelor- und 18 Masterstudiengänge in unserem Land eingerichtet,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Hans-Michael Bender)

und diese Studiengänge werden in relativ kurzer Zeit unserem Arbeitsmarkt hoch qualifizierte Hochschulabgänger zur Verfügung stellen.

(Abg. Heiler SPD: Ja wo sind sie denn? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo laufen sie denn? – Weitere Zurufe)

– Haben Sie schon mal nachgezählt? – In den letzten drei Jahren haben wir im Land Baden-Württemberg im IT-Bereich – Herr Kollege Pfister hat das ja schon dargestellt – eine hervorragende Bilanz vorzuweisen: Verdoppelung der Zahl der Studienanfängerplätze an den Hochschulen; die Universitäten und Fachhochschulen fahren derzeit Überlast; wir haben ein Ausbauprogramm für die Fachhochschulen

(Abg. Wintruff SPD: Herr Bender, Sie liegen doch völlig daneben! Sie haben abgebaut!)

und für die Berufsakademien von insgesamt 6 000 neuen Studienplätzen bis zum Jahr 2005/2006, also eine mittelfristig starke Planung.

Meine Damen und Herren, als wir in Baden-Württemberg mit der Zukunftsoffensive für die junge Generation weitere Grundlagen für diese positive Entwicklung im Land gelegt haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

da hat – das hören Sie sicherlich auch wieder nicht gern – Herr Schröder in Niedersachsen eine Informatikfakultät geschlossen.

Fazit zunächst in der ersten Runde – ich möchte meine Ausführungen auf die Hochschulpolitik in unserem Land beschränken; Kollege Rau wird zum Bereich der Schule und der Ausbildungsplätze sprechen –: Das Land ist mit der von uns vertretenen Bildungspolitik absolut auf dem richtigen Weg.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Oje!)

Wir werden diesen Weg fortsetzen und werden in unseren Bemühungen auf diesem Weg nicht nachlassen, sondern wir werden unsere Anstrengungen erhöhen, um einer weiteren Zukunftsoffensive mithilfe der Milliarde Mark Erlös aus dem Verkauf der EnBW-Beteiligung des Landes zum Start zu verhelfen. Mit ihr werden wir schwerpunktmäßig auch in den Bereich neuer Medien, Internet, der Informations- und Kommunikationstechnik investieren. Das sind Investitionen, die für unser Land gut angelegt sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bänderriss! – Abg. Wintruff SPD: Sie haben versagt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Abg. Deuschle REP: Bildungsexperte der SPD!)

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Pfister, Sie haben sich zu früh gefreut. Es sind noch nicht alle im Klub. Ihr Koali-

tionspartner – wie Sie gerade gehört haben – hat es in großen Teilen immer noch nicht kapiert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Vorsitzende!)

– Ja, Herr Oettinger ist im Klub, aber ein Teil der Mannschaft ist noch nicht im Klub.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der schafft das schon! Ich habe großes Vertrauen in Herrn Oettinger!)

Deswegen müssen wir es halt noch einmal durchdeklinieren, Herr Kollege Pfister. Wir stimmen da ja sicher überein:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dabei haben wir extra die Aufnahmegebühr gesenkt!)

Bei dem Thema Greencard handelt es sich um die Anwerbung von 20 000 bis 30 000 hoch qualifizierten Spezialisten mit Hochschulabschluss für einen begrenzten Zeitraum. Wer meint, er müsse das mit einer Einwanderungsdebatte mit rassistischen Untertönen und vielen Kindern machen – –

(Lachen bei der CDU)

– Ja, Sie schreien schon auf. Ich weiß, wo ich bin. – Ich sage Ihnen: Da geht es um Qualifikation, und da geht es darum, dass an jedem, den wir in diesem Engpass gewinnen, sechs Arbeitsplätze für deutsche Arbeitslose hängen, die sonst nicht gewonnen werden können,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Deuschle REP: Glauben Sie das selber, Herr Maurer?)

weil wir im Moment in der Situation sind, dass sich die IT-Unternehmen nicht so entwickeln können, wie sie sich entwickeln müssten. Das hat etwas mit Versäumnissen der Vergangenheit zu tun, und zwar in der Wirtschaft und in der Bildungspolitik. Wir brauchen hoch qualifizierte Leute, um diese Engpässe zu überwinden, damit diese Unternehmen blühen und sich entfalten und dann große Arbeitsplatzchancen gerade für Menschen in Deutschland eröffnen. Wer etwas gegen Arbeitslosigkeit tun will, muss dafür sorgen, dass sich Zukunftsindustrien entwickeln, und darf die Entwicklung von Zukunftsindustrien nicht behindern. Das ist das eigentliche Problem, um das es da geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen eignet sich dieses Thema nicht für die dumpfe Weltsicht des Herrn Rüttgers und auch des Herrn Teufel, um das klar zu sagen, denn Herr Teufel ist auch noch nicht im Klub, Kollege Pfister, sondern hat auch verkündet, Herr Rüttgers hätte eigentlich in dieser Geschichte Recht, man müsste es nur ein bisschen weniger holzschnittartig sagen; so seine Zitate. Herr Teufel hat auch kein Problem, Herr Pfister. Ausweislich der „Südwest Presse“ vom 15. März: Land hat keinen Ausländerbedarf – O-Ton Teufel –, in Baden-Württemberg Engpass frühzeitig erkannt;

(Abg. Hehn CDU: So ist es!)

(Maurer)

wenn alle Bundesländer das Gleiche getan hätten wie Baden-Württemberg, gäbe es überhaupt kein Problem. Also von wegen „Willkommen im Klub“.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Und? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist der Erwin!)

So vorgestern. Stattdessen sagt der Herr Wirtschaftsminister, Ihr Koalitionspartner – und er hat Recht –, O-Ton Döring: Ingenieure sind in Baden-Württemberg ebenso Mangelware wie Informatiker. Wer hat denn nun eigentlich Recht?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen: Herr Döring hat Recht. Er hat nicht immer Recht, aber an der Stelle hat er Recht, und Herr Teufel ist weit weg von der Wirklichkeit. Er ist nicht nur im Landtag weg, sondern er ist auch weit weg von der Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu Baden-Württemberg, Herr Kollege Bender.

(Abg. Deuschle REP: Redezeit!)

In der Tat, die Wirtschaft hat lange Zeit die Dynamik dieses Prozesses unterschätzt. Das muss man ganz klar sagen. Da gab es jede Menge Versäumnisse.

(Abg. Deuschle REP: Schröder in Niedersachsen auch!)

Die Politik hat es lange Zeit unterschätzt, und zwar in allen Ländern. Übrigens, damit Sie das nicht wiederholen: Zwar ist die Fakultät in Hildesheim abgebaut worden, aber gleichzeitig ist in Niedersachsen ein Schwerpunkt aufgebaut worden.

(Lachen bei der CDU und den Republikanern)

– Das ist die Wahrheit.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Zentralistisch! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Aber Sie haben ja so ein großes Bedürfnis, Herr Kollege Bender. Realität in Baden-Württemberg: Studienanfängerplätze in Informatik an den Universitäten des Landes derzeit mit 120 % völlig überbelegt! Übrigens haben Sie im Informatikstudiengang an der Universität Karlsruhe nachweislich abgebaut,

(Abg. Wintruff SPD: Frau Blank kann es bestätigen!)

weil Sie Stellen bringen mussten, und der Herr Dekan hat das bestätigt. Also reden Sie von hier aus keinen Blödsinn, um das einmal so deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Berufliche Bildung: starke Zunahme des Interesses an Medienberufen im letzten Jahr. Ich zitiere aus dem „Staatsan-

zeiger“: im Druckbereich 1 980 Bewerber, Ausbildungsplatzangebot 665 Stellen. Das sind die baden-württembergischen Realitäten.

Und Ihre Politik – damit auch das klar ist –: Unsere Fraktion hat vor einem Jahr beantragt, dringend weitere Klassen in den Bereichen „Berufskolleg Technische Kommunikation“ und „Berufskolleg Technik und Medien“ einzurichten. Das hat die Landesregierung mit der Begründung abgelehnt – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –, man habe sich mit der Wirtschaft darauf verständigt, die Einrichtung weiterer technischer Berufskollegs nur unter der Maßgabe vorzunehmen, dass die derzeitige Zahl der Klassen in diesem Bereich nicht erhöht werde. Das ist Ihre Weltsicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben geschlafen, tief geschlafen, und wir bekommen Briefe von Eltern, die uns mitteilen, dass sich ihre Kinder verzweifelt um einen Platz in einem solchen Berufskolleg bemühten, aber keinen erhielten, weil Sie das halt nicht gewollt haben. Deswegen: Tun Sie Buße, bekehren Sie Ihren Ministerpräsidenten, der nicht mehr von dieser Welt ist, der offensichtlich nicht weiß, was eigentlich in seinem Land los ist.

(Abg. Rückert CDU: Armer Maurer!)

Sorgen Sie dafür, dass wir qualifizierte und jüngere Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen kriegen. Sorgen Sie dafür, dass etwas für die Weiterbildung dieser Lehrerinnen und Lehrer getan wird. Sorgen Sie dafür, dass wir eine Gymnasialreform kriegen mit Öffnung für Kreativität und Problemlösungskompetenz

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die haben wir schon!)

und nicht mit Verschulung in den letzten beiden Klassen, wie das Ihre Kultusministerin betreibt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bender?

Abg. Maurer SPD: Ja, bitte schön, Herr Kollege Bender, es ist mir ein Vergnügen.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Bender.

Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Maurer, im Wintersemester 1998/99 gab es an der Universität Karlsruhe 357 Studienanfängerplätze in Informatik,

(Zurufe von der SPD: Frage!)

und im Wintersemester 1999/00 579. Woher nehmen Sie bei diesen Zahlen die Sicherheit, dass an der Universität Karlsruhe in der Informatikfakultät Studienplätze abgebaut worden seien?

(Unruhe)

Abg. Maurer SPD: Ich entnehme dies Ihrer Heimatzeitung, die Sie ja sicher auch lesen, in der der Dekan mitgeteilt hat, er sei gezwungen gewesen – auf Anforderung des Ministeriums –, auch im Informatikbereich Personalstellen zu streichen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und habe dies auch gemacht. Von daher nehme ich die Sicherheit, Herr Kollege Bender.

Noch einmal: Solange Sie einen Ministerpräsidenten haben, der meint, es sei alles in Ordnung und er habe schon genug getan, aber die Realitäten nicht zur Kenntnis nimmt, muss man sich nicht wundern, wenn es zu solchen Fehlentwicklungen kommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

(Abg. Nagel SPD: Ach Gott, ist das Fritze groß geworden! – Heiterkeit)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man dem Kollegen Bender hier zugehört hat, muss man wirklich sagen: Der ist noch nicht einmal nicht im Klub, der hat noch gar nicht kapiert, was das für ein Klub ist. Man muss sagen: Herr Oettinger versteht, worum es geht, Herr Döring versteht auch, worum es geht. Aber wenn das die Breite der CDU demonstrieren soll, ist das ein Armutszeugnis, Herr Kollege Bender.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man muss dem Kanzler in dreifacher Hinsicht für seinen Greencard-Vorschlag dankbar sein. Er hat erstens eine pragmatische Antwort auf ein aktuelles Problem gegeben, er hat zweitens eine längst überfällige Diskussion über die Mängel unserer Bildungspolitik angestoßen.

(Zuruf des Abg. Rau CDU)

Ich will gleich hinzufügen: Die Ländervergleiche „Baden-Württemberg besser als das Saarland oder als Mecklenburg-Vorpommern“ können Sie geschlossen in die Tonne treten, die können Sie vergessen. Das mag zwar alles richtig sein, aber wir haben in Deutschland ein Problem mit unserer Bildungspolitik, und zwar flächendeckend.

(Abg. Fleischer CDU: Weil es Ihnen unangenehm und peinlich ist! Bildungspolitik ist Ländersache!)

Das müsste die Diskussion sein, Herr Kollege Bender.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Schließlich kommt drittens neue Bewegung in die Diskussion über die Einwanderungsgesellschaft.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Dann gibt es noch einen vierten Punkt, der heute, drei Wochen nach der letzten Diskussion im Plenum, wichtig ist: Die Debatte um die Greencard spaltet das bürgerliche Lager – das ist ganz offensichtlich – und lässt die CDU und hier insbesondere wieder Erwin Teufel ganz, ganz alt aussehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die absolut geschmacklose „Kinder statt Inder“-Parole von Herrn Rüttgers ist eben nicht nur geschmacklos, sondern es zeigt sich immer mehr, dass sie schlichtweg dumm ist.

(Abg. Deuschle REP: Warum ist sie geschmacklos und dumm?)

Sie wird auch durch die Übersetzung in „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ nicht besser. Wer sich so auführt – da hat mein Kollege Cem Özdemir Recht –, der hat tatsächlich etwas von einem „Haider vom Rhein“.

(Abg. Deuschle REP: Das ist gerade der richtige Genosse!)

Es muss nämlich – das hat Herr Kollege Maurer richtig gesagt – heißen: „Bessere Ausbildung und geregelte Einwanderung“. Das spricht sich auch langsam rum, nur nicht bis zu Erwin Teufel.

(Abg. Deuschle REP: Özdemir und die Türkei!)

Die Zukunft ist eben nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart. Das muss man dem ehemaligen Zukunftsminister, Herrn Rüttgers, ins Stammbuch schreiben. Und die Gegenwart heißt Globalisierung. Da fängt das ideologische Problem an, das die CDU hat und aus dem sie, so, wie sie gestrickt ist, kein Entrinnen findet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU war ja einst so stolz darauf, dass sie die Verbindung von konservativer Grundhaltung, das heißt, möglichst nichts zu ändern, weil sich das Bestehende, die Werte ja irgendwie bewährt hätten, mit Fortschritts- und Technikgläubigkeit zum ersten Mal geschafft hatte. Das funktioniert alles mit der Globalisierung nicht mehr. Globalisierung à la Spaichingen – meine Damen und Herren, das wird immer deutlicher – geht nicht. Man kann nicht gleichzeitig Exportweltmeister sein wollen

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

und die Grenzen dicht machen wollen. Das geht nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

E-Commerce, World Wide Web auf der einen Seite und ethnisches Reinheitsgebot auf der anderen Seite, das funktioniert nicht.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Aktienkurse rund um die Uhr und rund um den Globus online, aber der Arbeitsmarkt in Spaichingen wird vom Arbeitsamt in Tuttlingen geregelt – nein, meine Damen und Herren, so läuft das nicht. Das kann so auch nicht laufen.

(Dr. Salomon)

Das hat auch Frau Schavan erkannt, die heute da ist. Sie hat nur nicht den Mut, das ihrer CDU und ihrem baden-württembergischen Regierungschef zu sagen. In der „Stuttgarter Zeitung“ hat sie letzte Woche wörtlich gesagt:

Globalisierung kann nicht nur heißen: Freiheit der Finanzmärkte; Freiheit der Dienstleistungen. Globalisierung heißt auch: Chancen auf einen internationalen Arbeitsmarkt für die künftigen Generationen.

Und jetzt kommt es:

Dagegen wendet sich die CDU nicht wirklich.

So sagen Sie, Frau Schavan.

(Lachen bei der SPD)

Täte sie es, dann wäre sie die Partei des 20. Jahrhunderts, nicht mehr die des 21. Jahrhunderts.

Selten so herumgeeiert, gnädige Frau, möchte man beinahe sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Dagegen wendet sich die CDU nicht wirklich, not really. Ja was denn? Nur ein bisschen? Wendet sie sich nur im Prinzip dagegen oder nur solange Wahlkampf in NRW ist?

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Oder nur so lange, bis es auch Erwin Teufel kapiert hat? Was heißt denn eigentlich „nicht wirklich“?

Ich weiß, dass Sie viel zu klug sind, um nicht zu kapieren, dass Sie damit in der selbst gebauten Falle der CDU sitzen, aus der es kein Entrinnen gibt. Das Problem beim internationalen Arbeitsmarkt ist doch völlig klar: Beim globalisierten Arbeitsmarkt handelt es sich nämlich, in dürre Worte gekleidet, um Menschen, um Menschen, nicht um Maschinen, nicht um Aktien, sondern um Menschen. Zum Beispiel: Ein Spaichinger Mittelständler verkauft eine teure Maschine nach Singapur und holt sich umgekehrt einen Computerspezialisten aus Singapur, der ihm das Programm schreibt, das er braucht, um solche Maschinen zu bauen. Damit hat der Mittelständler und hat auch die Wirtschaft überhaupt kein Problem.

(Abg. Deuschle REP: Das sagen Sie zu einfach!)

Aber Herr Teufel und die CDU haben damit ein Problem. Dieses Problem werden Sie nicht los.

(Abg. Göbel CDU: Wo sehen Sie das?)

Es liegt ein Brief vom IHK-Geschäftsführer Richter von der IHK Stuttgart vor, der diese Greencard-Initiative unterstützt, weil er sagt, die Wirtschaft komme ohne diese nicht aus. Er sagt gleichzeitig, dass diese feine Gliederung in Branchen, in die IT-Branche usw., in der Praxis überhaupt nicht funktioniere, sondern dass wir die Greencard auch in anderen Bereichen brauchten.

(Abg. Fleischer CDU: Sie machen doch freie Menschen zu Heloten!)

Das ist doch offensichtlich.

Deshalb ist es meines Erachtens klar, dass man zwei Wege nicht gehen darf. Der eine Weg ist der der CDU. Er erledigt sich von selber, weil er einfach in der Praxis nicht durchzuhalten ist. Da kann man nur sagen: Just forget it.

Der zweite Weg ist eigentlich der gefährlichere, und der droht tatsächlich, nämlich die reale Gefahr, dass sich die neoliberale Denkfigur des grenzenlos flexiblen, unabhängigen und individuellen einzelnen Menschen durchsetzt. Dieser Mensch bietet rund um die Uhr und rund um den Globus seine Arbeitskraft und seine Fähigkeiten an. Doch dieser Mensch, das wissen wir alle, ist ein Mensch ohne Eigenschaften,

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

ohne Herkunft, ohne Tradition, ohne Bindungen, das heißt ohne Lebenspartner, ohne Familie, ohne Kinder, ohne soziale Bezüge, ohne Vereine, ohne Heimat, ohne eigene Kultur. Kurz, dieser Mensch wäre ein Zombie, eben eine Maschine und kein Mensch. Solche Menschen gibt es in der Realität nicht. Er wäre ein Söldner in den Diensten des globalisierten Arbeitsmarkts.

Deshalb, meine Damen und Herren, wäre es fatal, den Fehler zu wiederholen, der vor 40 Jahren gemacht wurde, als die so genannten Gastarbeiter geholt wurden – Männer alleine –, die scheinbar diese Bindungen alle nicht hatten. Sie sollten ja nur arbeiten. Der Millionste von ihnen hat dann ein Moped geschenkt bekommen. „Danke schön!“ So kann und darf das nicht wieder laufen. Deshalb sollte insbesondere eine christliche Partei, die sich als soziale Partei und als Wertepartei versteht, dies nicht noch einmal mitmachen.

Freier globalisierter Markt funktioniert aber auch nicht ohne Regeln. Ohne Regeln funktionieren weder die Finanz- noch die Güter-, noch die Dienstleistungsmärkte und schon gar nicht der Arbeitsmarkt. „Grenzen dicht“ ist deshalb genauso absurd wie „Grenzen einfach auf“. Es geht folglich um Freiheit, um Spielregeln, um Regulierungen. Das heißt, es geht um die Frage, ob Politik vor der Globalisierung kapituliert oder ob sie diesen Prozess gestalten will. Es geht um die Frage, ob Politik als in Normen, Regeln und Gesetze geronnene Werte einer Gesellschaft gewünscht und möglich ist. Wir denken, genau das ist die Aufgabe von Politik.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aktuelle Debatte! Freie Rede!)

Hier fängt natürlich der zweite Punkt an: die Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler Schröder in Niedersachsen und Hildesheim oder Karlsruhe: Ob da jetzt Studienplätze abgebaut worden sind oder nicht,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sind da keine abgebaut worden?)

meine Damen und Herren, das ist überhaupt nicht die Debatte. Das ist Unfug. Wir sind als Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich hintendran und sollten uns überlegen, was das mit der Art der Bildung und Ausbildung in diesem Land zu tun hat.

(Dr. Salomon)

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Aber nicht in Baden-Württemberg! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

Da sollten wir alle Asche auf unser Haupt streuen, insbesondere Sie, Herr Bender, weil Sie noch gar nicht kapiert haben, was eigentlich das Problem ist.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Aber nicht in Baden-Württemberg! Da bin ich nicht bereit, Asche auf mein Haupt zu streuen!)

Vor fünf Jahren, als wir hier im Landtag die Multimedia-Enquete hatten, waren wir uns in der Enquete einig, dass die Internetrevolution kommt. Ergebnis: null, null Komma null.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch nicht wahr! Das ist maßlos übertrieben! – Zurufe von der CDU – Abg. Deuschle REP: Wie viel Redezeit haben Sie eigentlich noch?)

Das heißt, Sie haben jetzt fünf Jahre Zeit gehabt – jetzt sagen Sie „Schweinezyklus“ –, darauf zu reagieren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein! Null, das ist einfach maßlos übertrieben! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Also sagen wir null Komma fünf!)

Der entscheidende Punkt ist nicht, wie viele Ausbildungsplätze es in Informatik gibt. Das ist auch ein Punkt, aber das ist nicht der entscheidende. Der entscheidende Punkt ist doch, ob Sie die Ausstattung an den Schulen hinkriegen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig! Das machen wir!)

ob Sie Lehrer haben, die wissen, was Internet ist, und die damit umgehen können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wissen wir!)

Die haben wir nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Stimmt doch nicht! Informieren Sie sich!)

Es geht darum, ob Sie Lehrpläne für dieses Thema haben. Die haben wir nicht. Es geht darum, ob Sie Fortbildung für Lehrer machen. Das machen wir nicht ausreichend. Es geht darum, ob Sie kapieren, dass das eigentliche Thema „lebenslanges Lernen, Weiterbildung“ heißt. Das haben wir nicht. Wo bleibt die „Stiftung für Weiterbildung“, Frau Schavan? Auf diese Stiftung warten wir dringend. Nehmen Sie die „Erwin-3“-Millionen, und machen Sie damit etwas in dieser Richtung. Das wäre der entscheidende Punkt. Darüber müssen wir diskutieren.

Letztlich komme ich dazu, dass sich alle wundern, dass man auf einmal Inder holt, die sich mit der Software auskennen. Indien ist ein Land, in dem Mathematik Volkssport ist. In Brasilien wird gut Fußball gespielt. Das weiß Herr Mayer-Vorfelder gut. Das ist aber nicht so, weil man in Brasilien Fußball an der Universität lernt, wie das mittlerweile in Deutschland gemacht wird, sondern weil man Fußball in Brasilien am Strand und auf der Straße spielt. So

läuft die Software-Entwicklung zum Teil in Indien. Da kann unser Ausbildungssystem überhaupt nicht konkurrieren. Dieser Frage und dieser Debatte müssten wir uns eigentlich stellen; dann wäre uns weitergeholfen. Dazu habe ich heute und hier wenig gehört.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

(Abg. Nagel SPD: Oh Jesses, nein! Deuschle am Morgen bringt Kummer und Sorgen!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben hier auf Antrag meiner Fraktion, der Fraktion Die Republikaner, vor drei Wochen die Debatte über die Greencard geführt. Ich frage mich: Was hat sich denn in diesen drei Wochen grundsätzlich geändert? Wirtschaftlich, sachlich hat sich nichts geändert. Politisch hat sich etwas geändert, meine Damen und Herren, nämlich dass die CDU hier in wesentlichen Punkten umgefallen ist. Das muss man heute auch politisch sagen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Frau Merkel, Frau Schavan, Herr Oettinger lassen ihre Wahlkämpfer in Nordrhein-Westfalen, Herrn Rüttgers, aber auch Herrn Ministerpräsidenten Teufel hier völlig im Stich und kapitulieren vor Einzelforderungen der Wirtschaft und auch vor den Medien und natürlich vor Rot-Grün. Ich frage mich, warum Sie nicht bereit sind, wie in Hessen damals mit Koch eine Kampagne durchzuziehen und dann vielleicht sogar die Wahl zu gewinnen, anstatt hier jetzt aufzugeben und Ihren Leuten in den Rücken zu fallen. Das hat sich gegenüber der Diskussion vor drei Wochen geändert.

Wenn Frau Merkel am 9. April gesagt hat, ihre Partei habe keine grundsätzlichen Einwände gegen die von Bundeskanzler Gerhard Schröder initiierte Aktion, und wenn Herr Oettinger am Montag im „Focus“ gesagt hat, man könne die Greencard ja auf andere Branchen ausweiten, aufs Handwerk, dann zeigt das, dass bei der CDU ein totales Durcheinander herrscht und dass der Ministerpräsident hier im Landtag fast allein steht. Nur die Fraktion Die Republikaner hat hier eine klare Linie, die sie schon vor drei Wochen überzeugend dargelegt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wintruff: Sehr gut! Das freut uns auch! – Abg. Pfister FDP/DVP: Da wird er aber eine Freude haben!)

– Es freut mich, dass ich von links auch einmal Beifall bekomme.

Für den Landtag von Baden-Württemberg stelle ich fest: Die CDU wird immer weniger wählbar für konservative Wähler, für nationalbewusste Wähler, die nicht wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsland wird. Mindestens 30 bis 40 % der Bevölkerung wollen nicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland wird. Die CDU ist nicht mehr

(Deuschle)

bereit, diese Position zu besetzen. Wenn ich an die Landtagswahl in Baden-Württemberg im kommenden Jahr denke, dann kämpfen wir Republikaner nicht um 5 oder um 10 %, sondern um 20 %.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich frage aber auch: Wie ist denn die Position der Landesregierung in dieser Frage? Wo ist eigentlich der Ministerpräsident? Döring sagt das eine, Schäuble das andere, Schavan wieder etwas anderes im Deutschlandfunk. Da weiß man gar nicht, was sie sagt, weil man merkt, dass sie wackelt. Man merkt, der Dame ist es peinlich, zu Herrn Rüttgers zu stehen – das haben Sie gestern Morgen im Interview um 7:20 Uhr gesagt.

Deswegen sage ich: Sie als CDU müssen sich klar werden, wo Sie stehen, ob Sie mit den Linken, mit Rot-Grün heulen wollen oder ob Sie eine Alternative zu Rot-Grün sind. Das müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft machen. Sonst ist eine andere Kraft, sonst sind wir da, die das übernehmen, und dann werden wir das auch konsequent tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen des Abg. Rau CDU)

Wer ist nun schuld an dieser Malaise? These 1: Die Wirtschaft und der Staat haben zu spät reagiert. Bis Mitte der Neunzigerjahre gab es Meldungen über arbeitslose Ingenieure, und die Ausbildungskapazitäten wurden abgebaut. Das werfe ich Ihnen, Frau Schavan, auch konkret vor. Sie haben nicht dafür gesorgt, dass die technische Ausstattung und dass Lehrer, die das Fach interessant vermitteln können, zur Verfügung stehen. Professor Klaeren von der Universität Tübingen hat gesagt, hier liege das Versäumnis auch der Landesregierung in den letzten Jahren. Frau Schavan, hier haben Sie die Entwicklung leider verschlafen.

Auch an den Hochschulen sind Fehler gemacht worden. Professor Schmid von der Universität Karlsruhe sagt zu Recht: „Wir haben zu viele Juristen und zu wenig Informatiker ausgebildet.“ Dass sich das jetzt langsam bessert, sehe ich auch. Dass wir heute die Kapazitäten zum Teil mit 120 % ausgelastet haben, das ist in Ordnung. Deshalb sagen wir Republikaner auch: Dieses Problem ist in zwei bis vier Jahren lösbar, und dazu brauchen wir keine Zuwanderer, keine Inder und Osteuropäer, das schaffen wir selber. Die Leute müssen länger arbeiten und mehr studieren, das muss man einmal auf die Semesterferien verzichten. Mit einer gemeinsamen Anstrengung können wir das schaffen. Wenn wir uns gemeinsam anstrengen, dann schaffen wir das auch, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Käs REP)

Wenn wir dafür Leute aus Indien hereinholen, aus einem armen Land übrigens, wo bleibt da denn die rot-grüne Diskussion? Sie verraten ja Ihre eigenen Ideale.

(Abg. Wieser CDU: Die haben keine Ideale mehr!)

Wo sind denn die 68er? Ist es richtig, diesen armen Ländern die besten Leute wegzunehmen? Sie wissen ja – vielleicht wissen Sie es auch nicht –, dass die Ausbildung eines Ingenieurs in Indien 200 000 DM kostet. Wollen Sie ein so

armes Land wie Indien im Grunde noch mehr ausplündern? Das ist doch Kolonialismus in rot-grüner Fassung, meine Damen und Herren, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie schmälern natürlich auch die Aufstiegschancen junger deutscher Ingenieure. Wenn das heute jemand hört, überlegt er sich doch, ob er noch studieren soll. Nehmen Sie dazu einmal Stellung.

Außerdem fehlt eine wirkliche Bedarfsanalyse der Wirtschaft. Die einen sagen: Wir brauchen keine Softwareentwickler, sondern Dienstleister für Marketing und Vertrieb, die dann die Mittelständler, Herr Döring, beraten können. Meinen Sie, einer aus Indien ist geeignet, unsere Mittelständler für eine Lösung vor Ort beraten zu können? Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Döring. Warum stellen Sie sich nicht der Diskussion? Treten Sie nachher ans Rednerpult!

(Minister Dr. Döring: Mache ich!)

– Danke, Herr Döring.

Viertens reichen die heutigen rechtlichen Regelungen völlig aus. Welche Funktion soll denn diese Debatte über die Greencard haben? Ich sage Ihnen eines: Diese Debatte hat eine Türöffnerfunktion. Zuerst will man die Informatiker, weil da die Bevölkerung noch mitmacht, und dann kommen alle anderen. Am Ende haben wir wieder das Tor für eine weitere verhängnisvolle multikulturelle Entwicklung in diesem Land mit allen Folgen, die die Gemeinschaft später zu bezahlen hat, geöffnet. Das wollen wir Republikaner nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Haben Sie kein Herz für die über 4 Millionen Arbeitslosen? Darunter sind übrigens fast 1 Million Ausländer, die schon in unserem Land sind und unsere Sozialsysteme belasten.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Warum denken Sie nicht an diese Menschen? Warum wollen Sie sie nicht in der Gastronomie, im Handwerk usw. weiterbilden? Das ist doch eine unehrliche Politik.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Warum sollen wir gerade Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie für die verfehlte Zuwanderungspolitik mit diesen katastrophalen Folgen stehen, eine Chance geben, die gleichen Fehler noch einmal zu machen? Da sagen wir Nein. Wir Republikaner bleiben bei unserer Linie. Wir fallen nicht um wie die anderen. Ich glaube, das können wir auch den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sagen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister von Trotha.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es nicht für sinnvoll, einen Beitrag zu einer Debatte zu leisten, wie sie in der Politik immer wieder üblich ist und die letztlich den Eindruck hinterlässt: Keiner weiß Bescheid, aber alle machen mit. Gute Politik entsteht nämlich durch das Erkennen der Realität und nicht durch einen Wettbewerb populistischer Slogans oder Forderungen neokolonialer Art,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

so, als hätte es nie die Erfahrung gegeben, die Max Frisch in dem Satz „Man erwartete Gastarbeiter, und es kamen Menschen“ zusammengefasst hat, und so, als wüssten wir inzwischen nicht seit langem, dass Einwanderung nicht nur Probleme löst, sondern eben auch neue Probleme schafft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner – Abg. Deuschle REP: Eben! Sehr richtig!)

Herr Kollege Deuschle, um es auch Ihnen zu sagen: Wir sind nicht umgefallen,

(Abg. Deuschle REP: Aber Herr Oettinger!)

sondern wir haben die Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gezogen.

(Abg. Deuschle REP: Welche?)

Die Greencard kann in der Tat Engpässe beseitigen. Aber mittel- und langfristig kann die Lösung nur

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben wir ja gesagt! – Abg. Drexler SPD: Das bestreitet niemand!)

in der nachhaltigen Aktivierung und Qualifizierung unseres eigenen Potenzials bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Salomon, Sie wissen ja: Ich habe Sie als hochschulpolitischen Sprecher immer geschätzt und schätze Sie immer noch. Aber heute habe ich den Eindruck, dass Sie als Fraktionsvorsitzender vielleicht doch noch überfordert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat 100 Tage Zeit!)

Man kann nicht die ganze Zeit von Globalisierung reden und dann nach Spaichingen schauen und dabei übersehen, dass wir Privatisierungen im Umfang von 2 Milliarden DM vorgenommen haben, und zwar ausschließlich für die Zwecke Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Das kann Ihnen doch nicht entgangen sein. Das ist die Leistung des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist mir auch nicht entgangen! Das war auch gar nicht mein Argument, Herr Minister!)

– Das war Ihr Argument. Sie haben von Spaichingen geredet, aber zu der Zukunftsoffensive kein Wort gesagt. Wir haben in diesem Bereich schon viel getan. Außer Bayern hat in diesem Bereich niemand mehr als wir getan, und wir haben noch sehr viel vor.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das habe ich nicht bestritten! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Herr Kollege Maurer, Sie haben sich hier wie der Held fünf nach zwölf aufgeführt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Leider tut Nicht-Wissen nicht weh, sonst könnten Sie vor Schreien gar nicht mehr laufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen deshalb die Lage in Karlsruhe erläutern, nachdem Dekan Schmid hier wiederholt zitiert worden ist.

(Abg. Bebber SPD: Ist das jetzt Hochschulniveau bei Ihnen?)

– Das ist Hochschulniveau,

(Lachen bei der SPD)

denn ich stelle die Fakten richtig. Herr Kollege, Sie können mich testen. Das sind alles Zahlen; Sie können nachfragen, ob sie richtig sind.

Es ist richtig, dass die Fakultät in Karlsruhe – dafür bedanke ich mich – bei den Anfängern im Moment eine Überlast von 120 % fährt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Wahrheit – die müssen Sie, Herr Maurer, eben auch sagen – heißt: Da in den Jahren zuvor eine Unterauslastung bestand, liegt die Gesamtbelastung bei 98 %, sodass Sie mit der Angabe „120 %“ einen völlig falschen Eindruck erwecken.

(Zurufe der Abg. Döpfer CDU und Brinkmann SPD)

Ein Übriges: Es ist richtig, dass Mitte der Neunzigerjahre eine Überlastausstattung abgebaut wurde, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Fakultät in Karlsruhe zu 35 % ausgelastet war. Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir das nicht gemacht hätten? Das war doch die einzig richtige Maßnahme.

(Zuruf von der CDU)

Im Gegensatz zu vielen Ratschlägen, übrigens auch von der Kommission zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen, haben wir danach wieder konsequent ausgebaut. Was konkret Karlsruhe angeht, haben wir zuletzt das Angebot gemacht, zwei vorgezogene Berufungen zu realisieren plus acht Ausstattungsstellen dazu – unter der Bedingung, dass auch Karlsruhe zehn Stellen zur Verfügung stellt. Unser Teil ist gesichert; leider hat Karlsruhe seinen Teil noch nicht erfüllt.

(Abg. Wintruff SPD: Aber erst, als die Kritik Sie ereilt hat – vonseiten des Dekans und vonseiten der Informatik! Als es nicht mehr zu halten war, haben Sie revidiert!)

(Minister von Trotha)

– Also, ein solcher Unsinn ist wirklich an der Grenze dessen, was man noch verstehen kann. Herr Kollege Bender hat ausführlich dargetan, was wir an Ausbaumaßnahmen vorgenommen haben. Wo waren Sie denn da? Waren Sie in der Mongolei?

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So sieht er fast aus!)

Das ist alles hier in diesem Haus diskutiert worden.

(Abg. Wintruff SPD: Der hat noch nicht mal die Zeitung gelesen!)

Wir leben übrigens, so sagt man uns, in einer Informations- und Wissensgesellschaft.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

Aber leider fehlen uns viele Detailinformationen, und, Herr Kollege Salomon, dies kann man nicht durch Globalisierungsgerede überspielen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das passt nicht in Ihr Manuskript, gell?)

Mir wäre es sehr viel wohler, wenn die Zahlen, die uns jetzt als Bedarf angemeldet worden sind, nicht nur das Ergebnis von Hochrechnungen wären, sondern die Addition von Einstellungszusagen der Wirtschaft. Dann befänden wir uns auf sehr viel sichererem Pflaster.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Das ist richtig!)

Mir wäre sehr viel wohler, wenn Einigkeit darüber bestünde, welche Mangelsituation in welchen Bereichen welche Maßnahmen notwendig machen. Wir reden von Informatikern, als wäre das ein einziger Typus.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Dieser Beruf ist inzwischen so verzweigt und mit so unterschiedlichen Qualifikationen verbunden, im dualen und im tertiären System, dass wir sehr viel genauer hinschauen müssen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha! So!)

Es gibt ein weites Spektrum an Computerfachleuten und eine bunte Vielfalt von computernahen Berufen, sodass wir genau überlegen müssen, wo wir was machen müssen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wird es spannend!)

Es fehlen uns da leider dringend benötigte wirklich zuverlässige Aussagen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann machen wir doch mal fünf Jahre Modellversuche, und dann sehen wir weiter!)

– Wir machen ja Modellversuche, aber das allein reicht nicht.

(Zuruf von der SPD: Scherz! – Abg. Maurer SPD: Hat er gar nicht gemerkt! – Abg. Deuschle REP: Salomon nach Indien!)

Noch ein Weiteres: Mir wäre sehr viel wohler, wenn die arbeitslosen Akademiker nicht pauschal als nicht mehr verwendungsfähig deklariert würden, sondern wenn wir mehr darüber wüssten, wer noch wie nachqualifiziert werden könnte. Der derzeitige Umgang mit diesen Menschen ist nicht nur zynisch, er ist auch volkswirtschaftlich abwegig, solange nicht ernsthafter geprüft worden ist, wer von ihnen noch weiterqualifizierbar ist.

(Abg. Deuschle REP: Mit 40 ist man schon alt!)

Dabei wissen wir alle, auch die Arbeitsverwaltung, dass dies nur ein geringer Teil ist. Aber diesen Teil darf man nicht einfach ignorieren, sondern man hat auch ihn human zu behandeln.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU zum Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! Dagegen werdet ihr ja nichts einzuwenden haben!)

So, und jetzt für diejenigen, die noch gar nichts von dem wussten, was wir getan haben.

(Abg. Hehn CDU: So wie Herr Maurer!)

Wir haben den wachsenden Bedarf zu einem Zeitpunkt vermutet, als auch aus der Wirtschaft noch Gegenteiliges behauptet wurde.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Ich berufe mich noch einmal auf die Kommission „Ausbau der Fachhochschulen“, von der wir 1993 gewarnt wurden, wir hätten im Bereich der Informatik schon genug getan.

Der Ministerpräsident kam 1995 von der CeBIT zurück und legte mir einen Zettel hin, ich solle bitte prüfen, wie es um die Informatikerausbildung stehe. Mehrere Softwarefirmen hätten ihn angesprochen, wir hätten zu viele Absolventen; auf 30 freie Stellen seien 1 500 Bewerbungen eingegangen. So war damals die Lage.

Wir haben vermutet, dass es mittel- und langfristig doch einen Bedarf geben werde. Ich kann nur sagen: Hätten andere Bundesländer so gehandelt wie wir, dann hätten wir das Problem heute in einem sehr viel geringeren Ausmaß.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Maurer, ich will jetzt nicht zum dritten Mal Hildesheim zitieren, sondern ich möchte zum Schutz des damaligen Ministerpräsidenten in Niedersachsen und seiner Ministerin Schuchardt sagen: Was er damals getan hat, war der Mainstream, der Zeitgeist. Aber es ist eben falsch, Modeströmungen nachzugeben; man muss vielmehr eine fundierte Konzeption haben. Deswegen haben wir anders gehandelt, als es in Niedersachsen geschehen ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Wir haben heute im Bundesvergleich ein einmaliges Angebot. Wir haben 156 Studiengänge in Informatik und verwandten Fächern an 37 Hochschulen und 8 Berufsakademien. Wir bieten 16 Bachelor- und 18 Masterstudiengänge an. Im Jahr 2000 werden 15,7 % aller Informatikabsolven-

(Minister von Trotha)

ten an Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland aus Baden-Württemberg stammen. Nehmen Sie noch die Absolventen der Berufsakademien hinzu, sind es 17 %. Kein anderes Land in dieser Republik leistet Vergleichbares, und das hat Anerkennung verdient.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Wir haben in Freiburg für 260 Millionen DM eine neue technische Fakultät aufgebaut – da sagen Sie, es sei nichts passiert. Das ist unglaublich. Gehen Sie einmal dorthin, das sieht stattlich aus. Dort lehren vorzügliche Hochschullehrer; da tut sich etwas.

Wir haben in Mannheim die „Technische Informatik“ eingerichtet. Wir haben darüber hinaus neue Stellen und Studienplätze durch innere Umschichtungen erreicht, in Karlsruhe zum Beispiel die Informationswirtschaft, in Stuttgart die Softwaretechnik.

Wir haben in den Fachhochschulen Informatik flächendeckend ausgebaut. Zurzeit haben wir 1 600 Studienanfängerplätze und haben durch jüngste Ausbauprogramme weitere 380 Studienanfängerplätze zusätzlich geschaffen. Wir haben in diesem Haus ja schon mehrfach die Zusammenlegung der beiden Fachhochschulen hier in Stuttgart zu einer neuen Hochschule für Medien diskutiert, ein bundesweit vorbildliches Unternehmen, Kompetenz durch Konvergenz zu schaffen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben bei den Berufsakademien eine eindrucksvolle Entwicklung. Die Zahl der Informatikstudienanfänger hat sich von 1995 bis 1999 mehr als verdreifacht. Wir realisieren derzeit das größte Ausbauprogramm der Berufsakademien, zu einem Zeitpunkt, wo die meisten der SPD-Länder noch nicht einmal begriffen haben, wie ideal die Berufsakademien zur Ausbildung von Informatikabsolventen geeignet sind, weil es dort kürzer und praxisnäher geschieht, als dies in anderen Bildungseinrichtungen der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Kurzum: Ich bin es ja leid, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir Spitze sind. Aber wir sind wirklich Spitze.

Was wollen wir zusätzlich tun? Auch wenn niemand auf diese Situation so gut vorbereitet war wie wir, sehen wir die Notwendigkeit, bei einer neuen Lage neue Lösungen anzubieten. Programme sind ja immer die Gegenwart der Zukunft. Ich nenne Ihnen jetzt in der Kürze vier Maßnahmen, wo wir unserer Meinung nach noch Erhebliches tun können.

Zum Ersten: Wenn die Wirtschaft mehr Absolventen will, dann soll sie uns bitte auch durch Lehrbeauftragte dabei helfen. Wir verpflichten uns, uns dafür einzusetzen, dass diese Lehrbeauftragten besser bezahlt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Richtig!)

Zum Zweiten: Es kann nicht sein, dass wie in der so viel gelobten Fakultät des Dekans Schmid die Ausbildung im

Durchschnitt erst nach sieben Jahren zu einem Examen führt, sondern wir müssen zu einer Verkürzung der Studienzeiten auf etwa fünf Jahre kommen. Das muss erreichbar sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb sollten wir Bachelor- und Master-Angebote machen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Im Übrigen kann man auch das Prüfungssystem sehr verkürzen. Hier sind durchaus noch Verbesserungen möglich. Das, Herr Kollege Salomon, habe ich mit Modellversuch gemeint.

Wir brauchen eine intensivere berufsbegleitende Weiterbildung und Umschulung an Hochschulen. Wir haben alle rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Hochschulen dies tun können. Ich muss hier die Fachhochschule in Ulm loben. Die Fachhochschule in Ulm bietet in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung Qualifizierungskurse für arbeitslose Akademiker mit einer 90-prozentigen Erfolgsquote an. Freilich muss man sehen: Es werden nur wenige dazu zugelassen, weil sie eben gut sein müssen. Der Studiengang heißt Software-Engineering. Ich würde mich freuen, wenn andere diesem Beispiel folgen würden.

Zum Dritten: Ich habe bereits die Zukunftsoffensive des Ministerpräsidenten gelobt. Wir wissen alle, dass infolge des Verkaufs der EnBW-Anteile an die EdF neue Entwicklungen hier in diesem Land möglich werden. Wir werden diese mit innovativen Studienangeboten begleiten, die Baden-Württemberg noch mehr in diesem Bereich qualifizieren werden. Ich sehe im Moment kein anderes Land, in dem sich solche Chancen auftun wie bei uns.

Schließlich: Wir müssen ausländische Studierende für unsere Hochschulen gewinnen. Dies geschieht nach Jahren der Dürre in zunehmendem Maß. Unter den ausländischen Absolventen dieser Studiengänge liegt das eigentliche Ausländerpotenzial für uns. Denn sie haben bei uns ihre Ausbildung erhalten, sie lernen dieses Land schätzen, sie haben hier keine Integrationsprobleme, und sie sind dankbar, wenn sie hier etwa noch ein Jahr nach dem Studium arbeiten können. Denn das qualifiziert sie in ihrem Heimatland noch mehr, und sie verdienen hier auch das Geld, das ihnen eine eigene Existenz in ihrem Heimatland ermöglicht. Das ist hier überhaupt nicht erwähnt worden, obwohl das eigentlich eine der nächstliegenden Möglichkeiten überhaupt ist.

Meine Damen und Herren, um zum Ende zu kommen: Unsere Hochschulen und Berufsakademien können die Probleme des Arbeitsmarkts nicht allein lösen. Baden-Württemberg tut aber alles dafür, dass sie ihren Beitrag dazu weiterhin leisten. Wir bauen damit ein Stück Zukunft in quantitativer, aber auch in qualitativer Hinsicht, besser als alle anderen. Das sollten Sie nicht nur anerkennen, sondern nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werbe noch einmal offensiv bei allen politischen Lagern, Mitglied in einem Klub zu werden, der ein einziges Ziel hat, nämlich im Interesse unseres Wirtschaftsstandorts durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland genügend qualifizierte Beschäftigte vorhanden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU:
Du redest doch heute am Thema vorbei!)

Das kann man erreichen, indem etwa eine Greencard für den IT-Bereich eingeführt wird. Das muss man aber auch dadurch erreichen, dass ihre Einführung auf andere Bereiche ausgeweitet wird, auch auf das Handwerk und den Mittelstand – ich unterstreiche das noch einmal ausdrücklich –, und das muss auch dadurch erreicht werden – jetzt komme ich auf das Thema zurück, Herr Kollege Birk –, dass mittel- und langfristig das qualifizierte Personal durch eigene Bildungsmaßnahmen im Lande Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU:
Jetzt wollen wir dazu mal etwas hören!)

Ich habe Ihnen gesagt – der Herr Wissenschaftsminister hat es bestätigt –: Wir brauchen uns, was die Hochschulpolitik angeht, wirklich nicht zu verstecken.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Warum wollen Sie dann Inder?)

Wenn es gelungen ist, in den letzten drei Jahren, wohlge-merkt nach einem Zeitpunkt, wo wir nicht abgebaut haben, sondern noch draufgesattelt haben, an den Berufsakademien und an den Hochschulen des Landes die Anzahl der Studienanfänger im Informatikbereich und die Anzahl der Studienabsolventen in diesem Bereich zu verdoppeln, dann ist das ein großartiger Erfolg, den ich mir auch von der Opposition nicht klein reden lasse.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Deuschle REP: Warum wollen Sie dann noch Inder?)

Wenn es zweitens gelungen ist, dafür zu sorgen, dass IT und Informatik nicht nur eine Angelegenheit von Diplomingenieuren sind, sondern dass wir genauso auch in der dualen Ausbildung, in den beruflichen Schulen qualifiziertes Personal brauchen, und wir heute feststellen können, dass durch geeignete Maßnahmen in den letzten drei, vier Jahren die Anzahl derjenigen, die im IT-Bereich einen beruflichen Abschluss gemacht haben, verdreifacht worden ist, ist das ebenfalls ein Erfolg, den ich mir nicht durch die Opposition klein reden lasse. Damit das klar ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Jetzt könnte man noch über die allgemein bildenden Schulen sprechen. Darüber ist im Augenblick noch nicht gesprochen worden. Ich kann es jetzt nur mit ein paar Federstrichen kurz skizzieren. Wenn Sie eine Einschätzung des-

sen, was Baden-Württemberg in der Schulpolitik in diesem Bereich getan hat, möchten, empfehle ich Ihnen dringend, einmal nachzulesen, was die Bundesbildungsministerin zu diesem Thema in einer Studie festgestellt hat. Sie sagt zum Beispiel, dass Baden-Württemberg bei der Aktion „Schule ans Netz“ mit großem Abstand am meisten finanzielle Mittel in diese Aktion gepumpt hat.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Hört, hört!)

Hier wurden in den letzten zwei, drei Jahren 83 Millionen DM investiert. Zum Vergleich: In Niedersachsen waren es 12 Millionen DM, in Bayern 10 Millionen DM.

(Abg. Wintruff SPD: Die Kultusministerin sagt doch selbst, es waren 50 Millionen DM!)

Das sind die Zahlen, meine Damen und Herren, die Sie bei Ihrer eigenen Bundesbildungsministerin nachlesen können.

Zum Internetzugang: Im bundesweiten Durchschnitt haben 38 % der Schulen einen Internetzugang. Baden-Württemberg liegt mit 66 % wesentlich höher. Wenn Sie die Grundschulen herausrechnen, haben fast 90 % einen Internetzugang.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ist das nichts?
– Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Was hast du denn von einem Zugang?)

Bei der Ausstattung mit Computern stehen wir im internationalen Vergleich nicht so gut da; Skandinavien liegt bei der Ausstattung mit Computern weiter vorn.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Die skandinavischen Länder stehen bei der Ausstattung mit Computern besser da, aber wir liegen nicht schlecht.

(Abg. Wintruff SPD: Kanada, Finnland, USA! –
Abg. Birgit Kipfer SPD: Irland!)

Unser Ziel muss sein, dass in der Zukunft die Ausstattung verbessert wird. Dafür werden wir arbeiten.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch zur Lehrerfortbildung: Das ist ein ganz wichtiges Thema. Wir sollten vielleicht auch einmal intensiver darüber nachdenken, dass ein Computer nicht einfach ein Instrument ist, das man als Instrument sehen muss.

(Abg. Maurer SPD: Guten Morgen! – Abg. Zeller SPD: Das wissen wir schon lange!)

– Ja, schon klar, aber wir müssen natürlich begreifen, Herr Kollege Maurer, dass der Umgang mit Computern auch völlig neue Möglichkeiten des Lehrens und des Lernens eröffnet.

(Abg. Zeller SPD: Aha! – Abg. Wintruff SPD: Umsetzen! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Geben Sie ihm noch zehn Minuten! Jetzt wird es spannend!)

(Pfister)

Daher müssen auch entsprechende didaktische und methodische Konzepte entwickelt werden, die in der Zukunft Teil der Lehrerfortbildung sein müssen.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode eine erste Zukunftsoffensive gestartet. Sie wissen das. Es sind immerhin 700 Millionen DM voll in den Bildungsbereich gegangen. Es hätte ohne diese erste Zukunftsoffensive keinen Ausbau und keinen Neubau von Informatikabteilungen gegeben.

Das, was wir im ersten Teil der Legislaturperiode gemacht haben, werden wir jetzt fortsetzen. Wenn es darum geht, die Lehrerfortbildung zu intensivieren – was wir machen müssen –,

(Abg. Zeller SPD: Sie haben doch die Mittel im Haushaltsplan gekürzt!)

wenn es darum geht, die Schulen apparativ besser auszustatten, wenn es darum geht, auch eine bessere Netzbetreuung an den Schulen hinzubekommen, wenn es also darum geht, nun diese Offensive „Multimedia in der Schule“ auch fortzusetzen, und zwar konsequent fortzusetzen

(Abg. Wintruff SPD: Ja! Auf die warten wir doch schon lange!)

– ja, ja, Sie müssen es nur finanzieren –, dann, sage ich, war es richtig, dass diese Regierung über eine weitere Veräußerungspolitik entsprechende finanzielle Mittel für eine zweite Zukunftsoffensive bereitgestellt hat. Ich sage noch einmal: Es gibt keine bessere Verwendung für eine zweite Zukunftsoffensive im Zusammenhang mit EnBW, als dieses Geld in die Köpfe der jungen Leute zu stecken, damit sie in die Lage versetzt werden, diese Internetrevolution zu bestehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Die erste Runde war besser!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

(Abg. Maurer SPD: Jetzt kommt der Giftzwerg! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Rau, aber herzlich!)

Abg. Rau CDU: Unter uns zweien schon, Herr Kollege Salomon.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der neue Fraktionsvorsitzende der Grünen, dem ich viel Erfolg in diesem neuen Amt wünsche,

(Abg. Maurer SPD: Nicht lügen!)

aber nicht zu viel, hat hier behauptet, der Bundeskanzler hätte eine bildungspolitische Debatte in Gang gebracht. Da kann ich nur lachen. Dem Herrn Bundeskanzler ist auf dem Weg zur CeBIT aufgefallen, dass er noch keinen Gag dabei hat. Von Bildungspolitik war nicht die Rede, als er die Greencard-Thematik abgesondert hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Darüber kann ich nur lachen!)

Deswegen haben Sie in Ihrem Beitrag auch keine bildungspolitische Antwort gegeben. Von Herrn Maurer erwarte ich sie ja schon gar nicht.

(Abg. Maurer SPD: Oh Gott!)

Aber dass sie auch von Ihnen nicht gekommen ist, war ein bisschen schade.

Die Unterstellungen, die da drin waren, mit Grenzen-dicht-machen-Wollen und anderem mehr sind alles Quatsch. Das hat mit der Realität nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Hildesheim – das muss immer wieder gesagt werden – ist ein Fanal für eine falsche Grundeinstellung,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und wenn Herr Maurer hier behauptet, an anderer Stelle in Niedersachsen sei irgendetwas aufgebaut worden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat er halt so gesagt!)

dann täuscht er sich gewaltig. Aber er täuscht sich ja häufiger.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat er halt so gesagt!)

Frau Ministerin Schuchardt hat am 16. Februar 1996 geäußert:

Um es deutlich zu sagen: Wir können es uns in Niedersachsen nicht länger leisten, ein Überangebot an Informatikstudiengängen vorzuhalten.

So wörtlich die damals zuständige SPD-Ministerin Schuchardt.

Zur gleichen Zeit, in der abgelaufenen Legislaturperiode, sind hier im Land die Vorarbeiten für die Zukunftsoffensive gelaufen, die dann mit insgesamt 158 Millionen DM in der „Medienoffensive Schule“ ihren Ausdruck gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit liegen wir unter den Ausstattungsplänen aller Bundesländer weit an der Spitze. Kollege Pfister, der Vorredner, hat es ja eben auch schon angeführt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Abg. Rau CDU: Aber sicher.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Kollege Rau, ich hätte Niedersachsen ja wirklich nicht zum Punkt meiner Frage gemacht,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sie schon!)

aber weil Sie das in den Raum gestellt haben, wollte ich Sie doch fragen, ob Sie wissen, dass der Studiengang In-

(Wintruff)

formatik in Hildesheim aus strukturpolitischen Gründen an die Standorte Braunschweig, Clausthal und Oldenburg verlegt worden ist, weil eben Hildesheim insbesondere in der Lehrerausbildung und in den geisteswissenschaftlichen Fächern seine Hauptstruktur hat. Ist Ihnen das bekannt? Das, glaube ich, beantwortet alles, was Sie hier in den Raum gestellt haben.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das, was wir brauchen, wurde zugemacht! – Abg. Zeller SPD: Das weiß der nicht!)

Abg. Rau CDU: Herr Kollege Wintruff, ich habe die Antwort der Ministerin Helga Schuchardt, die sie auf diese Fragen gegeben hat, hier wörtlich zitiert. Sie hat gesagt, es gehe darum, ein Überangebot abzubauen. Es sind nur drei Standorte übrig geblieben.

(Abg. Wintruff SPD: Es ist nur verlegt worden!)

– Nein! – Ich zitiere wieder Frau Schuchardt. In der gleichen Stellungnahme steht:

Wir haben in Niedersachsen eine rechnerische Aufnahmekapazität im Bereich der Informatik von ca. 500 Studienanfängern.

Dann geht es darum, dass auf 400 abgebaut werden müsse, und deswegen ist ein Standort geschlossen worden. Erzählen Sie hier keine Geschichten, die nicht stimmen. Schröder hat schon immer die falsche Einstellung zu diesen Fragen gehabt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Deswegen ist Schröder auch nicht der Mann, der hierzu eine bildungspolitische Debatte in Gang bringt. Wir haben sie hier in Baden-Württemberg in Gang gebracht,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD)

weil wir schon die ganze Legislaturperiode über an diesem Thema arbeiten. Ich habe Ihnen gerade den Betrag von 158 Millionen DM genannt, den wir hier eingesetzt haben. Im Wettlauf der Multimedia-Initiativen sind wir in Ausstattung und Konzeption bundesweit führend.

Es geht dabei nicht nur um die technische Ausstattung, sondern es geht auch darum, dass wir gleichzeitig ein medienpädagogisches Konzept entwickelt und an die Schulen übertragen haben. Dazu bedürfen wir einer gründlichen Lehrerfortbildung.

(Abg. Zeller SPD: Das gibt es doch gar nicht!)

– Wir haben während der ganzen Legislaturperiode die Mittel für die Lehrerfortbildung zur Verfügung gestellt. Erkundigen Sie sich doch einmal – ich sage es Ihnen, Herr Zeller – im Landesinstitut für Erziehung und Unterricht, was die an medienpädagogisch begleitenden Maßnahmen machen.

(Abg. Zeller SPD: Die haben kein Konzept! Wir haben uns sehr wohl erkundigt!)

Das hat zum Beispiel seinen Ausdruck darin gefunden, dass ein Landesbildungsserver eingerichtet ist, der dem Erfahrungsaustausch im medienpädagogischen Bereich dient und auf den im Monat 20 000 Zugriffe erfolgen, um genau das voranzubringen, dass wir in den Schulen die Konzepte vernünftig austauschen und vernetzen und dass die Lehrerinnen und Lehrer in einem dezentralen Konzept miteinander arbeiten. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben das Onlineforum Medienpädagogik eingerichtet, das dem gleichen Zweck dient, dass hier nicht nur mit der Technik, sondern auch inhaltlich kompetent gearbeitet wird.

(Abg. Wintruff SPD: Das steckt doch in den Kinderschuhen!)

Das tut Ihnen weh, weil es eine Erfolgsgeschichte ist. Wir haben dafür gesorgt, dass die Lernsoftware gesichtet und bewertet wird, und wir werden sicherlich auch weiterhin unterstützend arbeiten müssen,

(Abg. Zeller SPD: Das ist alles Nebel, was Sie hier vortragen!)

um mehr Lernsoftware in diesem Bereich zu erhalten. Aber da sind wir nicht nur allein als Staat gefordert, sondern das ist auch eine Aufgabe derer, die sich heute noch im Bereich anderer Angebote an Bildungsunterlagen tummeln. Ich denke, die Schulbuchverlage sind in den Bereich der Lernsoftware noch nicht in entsprechendem Umfang eingestiegen.

Wir haben schließlich im Bereich der beruflichen Bildung ganz hervorragende Ergebnisse.

(Abg. Wintruff SPD: Wo denn?)

– Herr Kollege Wintruff, Sie haben doch das Verdienst, dass die Landesregierung dies dieser Tage darlegen durfte. Sie haben doch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Das ist eine Erfolgsgeschichte, was Ihnen die Landesregierung hier in der Stellungnahme zu Ihrem Antrag vorlegen konnte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Lesen Sie doch nach! Da steht es drin! – Abg. Zeller SPD: Da stimmt vieles nicht! Wir werden es diskutieren!)

Wir haben beispielsweise – ich wollte hier eigentlich nur noch mäßig mit Zahlen operieren – seit 1997 die Zahl der Ausbildungsverträge in IT-Berufen bei uns im Land verdreifacht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch etwas!)

Wir haben heute 3 600 Schülerinnen und Schüler, die hier im dualen Bereich ausgebildet werden. Wir haben 1995 die Berufskollegs für Technik und Medien eingerichtet und im Jahr 1998 die Aufbaustufe – –

(Abg. Wintruff SPD: Aber nicht genug! Die Schüler stehen vor der Tür! Fragen Sie doch die Eltern und Schüler!)

– Ja, das übliche Lamento derer, die gar nichts hinkriegen: Ihr macht nicht genug. Das kennen wir schon.

(Rau)

Wir werden schließlich etwas für die nächste Legislaturperiode vorbereiten, und zwar etwas, was Sie überhaupt nicht wollen. Sie wollen ja keine Zukunftsoffensive. Ich kenne doch Ihre Reden hier noch aus der Haushaltsdebatte. Wir werden in Einigkeit mit dem Koalitionspartner die Privatisierungserlöse dazu einsetzen, auch in der nächsten Legislaturperiode dafür zu sorgen, dass die Dinge,

(Abg. Wintruff SPD: Alles Verkündigungen!)

die wir vorbereitet und eingeleitet haben, die also auf dem Weg sind, vernünftig und gut weitergeführt werden, sodass Baden-Württemberg auch weiterhin an der Spitze der Entwicklungen in Deutschland marschiert.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ganz schwache Rede, Herr Rau! – Abg. Heiler SPD: Das war nichts!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist, glaube ich, für einen Moment spannend geworden, Herr Kollege Pfister, als Sie sich einmal so ansatzweise auf das Thema „berufliche Schulen“ eingelassen haben. Sie haben es aber rasch wieder abgebrochen.

(Abg. Zeller SPD: Weil es peinlich wäre!)

Herr von Trotha, ich weiß gar nicht, ob Sie jetzt in der Geschichte der richtige Redner waren. Das Kernproblem bei der ganzen Angelegenheit ist, dass begriffen werden muss, dass die Qualifikationen für diese Wissens- und Informationsgesellschaft in der ganzen Breite gelegt werden müssen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Das ist das, was Kollege Salomon mit dem Vergleich des Volkssports Mathematik bei den Indern und des Volkssports Fußball bei den Brasilianern gemeint hat. Sie müssen einfach einmal sehen: In der Welt von morgen wird sich jemand, der mit diesen Medien nicht umgehen kann, in derselben Situation befinden wie ein Analphabet im vergangenen Jahrhundert. Das ist das Kernproblem. Es geht überhaupt nicht um die Frage, ob man irgendwie eine Elitediskussion hierzu führt, sondern es geht darum, ob wir alle jungen Leute, Mädchen genauso wie Jungen, in diesem Land dafür befähigen, mit dem Medium selbstverständlich umzugehen. Das ist die Basis, auf der auch die ökonomische Entwicklung stattfinden wird. Das Ganze ist eine Frage der Situation an unseren Schulen und an unseren Berufsschulen, Herr Kollege von Trotha. Dabei kann man an den Realitäten nicht vorbeigehen.

Die ganze Entwicklung hat zunächst einmal ein Generationsproblem. Das wissen Sie doch. Das ist ein Problem unserer Generation. Sie und ich und viele andere sind nicht mit dieser Medientechnologie groß geworden, und wir haben große Mühe damit, uns das anzueignen. Solange Sie in unseren Schulen einen Altersaufbau mit einem Durchschnittsalter der Lehrerinnen und Lehrer von weit über 50

Jahren haben, transportieren Sie unser Generationsproblem zulasten junger Leute weiter. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Nein, es geht überhaupt nicht um die Jugendlichen. Ich rede über meine Erfahrungen, dass ich von meinem Sohne mann mühsam lernen muss, wie man mit dem Zeug umgeht. Das ist die Realität. Ich rede über mich selbst. Ich glaube auch nicht, dass Sie von der ganzen Geschichte eine große Ahnung haben.

(Abg. Deuschle REP: Vielleicht mehr als Sie! – Abg. Drexler SPD: Der hat überhaupt keine Ahnung! Nicht nur von dieser Geschichte! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Uns geht es um Folgendes: Wenn das das Problem ist, dann geht es nicht, dass Ihr Ministerpräsident in der Gegend rumrennt und sagt: „Ich bin aber als Einziger gegen die Altersteilzeit bei Lehrern, weil ich das nicht haben will“, weil er immer noch nicht kapiert hat, dass es nicht um die Altersteilzeit für alte Lehrer, sondern um die Berufschancen für junge Lehrer geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um Gottes willen, wann merkt ihr das endlich?

Es geht darum, dass Sie Lehrkörper haben müssen, in die junge Leute hineinstoßen und in denen diejenigen eine Chance haben, die über diese Qualifikationen verfügen, weil sie ganz selbstverständlich damit groß geworden sind. Es genügt nicht, einmal im Jahr jemanden für einige Tage – einmal drei oder sieben Tage – zur Weiterbildung abzuordnen, der das dann allen anderen klarmachen soll. So wird das nicht funktionieren.

Dann redet Herr Rau von „Schule ans Netz“. Lieber Gott, was ist denn das, wenn Sie einen Onlinezugang im Rektorat eingerichtet haben? Sie meinen, damit hätten Sie den Sprung in die Informationsgesellschaft gemacht.

(Lachen bei der SPD)

Herr Kollege Rau, ich kann Sie auch mit dem Büro von Kissinger – einem strategischen Großmeister der Politik – vernetzen, aber das wird bei Ihnen überhaupt nichts bewirken,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

weil Sie nicht vorher die entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen durchlaufen haben.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen – ich finde es ja nett, dass Sie das angesprochen haben – 40 Millionen DM zusätzlich, mit Deckung unterlegt, für die Informationsgesellschaft und den Einstieg in die Medientechnologie an unseren Schulen beantragt. Sie haben das abgelehnt. Das ist doch die Realität. Wir brauchen das Geld gar nicht für Computer; die kriegen wir von den Herstellern,

(Maurer)

die ein Interesse daran haben, demnächst geschenkt. Wir brauchen das Geld aber für die Qualifikation von Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben das abgelehnt.

Wir haben am 24. Mai 1999 – das war ja bescheiden – 70 zusätzliche Lehrerstellen in den Jahren 1998 und 1999 für die zusätzlichen Berufskollegs Technik und Medien verlangt. Antwort der Kultusministerin: Sie könne die Aufstockung nicht vornehmen, sie brauche diese Stellen – das ist ja verräterisch – dringend, um noch bestehende Unterrichtsengpässe in anderen Bereichen zu schließen. Das ist die Realität. Sie sind nicht einmal in der Lage, die Unterrichtserteilung beim alten Stoff zu garantieren, schieben Ihre Stellen hin und her und sind deswegen nicht in der Lage, zusätzliche Man- und Womanpower für die Einführung dieser neuen Technologien an unseren Schulen zu bringen.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Maurer SPD: Ich komme gleich zum Ende, Herr Präsident.

Das hat auch gar nichts mit EdF und sonstigen Verkaufsgeschichten und Ihren neuen Sonderprogrammen zu tun. Es geht um den ganz normalen Landeshaushalt. Es geht darum, ob Sie die Schulden des Landes zurückführen und Spielräume im Bereich der Bildung eröffnen, damit das erforderliche Potenzial eingestellt werden kann. Es geht darum, dass Sie begreifen müssen, dass Sie qualifizierte junge Leute nicht mehr für irgendwelche Feuerwehrverträge für sechs Monate kriegen werden, sondern nur noch für ordentliche Beschäftigungsverhältnisse. Das alles kapieren Sie nicht. Da liegen die Blockaden der Zukunft. Sie befähigen unsere Kinder nicht in der Breite.

(Abg. Fleischer CDU: Hoffentlich bleiben Sie uns lange erhalten, Herr Maurer!)

Im Übrigen herrscht bei Ihnen – das muss ich Ihnen sagen – mittlerweile der ideologische Irrsinn. Das gestatten Sie mir, Herr Präsident, zum Schluss. Es ist doch unglaublich, dass der Kollege Oettinger jetzt in Zeitungsbeiträgen erklärt, wir brauchten auch noch eine Greencard für das Handwerk und für die Gärtnereien.

(Abg. Drexler SPD: Für alle!)

Ich finde das leicht übertrieben, aber vor allem finde ich es so lange übertrieben, wie Ihr Innenminister parallel dazu auch noch den letzten hoch qualifizierten Bosnier aus dem Land drückt,

(Beifall bei der SPD – Abg. Deuschle REP: Hoch qualifiziert doch nicht!)

und zwar aus ideologischen Gründen. Was ist denn das?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Deuschle REP: Gering qualifizierte Bosnier!)

Man muss sich das einmal vorstellen: Der CDU-Fraktionsvorsitzende sagt, es sollten noch viele zusätzlich kommen, mit Greencard, und zwar auch außerhalb der IT-Berufe. Ich sage Ihnen noch einmal: Das Problem sehe ich so noch nicht. Aber dieselbe Regierung schickt einen, der noch übrig geblieben ist und dringend in einem Handwerksbetrieb gebraucht wird, aus ideologischer Verbohrtheit auch noch heim.

(Abg. Deuschle REP: Nicht aus ideologischer Verbohrtheit! – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Das ist die Realität Ihrer Politik. Deshalb: Fangen Sie einmal an, sich zu sortieren. Angela wird es nicht lange richten. Sie müssen in der Sache Farbe bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann eigentlich ganz unaufgeregt sein. Ich habe den Eindruck, die Debatte bei der CDU läuft so wie bei Eltern, die irgendwann damit konfrontiert werden, dass ihre Kinder etwas ganz anderes wollen und einen ganz anderen Horizont haben, und die dann zu ihnen sagen: Ich verstehe das gar nicht, ich habe mein Lebtage lang alles für dich getan, mir vieles vom Mund abgespart, und du bist so undankbar.

Der Herr Minister kommt daher und zählt Statistiken auf, was er alles für die Informatik getan habe. Auch Herr Rau und Herr Bender haben das gemacht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das wäre zu viel verlangt! Das ist ein menschlicher Zug von uns! – Unruhe)

Das wird von uns überhaupt nicht infrage gestellt. Was die Hochschulbildung angeht, ist unbestritten, dass Baden-Württemberg – das habe ich an anderer Stelle immer gesagt – führend war. Es war ein Problem der Wirtschaft. Herr Hundt hat auch zugegeben: „Wir haben uns getäuscht.“ Die Hochschulen haben selber gesagt, sie hätten in diesem Bereich zum Teil zu viele Studienplätze, und auch wir von der Politik haben uns getäuscht. Das muss man einfach sagen. Es ist verdienstvoll, dass wir in Baden-Württemberg die Studienplätze nicht abgebaut haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also!)

Das ist richtig. Wir sind froh, dass sie jetzt ausgebaut sind, und ich bin auch froh über die Informatik in Freiburg. Das ist aber alles gar nicht strittig.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schade, in der ersten Runde kam das nicht so deutlich rüber!)

Die entscheidende Frage ist die, die Herr Maurer gestellt hat: Was haben wir denn davon, wenn alle Diplominformatiker sind? Sind das eigentlich die Qualifikationen, die wir brauchen? Dazu wird uns aus der Wirtschaft eben gesagt: Die Diplominformatiker, die alle schon mit 19 Jahren mit dem Schlips und mit dem Handy am Ohr herumlaufen und eigentlich BWL studieren, sind nicht die Freaks, die

(Dr. Salomon)

Kreativen, die Software entwickeln. Das hat damit zu tun – und da kommen wir zu einem anderen Thema; da muss ich Frau Schavan ansprechen –, wie wir an unseren Schulen ausbilden. Was ist mit unseren mathematischen Fähigkeiten?

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Die TIMSS-Studie hat ergeben, dass wir, was unsere mathematische Grundbildung angeht, nicht nur in Europa, sondern weltweit am unteren Ende der Skala angelangt sind, obwohl wir immer noch glauben, dass wir Weltruf in der Mathematik haben. Um so etwas geht es doch.

(Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt kommt doch die Oberstufenreform! – Gegenruf des Abg. Maurer SPD)

– Die Oberstufenreform ist ein ganz tolles Beispiel. Die Informatik wird abgestuft bzw. bleibt ein zweistündiges Fach.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch Blödsinn, was Sie sagen!)

Sie können keinen Informatik-Leistungskurs machen. Wohin soll das denn führen?

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Jetzt zu der Ausstattungsfrage. Herr Kollege Rau, Sie haben angeführt, was die Landesregierung alles für die Ausstattung getan habe. Aber ein Internetzugang im Rektorat oder die Tatsache, dass 98 % der Schulen einen Internetzugang haben, ist lächerlich. Internetzugang muss heißen, dass jeder seinen Laptop hat.

(Abg. Haas CDU: Ach komm!)

Aber Sie wissen nicht, wie Sie das finanzieren sollen. Da muss meines Erachtens die Industrie einspringen. Aber selbst wenn jeder einen Internetzugang und einen Laptop hat und die Kulturtechnik Internet beherrscht, haben wir damit noch keine Informatikspezialisten. Man kann schließlich auch nicht von jedem, dem man ein Auto schenkt, erwarten, dass er Maschinenbau studiert. Das sind zwei völlig unterschiedliche Geschichten. Die Fähigkeiten, die Skills, die Sie brauchen, um in der Softwareentwicklung vorne zu sein, müssen Rückwirkungen auf die Art der Bildung, auf die Art der Ausbildung und auf das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern haben. Heutzutage müssen die Lehrer bei den Schülern lernen. Das ist eigentlich der Punkt. Diese Debatte müsste man eigentlich führen.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der bisherigen Debatte sind eigentlich noch drei Punkte offen geblieben. Die Frage des wirklichen Bedarfs konnte nicht geklärt werden. Sie bleibt ungeklärt. Der Präsident des Landesamts, Schade, hat nachgewiesen, dass zurzeit in Baden-Württemberg 2 200 Fachkräfte für den EDV-Bereich arbeitslos sind und rund 1 400 davon,

genau 1 360, älter als 50 Jahre sind. Ich will das ganz wichtige Problem ansprechen, dass fast 70 % der arbeitslosen Ingenieure und Computerfachleute über 50 Jahre alt sind.

Nun kann man sicher auch noch mit über 50 Jahren, zum Beispiel mit 60, sehr fit sein. Ich weiß, dass mancher 60- oder 70-Jährige viel fitter ist als ein 20-Jähriger, der total in rot-grünen Kategorien denkt.

(Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Mein Gott!)

Da ist mancher, der normal denkt, mit 70 oder 80 Jahren viel fitter und viel bereiter, den Anforderungen der Gesellschaft der Zukunft nachzukommen und sich dieser Herausforderung zu stellen.

Nun müssen wir auch fragen, ob es in unserer Gesellschaft so weitergehen kann mit diesem, so möchte ich fast einmal sagen, Jugendlichkeitswahn, dass jemand, der 40 oder 45 Jahre alt ist, Angst haben muss vor der weiteren Entwicklung und Angst haben muss, noch einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das kann doch auch nicht so sein. Da müssen wir doch der Wirtschaft sagen, meine Damen und Herren: Es ist viel wichtiger, den Menschen mit über 40 oder über 50 Jahren hier noch einmal eine Chance zur Umschulung zu geben,

(Beifall bei den Republikanern)

als arbeitslose junge Leute, die in ihren Ländern dringender gebraucht werden als in Deutschland oder in Baden-Württemberg, ins Land zu holen. Wo bleibt denn da die soziale Ader der SPD, frage ich einmal. Wer denkt denn noch an diese Leute,

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Rapp REP: Die bleiben ideologisch auf der Strecke!)

die Familien durchzufüttern haben, hätte ich fast gesagt, die für ihre Familien zu sorgen haben? Wollen wir, dass die Menschen dann hier in der Arbeitslosigkeit oder am Ende in der Sozialhilfe dahinvegetieren? Welche Schicksale spielen sich denn da ab, und warum nehmen Vertreter einer sich sozial gebenden Partei diese Aspekte denn nicht mehr auf? Das frage ich mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Uns Republikanern ist natürlich die Weiterbildung von Familienvätern wichtiger als die Zuwanderung zum Beispiel junger Inder. Herr Maurer hat das Thema ja vorhin durchaus angesprochen. Rüttgers hat ja auch nicht ganz Unrecht. Rüttgers hat in manchen Punkten das Richtige gesagt. Natürlich haben wir auch ein Problem damit, dass wir hier in diesem Land zu wenige Kinder haben. Natürlich ist das ein Problem nicht nur für die Rente,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Ja, genau!)

sondern auch für solche Arbeitsplätze. Das ist doch unbestreitbar. Wer das bestreiten will, der kennt sich doch in der Situation gar nicht aus.

(Beifall bei den Republikanern)

(Deuschle)

Ein zweiter Aspekt: In der bisherigen Debatte hat keiner der Redner das Thema „Greencard und Industriespionage“ angeschnitten. Der Präsident des Fachverbands Deutscher Sicherheitsunternehmensberater, Klaus-Dieter Matschke, hat in der „Welt“ am 1. April 2000 Folgendes geschrieben: Die Anwerbung ausländischer Computerexperten sei aus nachrichtendienstlicher Sicht ideal, um einen Undercovereinsatz zu tarnen. Als Geheimdienst würde er sich diese Chance nicht entgehen lassen. Das heißt also, wenn wir diese Gefahr hier eingehen wollen, dann soll mir doch einmal einer sagen, worin der gesellschaftliche Nutzen für unser Land liegen soll, wenn wir diese Risiken massiv eingehen.

(Beifall bei den Republikanern)

Zum Schluss noch ein Aspekt, den ich vorhin auch schon angedeutet habe: Hier treten Kollegen nach dem Motto auf: „Wir müssen das Problem bei uns lösen, aber wir denken gar nicht daran, welche Folgen in diesen Ländern entstehen.“ Dürfen wir denn aus ethischer Sicht diesen ärmeren Ländern ihre besten Leute abwerben? Wollen wir das genauso machen wie die US-Amerikaner, die diesen hoch qualifizierten Arbeitsmarkt der Dritten Welt im Grunde abgegrast haben? Was ist denn das andere, wie gesagt, als Neokolonialismus? Das sollten wir doch hier in Deutschland nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wenn wir etwas aus unserer Vergangenheit gelernt haben sollten, dann das, dass wir hier vorsichtig sein müssen. Wenn wir hier, auch aufgrund Ihrer Bildungspolitik und der Antitechnikpolitik von Rot-Grün, Probleme haben,

(Abg. Zeller SPD und Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Oh Jesses Gott!)

dann müssen wir die in einer gemeinsamen Anstrengung lösen und dürfen diese Probleme hier in Deutschland nicht auf Kosten der Dritten Welt lösen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Zeller SPD: Das ist doch dummes Geschwätz! – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Seit wann interessiert ihr euch für die Dritte Welt?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha! Der Tiger setzt zum Sprung an!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich fand ich, dass alles gesagt ist.

(Abg. Nagel SPD: Nur nicht von Ihnen!)

– Noch nicht von jedem. Das ist auch wahr, jawohl.

(Abg. Deuschle REP: Sagen Sie mal was zu dem von Frau Merkel!)

Wenn Herr Maurer halt jedes, aber auch jedes Plenum nutzt,

(Abg. Zeller SPD: Um die Wahrheit zu sagen!)

um in einer großen Geste des Unwissenden unsere Schulen und das, was sie leisten, und das, was da möglich ist, kaputtzureden,

(Abg. Maurer SPD: Ach Gott, ach Gott!)

dann bin ich es schon den Schulen schuldig, darauf einzugehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Die leiden ja unter Ihnen!)

– Nein, nein. – Dieses unentwegte Nörgeln, dieses unentwegte Reinreden in Arbeit, die gut ist, die weitergeht, ist unerträglich für unsere Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben morgen ja noch mehr Gelegenheit, wir brauchen heute noch nicht alles zu machen. Morgen geht es weiter. Heute also Teil 1.

(Abg. Wintruff SPD: Morgen wirds schlimmer! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich würde sagen: die unendliche Geschichte!)

Erster Punkt: Sie sagen, es gäbe nicht genügend berufliche Vollzeitangebote.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Die, die aus dem Metier kommen, wissen: Erstens gibt es in Baden-Württemberg rund 40 % Schülerinnen und Schüler in beruflichen Vollzeitschulen. Einen so hohen Anteil gibt es nirgendwo sonst. Das hat damit zu tun – –

(Abg. Zeller SPD: Weil andere Länder andere Strukturen haben! Das wissen Sie doch auch!)

– Lieber Herr Zeller, jetzt rede ich, und nachher können Sie reden.

(Abg. Zeller SPD: Der Vergleich hinkt doch!)

– Nein, der hinkt überhaupt nicht. – Das hat damit zu tun, dass wir 170 berufliche Gymnasien haben und in diesen 170 beruflichen Gymnasien Schwerpunkte mit Zukunft, Schwerpunkte, die genau in die Debatte um die Greencard gehören. Dazu gehört zum Beispiel der Leistungskurs Gestaltungs- und Medientechnik, den wir an 16 Standorten eingeführt haben.

Sie wissen auch, Herr Zeller – regen Sie sich nicht so auf, so schlimm ist es doch nicht –, dass berufliche Vollzeitangebote nur Sinn haben, wenn wir sie mit der Wirtschaft, mit den Branchen wirklich absprechen.

(Abg. Haas CDU: Das weiß er nicht!)

Berufliche Vollzeitangebote bedeuten nur dann Zukunftschancen für die junge Generation, wenn sie abgesprochen sind und wenn nach diesem Angebot auch tatsächlich eine Beschäftigung, ein Studium, eine weitere Ausbildung möglich ist.

(Abg. Haas CDU: Das ist zu kompliziert für Herrn Maurer! – Abg. Wintruff SPD: Das hat er doch gesagt!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Deshalb liegt die Priorität in diesem Bereich – und damit komme ich zum zweiten Punkt – bei der Schaffung von Ausbildungskapazitäten in der dualen Ausbildung. Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg gab es 1997, als das neue Berufsbild geschaffen wurde, also vor genau drei Jahren, rund 600 Ausbildungsplätze und damit verbundene Kapazitäten. In diesem Jahr gibt es 3 600 Schülerinnen und Schüler im Bereich der dualen Ausbildung in der IT-Branche – also in drei Jahren von 600 auf 3 600.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das sind nicht mal 10 % in diesem Bereich!)

Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Bereich das größte Wachstum erreicht werden muss. Ich erinnere noch einmal daran – und das ist insgesamt ein Problem, nicht nur für diese Branche –, dass wir Ende der Achtzigerjahre in Baden-Württemberg rund 100 000 Ausbildungsplätze gehabt haben, Mitte der Neunzigerjahre 67 000 und Ende der Neunzigerjahre 76 000. Das heißt, Ende der Neunzigerjahre fehlten uns im Vergleich zum Ende der Achtzigerjahre 24 000 Ausbildungsplätze, und wir werden in den nächsten Jahren noch mehr als diese 24 000 Ausbildungsplätze brauchen. Das ist der Gesamtbereich.

(Abg. Wintruff SPD: Die bräuchten wir heute schon!)

Im Bereich der IT-Branche und einiger anderer Zukunftsbranchen aber gibt es ein Wachstum, das sich sehen lassen kann. Wir werden zum nächsten Schuljahr an einer Reihe von Standorten weitere Gruppen aufmachen.

Dritter Punkt: der Computer. Ich wundere mich nun wirklich, Herr Maurer, dass Sie unentwegt auf ein Thema zu sprechen kommen, das für Sie jedenfalls nicht zu einer Erfolgsgeschichte wird. Baden-Württemberg hat jeder Schule die Möglichkeit gegeben, nicht nur multimedialfähige PCs, sondern auch die damit verbundenen Anschlüsse zu bekommen. Natürlich gibt es noch die eine oder andere Grundschule, die noch nicht angeschlossen ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und wer hat da was davon?)

Natürlich gibt es auch noch die eine oder andere Schule, die sagt: Irgendwie sind wir noch nicht so weit. Aber 100 % der Schulen haben die Voraussetzungen. Das ist das eine.

(Abg. Brechtken SPD: Dazu braucht man nur eine Steckdose!)

Das Zweite ist die Zahl der Computer. – Ich weiß es ja. Wenn Sie mir einfach noch zwei Minuten geben, kriegen Sie den Rest auch noch.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Geben Sie uns doch gleich den Rest!)

– Jawohl, mit Vergnügen.

In Baden-Württemberg gibt es auf 13 Hauptschüler einen Computer, 13 : 1. Im gesamten Bereich der beruflichen Bildung sind wir nahezu zu 100 % ausgestattet. Ich glaube,

das Verhältnis liegt jetzt bei 8 : 1. Das heißt, im Bereich der weiterführenden Schulen ist in den letzten Jahren ein enormer Schub passiert.

Im Medienbeirat wird gerade die nächste Phase vorbereitet, weil nach dieser ersten großen Offensive natürlich jetzt die Kommunen fragen: Wie wird es mit den Folgekosten? Wie wird es mit der Netzwerkbetreuung?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Wie schaffen wir eine richtige Verbindung von Fachräumen,

(Abg. Bebber SPD: Reden Sie einmal mit der IHK Stuttgart!)

von mobilen Geräten, von Medienecken? Das ist schon wahr. Nur: Man muss dann mit allen Beteiligten in einer klugen Weise zu einem Konzept kommen, das realisierbar ist. Das, was in den letzten vier Jahren realisiert worden ist, ist ein enormer Fortschritt, der von den Betrieben und von unseren Schulen akzeptiert wird.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zu wenig! Gehen Sie nach Irland! Gehen Sie nach Holland!)

Ich sage aber auch bei dieser Gelegenheit wieder: Ein sinnvolles Konzept wird erst daraus, wenn Technik und Pädagogik zusammenkommen. Deshalb besteht unser Interesse nicht nur darin, weitere Computer anzuschaffen, sondern auch darin, die Pädagogik, die Lehrerfortbildung weiterzuentwickeln, junge Menschen – –

(Abg. Zeller SPD: Dazu haben Sie aber lange gebraucht!)

– Nein, dazu haben wir nicht lange gebraucht. 10 000 Lehrer und Lehrerinnen in Baden-Württemberg sind als Multi-Mediaberater und als Netzwerkbetreuer ausgebildet.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Ihre Aufregung zeigt, dass das nicht ganz falsch sein kann.

(Abg. Zeller SPD: Sie müssen einmal an die Schulen gehen! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Vierter und letzter Punkt: Meine Damen und Herren, natürlich ist von alledem auch – –

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wenn man ein solches Gerät ein- und ausschalten kann, ist man noch kein Spezialist! – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, natürlich ist auch das allgemein bildende Gymnasium betroffen.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, es ist betroffen. – Deshalb ist auch eine Neuordnung der gymnasialen Oberstufe erforderlich mit all der Kreati-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

vität, die Sie sich wünschen, aber eben auch mit einer Stärkung der Naturwissenschaften, mit einer Stärkung der technischen Fächer, mit einer Stärkung des Seminarfachs. Niemand wird in Zukunft mit einer einzigen Naturwissenschaft – das war in der Regel Biologie – Abitur machen. Vielmehr werden wir in die neu geordnete Oberstufe die Erfordernisse aufnehmen, die notwendig sind,

(Abg. Bebbler SPD: Das ist ja Kraut und Rüben!)

damit junge Menschen Mut bekommen, in eine Zukunftsbranche zu gehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Was ist denn mit der Informatik? – Abg. Zeller SPD: Das glauben bloß Sie selbst! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nur hohle Worte!)

Die Debatte ist an einem Schlagwort aufgehängt worden.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

„Mit System eiern“, das mag manchem so vorkommen, der Politik immer noch so versteht, dass sie im Austausch von Schlagworten und in der Produktion von Schlagzeilen besteht,

(Abg. Zeller SPD: Sie sind der Meister darin! – Zurufe der Abg. Renate Rastätter und Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

die genau so viel Geltungswert haben wie Zeitungsmeldungen. Am nächsten Tag gibt es die nächste Schlagzeile.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist aber dünn!)

Deshalb sage ich Ihnen: Genau so, wie ich es gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt habe, ist es.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wir haben einen internationalen Arbeitsmarkt. Wir haben ihn auch in Baden-Württemberg. Wir haben Softwareunternehmen, zum Beispiel in Donaueschingen,

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

wo 40 Mitarbeiter aus neun Nationen stammen. Deshalb ist es richtig, wenn wir sagen: Sich allein auf eine Messeeröffnung zu stellen und mit großer Geste etwas zu verkünden,

(Abg. Bebbler SPD: Das sind doch Ihre „Kinder statt Inder“!)

was genau den Gastarbeiter bringt – –

(Abg. Deuschle REP: Meinen Sie den Ministerpräsidenten, oder wen?)

Da ist nicht an die Familie gedacht. Da ist nicht daran gedacht, dass Inder überhaupt keine Lust haben, für drei Jahre allein nach Deutschland zu gehen.

(Abg. Maurer SPD: Jetzt kommt sie damit! Mein Gott!)

Das ist kein Konzept. Deshalb erwarten wir mehr, und deshalb sind wir davon überzeugt, dass eine Schlagzeile allein nicht reicht.

(Abg. Maurer SPD: Angst vor indischen Kindern!)

Sie reicht weder zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation, noch reicht sie für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne befindet sich der Präsident des saarländischen Landtags, Herr Hans Ley. Herr Präsident Ley informiert sich heute mit Mitarbeitern seiner Landtagsverwaltung über den Einsatz der EDV im Landtag von Baden-Württemberg.

(Heiterkeit)

Verehrter Herr Kollege Ley, ich darf Sie mit Ihrer Begleitung sehr herzlich im Landtag begrüßen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen und informativen Aufenthalt.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Brechtken SPD: Deshalb hat die Frau Minister das Saarland nicht genannt! Das macht sie sonst immer!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Änderung des Artikels 16 a Grundgesetz (GG) – Drucksache 12/4616

Ich darf zunächst darauf hinweisen, dass in der Drucksache 12/4616 versehentlich aufgeführt ist: „zu berichten“. Es handelt sich aber nicht um einen Berichtsantrag.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Dass die Reform des Asylrechts, die sich jetzt schon seit über eineinhalb Jahrzehnten in der Diskussion befindet, längst überfällig ist, ist für die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will zur Erinnerung Folgendes sagen: Der frühere Bundesverfassungsrichter Zeidler hat bereits im Jahr 1987 das geltende Asylrecht als überholt bezeichnet und dazu aufgefordert, dieses Asylrecht zu reformieren.

Wir Republikaner haben seit nachweislich 15 Jahren eine Reform des Asylrechts in Gestalt einer institutionellen Ga-

(Dr. Schlierer)

rantie oder aber eines Bundesgesetzes bei Verzicht auf das Individualgrundrecht, wie wir es bis heute in Artikel 16 a des Grundgesetzes normiert haben, angemahnt. Dafür sind wir in diesen zurückliegenden Jahren von den Altparteien stets diffamiert worden. Auch die letzten Debatten in diesem hohen Hause haben gezeigt, mit welcher stupiden Argumentation auf diese Forderungen reagiert wird.

In den letzten Jahren wurde landauf, landab die Mär vom erfolgreichen Asylkompromiss aus dem Jahr 1993 verbreitet. Im Dezember 1992, so die gebetsmühlenhaft verbreitete Legende, sei das Asylproblem gelöst worden. Ich erinnere mich noch gut, dass hier damals von den anderen Parteien die Hoffnung geäußert wurde, man hätte damit auch das Problem der Republikaner im Landtag gelöst.

Das war ein doppelter Irrtum: Erstens ist das Asylproblem bis heute eben nicht gelöst. Zweitens ist das Zuwanderungsproblem, das für uns Republikaner weiterhin ein zentrales Thema darstellen wird und innerhalb dessen das Asylrecht nur eine von vielen Facetten darstellt, ebenfalls nicht gelöst.

Die Folgerung: Sie haben existenzielle Zukunftsprobleme unseres Landes und unserer Nation nicht gelöst, meine Damen und Herren von den anderen Parteien, und Sie werden uns deshalb auch nicht los, weil wir an diesen zentralen Fragen weiter dranbleiben werden und dafür sorgen werden, dass sie auf der Tagesordnung bleiben.

(Beifall bei den Republikanern)

Nun kenne ich auch den hier wiederholt vorgebrachten Vorwurf, wir würden uns dieses Thema immer wieder vornehmen. Dabei sollte man sich allerdings Folgendes bewusst machen: Sie selbst, meine Damen und Herren von der SPD, der CDU und der FDP, haben dafür gesorgt, dass das Thema Asyl weiter aktuell bleibt.

(Abg. Bebber SPD: Sie immer mit Ihrem Ausländerkäs!)

Dazu brauchen wir nur einen kurzen Rückblick auf die letzten vier Monate zu werfen, Herr Bebber. Ich hoffe, dass Sie noch in Erinnerung haben, dass Ihr Bundesinnenminister am 11. November 1999 verkündet hat, die Grenze der Belastbarkeit sei erreicht, die Zuwanderungsquote müsse auf null gesetzt werden.

Am 21. November hat der Wirtschaftsminister des Landes nachgezogen. Herr Döring äußerte in Ulm, dass die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl für ihn auf der Tagesordnung stehe.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört! Wo ist er denn?)

Er ist dafür zwar von seinem eigenen Parteinachwuchs wirrer Äußerungen bezichtigt worden – ich erinnere mich an die Schlagzeile „Maulkorb für Döring gefordert“ –, aber die Diskussion ging ja weiter.

(Abg. Roland Schmid CDU: Die Republikaner sind ja die Spezialisten für Maulkörbe!)

Am 9. Dezember 1999 forderte der SPD-Bundesparteitag wieder genau das Gegenteil: eine Ausweitung des Asylrechts.

Nun komme ich zu Ihnen, Herr Schmid: Am 15. März 2000 haben wir in den „Stuttgarter Nachrichten“ die schöne Schlagzeile gesehen: „Union: Asylrecht einschränken!“ Pünktlich, im Vorfeld der in Nordrhein-Westfalen anstehenden Landtagswahl, wird nun mit bramarbasierenden Formulierungen etwas gefordert, was sonst in Ihrer Partei offensichtlich nicht mehrheitsfähig ist. Ich erinnere mich auch noch sehr genau daran, dass zuvor Ihr CDU/CSU-Bundestagsfraktionschef Merz die Ablösung des Artikels 16 a des Grundgesetzes zugunsten einer institutionellen Garantie gefordert hat, aber bereits am 6. April 2000 Herr Polenz, inzwischen Generalsekretär der CDU, gesagt hat, man müsse dies beibehalten. Damit stelle ich fest: Das war reiner Populismus der CDU vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und im Übrigen wohl nicht ernst gemeint, sonst hätte Herr Polenz sich nicht so geäußert.

Resümee: Eigentlich sind alle Klarheiten beseitigt – bei fast allen Parteien. Sie von der SPD, der FDP und der CDU, soweit Sie noch im Saale sind, sorgen dankenswerterweise alle dafür, dass das Thema weiter aktuell bleibt, und Sie machen eine Klärung der Standpunkte angesichts der zahlreichen Widersprüche erforderlich. Wir und die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land wollen jetzt Klarheit. Wir wollen wissen, was Sie wirklich wollen. Was gilt eigentlich: Schily oder die SPD-Meinung, die man sonst so hört, Döring oder die FDP, Merz oder Polenz, Schäuble oder Goll? Man könnte die Reihe beliebig fortsetzen.

Kommen Sie mir bitte nachher nicht wieder mit dem Argument, dazu brauche man die Zweidrittelmehrheit im Bundestag und weil wir diese nicht hätten, könnten wir nicht darüber sprechen. Nein, entscheidend, Herr Schmid, ist: Die Widersprüche müssen aufgeklärt werden; da dürfen Sie nachher nicht drum herumiechern, sondern Sie müssen Farbe bekennen. Und wir wollen von Ihnen jetzt auch hören, welche Vorstellungen Sie bzw. die Landesregierung haben – da bin ich ja gespannt, was uns der Innenminister dazu nachher noch sagen wird –, was im Hinblick auf die Harmonisierung des Asylrechts im europäischen Rahmen von Ihnen wirklich angestrebt wird. Sie können sich ja jetzt nicht dauernd gegenseitig nur den schwarzen Peter zuschieben nach dem Motto „Wir warten mal ab, was die Bundesregierung sagt, und dann kommen wir eventuell im Land mit eigenen Vorschlägen“. Nein, wir wollen heute wissen: Was haben Sie konkret für Vorstellungen, und welche Meinung gilt?

(Beifall bei den Republikanern)

Sie haben jetzt die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Von Ihren Antworten, meine Damen und Herren, werden wir nachher die weitere Behandlung unseres Antrags abhängig machen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Heiler SPD: Jetzt haben wir aber fast Angst gekriegt! Jetzt sind wir fast erschrocken!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

Abg. Roland Schmid CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen, über eine Bundesratsinitiative zu einer Änderung des bundesdeutschen Asylrechts und zu einer europäischen Harmonisierung zu kommen, wollen wir noch immer nicht unterstützen. Es führt in der Sache auch nicht weiter.

(Abg. Deuschle REP: Warum nicht?)

Bereits bei der Behandlung des nahezu wortgleichen Antrags vom August 1998 haben wir das ausführlich begründet, und die Wiederholung der Fragestellung führt zu keiner inhaltlich anderen Beurteilung.

Wer wie Sie vorhin, Herr Dr. Schlierer, von einem Armutszeugnis in der Asylpolitik redet, der muss sich die konkreten Erfolge der letzten Jahre vorhalten lassen. Ein Blick zurück macht deutlich, dass sich seit 1992/93 durchaus einiges getan hat. Damals hatten wir stark ansteigende Zugangszahlen, geringe Anerkennungsquoten, lange Verfahrenszeiten, große Unterbringungsprobleme und vor allem ungeheure Akzeptanzschwierigkeiten in der Bevölkerung. Mit den von einer notwendigen Mehrheit getragenen Entscheidungen und vielen Begleitmaßnahmen insbesondere in Baden-Württemberg, beispielsweise einer anderen Unterbringungskonzeption und der Umstellung der Versorgung, haben wir seit 1993 das Problem zwar nicht hundertprozentig gelöst, aber viel erreichen können. Wir konnten die Zugangszahlen deutlich senken, der unberechtigte Aufenthalt wird immer häufiger beendet, und die Verfahren werden kürzer. Ich denke, das sollten auch die Herren auf der rechten Seite endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Das tun die nie! Die leben doch davon, dass sie das nicht zur Kenntnis nehmen!)

Natürlich haben wir unser Ziel einer gerechten Lastenverteilung in Europa noch nicht erreicht, aber wir haben uns auf den Weg gemacht. Die Dinge sind in Gang gekommen. Bereits in der Debatte vom 15. Oktober 1998 hat die CDU darauf hingewiesen, dass eine Harmonisierung des Asylrechts in Europa vor allem Zeit braucht. Ich wiederhole das heute gerne: Wer eine europäische Harmonisierung des Asylrechts fordert, muss den Verhandlungspartnern auch die Chance geben, die notwendigen Vorbereitungen und Gespräche in Ruhe zu führen.

(Abg. Huchler REP: Wie lange noch?)

Wir wissen, dass die europäischen Mühlen langsam mahlen. Es ist ja schon schwierig, hier im Hause alle unter einen Hut zu bringen. Da können Sie nicht erwarten, dass wir 15 europäische Staaten innerhalb von sechs Monaten unter einen Hut bekommen und eine gemeinsame Lösung erreichen. Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen: Schon mit dem Amsterdamer Vertrag ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Gemeinschaft auch zur Gemeinschaftsaufgabe geworden. Der vorgesehene Gang der Verhandlungen ist seit Ihrer letzten Anfrage festgelegt worden, und innerhalb der nächsten Jahre werden die notwendigen gemeinsamen Regeln festgezurrert werden.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur eigentlichen Forderung der Antragsteller, nämlich zur Grundgesetzände-

rung, sagen. Eine Grundgesetzänderung ist sicher nicht über Anträge hier im Landtag oder über Bundesratsinitiativen zu erreichen, auch nicht über markige Bekenntnisse, zumal ich bei den Antragstellern in dieser Frage schon ein Glaubwürdigkeitsproblem habe, wenn sie in ihrem Antrag ausführen, nach ihrer Auffassung sollten politisch Verfolgte weiterhin Asyl erhalten. Da muss ich klar sagen: Gerade Ihnen glaube ich davon kein Wort.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Ihnen glauben wir schon lange nichts mehr!)

Kein Wort glaube ich Ihnen, wenn Sie das sagen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Heiler SPD: Sehr gut!)

Herr Dr. Schlierer, vor diesem Hintergrund reden gerade Sie von unehrlicher Politik. Das ist unglaublich. Ein besseres Beispiel für unehrliche Politik als auf Ihrer Seite gibt es in diesem Hause nicht. Das will ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon erstaunlich, was Sie heute hier träumen. Sie träumen von Mehrheiten, von 20 %. Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen. Ich weiß nicht, mit welchen Leuten Sie reden. Ich glaube, da sind Sie ein bisschen neben der Kappe. So weit wird es nicht kommen. Wir werden mit dafür sorgen, dass es so weit in diesem Land nicht kommt.

(Abg. Dr. Schlierer REP: So ein Schwachsinn!)

Auch Sie sind doch Jurist und sollten daher wissen, dass für eine Grundgesetzänderung vor allem eine breite Mehrheit im Bundestag und eine breite Mehrheit mit Problembewusstsein benötigt wird.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Sie haben vorhin nicht zugehört, und mit Ihrem fertigen Manuskript können Sie jetzt nicht reagieren!)

– Herr Dr. Schlierer, Sie haben schon viel Käse erzählt. Ich erinnere mich noch an meinen ersten Auftritt hier im Haus. Da war Ihr erster Satz, ich sei ein Hinterbänkler.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das trifft zu!)

– Sie müssen einmal Statistiken lesen und nicht immer nur daherreden.

Wer das schon nach dessen erster Rede zu einem Kollegen sagt, wenn die Arbeit noch gar nicht richtig begonnen hat, weiß vielleicht nicht, wovon er redet, und will andere Leute nur in eine Richtung drängen, in die sie nicht hingehören. Das muss ich mir eigentlich von Ihnen nicht sagen lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Deuschle REP: Sie haben vier Jahre lang nichts gemacht!)

Ich will auf den Kern kommen: Wer eine Grundgesetzänderung will, muss wissen, dass wir hierfür eine breite Mehrheit im Bundestag brauchen, die ein entsprechendes Problembewusstsein entwickelt und den Willen zu einer sachgerechten Lösung hat.

(Roland Schmid)

Schauen wir uns doch einmal die Wirklichkeit an: Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Stiegler, sagte am 15. März: „Wir brauchen kein neues Einwanderungsrecht und auch keine Änderung des Asylrechts.“ Am 14. März sagte der innenpolitische Sprecher der Grünen, Özdemir:

Die Grünen sind unter keinen Umständen dazu bereit, den verbliebenen Teil des individuell einklagbaren Grundrechts auf Asyl zur Disposition zu stellen.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Verhältnisse sind damit doch klar. Wir brauchen keine Bundesratsinitiative, sondern wir brauchen neue Mehrheiten in Berlin. Dann können wir die Dinge ändern.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wissen: Die CDU hat eine klare Haltung, ohne sich der aktuellen Debatte über ausländische Arbeitskräfte zu verschließen. Mit uns kann man über eine Zuwanderung im Interesse des Landes reden, wenn man auch dazu bereit ist, dies mit einer Änderung der nach wie vor unzureichenden geltenden Asylregelung in einen Zusammenhang zu stellen.

Wenn wir uns viele ernste Probleme in der Zukunft ersparen wollen, dürfen wir die noch immer zu hohe aktuelle Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge nicht mit weiteren Zuwanderern zu einer neuen, höheren Summe aufaddieren, um zehn Jahre später die dadurch entstandenen Probleme wieder lösen zu wollen.

Wir brauchen deshalb eine Gesamtlösung, die die Interessen der Wirtschaft, die Interessen der Bevölkerung und die der wirklich politisch Verfolgten miteinander verknüpft. Mit diesem Ziel beteiligt sich die CDU-Fraktion an der Diskussion um eine sachgerechte Lösung, die dann auch von der Bevölkerung mit getragen werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heiler.

Abg. Heiler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Tatsache, dass die Reps in schöner Regelmäßigkeit exakt die gleiche Thematik hier behandeln lassen, wird nicht gerade ein entscheidender Beitrag zur Belebung der Parlamentsdebatten geleistet. Wenn es kein unparlamentarischer Ausdruck wäre, würde ich sagen: Ich kann mir dieses Geseire von rechts zu diesem Thema bald nicht mehr anhören.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Demonstrativer Beifall des Abg. Krisch REP)

Leider gibt es hierfür keinen Schmerzensgeldanspruch nach dem BGB.

Meine Damen und Herren, es gibt augenblicklich überhaupt keine aktuelle Veranlassung zu dieser Debatte, und

wir haben wahrlich wichtigere Probleme, als uns mit der Frage auseinander zu setzen, ob Artikel 16 a des Grundgesetzes abgeschafft und durch eine so genannte Institutsgarantie ersetzt werden soll.

Ich wiederhole es, Herr Schmid: Die Zahl der Asylbewerber ist seit 1993 in der Tat zurückgegangen. Wir hatten damals 438 000 Asylbewerber. In den Jahren 1998 und 1999 waren es jeweils unter 100 000, und in den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es gerade einmal knapp 19 000. Hochgerechnet auf das ganze Jahr, kommen wir im Jahr 2000 auf eine Asylbewerberzahl von etwa 80 000. Wir sind deshalb weit, weit weg von den damaligen Zahlen, die uns in der Tat zum Handeln gezwungen haben.

Aber damit wir uns nicht falsch verstehen: Das Ergebnis einer erfolgreichen Asylpolitik lässt sich nicht an reinen Zahlen wie Zugängen, Ausweisungen, freiwilligen Ausreisen, Abschiebungen usw. ablesen, sondern immer noch an der Tatsache, wie wir mit diesen Menschen umgehen und ob wir ihnen ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren gewähren und sie auch menschenwürdig behandeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, völkerrechtlich nüchtern betrachtet muss man feststellen, dass die Bundesrepublik wie 137 andere Staaten auch – übrigens wie auch alle anderen EU-Staaten – die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat. All diese Staaten wenden die Konvention bei der Flüchtlingsanerkennung innerstaatlich an. Wesentliches Element der Genfer Flüchtlingskonvention – Artikel 33 Abs. 1 – ist, dass ein Flüchtling nicht in Gebiete aus- oder zurückgewiesen werden kann, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion oder Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.

Dies ist nach herrschender Meinung übrigens auch Völkergewohnheitsrecht, und herrschende Meinung ist ferner, dass jeder Flüchtling in dem Land, welches die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben hat, die Möglichkeit haben muss, seinen Antrag auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft durch eine unabhängige Instanz überprüfen zu lassen. Insoweit ist zum Beispiel auch Artikel 19 Abs. 4 des Grundgesetzes – die Rechtsweggarantie – kein bundesrepublikanischer Sonderfall.

Dies heißt, meine Damen und Herren, dass der Kerngehalt des Asylrechts nach Artikel 16 a des Grundgesetzes und des Abschiebeverbots nach der Genfer Flüchtlingskonvention gleich sind.

Wenn man dies einmal kapiert hat, dann kommt man zu einem Schluss, der beängstigend ist, nämlich dem: Wer wie die Reps immer wieder massiv die Abschaffung des Individualgrundrechts einfordert, der hat bereits die aus seiner Sicht logische nächste Forderung im Hinterkopf, nämlich die Genfer Flüchtlingskonvention aufzukündigen und infrage zu stellen.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

(Heiler)

Dies, meine Damen und Herren, wäre ein Rückschritt, und dies wäre auch eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Widerspruch bei den Republikanern – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Ist doch klar!)

Meine Damen und Herren, zur europäischen Harmonisierung: Es ist überhaupt keine Frage, dass das Asylrecht in der EU vereinheitlicht werden muss. Es geht hier um zwei Sachverhalte, nämlich um eine Vergemeinschaftung und um eine gerechte Verteilung der Aufgaben und Quoten innerhalb der Länder Europas.

Damit wir uns aber auch hier nicht falsch verstehen: Ich bin nicht der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland die meisten Asylbewerber aufnimmt. Dies mag zwar in absoluten Zahlen stimmen, nicht aber in der Relation zur Einwohnerzahl. Wenn ich die Zahl in Relation zur Einwohnerzahl nehme, dann stelle ich fest, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in der EU auf einem Mittelplatz befindet.

Deshalb sollten wir ganz nüchtern, unaufgeregt und sachlich die Eckpunkte diskutieren, und die heißen für uns: Angleichung der sozialen Standards, die nicht gegen null gefahren werden dürfen, auf europäischer Ebene. Das ist nicht die Diskussion, sondern es müssen humane und menschenwürdige Mindeststandards gegeben sein. Wir brauchen ein europäisch angeglichenes, schnelles und rechtsstaatliches Asylverfahren. Erst hier stellt sich dann die Frage, wie dieses rechtlich auszugestalten ist, ob in Form eines Individualgrundrechts, einer Institutsgarantie auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention – es wird wohl dahin führen –, oder vielleicht auch in anderer Form und Ausgestaltung. Es kann sich heute kein Land in Europa mehr einbilden, allein innerhalb seiner Staatsgrenzen eine sinnvolle Asylpolitik betreiben zu können.

Hier will ich noch einen Schritt weiter gehen: Vergemeinschaftung und Angleichung dürfen sich nicht nur isoliert auf die Asylpolitik beziehen, sondern umfassen die gesamte Migrationspolitik in Europa unter dem Stichwort einer europäischen Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik. Hierauf, meine Damen und Herren, sollten wir unsere gedanklichen Anstrengungen konzentrieren. Eine solche Diskussion wäre ebenso interessant wie notwendig. Wir haben innerhalb Europas offene Grenzen – das Stichwort Osterweiterung kommt noch hinzu –, und das zeigt uns, dass nur eine einheitliche, gesamteuropäische Migrationspolitik erfolgreich sein kann. Alle anderen Diskussionen, wie von den Reps zum wiederholten Mal hier eingefordert, sind zum Scheitern verurteilt. Lassen Sie uns darüber diskutieren, was notwendig ist. Deshalb werden wir den Antrag der Reps, für den überhaupt kein Bedarf besteht, ablehnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Deuschle REP: Das war jetzt die Rede von einem Sozi!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Thon.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schutz der Flüchtlinge

und nicht die Logik der Abschreckung oder die Abschaffung eines Grundrechts steht in dieser Debatte für uns im Vordergrund. Das unterscheidet uns und auch andere grundlegend von den Reps. Während auf europäischer Ebene über die Schaffung einer Grundrechtscharta diskutiert wird, müssen wir hier in diesem Haus zum wiederholten Mal über die Aushöhlung eines Grundrechts reden, nämlich des Individualgrundrechts auf Asyl als subjektives Grundrecht.

Bedauerlicherweise hat sich in Deutschland seit Jahren eine Diskussionskultur entwickelt, die restriktiven Äußerungen zum Asylrecht ungleich mehr Gehör verschafft als sachlich und fachlich haltbaren bzw. besonnenen Beiträgen. Die Reps, aber auch der Innenminister dieses Landes und der CDU-Newcomer Merz sind für die Abschaffung des derzeit geltenden Asylrechts, und das alles angesichts fallender Flüchtlingszahlen, also ohne Not.

(Abg. Deuschle REP: Na, na! – Abg. Haasis CDU: Wann ist denn die Not groß? Als 400 000 Asylanten gekommen sind?)

Was steht auf europäischer Ebene zur europäischen Harmonisierung des Asylrechts auf der Tagesordnung?

Erstens – es wurde auch schon von Herrn Heiler ausgeführt –: Es werden gemeinsame Anstrengungen hin zu einer kohärenten Flüchtlings- und Migrationspolitik unternommen.

Zweitens: Es sollen so genannte Flüchtlingsfonds geschaffen werden, die die Kosten in der Gemeinschaft solidarisch regeln, eine alte Forderung des Europäischen Parlaments an die Kommission, die auch vom europäischen Flüchtlingsrat ECRE und auch von den Grünen unterstützt wurde und wird. Übrigens ist diesem Vorschlag gestern zugestimmt worden.

Der europäische Gipfel in Tampere hat zur Asylpolitik empfohlen:

Erstens: Es ist eine hochrangige Gruppe „Asyl und Migration“ auf EU-Ebene einzurichten.

Zweitens: Es sollen besondere Sanktionen gegen kriminelle Schleuserbanden formuliert und umgesetzt werden.

Drittens: Bei der Überwachung der Außengrenzen der Mitgliedsstaaten soll kooperiert werden.

Viertens: Das Recht auf Asyl soll gewährleistet werden.

Fünftens: Rechtliche Standards für das Asylrecht sollen formuliert werden.

Das erscheint uns zwar nicht unbedingt als fällige Kehrtwende in der Asyl- und Einwanderungspolitik, aber – das ist jetzt wichtig – die Konferenz von Tampere hat nachdrücklich bestätigt, ihre Asylpolitik auch weiterhin auf die Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention zu stellen. Nach Auslegung des UNHCR – nur die UN haben das Recht, festzulegen, wer als Flüchtling unter die GFK fällt – besteht in Deutschland eine zunehmend restriktivere Asylrechtsprechung. Es besteht sozusagen eine Schutzlücke, wird doch strikt getrennt in staatliche und nicht staatliche Verfolgung, und geschlechtsspezifische Verfolgung wird

(Renate Thon)

nicht als Asylgrund anerkannt. Aber ich frage Sie, was es bedeutet, wenn Frauen in Afghanistan, denen in ihrem Herkunftsland Grundrechte, wie Recht auf Bildung, Recht auf entsprechende Krankenversorgung, verwehrt werden, sogar die Todesstrafe droht, wenn sie unverschleiert aus dem Haus gehen, ob dies Verfolgung ist, egal ob durch den Staat oder durch ein absolut Menschen verachtendes System wie die Taliban, und ich frage Sie, ob diese Frauen schutzbedürftig sind.

Bei uns wurden 1998 1 895 Asylsuchende aus Afghanistan anerkannt und 3 821 abgelehnt. Hohe Ablehnungsquoten sind noch lange kein Beleg dafür, ob jemand schutzbedürftig ist oder nicht. Außerdem liegt die Anerkennungsquote allgemein eben nicht, wie leider auch Bundesinnenminister Schily behauptet, bei 3 %, sondern letztlich um ein Fünf- bis Sechsfaches höher.

Für uns ist das Fazit dieser Diskussion, dass der verbliebene Teil – und Herr Schmid, der jetzt nicht mehr da ist

(Abg. Roland Schmid CDU: Doch, hier!)

– ich habe Sie doch glatt übersehen, Herr Schmid, so ein Zufall –,

(Heiterkeit)

hat ja schon den Kollegen Özdemir erwähnt – des individuell einklagbaren Grundrechts auf Asyl nicht zur Disposition gestellt werden darf. Wer verfolgt wird, muss auch in Zukunft einen einklagbaren Anspruch auf Asyl behalten. Den Vorstoß der Reps lehnen wir ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es bedarf im Moment keiner Bundesratsinitiative zur Änderung des Asylartikels im Grundgesetz. Wir müssen die Landesregierung auch nicht auffordern, sich für eine Angleichung des Asylrechts der Mitgliedsstaaten der EU einzusetzen; denn diese Angleichung ist doch längst beschlossene Sache.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Der Vertrag von Amsterdam hat dafür die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und den Zeitplan vorgeben!)

Die Europäische Kommission hat auch bereits mit Vorarbeiten begonnen. Der Vorstoß der Fraktion, die sich „Die Republikaner“ nennt, ist also überflüssig.

(Zuruf von den Republikanern: Wie Sie! – Abg. Brechtken SPD: Die ganze Fraktion ist überflüssig! – Abg. Deuschle REP: Die FDP ist überflüssig, wenn man Ihre Rede hört!)

– Ach, Herr „Deuschle“, was soll das? – Wenn man sich in der Europäischen Union über die Grundzüge der gemeinsamen Flüchtlingspolitik einig geworden ist,

(Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

dann wird man automatisch prüfen, ob dazu das Grundgesetz geändert werden muss.

(Abg. Deuschle REP: Fragen Sie Herrn Dr. Döring! – Abg. Rapp REP: Haben Sie das überhaupt einmal gelesen?)

Diese Prüfung sollte nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion in aller Ruhe und Sachlichkeit vorgenommen werden. Ich kann nicht oft genug wiederholen, dass sich gerade dieses Thema nicht für emotionsgeladene und ideologisch ausgerichtete Debatten eignet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das gilt auch für die heutige Befassung. Die Antragsteller wollen damit doch nur wieder Vorurteile schüren – immer dasselbe.

(Abg. Deuschle REP: Wie Herr Döring, wenn Sie das immer wieder bringen! – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Immer wieder!)

Derzeit haben wir das Problem, meine Damen und Herren, dass Zuwanderung nach Deutschland praktisch nur über das Asylrecht möglich ist. Entsprechend hoch ist der Anteil von Asylbewerbern, die keine politische Verfolgung nachweisen können und nach einem langwierigen Verfahren wieder zurückgeschickt werden müssen. Deshalb brauchen wir das von der FDP schon seit langem geforderte Zuwanderungssteuerungsgesetz; denn Einwanderung muss langfristig und vorausschauend aktiv politisch gestaltet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dazu sind klare und transparente Regelungen notwendig mit dem Ziel, Zuwanderung quantitativ zu begrenzen und sie zugleich an den legitimen Interessen der Bundesrepublik Deutschland auszurichten. Dadurch werden Ängste in der Bevölkerung abgebaut, und dadurch wird das Klima für die Integration bereits hier lebender Ausländer – und das ist uns sehr wichtig – verbessert. Das geltende Ausländerrecht hat leider in den letzten Jahren in vielen Fällen dafür gesorgt, dass berechnete ökonomische Interessen ordnungspolitischer Prinzipientreue zum Opfer gefallen sind.

Das von der FDP geforderte Zuwanderungsgesetz muss selbstverständlich auch eine Regelung über die Zuwanderung aus humanitären Gründen enthalten. Darin ist vorzusehen, dass Menschen, die sich in Not befinden und ihr Land deshalb verlassen müssen, vorübergehend oder auch dauerhaft Aufnahme in Deutschland finden können. Allerdings wollen wir, dass alle Anträge auf Zuwanderung vor der Einreise nach Deutschland gestellt und von deutschen Behörden beschieden werden. Ein so gestaltetes neues Recht würde uns auch die Möglichkeit geben – das ist das, was die Kollegin Thon schon angesprochen hat –, auch andere Gründe als die der politischen Verfolgung als Rechtfertigung für einen Aufenthalt in Deutschland anzuerkennen. Es würde die Verfahren beschleunigen und unmenschliche Hängepartien, wie wir sie heute dauernd haben, verhindern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es ist doch kaum nachvollziehbar, dass, wenn die Iraker endlich Saddam Hussein aus

(Kluck)

Bagdad verjagen würden, der im Falle seines Sturzes hier Anspruch auf politisches Asyl hätte,

(Abg. Wilhelm REP: Was ist mit der hungernden Bevölkerung im Iran?)

nicht aber ein von andersgläubigen Nachbarn verfolgter assyrischer Christ, den Behörden und Gerichte mit der Begründung, das sei ein Gruppenschicksal, ablehnen würden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja!)

Auch die Zuwanderung aus humanitären Gründen muss auf europäischer Ebene geregelt werden; denn es gibt ja keine Binnengrenzen mehr. Ziel einer europaweit gültigen Asyl- und Flüchtlingspolitik – das hat auch der Kollege Schmid schon gesagt – muss eine gerechte Verantwortungs- und Lastenverteilung innerhalb der EU sein. Zwar hat sich der Zustrom von Asylbewerbern in die EU-Staaten 1999 nicht unerheblich verändert, aber Deutschland ist immer noch – das muss man feststellen – wichtigstes Zielland, auch wenn sein Anteil an allen Asylanträgen von einem Viertel auf ein Fünftel gesunken ist.

Die Lastenverteilung ist wichtig, weil sich Unmut gegen Zuwanderer meistens nicht gegen die zu uns kommenden Menschen, sondern gegen die damit verbundenen Belastungen richtet. Die Herren von ganz rechts kochen damit ihr politisches Süppchen. Davon werde auch ich sie kaum abbringen können. Aber die anderen politischen Kräfte sollten unsere Argumente für ein solches Zuwanderungsgesetz noch einmal sorgfältig prüfen. Früher waren SPD und Grüne ja dafür, aber seit sie in Berlin regieren, haben sie das vergessen. Immerhin erkenne ich ein bisschen Lichtblicke in der neuen CDU-Führung. Alle demokratischen Parteien, meine Damen und Herren, sollten gemeinsam nach einer Lösung suchen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

die der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gerecht wird, als relativ reiches Land in Not geratenen Menschen zu helfen. Lassen Sie uns gemeinsam aber auch eine Lösung finden, die den deutschen Interessen gerecht wird, damit die da drüben keinen Nährboden für dumpfe Vorurteile finden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Deuschle REP: Es kluckt, kluckt, kluckt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die Vorredner an Stellungnahmen hier abgegeben haben, war ganz interessant. Ich will zunächst zum Kollegen Schmid kommen. Herr Schmid, wenn Sie von Glaubwürdigkeit reden, darf ich Sie daran erinnern, dass Sie am 25. November 1999 hier in einer Aktuellen Debatte gesagt haben:

Ich bin trotzdem dankbar dafür, dass wir heute, sage ich einmal, eine zweite Asyldebatte beginnen.

Heute erzählen Sie wieder genau das Gegenteil.

Dann reden Sie von Unehrlichkeit. Wenn ausgerechnet Sie von Unehrlichkeit reden, kann ich Ihnen nur eines sagen: Sie sollten lieber Ihre eigenen Redebeiträge aus der Vergangenheit durchlesen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dann wüssten Sie sehr schnell, dass Sie selbst unehrlich sind. Jetzt sitzen Sie wieder hinten auf Ihrer Abgeordnetenbank, sodass ich mich nicht weiter über Ihr Hinterbänkeltum auslassen muss.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Das geht nach dem Alphabet!)

Ich bin aber gerne bereit, Ihnen entgegenzukommen und Ihr Hinterbänkeltum auf die Intellektualität zu beschränken.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie, Herr Schmid, haben kein klares Wort zu Herrn Polenz gesagt. Sie haben sich nicht zu den Widersprüchen in der CDU geäußert. Ich habe den Eindruck, dass Sie das gar nicht gewusst haben;

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Schlierer, das, was Sie hier bringen, ist unter Ihren Fähigkeiten!)

denn so eifrig, wie Sie sich vorhin während meines Redebeitrags erst einmal erkundigt haben, muss ich den Eindruck gewinnen, dass Sie gar nicht wissen, was in Ihrer eigenen Partei läuft. Dass Sie dann keine Stellungnahme abgeben, ist natürlich klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Zu dem Redner der so genannten Sozialdemokraten: Na ja, das war der letzte Heuler. Das kennen wir.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: „Heiler“, nicht „Heuler“!)

Zu Schily kein Wort, kein klares Wort dazu, wie sich diese Partei nun wirklich positioniert.

Und zu Frau Thon kann ich nur sagen: Interessant, was Sie zur Schutzbedürftigkeit ausführten. Ich darf also Ihren Ausführungen entnehmen, dass Sie künftig auch die Falungong-Sekte gerne bei uns aufnehmen wollen. Ich werde diese dann gerne bei Ihnen einquartieren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Zeller SPD: Niveauloses Geschwätz!)

Zu Herrn Kluck, meine Damen und Herren, braucht man nichts weiter zu sagen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Da fällt Ihnen nichts ein!)

Ich will im Resümee festhalten: Es hat keine klaren Aussagen gegeben. Herr Kluck, Sie haben sich zu Herrn Döring nicht geäußert; ich verstehe, warum. Keine klaren Aussagen zu den Widersprüchen in den eigenen Reihen bei Ihnen, keine klaren Aussagen zu den Zielsetzungen im Rahmen der EU-Harmonisierung. Sie haben darum herumgeredet. Das Schönste war ja der Beitrag von Herrn Kluck, in

(Dr. Schlierer)

dem er sagt: Wir müssen jetzt darüber reden, welche Lösungen wir eventuell in der Zukunft finden. Herr Kluck, das erzählen Sie uns seit 15 Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen einmal zu etwas Neuem kommen. Sie müssen Farbe bekennen. Das haben Sie heute nicht getan. Deswegen, meine Damen und Herren, beantragt meine Fraktion zu Ziffer 1 des Beschlussantrags – es handelt sich ja, wie der Herr Präsident vorhin schon deutlich gemacht hat, nicht nur um einen Berichtsantrag – namentliche Abstimmung,

(Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Oh lieber Gott!)

und zwar deswegen, weil wir vor allem den Mitgliedern der CDU-Fraktion die Gelegenheit geben wollen, hier heute tatsächlich Farbe zu bekennen. Herr Schmid hat ja am 25. November letzten Jahres gesagt, dass Sie schon immer dafür waren, Artikel 16 a des Grundgesetzes in der jetzigen Fassung abzuschaffen und eine institutionelle Garantie einzuführen. Zeigen Sie heute, dass Sie wirklich dieser Ansicht sind und das ehrlich gemeint haben, und stimmen Sie der Ziffer 1 unseres Beschlussantrags zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann sehr gut verstehen, Herr Kollege Heiler, und teile insoweit auch Ihre Auffassung, dass man, vorsichtig ausgedrückt, nur einen begrenzten Sinn darin sehen kann, die Debatte über eine Änderung des Asylrechts sozusagen im vierteljährlichen Turnus hier zu wiederholen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Allerdings darf ich auch darauf hinweisen,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie es kurz!)

dass zwar nicht die SPD-Landtagsfraktion, aber die Bundes-SPD sich und damit auch uns dies selbst eingebracht hat. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe.

Der eine Grund waren die Äußerungen des Bundesinnenministers Schily vor einigen Monaten, der ja gesagt hat: „Das Boot ist voll, und deshalb müssen wir über irgendeine Änderung des Asylrechts nachdenken und beraten.“

(Abg. Heiler SPD: Er hat aber gesagt, im Zusammenhang mit der europäischen Harmonisierung! Das hat er gemeint!)

Dann hat der SPD-Parteitag – Sie werden das besser wissen; ich lasse mich da auch gern von Ihnen noch ergänzen und informieren – eine ganz andere Richtung eingeschlagen, und seitdem muss Herr Kollege Schily eben etwas zurückrudern.

(Abg. Bebber SPD: Da können Sie ihm ja einmal Tipps geben! Sie kennen das ja, wie das ist mit dem Zurückrudern!)

Bei unserer letzten Debatte habe ich im Auftrag der Landesregierung die Bitte an ihn gerichtet, er solle doch mit Blick auf die europäische Harmonisierung des Ausländerwesens in der Asylpolitik eine Gesamtkonzeption vorlegen. Aber die fehlt halt noch.

Das ist der eine Grund, warum wir die Debatte jetzt wieder haben.

Der andere Grund ist der, dass Bundeskanzler Schröder, der ja auch Ihrer Partei angehört, die Greencard-Diskussion vom Zaun gebrochen hat. Die Greencard-Diskussion hat mit automatischer Zwangsläufigkeit dazu geführt, dass wir über ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz diskutieren.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was meinen Sie denn nun eigentlich?)

Das mag ja alles vernünftig sein. Nur ist auch klar, dass bei einem Zuwanderungsbegrenzungsgesetz als wesentlicher Baustein mit hineingehört, darüber zu reden und darüber nachzudenken, ob das Asylgrundrecht nicht zu einer bloßen Institutsgarantie verändert wird. Deshalb haben wir die Diskussion jetzt bekommen. Das ist schon auf Sie zurückzuführen.

Ich darf ganz einfach auch sagen – das ist keine Ankündigung, sondern ich habe das jetzt nur vor wenigen Tagen gehört –, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ja jetzt offensichtlich auf die Regierung und auf die anderen Fraktionen zugeht und sagt: „Jawohl, mit uns kann man über ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz reden, wenn dann eben auch die Änderung des Asylrechts Geschäftsgrundlage ist.“

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir die Debatte. Das ist doch der Grund dafür. Das ist ja offensichtlich.

Ich will es der SPD heute auch nicht ersparen – ich bitte hierfür um Nachsicht,

(Abg. Heiler SPD: Sie brauchen sich doch dafür nicht zu entschuldigen!)

aber Sie schonen uns ja auch nicht –: Statt Diskussionen vom Zaun zu brechen, bei denen, jedenfalls in absehbarer Zeit, keine Lösung ersichtlich ist, wäre es viel besser gewesen, Sie hätten mit uns das frühere, zum Missbrauch einladende Asylrecht rechtzeitig geändert.

(Abg. Göbel CDU: So ist es!)

Dann könnten die Republikaner gar keine derartigen Anträge stellen, weil sie nämlich gar nicht im Landtag von Baden-Württemberg sitzen würden.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den Republikanern – Abg. Heiler SPD: Was soll denn diese Hin- und Herschieberei von Schuld? Das bringt uns doch nicht weiter, Herr Schäuble junior! – Abg. Dr. Schlierer REP: Die Sozis sind schuld! – Abg. Deuschle REP: Dann wären Sie nie Innenminister geworden!)

(Minister Dr. Schäuble)

Das ist der Grund dafür, und darüber müssen Sie nachdenken.

Im Übrigen darf ich aus meiner Sicht einfach auch noch einmal in der gebotenen Kürze, um die mich der Herr Präsident gebeten hat, feststellen:

(Abg. Heiler SPD: Der Präsident hat immer Recht! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Weil er Präsident ist! – Gegenruf des Abg. Heiler SPD: Aber nur deshalb! – Abg. Brechtken SPD: Das Schlimme ist, es stimmt ja, was der Minister gesagt hat, juristisch gesehen! Er hat sogar Recht, wenn er nicht Recht hat! – Abg. Deuschle REP: Sagen Sie zur Sache etwas!)

Ein noch größeres Problem bei dem Thema Asylmissbrauch ist neben dem Zugang die Frage: Wie erreichen wir es, dass diejenigen, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht anerkannt werden, Deutschland in größerem Umfang als bisher verlassen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da darf ich für uns in Baden-Württemberg und damit auch für mich als Innenminister in Anspruch nehmen, dass wir wohl schon zu denjenigen gehören, die von allen 16 Bundesländern mit die konsequenteste Rückführungspolitik betreiben. Das hat übrigens auch dazu geführt – das ist eine Zahl, die meines Erachtens für Sie wichtig sein muss –, dass in den letzten zurückliegenden Jahren

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Von denen spricht hier niemand!)

der Asylbewerberzugang nicht so groß war wie der Abgang derjenigen, die als nicht Anerkannte Deutschland wieder verlassen haben. Das ist ja eine positive Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt aber auch, dass wir weiterhin daran arbeiten werden und daran arbeiten müssen. Es heißt vor allem auch, dass die Problematik insgesamt ein wenig relativiert wäre, wenn überall in Deutschland, auch von roten Landesregierungen und von rot-grün geführten Landesregierungen, eine ähnlich konsequente Ausländerpolitik wie bei uns in Baden-Württemberg betrieben würde. Dann wären wir weiter.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen darf ich ein weiteres Mal auf Folgendes aufmerksam machen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schlierer?

(Abg. Bebbler SPD: Das würde ich nicht machen!)

Bitte schön, Herr Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Minister, könnten Sie mir erläutern, was mit Ihrer Antwort gemeint ist, wenn Sie sa-

gen, dass die Landesregierung für den Fall, dass sich die Ankündigungen des Bundesinnenministers in der Regierungspolitik nicht umsetzen würden, initiativ würde – weil Sie vorhin selbst erklärt haben, dass die Ankündigungen des Bundesinnenministers offensichtlich nicht Wirklichkeit werden, nachdem er von seiner eigenen Partei zurückgepfiffen wurde.

(Abg. Bebbler SPD: Das glaubt er ja selbst nicht!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Kollege Schlierer, ich habe vor wenigen Minuten mitgeteilt, dass nach meinen Informationen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Regierung und auf die anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag zugehen wird und aus Anlass der Diskussion um ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz anbieten wird – darüber kann man sprechen –: Geschäftsgrundlage ist, dass das Individualgrundrecht auf Asyl in eine Institutsgarantie umgewandelt wird.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Was die SPD ablehnt!)

Dann wird es, denke ich, eine interessante Feststellung sein, ob dieses Angebot der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag angenommen wird oder nicht.

(Abg. Deuschle REP: Dann könnte ja der Landtag heute zustimmen!)

Nun darf ich einen Gesichtspunkt noch kurz anführen. Wenn ich persönlich davon ausgehe, dass wir eine Änderung des Asylgrundrechts – Herr Kollege Heiler, darüber müssen wir einmal miteinander reden – vermutlich erst über eine europäische Harmonisierung bekommen – das kann man bedauern oder auch nicht, aber ich nehme die Welt einfach so, wie sie ist –, dann ist es doch umso wichtiger, dass wir heute schon unterhalb der Ebene einer Grundgesetzänderung über alles nachdenken und dann auch möglichst handeln, was zur Verbesserung der Situation beitragen könnte.

(Beifall der Abg. Fleischer und Göbel CDU)

Vor diesem Hintergrund kann ich es nicht verstehen, dass die Mehrheit im Bundesrat, SPD- und rot-grün regierte Länder, es abgelehnt hat, § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes zu streichen. Denn diese Bestimmung wird dazu führen, dass wir Mitte des Jahres an die Asylbewerber um etwa 20 % höhere finanzielle Leistungen als bislang zahlen müssen, was automatisch die weitere missliche Folge auslösen wird, dass noch mehr als bisher nicht aus Gründen der politischen Verfolgung, sondern aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen werden.

(Abg. Göbel CDU: So ist es! – Gegenruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Demgegenüber mache ich noch einmal darauf aufmerksam – und dagegen waren Sie von Rot und Grün, Frau Thon, wenn ich es richtig im Kopf habe, doch auch –, dass es ein ganz wichtiger Schritt nach vorne war, dass wir in dieser Legislaturperiode zusammen mit der FDP/DVP in Baden-Württemberg das Flüchtlingsaufnahmegesetz geändert haben. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass jetzt überall im Land konsequent von Geld- auf Sachleis-

(Minister Dr. Schäuble)

tungen umgestellt wird. Auch das ist eine wichtige Maßnahme, um nicht mehr dazu anzureizen, dass die Menschen nur des Geldes wegen nach Deutschland kommen. Deshalb war es eine gute Sache, dass wir dieses Gesetz geändert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Dritte, was, glaube ich, genauso dazugehört, ist: Die Diskussion ist noch nicht am Ende und kommt vielleicht jetzt im Zusammenhang mit der ganzen Folgedebatte um die Greencard noch einmal stärker. Ich warne aber aufgrund meiner Erfahrung als Innenminister davor, das Arbeitsverbot für Asylbewerber zu lockern. Wenn wir das tun, werden wir nämlich auch wiederum sofort die missliche Folge erleben, dass Menschen kommen, weil sie die Hoffnung haben, in Deutschland einige Jahre lang Geld verdienen zu können, und nicht aus Gründen der politischen Verfolgung. Wir müssen also im Grunde genommen Anreize bleiben lassen, nur des Geldes wegen nach Deutschland zu kommen, und umgekehrt die richtigen Anreize schaffen, damit die Richtigen, nämlich die politisch Verfolgten, zu uns kommen.

Ich gebe noch eines mit auf den Weg, was mich unter dem Stichwort Integration immer stark umtreibt und was auch ohne Änderung des Grundgesetzes möglich wäre. Wenn ich die lange Debatte, die wir vor drei Wochen geführt haben, noch richtig im Kopf habe, haben Sie angedeutet, dass Sie eigentlich geschäftsbereit sind. Mit „Sie“ meine ich aber auch die Bundes-SPD. Wir sollten noch einmal ganz sachlich, ohne Polemik, darüber sprechen: Müssen wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, beim Thema Familiennachzug nicht etwas ändern? Bisher können – das ist ja bekannt – die jungen Menschen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr nach Deutschland kommen. Ich führe, wie Sie vielleicht auch, sehr viele Diskussionen über das Thema Jugendkriminalität – zuletzt in der vergangenen Woche –, wobei es sich ja teilweise auch um ein Integrationsproblem handelt. Eines stellt sich immer wieder ganz klar heraus: Wenn die jungen Menschen nicht frühzeitig – im Alter von zehn, elf oder spätestens zwölf Jahren – nach Deutschland kommen, schaffen sie den Weg in unserem Schul- und Bildungssystem nicht mehr. Dann ist die schiefe Ebene zwangsläufig vorgegeben. Deshalb sollten wir auch über das Thema Familiennachzug noch einmal sachlich miteinander reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kurzum – damit darf ich auf den Wunsch des Herrn Präsidenten zurückkommen –: Solange eine europäische Harmonisierung der Ausländer- und Asylpolitik in den Sternen steht, werden wir in Baden-Württemberg bei unserer konsequenten und erfolgreichen Ausländerpolitik bleiben.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 12/4616. Es ist beantragt worden, über die Ziffer 1 dieses Antrags namentlich abzustimmen. – Der

Antrag auf namentliche Abstimmung hat die nach der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung.

Wer der Ziffer 1 des Antrags Drucksache 12/4616 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer die Ziffer 1 ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Dr. Klunzinger, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung und bitte die Herren Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 13:45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:35 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:47 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Ziffer 1 des Antrags Drucksache 12/4616 bekannt:

Insgesamt haben 143 Abgeordnete abgestimmt.

Mit Ja haben gestimmt 13,
mit Nein 130.

Die Ziffer 1 des Antrags ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Herbricht, Huchler, Käs, König, Krisch, Rapp, Dr. Schlierer, Schonath, Troll, Wilhelm.

Mit N e i n haben gestimmt:

Bebber, Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Birzele, Ingrid Blank, Bloemecke, Braun, Brechten, Carla Bregenzer, Dr. Carmina Brenner, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Döpper, Drautz, Drexler, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fischer, Fleischer, Dr. Glück, Göbel, Göschel, Dr. Inge Gräßle, Rosa Grünstein, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Hehn, Heiler, Heinz, Herrmann, Dr. Hildebrandt, Hofer, Jacobi, Junginger, Keitel, Kiefl, Kielburger, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Lorenz, Maurer, Dr. Mauz, Moser, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Ommeln, Pfister, Pfisterer, Dr. Puchta, Renate Rastätter, Rau, Rech, Reddemann, Redling, Reinelt, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Dr. Repnik, Ruder, Christine Rudolf, Rückert, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Dr. Schäuble, Gerd Scheffold, Dr. Stefan

(Stellv. Präsident Birzele)

Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Nils Schmid, Roland Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schuhmacher, Lieselotte Schweikert, Rosely Schweizer, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Helga Solinger, Staiger, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stolz, Strathaus, Straub, Teßmer, Teufel, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Veigel, Dr. Vetter, Wabro, Wacker, Walter, Weimer, Weiser, Wieser, Winckler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeiher, Zeller, Zimmermann.

*

Wir müssen noch über die Ziffer 2 des Antrags befinden. Wird hierüber Abstimmung begehrt? –

(Abg. Deuschle REP: Erledigt!)

Ziffer 2 ist erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Bürger und Polizei in Baden-Württemberg – eine Partnerschaft für die innere Sicherheit – Drucksache 12/4702

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erhält Herr Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Der in meinen Augen vielleicht wichtigste Satz vorweg: Wie lebenswert es in einer Gesellschaft nun wirklich ist, bemisst sich zum einen nach dem Maß an persönlicher Freiheit, das der Staat jedem Einzelnen gewährt, aber auch daran, ob und wie die öffentliche Sicherheit gewährleistet wird. In diesem Kontext ist der heutige Antrag zu verstehen.

(Zuruf des Abg. List CDU)

Bürger und Polizei – in Baden-Württemberg ist dies eine Partnerschaft für die innere Sicherheit, aber sie ist mehr als das. In Baden-Württemberg ist dies eine Sicherheitsphilosophie, und nirgendwo in den Ländern dieser Republik funktionieren diese Sicherheitspartnerschaft und diese Sicherheitsphilosophie so gut wie bei uns. Weshalb? Da gibt es eine Menge guter Gründe, die ich jetzt anführen könnte.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ihr seid einfach Spitze!)

– Ja, vielen Dank, Herr Hackl, in der Tat.

(Abg. List CDU: Jetzt hat er es auch gemerkt!)

Ich wusste, dass Sie früher oder später ebenfalls zu dieser Erkenntnis kommen würden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bürger haben Vertrauen in unsere Polizei, Vertrauen in deren Leistungsfähigkeit, die oft bewiesen wurde, sowohl bei Großeinsätzen als auch bei der Bekämpfung der Alltagskriminalität, bei der Bewälti-

gung der Alltagsarbeit, Vertrauen in die Kompetenz unserer Partei. Ich nenne beispielhaft nur die hervorragende Ausbildung, die hier betrieben wird. Ich war vor wenigen Tagen – –

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: In die Polizei, aber nicht in die Partei!)

– Entschuldigung! Habe ich „Partei“ gesagt? „Polizei“ meine ich selbstverständlich.

(Abg. List CDU: Beides ist richtig! – Heiterkeit des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Beides ist selbstverständlich richtig, denn unsere Partei steht zu dieser Polizei. Insofern kann man dies schon fast synonym sehen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das Schlimme ist, dass manche in der Polizei das auch so sehen!)

Meine Damen und Herren Kollegen, ich habe mir vor wenigen Wochen die neue Konzeption der Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei in Lahr zeigen lassen. Ich bin sehr beeindruckt. Dies gehört untrennbar zu dem, was ich jetzt gerade als Kompetenz bezeichnet habe.

Nebenbei bemerkt, meine Damen und Herren: Wenn wir von Kompetenz in der Polizei reden, dann sollten wir schon gelegentlich einmal darüber nachdenken, dass es wirklich gut war, unsere Polizei auch für Beamtinnen zu öffnen.

(Minister Dr. Repnik: Der Heribert denkt darüber nach!)

Denn damit kommt ein gut Teil soziale Kompetenz in unsere Polizei hinein, und dies tut uns allen gut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! Ihr müsst nur die Schlussfolgerungen daraus ziehen!)

Unser Frauenarbeitskreis tagt noch, sonst wäre an dieser Stelle der Beifall sicherlich noch heftiger.

(Heiterkeit des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt aber wieder ernsthaft:

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das war ernsthaft!)

Meine Damen und Herren, dieses Vertrauen der Bürger gründet sich auch auf den Willen unserer Polizei zur Durchsetzung des Rechts. Konfliktlösung und Deeskalation sind richtig, aber im Vordergrund steht für unsere Polizei immer noch die Durchsetzung des Rechts.

(Beifall bei der CDU)

Auch dies ist nicht in allen Ländern in dem Maße so, wie es bei uns seit Jahren praktiziert wird.

Das Vertrauen unserer Bürger gründet sich nicht zuletzt auch darauf, dass unsere Polizei sehr präsent ist – präsent auf unseren Straßen, präsent auf neuralgischen Plätzen wie

(Rech)

den Bahnhofsbereichen und Ähnlichem. „Präsent“ meine ich nicht im Sinne einer Allgegenwärtigkeit. Wir haben keinen Polizeistaat, und den wollen wir auch nicht, aber die Präsenz unserer Polizei ist für unsere Bürger sichtbar und spürbar.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Mensch, Meier!)

Auf all diese Punkte gründet sich das Vertrauen in unsere Polizei.

Dieses Vertrauen der Bürger resultiert aus deren Wissen um die rechtlichen Rahmenbedingungen, die das Land unserer Polizei gibt. Ich nenne hier nur ereignis- und verdachtsunabhängige Kontrollen. Kein Mensch, kein Bürger fühlt sich etwa dadurch belästigt, dass er vielfach – man hört es immer wieder – nach 20 Jahren als Führerscheininhaber zum ersten Mal kontrolliert wird. Kein Bürger fühlt sich deswegen belästigt.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Warten Sie es ab!)

Aber das Wissen um die Möglichkeiten unserer Polizei stärkt in den Augen unserer Bürger das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit.

Die Tatsache, dass neue Anforderungen auch neue Wege erfordern, die wir bereit sind zu gehen – ich nenne hier die Videoüberwachung an besonders kriminalitätsbelasteten Plätzen –,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Da freut sich der Bürger!)

stärkt das Vertrauen unserer Bürger in die Polizei und in deren Handlungsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Man weckt großes Misstrauen!)

Ich sage es noch einmal: Neue Herausforderungen erfordern auch neue Wege.

Da wir gerade dabei sind, Herr Hackl: Das Vertrauen unserer Bürger wird nicht gerade dadurch gestärkt, dass – lesen Sie einmal nach, was die DPoIG zu diesem Thema schreibt –

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Es gibt Gott sei Dank nicht nur die!)

Bundesrahmenbedingungen geschaffen werden, zum Beispiel Stichwort Fixerstuben, die von der Polizei rundweg abgelehnt werden,

(Minister Dr. Repnik: Mit Recht, Herr Kollege!)

die also in der Tat in die falsche Richtung gehen. Unsere Bürger sind durchaus nicht nur skeptisch, sondern auch verunsichert, wenn sie aus den Reihen der Polizei hören, wie dort die Meinung und die Stimmung sind, und die Politik im Bund anders handelt. Dies alles gehört zum Thema Rahmenbedingungen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Da ist Herr Ruder aber anderer Auffassung! – Gegenruf des Ministers Dr. Repnik: Der ist auch kein Polizist,

sondern Jurist! – Gegenruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Er hat aber mehr Ahnung von der Polizei!)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden natürlich ergänzt durch eine hohe persönliche Motivation – da nenne ich das Beförderungs- und Besoldungsstrukturprogramm – und natürlich auch eine moderne Ausrüstung. All dies sehen die Bürger, spüren die Bürger.

Diese Sicherheitspartnerschaft hat in der Tat auch konkrete Ergebnisse. Die können sich sehen lassen, nachzulesen im „Focus“ von dieser Woche. Ich bräuchte zwar schon eine Brille,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Kann ich Ihnen aushelfen, Herr Kollege?)

aber ich kann noch lesen, dass wir in Stuttgart und München bei einem Vergleich der Metropolen auf „Inseln der Glückseligen“ leben.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wozu brauchen wir dann Videoüberwachung?)

Auch dies ist natürlich zu relativieren. Ich habe im Foyer auf einem Plakat des Statistischen Landesamts den alten Pythagoras-Spruch gelesen: „Die Zahl ist das Wesen aller Dinge.“ Das Statistische Landesamt sagt dazu: Der Mann hatte Recht. Ich erspare Ihnen jetzt die Zahlen; wir sind in der Tat überall Spitze. Ich sage aber auch: Die Statistik sagt nicht alles. Sie gibt aber natürlich schon Aufschlüsse darüber, ob und in welchem Maße ein Land dem Thema „innere Sicherheit“ Priorität einräumt oder nicht.

Die Landesregierung und die CDU-Fraktion haben Prioritäten zugunsten der Polizei, zugunsten der inneren Sicherheit und zugunsten der Sicherheitspartnerschaft mit unseren Bürgern gesetzt. Die Ergebnisse können sich, wie gesagt, sehen lassen. In Baden-Württemberg leben die Menschen am sichersten in der Bundesrepublik. In Baden-Württemberg verzeichnen wir seit Jahren die geringste Kriminalitätsrate und eine der höchsten Aufklärungsquoten überhaupt. Dies sind objektiv messbare Größen.

Daneben gibt es eine Reihe von Dingen, die dieses Bild vervollständigen. Bei Deliktsarten wie Straßenkriminalität, Eigentumskriminalität und Wohnungseinbrüchen – das sind Deliktsarten, die den Bürger im Innersten treffen

(Abg. List CDU: So ist es!)

und sein Sicherheitsempfinden am empfindlichsten stören können – haben wir durchweg rückläufige Raten: minus 12,6 % bei der Straßenkriminalität, minus 1,2 % bei der Eigentumskriminalität und minus 16,5 % in Ballungsräumen bei den Wohnungseinbrüchen. Dies alles sind Dinge, bei denen wir unsere Polizei unterstützen und die Polizei es uns durch hervorragende Ergebnisse dankt. Die Bürger wissen dies. Hier sind wir auf einem guten Weg. Ich sage in der zweiten Runde gern noch mehr dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! All dies, was mein Vorredner Richtiges gesagt hat, kann ich unterstreichen.

(Abg. Rech CDU: Super! – Abg. List CDU: Das ist vieles! – Zuruf: Alles?)

– All dies, was er Richtiges gesagt hat. – Aber auch ich möchte feststellen – und das kann und muss man tun, wenn man die Statistik anschaut –, dass die Situation der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg eine gute ist und – auch dies können wir bestätigen und positiv feststellen – dass die Einstellung der Bürger Baden-Württembergs zu ihrer, zu unserer Polizei auch eine positive ist.

Aufgrund dieser Tatsachen können wir – und tun das sehr gern – all denen danken, die die Ursache dessen sind, nämlich den Polizeibedienten: den Beamten im Vollzug und in der Verwaltung, den Arbeitern und den Angestellten. Das Zusammenwirken dieser Personen ist die Ursache für den Stand und auch für die Einschätzung der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg durch unsere Bürger. Wir können feststellen, dass wir in Baden-Württemberg relativ – eine absolute Sicherheit gibt es nicht – sicher leben. Dies zeigt die Häufigkeitszahl, das heißt die Zahl der Straftaten auf 100 000 Einwohner, die in den letzten Jahren bei 5 500 bis 5 700 lag. Die aktuelle Zahl beträgt 5 445, wenn ich dem Herrn Innenminister Glauben schenken darf. Das heißt, wir sind im Vergleich der Bundesländer Spitze, was die Sicherheit betrifft.

Aber es ist festzustellen, dass nicht nur wir einen so guten Platz einnehmen, sondern in Nachbarschaft mit den Bayern, den Saarländern und den Rheinland-Pfälzern sind. Das heißt, man muss sich hüten, statistische Zahlen absolut, ohne Vergleich zu nehmen. Tun wir nicht so, als wären wir einmalig. Ob es in diesem Bereich um ein paar Hundert Fälle mehr oder weniger geht, ist wohl schön für die Zahlen an und für sich. Aber die Statistik zeigt auch etwas anderes. Mir wäre es lieber, wenn im Zusammenhang mit der Kriminalstatistik zum Beispiel die Frage Gewaltkriminalität – Anstieg im ländlichen Raum von 1996 bis 1998 um 12,2 % – eine größere Rolle spielen und daraus folgend eine Ursachenerforschung mit daraus abgeleiteten Maßnahmen diskutiert würde.

Man muss sehen – das muss uns doch nachdenklich machen –, dass wir vor allem im ländlichen Raum einen Anstieg haben. Woran liegt dies? Welches sind die Ursachen? Hier liegt noch ein weites Feld vor uns. Hier muss noch viel geschehen, damit wir gezielt eingreifen und die gleichen Erfolge erzielen können wie etwa bei den Wohnungseinbrüchen, wo wir feststellen und damit zufrieden sind, dass Prävention, dass Aufklärung gegriffen hat.

Es gibt noch viel zu tun. Wenn ich noch einmal die Aufklärungsquote, die bei 57 % liegen soll, untersuche, muss ich sagen, dass sich diese zum einen aus der Arbeit der Polizei und zum anderen aus dem Beitrag der Bürger zusammensetzt. Bei der Polizei ist das Handwerkszeug, aber auch die Motivation wichtig und beim Bürger sicher die Aufmerksamkeit gegenüber seiner Umwelt und die Bereit-

schaft, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, Meldung zu machen, Zivilcourage zu zeigen und Vertrauen in die Polizei zu haben.

Das Wesentliche, was wir in den letzten Jahren in dem Bereich getan haben, ist die kommunale Kriminalprävention. Sie zeigt bürgerschaftliches Engagement. Sie setzt dieses um. Sie ist, wie ich glaube, mitentscheidend für die Bürgergesellschaft. Wir sollten uns bemühen, diese noch weiter auszubauen, und sollten nicht Big Brother unser ganzes Leben dominieren lassen. Herr Rech, Sie sollten sich das vielleicht auch im Hinblick auf die Videoüberwachung von Plätzen überlegen. Ich glaube, so einfach, wie Sie es dargestellt haben, ist es nicht.

An dieser Stelle möchte ich im Hinblick auf die kommunale Kriminalprävention anerkennend hervorheben, dass auch Herr Schäuble, wenn er darauf zu sprechen kommt, immer die Verdienste seines Vorgängers herausstellt und feststellt, dass unter Frieder Birzele in der großen Koalition kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg eingeführt wurde, modellhaft versucht wurde, indem man die Ideen, die da waren, aufgegriffen und auf Baden-Württemberg zugeschnitten hat und hier etwas Wesentliches, glaube ich, in die Tat umgesetzt hat. Die kommunale Kriminalprävention ist der Schlüssel, der Schwerpunkt zur Verringerung der Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg. Deshalb sollten wir auch erreichen, dass sich nicht nur – „nur“ in Klammern gesetzt – 200 Städte, Gemeinden und Kreise daran beteiligen, sondern möglichst alle Gemeinden, Städte und Kreise sich in diesem Bereich engagieren.

Zur inneren Sicherheit oder zur Partnerschaft für innere Sicherheit möchte ich noch einmal den Pfeiler Polizei herausgreifen. Wir können feststellen, dass wir eine gut ausgebildete Polizei haben und dass durch die Ausbildungsreform, auch in der großen Koalition begonnen, sicher alles getan wurde, damit die Polizei noch besser wird. Allerdings hätte die Umsetzung etwas schneller vonstatten gehen können. Wir haben bei der Polizei eine hohe Motivation der Beamtinnen und Beamten. Auch hier möchte ich nur feststellen, dass es so etwas wie eine Explosion an Motivation gab, allerdings schon 1992/93, und dass dieser hohe Stand der Motivation in den letzten Jahren nicht aufrechterhalten werden konnte.

(Abg. List CDU: Was?)

Das ist aber auch kein Wunder, wie ich meine.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Danke, Herr Präsident, für das Zeichen.

Wenn Sie draußen sind, hören Sie ja, dass die Frage der Besoldung eine wesentliche Rolle spielt. Sie können von den Polizeibeamten nicht einerseits Höchstleistungen verlangen und ihnen andererseits in der Besoldungsstruktur nicht das ihnen Zustehende geben. Sie können nicht nur versprechen, dass Sie, sobald es möglich ist, Stellenhebungen vornehmen, und dann, wenn die Stellenplanobergrenze gefallen ist, sagen: So schnell wollten wir es doch nicht machen. Sie können auch nicht Beamte dadurch motivieren, dass Sie nicht durchschlüsseln und daher viele Unzufriedene in der Polizei zurücklassen.

(Redling)

Es ist auch nicht motivationssteigernd, wenn wir die Präsenz auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten belassen, wenn wir für die Frauen oder die Männer, die Erziehungsurlaub nehmen, niemanden einstellen. Es ist auch nicht motivationssteigernd, wenn wir den Freiwilligen Polizeidienst, so wie er ist, ausbauen. Es ist beinahe unverantwortlich, wie ich meine, diese nur 98 Stunden lang Ausgebildeten in die Streifenwagen zu setzen . . .

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Redling SPD: . . . – danke; ich komme zum Schluss –,

(Heiterkeit)

wo dann das Problem auftaucht, dass voll ausgebildete Beamte ihre Freiwilligen sichern müssen.

Zum Schluss, nachdem mich der Herr Präsident gemahnt hat.

(Abg. Rech CDU: Zweimal! – Abg. Wilhelm REP: Zweimal schon!)

– Zweimal. Aller guten Dinge sind drei.

(Heiterkeit – Glocke des Präsidenten – Abg. List CDU: Der dreht jetzt den Saft ab! Jetzt legt der den Hebel um! Dann wird Saft weggenommen!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich komme Ihrem Wunsche gerne nach, Sie zum dritten Mal zu ermahnen, zum Ende zu kommen.

(Unruhe – Abg. Rech CDU: Beugehaft! – Abg. Wilhelm REP: Jawohl, jetzt muss er etwas massiver werden!)

Abg. Redling SPD: Ja, jetzt werde ich wohl – –

(Abg. Kluck FDP/DVP: Jetzt hat er den Faden verloren!)

– Nein, habe ich nicht verloren.

Innere Sicherheit, Präsenz – ein Aspekt noch zum Schluss:

(Abg. Hauk CDU: Der redet immer noch, Herr Präsident!)

Herr Schäuble, wenn Sie bei den Polizeiposten nicht das machen, was wir in der großen Koalition angedacht haben, nämlich eine längere Öffnungszeit, das heißt also, die Präsenz im ländlichen Raum verbessern, dann werden wir in diesem Bereich noch weitere Probleme bekommen. Deshalb, Herr Minister: Tun Sie etwas in dem Jahr, das Ihnen noch als Innenminister verbleibt.

(Heiterkeit)

Steigern Sie Ihre Effizienz, steigern Sie Ihr Engagement für die Polizei, schöpfen Sie die Ressourcen, die die Polizei in sich hat, wirklich voll aus zum Nutzen unserer Bürger, zum Nutzen unseres Landes! Dann wird die innere Sicher-

heit hier in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rech CDU: So kurzweilig können zwei Minuten sein!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hackl.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen stellt das Rednerpult höher. – Abg. Rech CDU: So groß bist du jetzt auch wieder nicht! – Abg. Bebbler SPD: Ein Jahr noch, ein lumpiges Jahr! In einem Jahr kann man nichts machen!)

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Bürger und Polizei in Baden-Württemberg – eine Partnerschaft für die innere Sicherheit“, so lautet der Antrag, über den wir heute diskutieren. In der Tat hat die Landesregierung in der Stellungnahme zu diesem Antrag eine eindrucksvolle Bilanz für die Polizei dieses Landes vorgelegt.

(Abg. List CDU: Sehr wahr!)

Die Polizei, meine Damen und Herren, hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Zu Recht hat auch das Innenministerium gesagt, dass man bei moderner Polizeiarbeit wegkommen muss von obrigkeitstaatlichen Mitteln hin zu einem professionellen bürgernahen Dienstleister in Sachen innere Sicherheit.

In vielen Bereichen haben wir hier – im Konsens – Fortschritte erreicht. Denken wir an das Thema „kommunale Kriminalitätsprävention“, denken wir an das Thema „polizeiliche Präsenz“, denken wir an zusätzliche Finanzermittler, um beim Thema Wirtschaftskriminalität Fortschritte zu erreichen, oder denken wir an die technische Ausstattung der Polizei, wo ja das Elend so groß war, dass selbst die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg zusätzliche Autos für die Polizei beantragen mussten.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Rech CDU: Keine Fahrräder, Autos!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Oft stand ein Grünen-Antrag hier im hohen Hause am Beginn von Verbesserungen für die Polizei in Baden-Württemberg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Rückert CDU: Selbstüberschätzung! – Zuruf von den Republikanern: Wunschenken!)

Ich möchte aber nicht den gleichen Fehler machen wie mein Kollege von der CDU, der heute nur den Anlass zu einer nicht enden wollenden Jubelarie im Bereich der inneren Sicherheit gesehen hat.

(Abg. List CDU: Dort, wo es berechtigt ist!)

Vielmehr meine ich, dass ein solcher Antrag auch Gelegenheit dazu bieten sollte, eine auch kritische Bilanz in Sachen innerer Sicherheit zu ziehen. Auch dazu gibt es den einen oder anderen Grund.

(Hackl)

Wenn wir die Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Antrag lesen, finden wir dort sehr viel Richtiges. Nur wird aus dem vielen Richtigen sehr oft nicht die erforderliche Konsequenz gezogen. Der Weg vom Kopf zum Handeln ist bei dieser Landesregierung manchmal sehr weit.

Ich will das begründen. Nehmen wir zum Beispiel die richtige Feststellung der Landesregierung, dass das Bild der Polizei, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei wesentlich von der Tatsache geprägt ist, wie schnell und leicht erreichbar die Polizei ist und wie sehr sie präsent ist. Nur, meine Damen und Herren: Wenn ich diese richtige Feststellung treffe, dann muss ich natürlich dafür Sorge tragen, dass auch alle Polizeistellen besetzt sind. Dann muss ich dafür Sorge tragen, dass die entsprechenden Ansprechpartner auch vor Ort da sind. Dann darf ich es nicht wie diese Landesregierung machen: einfach 210 Stellen im Polizeibereich unbesetzt lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

210 Stellen im Polizeibereich sind nicht besetzt, weil die Stelleninhaber und Stelleninhaberinnen im Erziehungsurlaub sind und sich die Landesregierung permanent weigert, für Ersatz zu sorgen. 210 unbesetzte Stellen, meine Damen und Herren, sind 105 Doppelstreifen weniger. Dadurch gibt es weniger Präsenz auf unseren Straßen, weniger Ansprechpartner, und damit tragen Sie dazu bei, dass das Vertrauen in die schnelle Erreichbarkeit zumindest an diesem Punkt leidet, meine Damen und Herren.

Wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordern Sie erneut auf, die entsprechenden Leerstellen zu schaffen. Sie haben bei den vergangenen Haushaltsberatungen leider unsere Anträge immer wieder abgelehnt. Ich fordere Sie auf, wenigstens in einem Nachtrag die entsprechenden Leerstellen zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einen anderen Punkt anführen und komme auf meine Eingangsfeststellungen zurück. Zu Recht sagt das Innenministerium, dass man moderne Polizeiarbeit nicht mit obrigkeitsstaatlichen Mitteln machen kann, sondern nur mit einer Polizei, die sich als professioneller, bürgernaher Dienstleister in Sachen innere Sicherheit versteht. Die CDU, meine Damen und Herren, und leider auch die FDP/DVP in jüngerer Zeit leisten sich aber immer wieder Rückfälle

(Widerspruch bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

in die obrigkeitsstaatliche Mottenkiste in diesem Land.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Na, na, na, na! – Unruhe – Abg. Wieser CDU: Sie wollen mehr partnerschaftliche Polizei?)

– Herr Kluck, beruhigen Sie sich, hören Sie zu. – Sie führen in diesem Land immer wieder Maßnahmen ein, die rechtsstaatlich aus Gründen der Verhältnismäßigkeit höchst bedenklich sind.

(Abg. List CDU: Oh!)

Ich meine unter anderem die anlassunabhängigen Kontrollen und die neu diskutierte Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und Straßen.

(Abg. Wieser CDU: Das ist der Januskopf!)

Beide Maßnahmen, meine Damen und Herren, treffen unbescholtene Bürgerinnen und Bürger, beide Maßnahmen werden gegen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, die keinen Anlass für polizeiliches Tätigwerden gegeben haben. Meine Damen und Herren, wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meinen, beide Maßnahmen passen nicht in das Bild des professionellen, bürgernahen Dienstleisters in Sachen Sicherheit, sondern erinnern eher an den alten Obrigkeitsstaat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen werden dies auch in Zukunft anprangern.

Nichtsdestotrotz möchte ich auch am Schluss meiner fachlichen Ausführungen

(Abg. Rückert CDU: Ein Lob aussprechen!)

konstatieren, dass die innere Sicherheit in diesem Land auf einem sehr hohen Niveau ist,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

dass die innere Sicherheit in diesem Land von den Bürgern auch so eingeschätzt wird. Das liegt sicherlich auch

(Abg. Heinz CDU: An den Grünen? – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

an der sehr hohen Motivation, dem sehr guten Ausbildungsstand und der sehr hohen Einsatzfreude der Polizei in Baden-Württemberg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren, meiner letzten Rede vor diesem hohen Haus.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Ich möchte am Schluss den polizeipolitischen Sprechern in diesem Haus, Herrn Julius Redling von der SPD, Herrn Hagen Kluck von der FDP/DVP und auch Herrn Heribert Rech von der CDU, für die gute und kollegiale Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich möchte auch meinem Ausschussvorsitzenden, Herrn Ruder, sehr herzlich für das verständnisvolle Entgegenkommen während seiner Amtszeit danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte auch dem Innenminister Thomas Schäuble für die meist faire Auseinandersetzung in diesem Haus

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Hackl)

und seinem Haus für die offene Informationspolitik mir gegenüber danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen für den kollegialen Umgang in diesem Haus. Für die Zukunft möchte ich Ihnen gute Debatten wünschen, aber auch die Fähigkeit und das Verständnis, berechtigte Anliegen anderer Fraktionen auch aufzugreifen.

Vielen Dank. Auf Wiedersehen!

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich angesichts des Erstaunens, das die Ankündigung des Herrn Kollegen Hackl hervorgerufen hat, bekannt geben, dass er dem Landtagspräsidenten mitgeteilt hat, dass er mit Ablauf des 15. Mai 2000 ausscheiden wird. Herr Hackl, die guten Wünsche des Hauses begleiten Sie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Republikaner)

Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

(Abg. Bebber SPD: Aber jetzt, gell! Angemessen! – Abg. Pfister FDP/DVP: Sei lieb zum Hackl! Hau ihn nicht in die Pfanne! – Heiterkeit des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedaure das Ausscheiden des Kollegen Hackl aus zwei Gründen: zum einen, weil er in der Tat bei den Grünen für eine Versachlichung beim Thema „innere Sicherheit und Polizei“ gesorgt hat, und zum anderen, weil ich ihm jetzt keins über die Rübe geben kann,

(Heiterkeit des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

nachdem er so freundlich gesprochen hat und uns vorher noch einmal eingetunkt hat, wir würden in die Relikte des Obrigkeitsstaates zurückfallen. Deswegen will ich es dazu bei einem Satz bewenden lassen.

(Abg. Wieser CDU: Herr Kollege, wo liegt bei Ihnen die Rübe im Körper? Damit ich es weiß! – Heiterkeit)

– Dort, wo der Kollege Hackl wenig Haare hat.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Ich will nur sagen: Wir haben damals der Einführung dieser anlass- und ereignisunabhängigen Kontrollen zugestimmt, weil wir das völlig ideologiefrei unter sachlichen Gesichtspunkten gesehen haben. Die Erfolge, die dabei erzielt werden, geben uns Recht. Man muss auch einmal solche Dinge machen, um den Ganoven auf die Spur zu kommen. Aber, wie gesagt: Nichts ist so gut, als dass es nicht

noch besser werden könnte. Herr Redling, Herr Hackl, wunderbar.

(Abg. Bebber SPD: Ja, was jetzt?)

Aber Sie haben ja immerhin zugeben müssen – vielleicht auch freudigen Herzens zugegeben –, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land bei der Polizei

(Abg. Redling SPD: Seit Birzele!)

in guten Händen ist.

(Abg. Bebber SPD: Das liegt an der Polizei, nicht an der Politik!)

Das wird ja auch nicht nur in Tabellen und Statistiken deutlich. Davon kann man sich selbst überzeugen. Herr Rech hat das neulich bei der Bereitschaftspolizei getan. Ich war mit einem Kollegen von unserem Beratungsdienst bei einer Nachtschicht in den Revieren Hauptstätter Straße und Hauptbahnhof in Stuttgart.

(Abg. Bebber SPD: Revier verunsichert! – Zuruf des Abg. Käs REP)

Das war hochinteressant; die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten machen das sehr gut. Ich weiß das auch von der Polizeidirektion Reutlingen, die zu meiner Verwunderung, Herr Innenminister, obwohl Reutlingen eine Großstadt ist, in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag dem ländlichen Raum zugeordnet wurde. Aber das macht nichts. Trotzdem ist auch dort in puncto Sicherheit alles in Ordnung, und das ist gut so.

(Abg. Deuschle REP: Da ist auch der Hermann Schaufler aktiv!)

Bei Ihnen, Herr Kollege Redling, ist ein bisschen angeklungen, dass es bei der Polizei an Motivation fehle. Das möchte ich natürlich in aller Härte und Schärfe zurückweisen; denn das können Sie unseren Beamtinnen und Beamten nicht unterstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sicherlich sind da noch viele Wünsche offen. Man kann noch viele Verbesserungen bei der Polizei vornehmen. Aber Sie können doch nicht umhin, zugeben zu müssen, dass wir dabei sind, die Arbeitsbedingungen stetig und kontinuierlich zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Das sehen die Beamtinnen und Beamten auch. Deswegen, meine ich, kann man ihnen nicht unterstellen, sie würden jetzt Dienst nach Vorschrift machen. Dienst nach Vorschrift machen Sie hier, meine Herren von der Opposition, indem Sie Ihre Rolle etwas falsch verstehen und, anstatt konstruktiv mitzuarbeiten, immer nur nach dem Haar in der Regierungssuppe suchen. Aber gut, das ist Ihre Auffassung davon. Lassen wir es dabei.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben nicht zugehört, Herr Kluck!)

(Kluck)

Unsere Polizei – das ist das Allerwichtigste, und das kommt ja auch in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag zum Ausdruck – greift nicht nur ein, wenn etwas passiert ist, sondern sie ist immer mehr und immer stärker vorbeugend tätig. Wir meinen aber, dass polizeiliche Präventionstätigkeit ohne bürgerschaftliche Beteiligung keinen vollen Erfolg haben kann. Es entspricht liberaler Grundüberzeugung – das wissen einige in diesem Hause –, dass die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit nicht allein dem Staat überantwortet werden kann. Vielmehr sind die Bürgerinnen und Bürger selbst aufgefordert, immer wieder einen Beitrag dazu zu leisten.

Wir haben glücklicherweise viele Polizeibeamte, die in intensivem Kontakt mit der Bürgerschaft stehen. Das muss aber noch verstärkt werden. Möglichst viele Polizeibeamte sollten auch in ihrem Revierbereich daheim sein. Wenn es einen dauernden Wechsel gibt – mein Kollege Ewald Veigel sprach einmal von der „badischen Fremdenpolizei“ in Mühlacker, die sich dort nicht auskenne –, dann können sie sich mit den Problemen und Konflikten vor Ort nicht ausreichend vertraut machen.

Wichtig ist auch, dass der Streifendienst einen höheren Stellenwert bekommt. In Nordrhein-Westfalen gilt es ja als Strafversetzungsmaßnahme, wenn man Streifendienst leisten muss. Das ist bei uns glücklicherweise nicht so. Aber wir müssen diese Arbeit noch mehr anerkennen und noch besser honorieren, weil sie im Grunde genommen das ist, was der Bürger und die Bürgerin von der Polizei wahrnehmen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Vor allem besser bezahlen!)

Was früher der Schutzmann vor Ort war, das muss heute eine Art Präventionsmanager – so will ich es einmal nennen – sein. Wir stellen uns da unbürokratische, fantasievolle und mit persönlicher Autorität ausgestattete Beamtinnen und Beamte vor, die beobachten, mahnen, warnen, helfen, aber auch mit allen Mitteln des Polizeirechts vorgehen, wenn dies notwendig ist. Wenn sie das alles in engem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern machen, dann ist mir um die innere Sicherheit in unserem Land nicht bange.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin schon überrascht über das, was die anderen Oppositionsparteien zu diesem Antrag gesagt haben. Wer den Antrag richtig durchgelesen hat, wird mir doch Recht geben, dass es sich dabei weniger um einen Berichtsantrag handelt als vielmehr um einen Antrag, der in die Kategorie „bestellte Anträge“ fällt. Das geht nach der alten Frage: Was war zuerst da, das Huhn oder das Ei? Bei diesem Antrag fällt die Beantwortung der Frage, was zuerst da war, die Fragestellung oder die Beantwortung, nicht so arg schwer.

Ganz offensichtlich hat jemand im Innenministerium eine Lobhudelei auf die Polizei losgelassen, und das finde ich doppelt beschämend.

(Abg. List CDU: Sie haben schon eine merkwürdige Fantasie!)

Zum einen loben Sie nicht die Polizei, sondern sich selber, und Eigenlob stinkt. Zum anderen: Wenn man sich so mit fremden Federn schmückt, dann ist das schlicht und einfach unappetitlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Derjenige, der beauftragt worden ist, diese Fragen zu stellen, hat sich auch nicht arg viel Mühe gegeben. Wenn ich unter Ziffer 2 des Antrags lese, die Landesregierung wolle darüber berichten, „wie sich die objektive Sicherheitslage in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern darstellt“, und gleich im ersten Satz der Begründung steht: „In Baden-Württemberg leben die Menschen am sichersten in Deutschland“,

(Abg. List CDU: So ist es!)

dann frage ich mich, warum Sie diesen Antrag überhaupt stellen, wenn Sie das schon wissen.

(Abg. List CDU: Wir wollen den Vergleich hören!)

– Sie wissen es doch ganz offensichtlich.

(Abg. List CDU: Aber nicht im Einzelnen!)

Sie schmücken sich also mit fremden Federn und kommen dann auf die Begriffe „Bürgernähe“ und „Bürgervertrauen“. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen, zuerst zum Stichwort „Bürgernähe“:

Was tun Sie für die Bürgernähe der Polizei? Ich kann Ihnen sagen, es gibt zig Polizeidienststellen, die von behinderten Bürgern gar nicht erreicht werden können. Wenn sich eine Polizeidienststelle beispielsweise im ersten Stock bzw. im Hochparterre befindet, dann hat jemand, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, keine Chance, hineinzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Deuschle REP: Eben!)

Sie sprechen von Bürgernähe. Aber in den letzten Jahren wurden konsequent Notrufsäulen abgebaut mit der Begründung: Sie kosten viel und bringen nichts. Ich war immer gottfroh, wenn eine Notrufsäule nicht gebraucht wurde, denn das war ein Zeichen dafür, dass nichts passiert ist. Aber eine Notrufsäule in einem belasteten Stadtteil trägt in hohem Maße dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung, allein durch die Tatsache, dass sie da ist.

Bürgernähe – Sicherheitsverständnis. Vorhin wurde der Freiwillige Polizeidienst angesprochen. Die Polizeifreiwilligen sind an ihrer Uniform für den normalen Bürger nicht von einem aktiven Polizeibeamten zu unterscheiden. Die Bürger wissen also nicht, dass ihnen ein unqualifizierter Mann oder eine unqualifizierte Frau in Uniform gegenübersteht. Sie werden mir doch Recht geben, dass sich keiner gern von einem Hobbychirurgen am Blinddarm operieren lässt. Das wäre doch genau das Gleiche.

(Wilhelm)

(Abg. Wieser CDU: Das mit dem Zahnarzt ist besser!)

– Ja gut, okay. Aber das war schon mal dran.

(Heiterkeit bei den Republikanern)

Sie bringen die Ausrüstung der Polizei ins Spiel. Davon steht kein Wort in der Stellungnahme. Darin steht nicht, dass die Bewaffnung völlig veraltet ist, dass heute noch Taschenlampen benützt werden, die wahrscheinlich aus der Konkursmasse der Königlich-Württembergischen Staatsbahnen herrühren, dass Sie nicht in der Lage sind, die Beamten zeitgemäß auszurüsten.

Noch ein Wort, Herr Innenminister – und ich wäre dankbar, wenn Sie dazu etwas sagen würden –, zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Das ist vorhin schon angesprochen worden. Solche Videoüberwachungen sind unseres Erachtens höchst bedenklich, denn es werden nicht nur Plätze überwacht, sondern da steckt etwas dahinter. In England gibt es längst Softwareprogramme, mit denen pro Minute 60 Millionen Menschen anhand ihrer Kopfform und ihres Gesichts identifiziert werden können. Wenn Sie Bürgerinnen oder Bürger fragen: „Sind Sie dafür?“, werden sie natürlich sagen: „Selbstverständlich.“ Wer nichts zu verbergen hat, muss dafür sein. Wenn jemand nämlich das Gegenteil sagen würde, würde er sich dem Verdacht aussetzen, dass er Dreck am Stecken hat.

Aber ich sage Ihnen eines: Wenn es so weit kommt, fühlen sich die Bürger alles andere als wohl. Dann wird nämlich jeder – nicht nur Straftäter – überwacht. Es werden auch Bürger überwacht, die, ohne dass sie Straftäter sind, überhaupt kein Interesse daran haben, irgendwo gesehen zu werden: beispielsweise ein Chef, der sich mit seiner Mitarbeiterin trifft,

(Zuruf des Abg. List CDU)

oder ein krankgemeldeter Mitarbeiter, der sich mit einem rot-weißen Schal ins Gottlieb-Daimler-Stadion schleicht.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Solche Bürger haben kein Interesse daran, dass man sie sieht.

Wenn mich nicht alles täuscht, sind hierzu in Regensburg und Leipzig – diese Städte liegen ja ebenfalls in CSU- bzw. CDU-regierten Bundesländern – Pilotprojekte in Gang. Mich würde interessieren, wie der Innenminister des Landes Baden-Württemberg dazu steht.

Abschließend möchte ich sagen: Das, was in der Stellungnahme zu dem Antrag über die Polizei steht, ist korrekt. Die Polizei in Baden-Württemberg ist hoch motiviert, aber dies nicht wegen der CDU, sondern eigenartigerweise trotz der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rech CDU: Na, jetzt aber!)

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang auch sagen: Tun Sie nicht so, als ob dies nur in Baden-Württemberg der

Fall sei. Denn Sie beleidigen jeden Polizeibeamten und jede Polizeibeamtin, die in Berlin, Hamburg oder Köln das Gleiche tun.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rech, wenn er es wünscht.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ein Wort an Sie, Herr Kollege Hackl. Auch mir hat es persönlich gut getan, dass Sie für Ihre letzte Rede vor dem hohen Haus vorhin den Beifall des gesamten Hauses bekommen haben. Mir war nicht bewusst, dass Sie schon Mitte Mai ausscheiden. Umso mehr bedaure ich dies, weil wir in der Tat vieles auch gemeinsam besprochen haben und besprechen konnten. Wir haben einiges miteinander auf den Weg gebracht. Manches – dies vielleicht zum Trost für Sie, Herr Hackl – realisiert sich oft auch erst eine gewisse Zeit später, wenn ich einmal die Leerstellen für den Erziehungsurlaub ansprechen darf. Da werden Sie auch noch nach Ihrem Ausscheiden aus dem Landtag Freude an der von der CDU mitgetragenen Landesregierung haben. Da bin ich mir ganz sicher.

(Heiterkeit des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Auf jeden Fall spreche ich Ihnen persönlich von dieser Stelle aus noch einmal sehr herzlich und sehr ehrlich meinen Dank sowie den Dank des gesamten CDU-Arbeitskreises Innenpolitik und seines Vorsitzenden Manfred List aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Dafür bedanke ich mich!)

Meine Damen und Herren, es wurde einiges angesprochen, was notwendigerweise zu einer bürgernahen Polizei gehört und was erst zu einer bürgernahen Polizei führt. Ich möchte nur eines noch einmal hervorheben: Dazu gehört unter anderem auch eine dezentrale und basisorientierte Organisationsstruktur der Polizei. Da ist es durchaus gut und richtig, dass wir 177 Reviere sowie fast 600 Posten und 78 Kriminalpolizeidienststellen im Land haben. Diese Struktur hat sich bewährt. Deswegen bin ich und sind wir alle froh, dass wir sie jetzt so haben. Die Reorganisation wird ein Weiteres leisten. Sie wird das umsetzen, was wir wollen, nämlich eine weitere Verbesserung in der Bürgerorientierung, eine Kompetenzverlagerung vor Ort, eine personelle Verstärkung der Basisdienststellen.

Meine Damen und Herren, wenn ich es richtig sehe, wurde die kommunale Kriminalprävention von allen Rednern angesprochen. Dies ist zweifellos auch ein ganz wesentlicher Baustein einer bürgernahen und in die Bürgerschaft integrierten Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nur: Dazu gehört für uns neben den zahlreichen Jugend-sachbearbeitern in unseren Polizeidienststellen, die – nebenbei bemerkt – schon seit Jahren und Jahrzehnten eine

(Rech)

ganz hervorragende Arbeit leisten und deren Dienst nicht hoch genug eingeschätzt werden kann –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Häufig geht es in der Tat nicht so sehr um die Bestrafung eines erstmals auffällig gewordenen Jugendlichen. Vielmehr geht es darum, welchen Eindruck diese Jugendlichen haben – oft sind es ja eigentlich noch Kinder –, welcher Erstkontakt es tatsächlich ist, den ein junger Mensch mit der Polizei, mit dem Staat an sich hat. Dies bleibt häufig über Jahre hinweg tief sitzen. Dies hinterlässt Eindruck. Deswegen ist die Arbeit der Jugendsachbearbeiter umso wichtiger. Ich habe durchweg äußerst positive Erfahrungen mit diesen jungen Sachbearbeitern gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Zu einem beispielhaften bürgerschaftlichen Engagement im Bereich der inneren Sicherheit zählen für mich auch die Polizeifreiwilligen. Auch sie sind in meinen Augen ein unverzichtbares Bindeglied zur Bürgerschaft. In welcher Weise wir die Polizeifreiwilligen künftig mit Aufgaben belasten oder sie entlasten,

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

ist eine Frage, über die wir – auch noch nach Ihrer Zeit, Herr Kollege Hackl – intensiv miteinander diskutieren müssen.

(Abg. Redling SPD: Das machen Sie doch gerade nicht, Herr Rech!)

Vieles von dem, was Sie zu diesem Thema gesagt haben, habe ich nicht vergessen, und ich werde es einbringen. Aber, wie gesagt: Grundsätzlich stehen wir auch dazu.

Natürlich müssen wir auch an neue Formen und an neue Instrumente denken, die die Polizei haben muss. Weil die Redezeit abgelaufen ist, will ich nur beispielhaft erwähnen, dass ich da an ein neues Wegweisungsrecht nach österreichischem Vorbild denke. Auch dies kann zu einer Deeskalation im sozialen Nahbereich führen. Wir müssen über neue Formen, neue Instrumente, neues Handwerkszeug und neue rechtliche Rahmenbedingungen für die Polizei reden. Die CDU ist dazu bereit. Ich bin mir ganz sicher: Wir werden zeitnah sehr gute Lösungen hinbekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. List CDU: Bravo, gut gemacht!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie spüren, ich bin angesichts des großen Lobes der Regierungsfaktionen – das ich an sich auch erhofft hatte –, aber auch des Lobes der Opposition zur inneren Sicherheit und zu der Situation in unserem Lande ein klein bisschen verlegen. Ich hätte mir gewünscht, Herr

Kollege Redling, dass neben den zweifellos vorhandenen Verdiensten meines Vorgängers, des gerade amtierenden Präsidenten, auch meine Rolle gebührend hervorgehoben worden wäre.

(Abg. Redling SPD: Das hat doch Herr Rech gemacht!)

Das hätte mir die unangenehme Aufgabe des Eigenlobs etwas leichter gemacht, obwohl wir ja immer im Kopf haben müssen, dass Schopenhauer in seinen Aphorismen Eigenlob zwar grundsätzlich nicht zulässt, bei einer einzigen Berufsgruppe aber eine Ausnahme zulässt, nämlich bei den Politikern – nach dem bekannten Satz „Es bleibt immer etwas hängen . . .“, diesmal nicht im bösen, sondern im guten Sinne. Also: Vielen Dank für die gute Darstellung der inneren Sicherheit in unserem Lande. Wenn Sie meine Rolle dabei nicht erwähnt haben, dann darf ich in aller Bescheidenheit feststellen: Ich habe die gute Entwicklung der inneren Sicherheit zumindest nicht behindert.

(Lachen bei Abgeordneten aller Fraktionen – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Das ist schon viel in der Politik! Wenn die Bundesregierung so handeln würde, wäre es gut!)

Das ist heutzutage auch schon nicht wenig.

Herr Kollege Hackl, ich darf mich dem Dank, der an Ihre Adresse gerichtet wurde, sehr herzlich anschließen. Sie haben ja immer gespürt, dass Sie meine besondere Zuneigung haben. Manchmal hatte ich das Gefühl, dass ich Sie mit meiner Sympathie förmlich erdrückt habe.

(Heiterkeit des Abg. Rech CDU – Abg. Moser SPD: Jetzt aber keine Umarmungen!)

Jedenfalls danke ich für das gute Miteinander und wünsche Ihnen persönlich alles Gute. Wenn Sie in späteren Zeiten vielleicht einmal – wie es Ihrem Sprachgebrauch entspricht – Opfer oder – in meinem Sprachgebrauch – Gegenstand einer verdachtsunabhängigen Polizeikontrolle oder gar einer persönlichen, privaten Videoüberwachung werden sollten,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Dann werde ich winken!)

dann denken Sie in aller Freundlichkeit an die gemeinsame Zeit im Landtag von Baden-Württemberg zurück. Noch einmal alles Gute für Sie persönlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Dann schicken Sie mir das Video, genau!)

Nach dem, was gesagt worden ist, bemühe ich mich, die Situation aus meiner Sicht zusammenzufassen. Wir haben eine gute Ausgangsposition. Ich leugne nicht, dass auch ich eine gute Ausgangsposition übernommen habe, wie übrigens auch mein Vorgänger. Wir haben offensichtlich das Glück, dass in Baden-Württemberg die Schwierigkeiten aufgrund verschiedener Umstände nicht so groß sind wie in anderen Bundesländern. Nur – ich habe Verständnis, dass Sie dies nicht, jedenfalls nicht öffentlich, unterstreichen

(Minister Dr. Schäuble)

können, aber einfach für Ihr persönliches Bewusstsein und für Ihr persönliches Denken –: Es ist schon auffallend, dass sich auch bei der inneren Sicherheit eine eindeutige Tendenz von Norden nach Süden, und zwar zum Positiven ergibt. Bayern und Baden-Württemberg liegen vorn. Wir haben, wie alle wissen, die niedrigste Kriminalitätsbelastung und die zweithöchste Aufklärungsquote, Bayern hat die höchste Aufklärungsquote und die zweitniedrigste Kriminalitätsbelastung. Ich vermute, dass neben allen Verdiensten der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, wofür wir alle dankbar sind, dies auch ein klein wenig mit der richtigen Politik zu tun hat, die Gott sei Dank hier in Baden-Württemberg schon traditionell, und zwar über den Tag hinaus, betrieben wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich vermerke auch dankbar – und wenn das künftig so bleibt, ist das ein Wert für alle –: Wir profitieren vermutlich alle, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger, davon, wenn bei manchmal so emotionsgeladenen Themen wie der inneren Sicherheit es immer wieder gelingt, einen möglichst breiten Konsens herzustellen. Dass einige Themen da sein müssen, Herr Kollege Redling und Herr Kollege Hackl, bei denen man sich auch streiten muss – ich komme noch ein bisschen darauf zurück –, ist ja selbstverständlich. Sonst wäre es im Landtag von Baden-Württemberg langweilig, und wir wissen ja alle, dass es im Landtag von Baden-Württemberg nicht langweilig ist, sondern dass jede Debatte, jeder Plenartag von morgens bis abends regelrecht mit Spannung erfüllt ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

So soll es auch bleiben.

(Abg. Wieser CDU: Herr Innenminister, sagen Sie die Wahrheit? – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen zu Abg. Rech CDU: Heribert, bestreitest du das? – Gegenruf des Abg. Rech CDU: Nein, aber mit dieser Pointiertheit habe ich es noch nicht gehört! – Abg. Wieser CDU: In dieser Klarheit ist es noch nie gesagt worden!)

Ich darf auf das Thema zurückkommen. Von einigen Rednern ist angesprochen worden, dass wir auch Sorgen haben, zum Beispiel die Jugendkriminalität. Die Jugendkriminalität ist ein Beispiel dafür, dass die Polizei sich natürlich auch einbringen muss und hier auch ganz vorn in der Verpflichtung steht. Sie ist aber auch ein Beispiel dafür, dass bei aller zunehmenden Betonung der Prävention bei der Polizei ein solches Thema wie die Jugendkriminalität durch die Polizei allein nicht gelöst werden kann. Es gibt, glaube ich, keinen vergleichbaren Fall, der so deutlich zeigt, dass die innere Sicherheit heutzutage nicht einfach in der Weise behandelt werden darf, dass man sagt: Bei der Polizei oder vielleicht auch ab und zu bei der Staatsanwaltschaft, aber dort schon irgendwo mit Unsicherheitsgefühl, geben wir die Probleme ab; da laden wir den Müll vor der Haustür ab, und die müssen es richten.

Die Jugendkriminalität zeigt, dass bei der inneren Sicherheit alle, die an ihrem Platz in irgendeiner Weise Verantwortung tragen, gefordert sind, beispielsweise die Schulen oder auch die städtischen Ämter, wobei manchmal auf der

kommunalen Seite in Vergessenheit geraten ist, dass jede Stadt, jede Gemeinde zunächst einmal auch Ortspolizeibehörde ist. Ich bin sehr dankbar, dass da gerade bei den kommunalen Landesverbänden seit einiger Zeit doch ein ganz bemerkenswertes Umdenken eingesetzt hat. Baden-Württemberg ist eines der wenigen Länder – es gibt auch andere, schlechtere Beispiele –, in denen bei dem Thema „kommunale Kriminalprävention“ die kommunale Seite, die kommunalen Landesverbände und die Polizei und andere darüber hinaus an einem Strang ziehen. So soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen und Kiel FDP/DVP)

Aber die Jugendkriminalität ist ein komplexes Thema, und da sind viele aufgerufen. Von den vielen Diskussionen, die ich zu diesem Thema schon geführt habe, ist mir jetzt besonders die in der letzten oder vorletzten Woche in Heilbronn in Erinnerung mit dem Ihnen allen bekannten Kriminologen Professor Pfeiffer, der viele Ursachen angesprochen hat, aber auf eine Ursache ganz entscheidend aufmerksam gemacht hat, nämlich die Rolle der Eltern, der Familie bei der Jugendkriminalität. Im Klartext: Wenn junge Menschen von Beginn ihrer Existenz an zu Hause durch den Vater oder die Mutter, meistens durch den Vater, körperliche Gewalt erleben, dann werden sie diese körperliche Gewalt auch wesentlich stärker als andere junge Menschen eines Tages weitergeben. Also ist auch dies ein ganz wichtiger Ansatz.

Wenn Herr Professor Pfeiffer in einer Weise, die, wie er mehrfach betont hat, gerade bei seiner Person völlig unverdächtig ist, darauf hinweist, dass in diesem Zusammenhang auch die Gruppe der türkischen Mitbürger in Deutschland mit das größte Problem darstellt, dann darf man, glaube ich, daraus die Schlussfolgerung ziehen: Wir müssen es in Deutschland schon fertig bringen, dass auch Menschen, die aus anderen Kulturen kommen, zwar nicht ihre kulturelle Identität aufgeben, aber sich die Werteordnung, wie sie unser Grundgesetz vorgibt, zu Eigen machen. Sonst kann Integration insgesamt nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU)

Daraus darf man, glaube ich, die weitere Schlussfolgerung ziehen: Integration, ein ohnehin mehr als kompliziertes Thema und noch nicht von hinreichendem Erfolg gekrönt, kann auch nur gelingen, wenn wir uns alle nicht überfordern. Je mehr also Menschen aus solchen Kulturkreisen zu uns kommen, die auch eine andere Werteordnung haben, umso schwerer wird es. Auch dies führt dazu – wir haben es heute Morgen diskutiert –, dass wir über eine Begrenzung nicht nur nachdenken müssen, sondern auch schon dementsprechend handeln.

Es führt auch dazu, dass wir wirklich eine konsequente Politik beim Thema Familiennachzug betreiben sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie wichtig dies alles ist. Heute Morgen habe ich einen Punkt nicht erwähnt – ich will es hiermit nachholen –: Wenn es zum Beispiel gang und gäbe ist, wie immer wieder gesagt wird – ich glaube,

(Minister Dr. Schäuble)

es ist einfach wahr –, dass junge Türken hier in Deutschland aufwachsen und im heiratsfähigen Alter in die Türkei geschickt werden und sich dort ihren Ehegatten aussuchen oder ausgesucht bekommen, wenn danach die künftige Frau, die bisher in der Türkei aufgewachsen ist, nach Deutschland kommt, mit einer ganz anderen Erfahrung, mit einer ganz anderen Werteordnung, völlig ohne deutsche Sprachkenntnisse, dann wird es für die Kinder, die aus dieser Ehe entspringen, auch bei dem Stichwort Jugendkriminalität alles andere als einfach. Deshalb sollten wir bei diesem Thema stärker und konsequenter ansetzen.

(Beifall bei der CDU)

Jugendkriminalität ist also ein kompliziertes Thema. Wichtig ist – ich denke, da besteht wieder Konsens in diesem hohen Hause –: Wir sollten wirklich auch darauf drängen, dass gerade bei komplizierten Materien klar gesehen wird, dass nicht die Polizei alles lösen kann, sondern dass wir bei der inneren Sicherheit als Paradebeispiel im Grunde genommen alle gefordert sind. Es hilft übrigens auch der Polizei bei ihrer schwierigen Aufgabe am stärksten.

Das andere große Problem in diesem Zusammenhang, das uns allen Sorgen macht, ist die Entwicklung der organisierten Kriminalität, auch in Form der internationalen Kriminalität. Da muss man meines Erachtens auf zwei Ebenen ansetzen. Die eine ist die europäische Ebene. Da bin ich ein engagierter Befürworter der Stärkung der Kompetenzen von Europol und der internationalen Zusammenarbeit überhaupt. Da werden wir alle, die Nationalstaaten wie aufgrund des Föderalismus und der damit verbundenen Zuständigkeit für die Polizei auch die Länder, darüber nachdenken müssen, dass die nationalen Souveränitätsrechte nicht die Entwicklung der inneren Sicherheit bezogen auf die internationale Dimension des Verbrechens behindern, sondern dass man dies im Gegenteil als Chance begreift, wenn die Zusammenarbeit der Polizeien über Staatsgrenzen hinweg auf allen denkbaren Wegen intensiviert wird.

Die zweite Ebene ist, dass wir die nachbarschaftliche Zusammenarbeit stärken. Wir tun dies in Baden-Württemberg bereits aus ganzer Kraft. Mit der Schweiz hat dies eine lange Tradition. Mit Frankreich sind wir wirklich wesentliche Schritte vorangekommen. Da sind, wenn ich es richtig sehe, das entscheidende Problem weniger die völkerrechtlichen Grundlagen, sondern die Sprachbarrieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch unseren jungen und angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten immer wieder klarmachen: In der heutigen Zeit ist es sowieso selbstverständlich, dass junge Menschen zumindest ordentlich Englisch beherrschen. Sie müssen aber aufgrund der Grenz Nähe und der Nachbarschaft zu Frankreich auch in stärkerem Maße Französisch als Sprache beherrschen, sonst ist eine Zusammenarbeit zwischen der baden-württembergischen und der französischen Polizei, egal, ob Gendarmerie oder Police nationale, im Alltag undenkbar.

Deshalb ist es auch der richtige Ansatzpunkt, dass wir in der Bereitschaftspolizei, Abteilung Lahr, zusammen mit der französischen Gendarmerie ganz gezielt Sprachkurse sowohl für französische Polizeibeamte als auch für baden-württembergische Polizeibeamte anbieten.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Redling und Nils Schmid SPD)

Notwendig war – und das ist, glaube ich, wirklich ein Durchbruch, vor dem wir standen und in dem wir jetzt schon mittendrin sind – und ist, die Ausstattung der Polizei auf allen Gebieten grundlegend zu erneuern.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Endlich!)

Ich darf es mit dieser Bemerkung heute bewenden lassen und einfach noch einmal sagen: Ich bin diesem Landtag, ganz besonders aber auch – und da bitte ich die Opposition um Verständnis – den beiden Fraktionen, die die Regierung tragen, nämlich der CDU- und der FDP/DVP-Fraktion, außerordentlich dankbar, dass die Polizei in Baden-Württemberg im Rahmen des Technikzukunftsprogramms nun wirklich eine Ausrüstung erhalten wird, die sich sehen lassen kann und auf jeden Fall zu den modernsten in ganz Deutschland gehören wird. Vielen Dank, auch im Namen der Polizei.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiel FDP/DVP)

Zum Ende vielleicht noch zwei, drei Gesichtspunkte: Ich halte es auch für notwendig, das, was schon bei der kommunalen Kriminalprävention irgendwo zum Ausdruck kommt, noch stärker zu betonen, nämlich – neudeutsch gesagt – die vernetzte Tätigkeit. Man sollte also nicht glauben, man könne irgendwo als Einzelkämpfer die Welt gewinnen. Notwendig ist Zusammenarbeit, Zusammenarbeit mit Ordnungsbehörden, Zusammenarbeit mit anderen, auch Ehrenamtlichen, die bei der inneren Sicherheit Verantwortung tragen wollen, und deshalb habe ich überhaupt nichts gegen den Freiwilligen Polizeidienst. Ich sage nur: Wir schreiben den Freiwilligen Polizeidienst nicht vor. Aber dort, wo vor Ort die jeweilige Stadt oder die jeweilige Polizeidienststelle es für richtig hält, kann man zum Beispiel über die kommunale Kriminalprävention auch neue Aufgaben an den Freiwilligen Polizeidienst herantragen. Das müsste eigentlich eine Linie sein, die wirklich endlich auch einmal in großem Rahmen hier in diesem Landtag von Baden-Württemberg konsensfähig ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiel FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilhelm?

Innenminister Dr. Schäuble: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Innenminister, würden Sie so freundlich sein und zum Schluss Ihrer Ausführungen doch noch ein paar Worte über die Videoüberwachung verlieren.

Innenminister Dr. Schäuble: Kommt.

Das ist das eine. – Wir sollten uns aber auch bei der Vernetzung – sprich: bei der Zusammenarbeit – nicht scheuen, etwa mit dem Bundesgrenzschutz ganz eng zusammenzuarbeiten. Ich bin sehr froh, dass dies in Baden-Württemberg, wenn ich es richtig sehe, im Landtag außerhalb des Streits ist. Auf der Bundesebene war dies nicht immer so. Ich wäre sehr dankbar, wenn es gelingen würde – und wir kämpfen darum; auch unser Landespolizeipräsident bemüht sich

(Minister Dr. Schäuble)

hierum auf seiner Ebene sehr stark –, die offensichtlich sehr erfolgreichen Kooperationen der baden-württembergischen Polizei mit dem Bundesgrenzschutz etwa in Stuttgart oder Mannheim, wo ja innerhalb ganz kurzer Zeit gerade die Zahl der präventablen, also der Vorbeugung zugänglichen Delikte ganz erheblich zurückgegangen ist, fortzuführen.

Wir wollen auch ganz unbedingt – was das Thema „Schleuserbanden und illegale Einreisen“ angeht – die hervorragende und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Bundesgrenzschutz insbesondere an unseren Grenzen zu Frankreich und zur Schweiz fortführen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wäre ich außerordentlich dankbar, wenn uns die Bundesregierung auch in Zukunft so wie bislang diese Möglichkeit der Zusammenarbeit geben würde.

Zu dem, was jetzt noch einmal gefragt worden ist: Ich habe es eigentlich angedeutet: Wir brauchen auch ein paar Reizthemen, und die werden wir auch künftig finden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Können wir kein Tauschgeschäft machen? Bundesgrenzschutz gegen Videoüberwachung?)

Über die Schleierfahndung haben wir sehr leidenschaftlich diskutiert. Ich habe mich damals etwas gewundert. Es gibt ja auch, wenn ich es richtig im Kopf habe, SPD-regierte Länder, die dieses Instrument für sehr wichtig halten und es eingeführt haben.

Wir werden zur Videoüberwachung – um auf Ihre Frage einzugehen – die Gespräche jetzt zunächst innerhalb der Koalition, die ja aufgenommen sind, fortführen, und ich denke, dass wir hier zu einer Lösung kommen.

Ich gehe auch davon aus, dass sich, wenn es zu einer Lösung kommt – darüber ist ja neulich auch im Ständigen Ausschuss gesprochen worden –, die Rechtsgrundlage im Polizeigesetz des Landes Baden-Württemberg wieder finden muss. Ich würde mir wünschen, Herr Kollege Redling, dass wir das Thema Videoüberwachung in einem breiten Konsens – im Unterschied zur Schleierfahndung – regeln könnten.

(Abg. Redling SPD: Sie haben ja unseren Antrag!)

Denn Sie wissen ja auch, dass etwa der Kollege der SPD von Sachsen-Anhalt, Herr Püchel, sein politisches Schicksal als Innenminister von Sachsen-Anhalt, wenn ich es richtig im Kopf habe, mit der Einführung der Videoüberwachung verbunden hat. Warum sollten Sie das als SPD in Baden-Württemberg anders sehen als diejenigen von der SPD, die in anderen Ländern in der Verantwortung stehen? Also, das wird dann wohl kommen. Aber ich bitte schon um Verständnis dafür, dass wir zunächst innerhalb der Koalitionspartner die Linie, über die wir, wenn ich es richtig sehe, im Grundsatz einig sind, im Detail einmal vorbesprechen wollen. Es wird hier, glaube ich, zu einem Vorschlag kommen.

Im Übrigen, lieber Herr Kollege Hackl, einfach noch einmal so gesagt: Ich gebe überhaupt zu bedenken – ich weiß,

es ist etwas plakativ –, dass es mir in der Vergangenheit, etwa auch bei dem, was man bösartig „großer Lauschangriff“ genannt hat, nie gefallen hat, wenn man unter dem Gesichtspunkt, der Rechtsstaat sei gefährdet, die innere Sicherheit gegen die Rechtsstaatlichkeit ausspielen wollte. Ich gebe Ihnen allen klar mit auf den Weg und bin überzeugt, dass ich im Namen von sehr vielen Menschen, einer großen Mehrheit in Baden-Württemberg spreche:

(Abg. List CDU: So ist es!)

Unsere Bevölkerung – ich benutze jetzt ausdrücklich diesen Ausdruck –

(Zuruf von den Republikanern: Aha!)

hat nicht Angst vor unserer rechtsstaatlich arbeitenden Polizei,

(Abg. List CDU: So ist es!)

sondern unsere Bevölkerung fürchtet sich vor den Verbrechern und verlangt, dass sie bestmöglich vor den Verbrechern geschützt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das sollte einfach, wenn man auch manchmal innerlich abwägt, doch künftig noch stärker die Richtschnur unseres Denkens und vor allem unseres Handelns sein. Ich kann Ihnen umgekehrt erneut versprechen, dass Baden-Württemberg dann weiterhin sein hohes Niveau bei der inneren Sicherheit halten wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. List CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass der Antrag Drucksache 12/4702 für erledigt erklärt werden kann. – Dem ist so.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung – Drucksache 12/5001

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und meine Herren! Bei unserem Gesetzentwurf geht es um das Kenntnisgabeverfahren in der Landesbauordnung. Wir haben in diesem Hause schon wiederholt über dieses Verfahren diskutiert, zuletzt im Herbst 1997. Trotzdem möchte ich das Problem, um das es geht, zunächst kurz umreißen.

Wer ein Gebäude errichten will, braucht im Normalfall dafür eine Baugenehmigung. Seit dem Jahr 1996 ist es aber

(Dr. Witzel)

unter gewissen Voraussetzungen möglich, statt des klassischen Baugenehmigungsverfahrens das Kenntnisgabeverfahren zu wählen. Man muss nur die vollständigen Pläne einreichen, und dann kann nach drei Wochen gebaut werden. Der Architekt muss bescheinigen, dass diese Pläne alle Ansprüche des Baurechts erfüllen.

Diese Wahlmöglichkeit wurde in der Landesbauordnung zunächst für drei Jahre eingeräumt und wurde im Jahr 1997 um drei weitere Jahre verlängert, sodass diese Wahlmöglichkeit im Jahr 2001 ausläuft. Nach der derzeitigen Gesetzeslage ist es also so, dass nach dem Jahr 2001 für Bauvorhaben, die unter diese Voraussetzung fallen, nur noch das Kenntnisgabeverfahren möglich ist.

Meine Damen, meine Herren, wir Grünen halten dies nicht für richtig. Wir meinen, es gibt gute Gründe gegen das ausschließliche Kenntnisgabeverfahren. Ich möchte zwei dieser Gründe nennen.

Erstens: Der Zeitgewinn durch das Kenntnisgabeverfahren ist keineswegs immer gegeben. Es gibt zum Beispiel den Bauantrag für das Haus, das alle Anforderungen des Bauantrags erfüllt. Das ist dann ein harmloser Fall. Da wird auch die Baugenehmigung sicherlich schnell erteilt. Der Zeitvorteil des Kenntnisgabeverfahrens in diesem Fall ist gering. Wenn ein Haus aber nicht alle Bedingungen erfüllt, also Ausnahmen oder Befreiungen benötigt, muss parallel zum Kenntnisgabeverfahren noch ein zusätzliches Baugenehmigungsverfahren laufen. Damit ist der Zeitvorteil in diesem Fall nicht gegeben.

Der zweite Grund, der gegen das ausschließliche Kenntnisgabeverfahren unter den genannten Voraussetzungen spricht, heißt: Die Baugenehmigung schafft eine höhere Rechtssicherheit. Wer eine konkrete Baugenehmigung vorweisen kann, der kann dann auch den Banken gegenüber betonen: „Dieser Bau wird in jedem Fall gemäß Recht und Gesetz errichtet werden“, und die Banken wissen das zu honorieren, indem sie bei den Zinssätzen entsprechend kalkulieren. Das ist ein Vorteil für den Bauherrn, und die Erfahrung zeigt, dass viele Bauherren – und viele Baufrauen, muss man natürlich auch dazu sagen – diese Vorteile zu schätzen wissen, dass sie sagen: „Auch wenn es Baugenehmigungsgebühren kostet, wähle ich lieber die Variante, die etwas kostet; dann habe ich hinterher die höhere Rechtssicherheit.“

Ich ziehe also als erstes Fazit: Es ist für alle am Bau beteiligten Parteien günstiger, wenn die Wahlmöglichkeit erhalten bleibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus diesem Grund gab es Anfang Februar eine Resolution verschiedener Kammern und Organisationen. Ich darf sie nennen: Es waren der Städtetag Baden-Württemberg, der Landkreistag Baden-Württemberg, der Gemeindetag Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft baden-württembergischer Bausparkassen sowie der Landesverband Freier Wohnungsunternehmen. Hinzu kommen die Ingenieurkammer Baden-Württemberg und nicht zuletzt die Architektenkammer Baden-Württemberg. Damit gehen quasi alle wichtigen Beteiligten, die sich um das Bauen kümmern, gemeinsam in eine Richtung. Sie sagen: „Wir wollen

die unbefristete Wahlmöglichkeit.“ Am Anfang ihrer Begründung stellen diese Verbände und Kammern klar, deutlich und unmissverständlich fest – ich darf zitieren –:

Die Wahlmöglichkeit zwischen Kenntnisgabeverfahren und Baugenehmigungsverfahren hat sich bewährt.

Es ist daher aus unserer Sicht jetzt an der Zeit, den alten Grünen-Antrag, den wir vor drei Jahren schon einmal gestellt haben, wieder in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen und zu sagen: Das Land soll sich jetzt einen Ruck geben; wir brauchen jetzt die dauerhafte Wahlmöglichkeit zwischen Kenntnisgabeverfahren und Baugenehmigungsverfahren.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Ich bin diesmal relativ optimistisch, dass dieses grüne Anliegen, dieser Gesetzentwurf der Grünen in diesem Hause nicht auf großen Widerspruch stößt. CDU und FDP/DVP haben schon verklausuliert gesagt, sie seien im Grundsatz auch dafür.

Jetzt liegt hier ein Papier vor; ich habe mir sagen lassen, es handle sich um einen Antrag – dieser Antrag ist vom Präsidenten nicht mit aufgerufen worden – der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zur Novellierung der Landesbauordnung. Die Koalitionsfraktionen in diesem Hause fordern jetzt die Landesregierung auf, „noch in der laufenden Legislaturperiode dem Landtag ein Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung vorzulegen, das das dauerhafte Wahlrecht zwischen Baugenehmigungsverfahren und Kenntnisgabeverfahren verankert . . .“ Sprich: Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP/DVP schließen sich dem an, was die Grünen im Landtag als Gesetzentwurf eingebracht haben.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Dann können wir es auch so machen wie wir! Warum so umständlich?)

Meine Damen und Herren Zuschauer, Sie erleben hier heute etwas, was man nicht alle Tage hat: Die Regierungskoalitionen schließen sich einem Antrag der Opposition an. – Das verdient etwas Beifall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Sich an Zuschauer zu wenden, ist unparlamentarisch!)

Ich will jetzt aber nicht lästern. Ich sage nur: Gute Sachpolitik setzt sich einfach durch. Wir Grünen machen solche Sachpolitik.

Nachdem ich jetzt den Gesetzentwurf meiner Fraktion vorgestellt habe, darf ich die anderen Fraktionen um ihr Votum bitten, damit ich hinterher das Ganze werten kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu der vom Herrn Kollegen Dr. Witzel angesprochenen Geschäftsordnungsfrage will ich darauf hinweisen, dass der vorliegende Antrag der beiden Koalitionsfraktionen deshalb nicht aufgerufen wurde, weil nach der Geschäftsordnung Änderungsanträge zu Gesetzentwürfen

(Stellv. Präsident Birzele)

erst zum Schluss der Ersten Beratung zulässig und Abstimmungen zur Sache während der Ersten Beratung nicht möglich sind. Das zur geschäftsordnungsmäßigen Lage.

Nun erteile ich Herrn Abg. Fleischer das Wort.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt die Kapitulationserklärung!)

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir sind einmal aus zeitlichen Gründen gehalten, eine Novellierung der LBO durchzuführen. Herr Witzel hat bereits darauf hingewiesen, dass im Jahr 2001 die Übergangsregelung, zwischen Baugenehmigungsverfahren und Kenntnissgabeverfahren wählen zu dürfen, ausläuft. Entsprechend dem von uns eingebrachten Antrag sind aber sinnvollerweise auch noch einige andere Dinge mit zu regeln.

Wir von der CDU haben überhaupt nicht verklausuliert zu erkennen gegeben, wo wir stehen. Ich habe in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses in aller Deutlichkeit das wiederholt, was bereits seit 1992, als in der großen Koalition die Vorbereitungen für die Novellierung liefen, von uns gesagt worden ist, nämlich dass das Wahlrecht wohl die richtige Lösung sei. Dies nur zur Klarstellung, damit nicht der Eindruck entsteht, als sei die CDU verspätet auf irgendeinen Geistesblitzzug der Grünen aufgesprungen.

Die ganze Problematik dieses Themas hat eine lange Geschichte. Wir seitens der CDU haben bereits in der großen Koalition nachdrücklich darauf hinzuwirken versucht, das Wahlrecht definitiv und endgültig einzuführen. Wir haben uns dann aber der Ansicht der Regierung angeschlossen, man sollte sich im Hinblick darauf, dass in den Landkreisen und in den großen Stadtkreisen in den unteren Baurechtsbehörden unterschiedliche Praktiken festzustellen sind, bei der Wahrnehmung dieser Möglichkeit sogar prozentual sehr unterschiedliche Praktiken, noch eine Übergangsfrist gönnen, um zu schauen, ob von der freien Willensentscheidung des Bauherrn her das eine oder andere Verfahren landeseinheitlich favorisiert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind aus zwei Gründen überzeugt, dass unsere seit vielen Jahren dargelegte Auffassung, das Wahlrecht sollte endgültig festgeschrieben werden, die richtige Lösung ist. Zum einen spricht dafür die sehr sachliche und sehr sachkundige Stellungnahme der kommunalen Landesverbände und der einschlägigen Kammern und Verbände. Mich hat schon beeindruckt, dass es den kommunalen Landesverbänden gelungen ist, in dieser Frage mit dieser Einheitlichkeit zu sprechen. Das macht auch die Stärke ihrer Argumente deutlich.

Zum anderen ist für mich aber noch wichtiger, dass das Wahlrecht zwischen Baugenehmigungsverfahren und Kenntnissgabeverfahren nach meiner Auffassung die liberalste Lösung ist. Wir haben einerseits der Deregulierung das Wort geredet, indem wir bürgerfreundlich die Möglichkeit einräumen, in Gebieten mit genehmigten Bebauungsplänen auf den langen und manchmal umständlichen Weg des Baugenehmigungsverfahrens zu verzichten. Wir haben andererseits aber auch dem uns immer wieder signalisierten Sicherheitsbedürfnis von Bauherren und Architekten Rechnung getragen, die in vielen Fällen eben nicht diesen

Weg beschreiten wollen. Ich meine, dass dem Ziel des Gesetzgebers, die Deregulierung durchzuführen, in dem Angebot in ausreichender Weise Platz eingeräumt ist und zum Beispiel auch dem Willen der Architektenkammer, in das normale Genehmigungsverfahren gehen zu dürfen, Rechnung getragen wird.

Es ist auch darauf zu verweisen, dass in den meisten Bauanträgen auch eine Befreiung von bestimmten Beschränkungen verlangt wird. Dann sind wir im normalen Baugenehmigungsverfahren mit allen zeitlichen Konsequenzen. Der richtige Weg müsste sein, uns darum zu bemühen, bei den Kommunen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, soweit wir dazu überhaupt aufgerufen sind, dass die Bebauungspläne transparenter, einfacher und für den einfachen Bürger auch in ihren Auswirkungen nachvollziehbarer gestaltet werden. Solange die Bebauungspläne in vielen Bereichen noch so schwer nachzuvollziehen und so schwer zu durchschauen sind, kann auf jeden Fall nicht allein auf das Kenntnissgabeverfahren verwiesen werden. Das wäre ein Fall der politisch aufgedrängten Bereicherung – ein Weg, den wir nicht gehen wollen.

Der zweite Punkt ist, dass auch von der Sache her einiges angepasst werden sollte. Ich möchte nur einen Punkt, nämlich das barrierefreie Bauen, anführen. Wir haben das alle zusammen in der guten Absicht ermöglicht, dass auch unseren Behinderten zu den öffentlichen Gebäuden und zu den Gebäuden, zu denen sie Zugang haben müssen, die Zugangsmöglichkeiten eröffnet werden. Durch die geplante Novellierung soll dieses Ziel in keiner Weise verwässert oder ihm gar entgegengetreten werden. Aber wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass sich dieses gut gemeinte Ziel durch teilweise zu stringente und überzogene Anforderungen gerade in das Gegenteil verkehrt und damit gegen die Behinderten gerichtet hat.

Ein praktisches Beispiel, das ich auch schon im Wirtschaftsausschuss nannte, ist mir auf den Schreibtisch gekommen: Ein Sportverein will ein Sportlerheim mit zwei Geschossen – Erdgeschoss und erstes Geschoss – bauen. Nun müsste dieser Sportverein ohne Ausnahmemöglichkeit – was ich zuerst glaubte – aufgrund der derzeitigen Aussage der LBO einen Aufzug für 120 000 DM einbauen. Das hat zur Folge, dass der Bau überhaupt nicht realisiert wird. Und wer ist der Gelackmeierte? Natürlich der Behinderte, der keine Möglichkeiten hat – es handelt sich um einen Fußballverein –, bei schlechtem Wetter dort unterzuschlupfen, obwohl im ersten Geschoss überhaupt keine Behindertenräume vorgesehen waren. Diese waren vielmehr im Erdgeschoss und nicht im ersten Geschoss vorgesehen.

Aus diesem Fall können Sie vielleicht ersehen, dass es einfach wichtig ist, die Dinge noch einmal sorgfältig zu überprüfen, gerade auch im Interesse der Behinderten, weil hier Regelungen getroffen worden sind, bei denen Steine statt Brot gegeben worden sind.

Wir haben noch eine Reihe anderer Korrekturen, die wir in dieser Novellierung auch gern mit verfolgt sehen würden. Aber darauf wird nachher meine Kollegin Dr. Brenner eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, auch insoweit eine Bemerkung, bevor ich das Wort weitergebe. Die Redezeit der CDU-Fraktion ist abgelaufen. Sie haben keine Möglichkeit, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Für die SPD-Fraktion darf ich das Wort jetzt Herrn Abg. Schmiedel erteilen.

(Abg. Brinkmann SPD: Zu lange geredet, Herr Fleischer!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einführung des Kenntnissgabeverfahrens bei der Novellierung der Landesbauordnung 1995 war ein Meilenstein bei der Entbürokratisierung, Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsverfahren und auch bei der Einsparung von Kosten. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Es wird auch zunehmend angewandt. Das Statistische Landesamt stellte fest, dass die Quote auch in den letzten Monaten zugenommen hat und bei 35 % aller Wohnungen und knapp 43 % bei den Ein- und Zweifamilienhäusern liegt. Bei aller Bescheidenheit möchte ich einmal sagen: Wir suchen in dieser Legislaturperiode vergeblich einen ähnlichen Fortschritt beim Abbau von Bürokratie und bei der Stärkung von Eigenverantwortung der Bürger. Deshalb sind wir nach wie vor stolz auf das, was wir damals mit beschlossen haben, und finden, dass das ein guter Weg ist.

1997 kam dann eine neue Diskussion auf, und hier im Landtag wurde ein Beschluss gefasst, der eigentlich den weiteren Weg vorbestimmt. Denn damals hat man die Übergangsfrist verlängert. Man hat aber nicht nur die Übergangsfrist verlängert, sondern man hat das Ende offen gestaltet. Damit hat man sozusagen zu erkennen gegeben, dass die Wahlfreiheit

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Das Beste ist!)

auch weiterhin festgeschrieben werden soll. Das hat natürlich auch verhängnisvolle Auswirkungen.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Was?)

Wenn wir die Statistik etwas genauer betrachten, dann stellen wir fest, dass diejenigen, die schon 1997 bei der Anwendung dieses bürgerfreundlichen Verfahrens gut waren, sich enorm weiter verbessert haben und dass diejenigen, die schon damals dieses Verfahren wenig angewandt haben, dies heute auch nicht tun.

Da, Herr Staatssekretär, geht unser Vorwurf natürlich schon an Ihre Adresse; denn Ihr Ministerium hat sich für das Kenntnissgabeverfahren als das bürgerfreundliche Verfahren, als einen Beitrag zur Entbürokratisierung ausgesprochen. Man kann natürlich eine mögliche Wahlfreiheit nicht so interpretieren, dass man sagt: „Jetzt lassen wir das alles einmal laufen, laissez faire; die Bürger sollen entscheiden“, sondern wir müssen Sie fragen: Was haben Sie in den vergangenen Jahren eigentlich getan, um in den Städten, in denen dieses Verfahren ganz offensichtlich nicht willkommen ist, diesem Verfahren zum Durchbruch zu verhelfen?

Die Begründung im Gesetzentwurf der Grünen, das sei mehr ein Verfahren für die ländlichen Gebiete, für Großstädte taue es wenig, geht natürlich auch ins Leere. So gibt es in der Stadt Mannheim bei den Ein- und Zweifamilienhäusern mittlerweile beim Kenntnissgabeverfahren eine Quote von 77 %, in der Stadt Stuttgart eine solche von 7 %.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Es gibt immer mal Ausnahmen, Herr Schmiedel!)

Das heißt, das Ministerium hat das, was 1997 in der Debatte versprochen wurde, nämlich für dieses Verfahren zu werben, dafür zu trommeln, die Quote zu erhöhen, nicht gemacht. Sie lassen es laufen. Wir vermissen einen unterschiedlichen Beitrag von Ihnen zur Entbürokratisierung und zu mehr Eigenverantwortung der Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem jetzt vorgelegten Papier der Koalitionsfraktionen sagen. Sie könnten eigentlich so ehrlich sein und sagen: „Stimmen wir dem Gesetzentwurf der Grünen zu. Das ist angelegt in der Beschlussfassung und der Diskussion 1997.“

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Aber der Antrag ist gar nicht zulässig, haben wir gerade gehört!)

Man kann auch völlig unbeschadet der Diskussion und der Entscheidung über das Kenntnissgabeverfahren über die Weiterentwicklung des barrierefreien Bauens sprechen. Wir haben selber einen Gesetzentwurf eingebracht und meinen, dass das nicht nur bei den öffentlich zugänglichen Gebäuden, sondern auch bei den Privatgebäuden weiterentwickelt werden muss. Andere Länder haben das getan. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt und hoffen, dass den hehren Worten, das barrierefreie Bauen auch weiterhin begünstigen zu wollen, entsprechende Taten folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sie waren ja dabei im Wirtschaftsausschuss!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir 1977 das Wahlrecht zwischen diesen beiden Verfahren

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: 1997!)

– 1997, pardon – auf Ende 2001 befristeten, waren wir übereinstimmend der Meinung, man sollte auf jeden Fall die Zeit nutzen, um in der Praxis weitere Erfahrungen zu sammeln. Die einen haben das damals in der Erwartung beschlossen, dass sich bis dahin die Bauherren und auch die Baugenehmigungsbehörden so sehr an das Kenntnissgabeverfahren gewöhnt haben würden, dass es dann das einzige Verfahren sein werde. Die anderen, zu denen auch ich und meine Fraktion sich gezählt haben, haben das in der Erwartung getan, dass das befristete Wahlrecht dann wohl in ein unbefristetes umgewandelt werden würde, weil die bis dahin getätigten Erfahrungen weiter dafür sprechen würden, dass es sich bei dem Wahlrecht um eine gute Sache handelt.

(Hofer)

Nachdem die Übergangsregelung, die wir damals beschlossen haben, noch fast zwei Jahre gilt – wir haben gerade mal die Hälfte dieser Zeit hinter uns –, kommt die Initiative der Grünen eigentlich zu früh. Warum macht man vier Jahre aus, wenn man schon nach zwei Jahren sagt, es müsse schon wieder geändert werden?

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Weil alle Beteiligten klar gesagt haben: Es hat sich bewährt!)

Aber das ist – beruhigen Sie sich – nicht der eigentliche Punkt. Der eigentliche Punkt ist: Wenn wir wissen, dass wir sowieso noch weitere Änderungen in der Landesbauordnung wollen, dann wäre es doch ein Wahnsinn – mit Verlaub gesagt –, diese jetzt schon zu ändern, obwohl wir noch zwei Jahre Zeit haben, und ein paar Monate später noch einmal. Wir treten an und sagen, wir hätten etwas gegen Bürokratisierung und wollten mehr Deregulierung, und würden selbst das Gegenteil machen. Deshalb muss das gemeinsam getan werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Witzel, ich sage es mal ganz allgemein: Sie haben mit Blick auf das geneigte Publikum gesagt – und dabei ein bisschen gelächelt, das war sehr sympathisch –, dies sei ein Präzedenzfall, wie man hier den Grünen in allem folge. Ich könnte genauso gut sagen: Was wir alle vielleicht in diesem Punkt machen, ist ein Präzedenzfall dafür, wie man mit Hurra und Feldgeschrei völlig offene Türen einrennt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir stimmen dem Anliegen zu. Wir wissen, dass sich das Wahlrecht in der Sache bewährt hat. Sie haben einige Gründe genannt; der Zeit wegen will ich die nicht näher ausführen. Es stimmt, es bringt nicht immer einen Zeitgewinn. Ich habe mich zweieinhalb Jahrzehnte lang als Oberbürgermeister um diese Dinge gekümmert und kann sagen: Es bringt nicht immer Zeitgewinn. Wenn Sie wollen, könnte ich das bis ins Detail belegen. Es ist nun einmal so, dass die Akzeptanz dieser beiden Verfahren sehr unterschiedlich ist. Dort, wo dicht besiedelt ist, werden Sie, schon aus städtebaulichen Gründen, bei den Bebauungsplänen immer eine Regelungstiefe haben. Da werden Sie ohne ein starkes Maß an Befreiungen gar nicht auskommen. Dann passt das Kennntnisgabeverfahren nicht so sehr.

(Abg. Brechtken SPD: Dann kann er es ja gar nicht machen, Herr Kollege, wenn er Befreiungen braucht!)

– Lieber Herr Brechtken, ich kenne mich da wirklich bestens aus. Glauben Sie mir das.

(Abg. Brechtken SPD: Da kann ich mit Ihnen gern in einen Rechtsstreit eintreten!)

Für eine Vielzahl von Verfahren ist das Kennntnisgabeverfahren sehr gut. Damit Sie das auch einmal hören: Ich finde es prima, dass es damals unter der großen Koalition eingeführt worden ist. Es erleichtert das Verfahren in vielen Fällen. Es führt zu einer Verbilligung und einer Beschleunigung – prima. Deshalb wollen wir auch am Wahlrecht festhalten, damit sich jeder, wenn es ihm passt, für das Kenn-

ntnisgabeverfahren entscheiden kann. Aber im Geschossbau zum Beispiel, mit dem wir uns sehr schwer tun, gerade wenn es um Mietwohnungen geht, können Sie gar nicht anders verfahren – darauf weist der Städtetag zu Recht hin –, als dass Sie sich mit dem Bauträger zusammensetzen. Anstatt eine groß angelegte Bebauungsplanänderung zu machen – das dauert anderthalb Jahre –, müssen Sie mit einem gestuften Verfahren – mit Bauvoranfrage, später mit Baugenehmigung – die einzelnen Befreiungstatbestände gemeinsam durchspielen und gemeinsam nach einer wirtschaftlichen, städtebaulich vertretbaren Lösung suchen. Wenn Sie das wegnehmen, geben Sie wirklich Steine statt Brot.

Im Übrigen frage ich mich: Was ist bürokratisch daran, wenn man den Leuten die Wahl lässt? Bürokratisch und dirigistisch ist, wenn man das mit missionarischem Eifer

(Abg. Kiel FDP/DVP: Wegnimmt!)

wegnimmt und sagt: Nur so, wie wir es uns ausgedacht haben, geht es. Das ist der Punkt. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wenn man sagt, für die Baugenehmigungsbehörden werde es aber leichter, sie bräuchten weniger Beamte, muss ich dem nach zweieinhalb Jahrzehnten Erfahrung entgegenhalten: Ich habe noch nie gesehen, dass die Zahl der Beamten abgenommen hat. Aber ich sage Ihnen zu diesem Punkt: Sie brauchen sie auch. Denn die meisten Verfahren, die bei einer Baugenehmigungsbehörde laufen, sind doch die Verfahren nach § 34 des Baugesetzbuchs, die Bebauungsdinge, die im Zusammenhang mit einem bebauten Ortsteil stehen. Da brauchen Sie nach wie vor eine Baugenehmigung.

(Abg. Brechtken SPD: Da gilt ja auch das Kennntnisgabeverfahren gar nicht! Also, § 34 ist doch kein Kennntnisgabeverfahrensproblem!)

Abschließend: Die Landesverbände, die Kammern, die Arbeitsgemeinschaft der Bausparkassen kommen alle zu dem gleichen Ergebnis. Wenn Sie von der SPD offenbar meinen, Sie seien die Einzigen, die hier ganz sicher auf der richtigen Seite sind, dann kommen Sie mir wirklich vor wie jener Geisterfahrer, der allen Fahrzeugen entgegenfährt und sich wundert, dass sie ihm alle auf der falschen Fahrbahn entgegenkommen. Das muss ich Ihnen schon sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Lassen Sie uns deshalb die gesamten Vorschläge in unbürokratischer Weise zusammenfassen. Wir können das im Wirtschaftsausschuss gemeinsam besprechen, Herr Witzel. Dann sollten wir im Interesse der Bauherren zu einer gemeinsamen, ordentlichen Regelung kommen, die sich für parteipolitische Profilierung relativ wenig eignet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Ich habe nur etwas dagegen, wenn Sie in diesem Zusammenhang § 34 bringen! Da gehört er wirklich nicht hin!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 1. Januar 1996 trat die novellierte Landesbauordnung in Baden-Württemberg in Kraft. In diese Novellierung wurde neben anderen geänderten Bestimmungen ein wichtiger Bestandteil aufgenommen. Für ganz bestimmte Baugebiete wurde für Bauwillige nämlich das Kenntnisgabeverfahren eingeführt. Dieses Verfahren soll zur Entbürokratisierung beitragen und die oft langwierigen Baugenehmigungsverfahren ablösen. In anderen Bundesländern wurde dieses Verfahren bereits erfolgreich praktiziert und erfährt dort auch eine höhere Akzeptanz.

Richtigerweise hatte man bei dieser Novellierung das Baugenehmigungsverfahren beibehalten, obwohl es folgerichtig gewesen wäre – um auch der Intention der geänderten Landesbauordnung gerecht zu werden –, dieses Genehmigungsverfahren abzuschaffen. Somit hatten die Architekten die Möglichkeit, für eine Übergangszeit von drei Jahren zwischen dem bisherigen Baugenehmigungsverfahren und dem neuen Kenntnisgabeverfahren zu wählen.

(Unruhe)

Diese Übergangszeit wurde 1997 noch einmal verlängert und läuft zum 31. Dezember 2001 aus.

Wir Republikaner haben bereits 1997 dem Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Damals ging jedoch der Antrag der Regierungsfractionen durch. Umso mehr sind wir erstaunt, dass die Regierungsfractionen ihre Meinung zwischenzeitlich geändert haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist nur allzu verständlich, dass Neues zunächst auf Widerstand stößt und dass auch das Kenntnisgabeverfahren anfangs größtenteils auf Ablehnung gestoßen ist. In der Zwischenzeit scheint die Akzeptanz durch die Architekten und Bauherren aber größer zu werden. Zum einen werden junge Architekten als Berufsanfänger dem neuen Recht mehr zusprechen, zum anderen sollte aber auch die Architektenkammer mehr Aufklärung und Werbung für das Kenntnisgabeverfahren betreiben.

Wenn es regional große Unterschiede bei der Anwendung der beiden Verfahren gibt, so scheint dies an den jeweiligen Bebauungsplänen der Ortschaften zu liegen. Eine Harmonisierung hin zu einem einzigen Verfahren, nämlich dem Kenntnisgabeverfahren, wäre angebracht. Wir Republikaner gehen jedoch davon aus, dass Architekten flexibel sind und sich auch während der Übergangszeit mit dem Kenntnisgabeverfahren anfreunden konnten.

Wir Republikaner werden deshalb den Gesetzentwurf der Grünen, der die dauerhafte Beibehaltung des Wahlrechts zwischen Baugenehmigungsverfahren und Kenntnisgabeverfahren vorsieht, in unserer Fraktion noch einmal besprechen, insbesondere nachdem auch der Antrag der Regierungsfractionen vorliegt. Wir Republikaner behalten uns vor, im Wirtschaftsausschuss einige Änderungsanträge zu stellen, über die dann bei der zweiten Lesung abzustimmen sein wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der am 1. Januar 1996 in Kraft getretenen Landesbauordnung hat das Land in der Tat deutliche Signale für weniger Staat und weniger Kontrolle gesetzt. Die Landesbauordnung hat spürbar zur Vereinfachung, Entbürokratisierung und Beschleunigung des Bauens beigetragen. Die Eigenverantwortung der am Bau Beteiligten hat mit der Einführung des Kenntnisgabeverfahrens ein höheres Gewicht erhalten.

Ich möchte festhalten, dass das Kenntnisgabeverfahren in der Praxis auch immer bekannter geworden ist und dass die Zahl seiner Anwendungen steigt. Das zeigt die Sonderauswertung des Statistischen Landesamts; Herr Abg. Schmiedel, Sie haben darauf hingewiesen. Für das Jahr 1999 liegt diese Sonderauswertung vor. Demnach ist das Kenntnisgabeverfahren landesweit bei 41,2 % aller Bauanträge für Wohngebäude durchgeführt worden. Das bedeutet gegenüber 1996 eine Zunahme von rund 17 %. Betrachtet man nur solche Wohngebäude, bei denen die Anwendung des Kenntnisgabeverfahrens möglich ist – nämlich im Bereich qualifizierter Bebauungspläne –, dann liegt der Anteil des Kenntnisgabeverfahrens bei weit über 50 %.

Allerdings gibt es nach wie vor beträchtliche regionale Unterschiede. In Mannheim liegt die Quote bei fast 72 %, im Landkreis Heilbronn bei 61,9 % und in der Landeshauptstadt Stuttgart bei lediglich 5,5 % aller Wohngebäude.

In diesem Zusammenhang weise ich Ihren Vorwurf, Herr Abg. Schmiedel, dass die Landesregierung oder das Wirtschaftsministerium nichts getan hätten, um diese Zahlen zu verbessern – die ja regional unterschiedlich ausfallen –, ausdrücklich und entschieden zurück. Man muss sehen, dass ein Anteil von 72 %, wie er in Mannheim erreicht wurde, hervorragend ist. Wir haben intensive Gespräche geführt – –

(Abg. Schmiedel SPD: Mit wem?)

– Mit der Stadtverwaltung von Stuttgart.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber Sie haben sich nicht durchgesetzt!)

– Moment, ich bin noch nicht fertig. – Wir haben Fortbildungskurse mit der Architektenkammer, mit der Ingenieurkammer veranstaltet. Aber natürlich müssen auch die Kommunen selbst und die Planverfasser mitspielen. Da können Sie Überzeugungsarbeit leisten, aber das Wesentliche müssen die selbst tun. Auch wir bedauern das, aber es ist Fakt. Das hat mit unseren Anstrengungen nichts zu tun.

Auf der anderen Seite gibt es aber weiterhin Architekten und Bauwillige, die das Baugenehmigungsverfahren bevorzugen, wie auch aus den Zahlen hervorgeht. Die Stichworte, die dahinter stehen, haben Herr Abg. Witzel und Herr Abg. Hofer genannt.

Ende 1997 hat der Landtag – das ist erwähnt worden – die Befristung der Wahlmöglichkeit um weitere drei Jahre bis zum 31. Dezember 2001 verlängert. Wenn ich das richtig im Kopf habe, hat sich der Landtag damals gegen eine un-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

befristete Wahlmöglichkeit ausgesprochen, um weitere Erfahrungen mit der Anwendung zu sammeln und die Entwicklung der Akzeptanz zu beobachten. Ich möchte nur festhalten, dass diese um drei Jahre verlängerte Frist noch nicht einmal zur Hälfte abgelaufen ist.

Die hier in der Debatte angeführten Argumente sprechen aber aus der Sicht der Landesregierung dafür, ein dauerhaftes Wahlrecht zwischen Baugenehmigungsverfahren und Kenntnissgabeverfahren einzuführen. Natürlich hat die Landesregierung die zahlreichen Stimmen wahrgenommen, die für eine Verankerung des dauerhaften Wahlrechts eintreten, und natürlich haben wir in den zurückliegenden Jahren, seit die LBO in Kraft ist, auf allen Anwendungsfeldern der Landesbauordnung Erfahrungen gesammelt. Es gibt Bereiche, in denen das gut funktioniert; es gibt aber auch Konfliktfelder, in denen es an Akzeptanz mangelt und Probleme bestehen, auf die insbesondere Herr Abg. Fleischer hingewiesen und sie deutlich gemacht hat; Stichwort: barrierefreies Bauen. Weitere Stichworte sind: Stellplatzausstattung, Unfallverhütung und einiges mehr.

Daher meinen wir, wenn eine Änderung der LBO in Angriff genommen wird, dann sollte nicht nur über das Wahlrecht zwischen Kenntnissgabe- und Genehmigungsverfahren allein entschieden werden; dann müssen auch andere Anliegen berücksichtigt und einbezogen werden. Die Landesregierung wird jedenfalls im Vorfeld, ausgehend von den gesammelten Erfahrungen, die angesprochenen Themen und Regelungsbereiche eingehend überprüfen und mit den betroffenen Verbänden erörtern, um für eine Gesetzesvorlage gerüstet zu sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Nachdem in der Sache alles darauf hinausläuft, den Inhalten des Gesetzentwurfs der Grünen zuzustimmen, möchte ich mich auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Herr Hofer, Sie fragten: Warum jetzt schon ändern und nicht erst Ende 2001? Die Antwort ist klar: Seit der letzten Debatte, die wir hier zu dem Thema führten, sind zweieinhalb Jahre vergangen. Diese zweieinhalb Jahre haben zusätzliche Erfahrungen gebracht, und sie haben auch ein klares, eindeutiges Votum der kommunalen Landesverbände, der Kammern und Verbände erbracht. Ich meine, damit ist die Sachlage klar. Wenn alle Praktiker das so wollen, wenn unser politisches Herz, Herr Hofer, Ihres und meines, in der gleichen Richtung schlägt, warum sollen wir dann nicht Nägel mit Köpfen machen? Warum müssen wir dann bis zum Jahr 2001 warten?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Mit dem anderen zusammen!)

Herr Schmiedel nannte das Kenntnissgabeverfahren der LBO einen Meilenstein der Entbürokratisierung.

(Abg. Schmiedel SPD: Richtig!)

Herr Schmiedel, das Kenntnissgabeverfahren ist sicherlich ein Beitrag zur Entbürokratisierung. Aber wenn Sie die Sache verfolgen, müssen Sie auch sehen: Selbst wenn alle Leute, die die Möglichkeit dazu haben, das Kenntnissgabeverfahren wählen, können wir die Baurechtsbehörden noch längst nicht abschaffen. Baurechtsbehörden wird es immer geben.

(Abg. Brechtken SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Es gibt innerorts Bebauung außerhalb der qualifizierten Bebauungspläne.

(Abg. Brechtken SPD: Aber Entbürokratisierung ist nicht die Abschaffung der Verwaltung!)

– Nein. Aber, Herr Brechtken, auch innerhalb der qualifizierten Bebauungspläne gibt es Bauvorhaben, für die eine Befreiung oder etwas Ähnliches erforderlich ist. Auch das muss baurechtlich geprüft werden. Deshalb müssen die Kommunen weiterhin Baurechtspersonal vorhalten. Da ist es kein Problem, dass dann auch einige Baurechtsverfahren aus Fällen, für die sonst das Kenntnissgabeverfahren gilt, einbezogen werden. Also ein Widerspruch zur Entbürokratisierung ist das nicht.

Herr Schmiedel, Sie sagten weiter, es gebe einige schwarze Schafe – dies war zumindest eine Metabotschaft –, also Kommunen, die sich dem Kenntnissgabeverfahren verweigerten. Sie nannten Stuttgart mit einem Anteil von nur 7 % beim Kenntnissgabeverfahren als Beispiel. Man muss einfach sehen – da stimme ich Herrn Hofer zu –: Es gibt nun einmal gewisse Baugebiete mit einer hohen Regelungs-dichte. Wenn man dort etwas Gescheites bauen will, braucht man hier und da eine Ausnahmegenehmigung.

(Abg. Schmiedel SPD: Mannheim auch!)

Da ist ein Baugenehmigungsverfahren schlicht und einfach günstiger als das Kenntnissgabeverfahren plus Ausnahmeverfahren. Warum sollten wir diese Möglichkeit dort nicht zulassen? Deshalb brauchen wir die dauerhafte Wahlmöglichkeit.

Zuletzt möchte ich noch auf das eingehen, was Herr Fleischer zu dem Antrag gesagt hat, der jetzt von den Koalitionsfraktionen eingebracht werden soll. Herr Fleischer, Sie nannten das Thema des barrierefreien Bauens, und Sie betonten, dass Sie das nicht verwässern wollen. Wenn dies so gilt, ist es gut. Wir sollten die Frage des barrierefreien Bauens noch einmal überdenken. Wir haben demnächst den Tag der behinderten Menschen. Wir können da auch Erfahrungen von Betroffenen aufnehmen und hören, wo sie der Schuh drückt.

Aber ich darf hier für meine Fraktion reklamieren: Das Anliegen der behinderten Menschen ist auch, dass im normalen Wohnungsbau etwas getan wird, damit das barrierefreie Bauen dort nicht nur ein Exotendasein fristet, sondern auch dort zum Tragen kommt. Wir können gerne hierüber eine offene Diskussion führen. Dann können wir Ihre Beispiele noch dazunehmen. Wir sind da offen. Aber der Grundgedanke des barrierefreien Bauens darf, wie Sie es sagten, nicht verwässert werden.

(Dr. Witzel)

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das wollen wir ja auch!)

Wenn das Konsens ist, gehe ich optimistisch in die weiteren Beratungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen, die angesprochen wurden.

Erstens: Entbürokratisierung heißt, dass die Verwaltung, dass der Staat sich aus den Fällen heraushält, bei denen er nicht gebraucht wird. Wenn wir uns darüber einig sind, dass im Normalfall, im unproblematischen Fall die Bauverwaltung nicht gebraucht wird und sich deshalb heraushalten soll, sind wir schon ein Stück weiter.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So weit sind wir schon!)

Zweitens zu den schwarzen Schafen: Bei einer Statistik, die so variiert, ist es doch eindeutig, dass es offensichtlich Städte und Gebiete gibt, bei denen sich die Verwaltung auch im Normalfall nicht heraushält, sondern das alte bürokratische Verfahren weiter betreibt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, nein!)

Herr Staatssekretär, wir erwarten von Ihnen bei den weiteren Beratungen im Ausschuss schon ein Konzept – nicht den Verweis: „Wir haben einmal mit der Stadtverwaltung gesprochen“ –, wie wir es erreichen, dass im Normalfall das Kenntnissgabeverfahren im ganzen Land angewandt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Vorgeschlagen wird die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Was den mehrmals erwähnten Antrag betrifft, der noch nicht formell eingebracht wurde, rege ich an, ihn im Wirtschaftsausschuss zu besprechen oder bei der zweiten Lesung vorzulegen.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen – Drucksache 12/4869

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 12/5005

Berichterstatlerin: Abg. Christa Vosschulte

Die Berichterstatlerin wünscht das Wort nicht.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dieser Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Vergabe von Studienplätzen holt sich die Landesregierung die Zustimmung des Landtags zum Abschluss eines neuen Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen.

Ich denke, wir sollten diese Debatte nutzen, um an zwei bedeutsamen Änderungen nochmals deutlich zu machen, welche Punkte der CDU in diesem Zusammenhang wichtig waren.

Erster Punkt: Bislang gab es nach Artikel 10 dieses Staatsvertrags ein Verteilungsverfahren, das bei der Verteilung der Studienplätze auf die Nähe des Wohnsitzes zum Hochschulstandort Wert gelegt hat, und zwar aus familiären und wirtschaftlichen Gründen. Wir haben dies in Teilen als Nachteil empfunden, weil besonders qualifizierte Bewerber in ihrer Studienortwahl eingeschränkt waren, sprich: je näher ihr Erstwohnsitz am Sitz einer Universität lag, desto wahrscheinlicher war es, dass sie dieser Universität zugewiesen wurden und nicht an den Studienort ihrer Wahl gehen konnten.

Dies wurde durch den Staatsvertrag geändert. Bis zu 25 % der Studienplätze können nun nach der Abiturdurchschnittsnote vergeben werden. Die besonders Qualifizierten bekommen dadurch die Möglichkeit, Studienorte fernab ihres bisherigen Wohnsitzes zu wählen. Wenn man sich einmal anschaut, wie die Studienorte gewählt werden, dann fällt auf, dass nicht mehr nur das Prinzip der Wohnortnähe gilt, sondern die Wahl fällt vor allem auf die Studienorte, wo die Qualität von Forschung und Lehre besonders gut ist.

Wir wollen damit auch die Mobilität der Studierenden fördern.

Ein zweiter wichtiger Änderungsbereich ist Artikel 13, der das allgemeine Auswahlverfahren betrifft. In Zukunft ist es möglich – und dies ist vor allem auch auf Drängen Baden-Württembergs mit aufgenommen worden –, dass Studienplätze nach Auswahlkriterien der Hochschulen vergeben werden; sprich: das Selbstauswahlrecht der Hochschulen wird auch für ZVS-vergebene Studiengänge in Zukunft besser werden. Wir haben ja schon immer reklamiert, dass vor allem der Grad der Qualifikation, aber auch Motivations- und Eignungstests sowie entsprechende Gespräche, aber auch die berufliche Vorbereitung oder die Berufstätigkeit, die einem Studium vorgeschaltet war, ganz wesentliche Merkmale dafür sind, Studenten für einen Studiengang zu qualifizieren.

Wir sind froh, dass mit dieser Aufnahme in den Staatsvertrag dem Wunsch Rechnung getragen wird, dass das Selbstauswahlrecht der Hochschulen in Zukunft noch stärker zum Zuge kommen soll. Wir erachten dies auch als einen ganz wesentlichen Wettbewerbsfaktor zwischen den einzelnen Studiengängen und den einzelnen Hochschulen;

(Dr. Birk)

denn damit können die Hochschulen zeigen, dass sie in Lehre und Forschung eine hohe Qualität haben und sie diese auch halten wollen, indem sie die entsprechenden Studienanfänger an ihre Hochschulen holen.

Abschließend: Ich denke, dass wir diesem Gesetzentwurf heute in der zweiten Lesung zustimmen können.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Es wäre auch ein Wunder, wenn es anders wäre!)

Es ist höchste Zeit, dass über diesen Gesetzentwurf entschieden wird. Ich hoffe, dass die Fraktion der Grünen – Kollege Oelmayer hat es ja auch signalisiert – zustimmen kann,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Bei einer so fulminanten Rede!)

damit die Vergabeverordnung bis zum 15. Juli geändert werden kann; denn am 15. Juli endet die Frist für die Einschreibung zum Wintersemester 2000/2001. Wir möchten auf diesem Wege auch dem Wissenschaftsministerium nochmals dafür danken, dass es sich für diese Position Baden-Württembergs bei den Verhandlungen über diesen neuen Staatsvertrag stark gemacht hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem wir in der ersten Lesung keine Aussprache hatten und auch im Ausschuss zu der Thematik keine Aussprache stattfand, es also bisher keinen Dissens gab, gibt es auch keine Notwendigkeit, jetzt in der zweiten Lesung einen Dissens zu schaffen, nur weil dieser dann unter den Augen der Öffentlichkeit stünde.

Nachdem Sie, Herr Birk, schon dargestellt haben, worin die Unterschiede zu dem bestehen, was bisher als Staatsvertrag zur ZVS gegolten hat, brauchen wir darüber, denke ich, auch keine lange Debatte mehr zu führen. Zumal dieser Gesetzentwurf im Grunde nur das nachvollzieht, was die Ministerpräsidenten aller Länder bereits im Juni 1999 unterschrieben haben. Im Grunde ist dieser Staatsvertrag also seit über einem halben Jahr gültig. Wie der Minister in der Ausschusssitzung gesagt hat: Weil es im Rahmen der Hochschulgesetznovelle des Landes Baden-Württemberg nicht mit vollzogen wurde, geschieht dies heute im Nachgang. Nachdem die beiden Regelungen, die jetzt hier neu enthalten sind, die Zustimmung der CDU finden – sie sind vor allem, wie Sie dargestellt haben, auch durch Ihre Interventionen und die Verhandlungen der CDU auf Bundesebene in diesen Staatsvertrag hineingekommen –, gibt es sicher keinen Grund, dies nicht zu tun. Pikant ist in diesem Zusammenhang lediglich, dass der Wissenschaftsminister sagt, summa summarum habe sich die ZVS bewährt, während die Kultusministerin sagt, man müsse die ZVS abschaffen, und dies auch in dem bildungspolitischen Papier, das der Bundesparteitag in Essen in den letzten Tagen ver-

abschiedet hat, gefordert wird. Es gibt also einen gewissen Dissens bei Ihren eigenen Positionen. Aber ich gehe einmal davon aus: Solange niemand etwas Besseres für die Verteilung des Mangels gefunden hat – nichts anderes ist ja das, was die ZVS macht –, so lange werden wir mit der ZVS auch leben und wohl auch gut leben können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Deuschle REP: Halten Sie Ihre Jungferrede für den Bereich Wissenschaft?)

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem auf Wunsch der CDU doch eine Debatte zu dem Gesetzentwurf zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen stattfindet, möchte ich die Gelegenheit nutzen, aus Sicht der Grünen einige Bemerkungen dazu zu machen.

Meine Damen und Herren, der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen, der 1972 von den Bundesländern zur Schaffung der ZVS geschlossen wurde, war ja das Ergebnis einer damaligen Mangelsituation. Es gab einfach nicht genügend Studienplätze für die studierwilligen Abiturienten. Folglich kann man sagen, dass die ZVS damals ein Instrument zur Zwangsbewirtschaftung des knappen Gutes Studienplätze gewesen ist. Ich meine, es ist nicht unbedingt ein Ruhmesblatt der bundesdeutschen Bildungspolitik, dass dieses Zwangsbewirtschaftungsinstrument nach knapp 30 Jahren immer noch besteht und dass wir mit der jetzigen Novellierung des Staatsvertrags im Wesentlichen über seine Fortsetzung entscheiden.

Neu ist in der Tat – das wurde bereits erwähnt – die Möglichkeit des Auswahlverfahrens der Hochschulen. Baden-Württemberg hat ja hierbei durchaus eine gewisse Vorreiterrolle gespielt. Ich denke, eine sorgfältige Überprüfung der in Baden-Württemberg mit den hier praktizierten Auswahlverfahren gemachten Erfahrungen muss noch erfolgen, und diese sollte in diesem Hause vorgenommen werden.

Zu den Regelungen im Staatsvertrag nur so viel: Die Hochschulen selbst können erst auswählen, nachdem die anderen Verfahren gegriffen haben. Die Formel, die Hochschulen könnten sich die Studierenden selbst aussuchen, kann aber doch wohl nicht bedeuten, dass die Hochschulen erst dann zum Zuge kommen, wenn die anderen Verfahren abgeschlossen sind, also für die anderen, die noch übrig bleiben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Immerhin einmal ein Anfang!)

Das heißt, eine Bestenauslese oder eine Bestenwahl, wie sich die Hochschulen dies wünschen, findet auf diesem Weg bislang noch nicht statt.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Im Übrigen möchte ich Wert darauf legen, dass es gerade dann, wenn Wettbewerb unter den Hochschulen entstehen soll, wichtig ist, dass sich die Studierenden ihre Hochschu-

(Renate Rastätter)

le auswählen können und nicht umgekehrt. Nur so entsteht ein Wettbewerb, nämlich unter den Hochschulen, und nur so werden die Hochschulen gezwungen, ihr Lehrangebot und ihre Studienangebote zu verbessern.

Meine Fraktion – Sie haben es alle nicht anders erwartet – wird mit der Regierungskoalition dem Staatsvertrag zustimmen, weil es gegenwärtig

(Abg. Dr. Birk CDU: In weiser Voraussicht! Das habe ich Herrn Oelmayer schon angesehen!)

keine Alternative dazu gibt. Es ist – meine Kollegin, Frau Bregenzer, hat es bereits angesprochen – allerdings ein etwas denkwürdiges zeitliches Zusammentreffen, dass jetzt die CDU auf ihrem Bundesparteitag ein Papier verabschiedet, federführend unter unserer Kultusministerin Schavan, welches die Abschaffung der ZVS und ein generelles Auswahlverfahren der Hochschulen fordert.

(Abg. Deuschle REP: Vernünftige Sache!)

Da dieser Beschluss aber mit der derzeitigen Wirklichkeit nicht übereinstimmt, brauchen wir heute darüber nicht sehr viele Worte zu verlieren.

Die Forderung nach einem generellen Auswahlverfahren der Hochschulen bedeutet allerdings einen entscheidenden Systemwandel im Bildungswesen. Man sollte sich darüber im Klaren sein – ich finde, das muss man auch noch umfassend diskutieren –,

(Zuruf von der CDU: Aber nicht heute!)

dass dies de facto eine Entwertung des Abiturs bedeutet. Darüber kann man diskutieren. Das passt aber nicht zur Rhetorik des Kultusministeriums zur Wichtigkeit und Qualität des Abiturs, insbesondere des baden-württembergischen Abiturs. Hier stoßen Paradigmen der Bildungspolitik aufeinander, wenn man in der Oberstufe wieder einen festen Bildungskanon einführen und das Zentralabitur in der bisherigen Form bestehen lassen und stärken will.

Ich denke deshalb – dies an den Wissenschaftsminister und die Kultusministerin –: Man wird sich irgendwann entscheiden müssen. In einem Bildungsministerium, das Hochschule und Schule beinhaltet, wie wir es derzeit erneut einfordern, Herr von Trotha, könnte ein solcher Widerspruch künftig vielleicht besser gelöst werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abschluss eines neuen Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen ist, wie von der Landesregierung in der Begründung des Entwurfs für das erforderliche Gesetz zum Staatsvertrag dargelegt, durch die Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom August 1998 erforderlich, aber auch möglich geworden.

Frau Kollegin Rastätter, ich halte es nicht für eine Forderung der CDU, heute hier darüber zu reden, sondern für ei-

nen üblichen Brauch, zumindest einmal im Plenum offen über ein Gesetz zu reden, selbst wenn es vom Ergebnis her unstrittig ist. Ich halte diesen Brauch für richtig und gut.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Genau!)

Das sollten wir beibehalten, selbst wenn wir alle zustimmen. Ich meine, die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, auch in diesem Fall etwas dazu zu hören.

(Abg. Deuschle REP: Warum wir zustimmen, auch!)

Das geänderte Hochschulrahmengesetz eröffnet den Hochschulen die Möglichkeit, einen Teil ihrer Studienplätze nach eigenen Auswahlkriterien zu vergeben. Das entspricht grundsätzlich einer von uns seit langem erhobenen Forderung und steht inhaltlich in direktem Zusammenhang mit dem Thema der Qualitätssteigerung der Hochschulen durch Stärkung des Wettbewerbs, also einem Thema, das wir hier im Lande mit den bereits vollzogenen Schritten einer Reform der Hochschulen auch konkret angegangen sind.

Im Einzelnen hätten wir uns für diese Möglichkeit, dass die Hochschulen einen Teil ihrer Studierenden selbst auswählen können, zwar eine andere Ausgestaltung und insbesondere eine höhere Quote als lediglich 20 % gewünscht. Das hindert uns jedoch nicht daran, diesem Punkt grundsätzlich zuzustimmen.

Wir stimmen im Übrigen auch dem durch die Ministerpräsidenten der Länder ausgehandelten Staatsvertrag zu, der das geänderte Hochschulrahmengesetz entsprechend umsetzt. Da ich hierin keine besonderen Probleme entdecken können, stelle ich ansonsten nur fest: Wir gehen davon aus, dass dies der letzte Staatsvertrag ist, dem wir zustimmen müssen; denn wir sehen unser Ziel, die Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, endlich in greifbare Nähe gerückt.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

In drei Jahren wird diese Einrichtung nicht mehr vorhanden sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der FDP/DVP: Bravo! – Sehr gut!)

Ich hoffe, dass auch Herr Minister von Trotha dem zustimmen und Frau Kollegin Schavan folgen wird.

In diesem Sinne und aus diesem Grund unsere Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die Fraktion Die Republikaner stimmt dem vorliegenden Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen zu. Ich möchte hier kurz auf drei Punkte eingehen.

Erstens: Wir halten die Studienplatzvergabe durch die ZVS in Dortmund für anachronistisch, weil die zentrale Studien-

(Deuschle)

platzvergabe vom Grundsatz „Äpfel gleich Birnen“ ausgeht und es erschwert, dass in Deutschland die Universitäten und ihre Lehrstühle ihre spezifischen Eigenarten herausbilden können.

Die ZVS bedarf, wie schon gesagt worden ist, einer weit gehenden Reform oder besser sogar mittelfristig einer Abschaffung. Ich habe auch den entsprechenden Beschluss des CDU-Parteitags zur Kenntnis genommen. Ich hoffe, dass die CDU in dieser Frage ihre Beschlüsse umsetzt und nicht, wie heute Morgen in der Debatte um die Greencard, wieder umkippt.

Zweitens: Die Hochschulen müssen sich in größerem Maß als bisher ihre Studenten selber aussuchen können. Nur dann kann der gewollte Wettbewerb zwischen einzelnen Hochschulen besser organisiert werden, und dann können sich auch die spezifischen Charakteristiken der Hochschulen besser herausbilden. Zu diesem Thema hat auch Herr Dr. Birk etwas Sinnvolles gesagt.

Drittens: Wir halten grundsätzlich als zusätzliches Kriterium für wichtig, dass das Abitur wieder als Zeugnis der Reife organisiert wird und nicht mehr allein als Hochschulzugangsberechtigung ausreicht. Nachdem das Abitur durch das Massengymnasium an Wert verloren hat, müssen zusätzliche Auswahlkriterien geschaffen werden. In dieser Hinsicht sind, auch was die Oberstufenreform betrifft, noch Strukturreformen notwendig. Für uns gilt hier nämlich: mehr Qualität als Quantität.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Wissenschaftsminister von Trotha.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die sachliche und einvernehmliche Debatte. Es ist in der Tat so, dass am 24. Juni 1999 die Regierungschefs einen neuen Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen geschlossen haben. Durch den Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung soll dieser Staatsvertrag ratifiziert werden. Mit diesem Gesetzentwurf kommen die Länder ihrer Verpflichtung nach, ihr Hochschulzulassungsrecht zu einem übereinstimmenden Zeitpunkt, nämlich zum kommenden Wintersemester, entsprechend dem 4. Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes zu regeln.

Inhaltlich bringt der neue Staatsvertrag wirklich eine Weiterentwicklung des zentralen Verfahrens zur Vergabe von Studienplätzen, und zwar mittels einer Stärkung des Leistungsprinzips und der Hochschulautonomie. Dies ist heute hier sehr einvernehmlich begrüßt worden. Ich kann Ihnen nur sagen: Bei der Verhandlung über die Prozentsätze hat es härteste Auseinandersetzungen gegeben. Ich freue mich, dass das heute keine Rolle mehr gespielt hat.

Im Übrigen, weil auch das angeschnitten worden ist: Auch ich bin für die Abschaffung der ZVS, nämlich sobald wir uns bundesweit auf ein generelles Auswahlverfahren geeinigt haben. Würden wir aber jetzt die ZVS abschaffen, bedeutete das, dass auf jeden, aber auch wirklich auf jeden ZVS-Studienplatz in Baden-Württemberg im Schnitt mehr

als zehn Bewerber kämen. Dies zu administrieren ist nicht einfach, zumal wenn man das zuständige Haus abschaffen will.

(Lachen der Abg. Pfisterer CDU und Kiel FDP/DVP – Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Was sind die Kernpunkte der Neuregelungen?

Erstens: Bei der Verteilung der Bewerber auf die Hochschulorte werden künftig auch Leistungskriterien Anwendung finden.

(Abg. Deuschle REP: Sehr gut!)

Bisher war das Verteilungsverfahren so organisiert, dass bei der Entscheidung über den Studienort vor allem soziale, insbesondere familiäre und wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend waren. Das sind achtbare Gründe, aber sie sollten nicht die ausschließlichen Gründe sein. Die Vergabe eines Studienplatzes richtete sich also in aller Regel nach der Nähe des Wohnsitzes zum Studienort. Dies hatte zur Folge, dass zum Beispiel ein in Stuttgart wohnender Abiturient selbst bei bestem Abiturzeugnis kaum eine Chance hatte, etwa in Heidelberg einen Studienplatz zu bekommen. Dass diese Vergabep Praxis bei den leistungsstarken und den leistungsstärksten Schulabsolventen wenig Verständnis gefunden hat und auf Ablehnung gestoßen ist, versteht sich eigentlich von selbst. Diese Vergabep Praxis widerspricht auch unserem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss. Der neue Staatsvertrag beseitigt diesen Missstand dadurch, dass bei der Ortsverteilung bis zu 25 % der Plätze nach der Abiturnote vergeben werden können. Wir hätten uns gewünscht, dass diese Prozentzahl voll ausgeschöpft worden wäre, wir sind aber am Widerstand der ALänder gescheitert. Die genaue Prozentzahl ist jetzt in der gemeinsamen Vergabeordnung mit 17,5 festgelegt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass in Baden-Württemberg bei den nicht in das ZVS-Verfahren einbezogenen zulassungsbeschränkten Studiengängen 40 % der Plätze nach einem hochschuleigenen Auswahlverfahren vergeben werden. Dieses Verfahren, das sich übrigens inzwischen hervorragend bewährt hat, gibt den Hochschulen die Möglichkeit, solche Studierende auszuwählen, die im Hinblick auf die jeweiligen fachspezifischen Anforderungsprofile der Studiengänge besonders befähigt und begabt sind.

Nach dem neuen Staatsvertrag werden nun die Universitäten auch beim zentralen Vergabeverfahren an der Bewerberauswahl beteiligt. Im Vergleich zu dem Auswahlrecht in Baden-Württemberg sind ihre Möglichkeiten allerdings deutlich beschränkt. Die Hochschulquote beträgt nur 20 % der Studienplätze, und die Auswahlmöglichkeiten sind auch begrenzt, nämlich auf die Kriterien Abiturdurchschnittsnote, Auswahlgespräch und berufliche Qualifikation.

Wenn Sie, verehrte Frau Kollegin Rastätter, jetzt mit dem Verfahren nicht einverstanden sind, so wissen wir beide, dass dies im HRG vorgeschrieben und deswegen nicht zu ändern ist. Wenn Sie in der Einschätzung der Frage des Abiturs einen Dissens zwischen Frau Schavan und mir sehen wollen, dann ist das ein Irrtum. Die beiden Häuser arbeiten hervorragend zusammen. Wir sind uns auch einig in

(Minister von Trotha)

der Einschätzung der Bedeutung des Abiturs. Wir waren uns nicht einig in der Einschätzung des Abiturs für das Zulassungsauswahlverfahren. Ich habe damals gesagt: Das Abitur ist die notwendige, aber nicht immer hinreichende Voraussetzung. Zu diesem Satz stehe ich auch, und zu diesem Satz steht inzwischen auch Frau Schavan. Wir haben also keinerlei Dissens mehr in dieser Frage.

(Abg. Deuschle REP: Ah ja! Sie ist sehr lernfähig, die Frau Schavan!)

Summa summarum lässt sich also feststellen, dass auch mit dem heutigen Staatsvertrag noch Wünsche nach einem stärker leistungsorientierten und hochschulfreundlichen Auswahlverfahren offen bleiben und dass das zentrale Auswahlverfahren hinter den Möglichkeiten unseres Landesverfahrens zurückbleibt. Da das Abkommen die Unterschriften von 16 Ministerpräsidenten tragen muss, konnte jedoch derzeit nicht mehr erreicht und erwartet werden. Dennoch sind die Neuerungen ein wichtiger Schritt in die von uns für richtig gehaltene Richtung. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu dem Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 12/5005, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. Dies ist eine einstimmig beschlossene Empfehlung.

Ich rufe

§ 1 und § 2

des Gesetzentwurfs auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. April 2000 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen – Drucksache 12/4910

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5048

Berichterstatter: Abg. Jacobi

Der Berichterstatter, Herr Abg. Jacobi, wünscht das Wort nicht.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick handelt es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung lediglich um einen formalen Akt der Transformierung europäischen Rechts in Landesrecht. Auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Fernsehens haben wir ja bereits eine ganze Reihe von Rechtsanpassungen vorgenommen. Ich erinnere an den Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom Dezember letzten Jahres, der die Inhalte des vorliegenden Änderungsprotokolls bereits umgesetzt hat. Wir sind uns einig – auch nach der Diskussion im Ständigen Ausschuss –, dass wir diese Aussprache deshalb möglichst kurz halten wollen; denn mit dem Änderungsprotokoll und dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag haben wir den angestrebten einheitlichen grenzüberschreitenden Wettbewerbsbedingungen für das freie Fernsehen und das Bezahlfernsehen auf dem europäischen Fernsehmarkt entsprochen.

Die Vorschriften für Werbung und Teleshopping und die Einführung nationaler Schutzlisten für das freie Fernsehen lassen die Medienpolitik an Verlässlichkeit, an Konsumentenfreundlichkeit sowie an Rechtssicherheit für das freie Fernsehen und das Bezahlfernsehen gewinnen. Darüber sind wir uns einig. Gleichzeitig bleiben die nationalen Spielräume für eine eigene Ausgestaltung des Medienrechts erhalten.

Die CDU-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen. Ich bin mir mit Ihnen sicherlich einig, dass wir uns in den kommenden Monaten dem europäischen Medienrecht und seinen Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung wieder verstärkt zuwenden müssen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hauk
CDU: Hervorragende Rede! Ein Beitrag zur Effizienzsteigerung im Landtag!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegt auf der Hand, dass es sinnvoll ist, internationale Regelungen für ein Medium zu finden, das keine Grenzen kennt. Insofern begrüßen wir, dass der Prozess stattgefunden hat, gleichartige Regelungen in Europa für die Ausstrahlung von Großereignissen im frei empfangbaren Fernsehen und für eine Liberalisierung der Werbebestimmungen zu finden.

Interessant ist bei diesem ganzen Vorgang einzig, dass sich hier die Komplexität der Mediengesetzgebung im Bund und in den Ländern offenbart. Der Bund ratifiziert dieses Abkommen unter Einbeziehung des Bundesrates, und

(Birgit Kipfer)

gleichzeitig machen wir auf Landesebene ein Gesetz dazu. Dabei stellt sich die Frage, ob es zu gesetzlichen Ungenauigkeiten kommen kann. Nachdem die Landesregierung erklärt hat, dass dies nicht der Fall sei und Rechtssicherheit auf Bundes- wie auf Landesebene entstehe, vertrauen wir in diesem Fall der Landesregierung

(Minister Dr. Palmer: Das ist immer gut!)

und stimmen dem Gesetz zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Absprache im Ständigen Ausschuss gemäß, wo wir das Thema schon auf der Tagesordnung hatten und gemeinsam festgestellt haben, dass es sich entgegen den Befürchtungen der Kollegin der CDU-Fraktion im Wesentlichen doch, glaube ich, nur um einen formalen Rechtssetzungsakt handelt, sind wir mit der Vertreterin der SPD, die das gerade ausgeführt hat, der Auffassung, dass man in Zeiten der Globalisierung natürlich auch gemeinsame Regelungen und Vertragswerke, wenn auch noch so kompliziert, umfassend und auf verschiedenen Ebenen in Rechtsgebilde gegossen, braucht. Ich glaube, darüber sind wir in diesem Haus einig.

Deshalb wird auch die Grünenfraktion diesem Gesetz der Landesregierung zustimmen – man höre und staune: immerhin dem zweiten innerhalb weniger Minuten –

(Abg. Hauk CDU: Wir sind halt gut!)

und der Landesregierung das Vertrauen entgegenbringen, dass die rechtstechnische Umsetzung dann auch tatsächlich den Erfordernissen entspricht.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer A sagt, muss auch B sagen. Vielleicht haben wir da einen Fehler gemacht. Der Vorgängerlandtag hat 1992 dem Gesetz zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen zugestimmt. Deshalb müssen wir auch dieses Änderungsprotokoll absegnen.

Der FDP/DVP fällt das leicht, weil es hier auch um die Liberalisierung von Werbebestimmungen geht. Das ist sehr positiv, weil wir in Europa ansonsten leider eine andere Tendenz haben, wenn ich zum Beispiel an die beabsichtigten Werbeverbote für Tabakprodukte und Ähnliches denke. Bekanntlich halten wir von obrigkeitstaatlichen Einschränkungen nichts. Deshalb ist es für uns wichtig, diese Regulierungswut zu stoppen. Aber das ist schwierig.

Der zweite Grund für die Gesetzesänderung ist ein Abschiedsgeschenk an den Kollegen Jacobi von der Fraktion der Grünen. Er hatte ja immer Angst, irgendwann im normalen Fernsehen kein Fußballspiel mehr anschauen zu

können, weil das alles ins so genannte Pay-TV geht. Die Übertragung wird jetzt abgesichert, indem die nationalen Regierungen Listen von Großereignissen aufstellen können. Da werden sicherlich auch Fußballspiele drin sein.

Das Ganze ist im Grunde genommen, wie ich schon gesagt habe, eine Formsache nach dem Motto „Von der Wiege bis zur Bahre Formulare, Formulare“ oder „Vom Fußball bis zum Segeln, manche wollen alles regeln“. Also regeln wir es halt in Gottes Namen mit.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit der Ratifizierung dieses Übereinkommens vollziehen wir inhaltlich im Prinzip das nach, was wir in diesem hohen Haus bereits bei den Beratungen über den Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag besprochen haben. Meine Fraktion wird diesem Ratifizierungsgesetz ebenfalls zustimmen. Ich will auch nicht noch einmal auf die einzelnen Punkte, die wir bereits im Zusammenhang mit dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag erörtert hatten, eingehen.

Erlauben Sie mir nur einen Hinweis: Dies ist kein Zwischenergebnis, dies ist kein Schlusspunkt in einer uns sicherlich auch in den nächsten Jahren noch sehr intensiv beschäftigenden Diskussion. Denn wir müssen um uns herum wahrnehmen, dass das, was wir bisher unter dem Rundfunkbegriff gefasst haben, der technischen Entwicklung, wie sie jetzt stattfindet, nicht mehr entspricht. Wir befinden uns hier in einem Umwälzungsprozess. Die Technik schreitet voran, und der Gesetzgeber versucht, soweit es ihm möglich ist, Schritt zu halten.

Wir werden uns insbesondere im Blick auf Jugendschutz und auf die Auswirkungen der Medien gerade auf Jugendliche auch in der Zukunft Gedanken darüber machen müssen, wie wir im Blick auf die Europäisierung dieser Bestimmungen noch so viel Handlungsspielraum behalten, dass wir die Ziele, die wir selbst für wichtig halten, auch in Zukunft noch erreichen können.

Deswegen verbinden wir mit der Zustimmung zu diesem Ratifizierungsgesetz die Hoffnung, dass es uns trotz aller Liberalisierungen auf europäischer Ebene, Herr Kollege Kluck, auch in Zukunft gelingen wird, das Maß an Schutzbestimmungen zu realisieren, das vielleicht nicht immer im Sinne mancher europäischer Ökonomen, wohl aber im Sinne einer wahrscheinlich von allen hier im Haus getragenen Medienpädagogik ist.

Wir hoffen, dass bei allem Zustimmung zu europäischen Prozessen dieser Art – was bleibt uns im Großen und Ganzen anderes übrig? – die Möglichkeiten der Einwirkung auf zentrale Bereiche nicht verloren gehen, die wichtig sind, wenn die Medien die Rolle, die ihnen bisher zugewiesen wurde, auch in Zukunft spielen sollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Schön, dass hier im Haus in dieser Frage Konsens herrscht. Es wäre schön, liebe Frau Kipfer, lieber Herr Oelmayer, wenn Sie der Landesregierung in noch wichtigeren Materien gelegentlich das gleiche Vertrauen entgegenbringen würden.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das würde dem Land und allen Materien sicher gut tun. Aber auch in dieser Frage nehmen wir das Vertrauen natürlich gern entgegen.

Das Ihnen vorliegende Änderungsprotokoll vom 9. September 1998 zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen dient der inhaltlichen Anpassung des Fernsehübereinkommens an die Regelungen der EG-Fernsehrichtlinie. Es schafft eine weitgehend einheitliche gemeinsame Rechtsbasis der Vertragsparteien für die grenzüberschreitende Verbreitung von Fernsehsendungen.

Es ist damit ein Regelwerk – ich will das nur noch einmal in Erinnerung rufen –, das der Ratifikation durch die Mitgliedsstaaten des Europarats bedarf. Die Zustimmung der Bundesrepublik insgesamt wird deshalb durch ein Bundesgesetz unter Zustimmung des Bundesrats erfolgen.

Zugleich möchte ich aber auch betonen, dass das Protokoll überwiegend Bestimmungen enthält, die in die Medien- und Rundfunkkompetenz der Länder fallen. Aus genau diesem Grund ist ein gesondertes landesrechtliches Verfahren in den Ländern erforderlich. So hat der Landtag bereits – Kollege Kluck hat darauf hingewiesen – 1992 ein entsprechendes Zustimmungsgesetz zum zugrunde liegenden Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen verabschiedet.

In einigen anderen Ländern wird die jetzt erforderliche Zustimmung zusammen mit der Verabschiedung der jeweiligen Zustimmungsgesetze zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag verbunden. Wir waren aber schneller, und deshalb müssen wir getrennt sukzessive beraten. Zum Zeitpunkt der Beratung des Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrags, die wir hier im hohen Haus ja sehr zügig durchgeführt haben, lag uns die offizielle amtliche deutsche Übersetzung des Änderungsprotokolls noch nicht vor. Deshalb heute dieses gesonderte Verfahren.

Die wichtigsten Punkte noch einmal in Kürze: die gegenseitige Anerkennung von nationalen Regelungen über die Ausstrahlung von Großereignissen im frei empfangbaren Fernsehen und die Liberalisierung von Werbebestimmungen, insbesondere im Fall des Teleshoppings. Wir haben über diese beiden Fragen vor wenigen Monaten in der Tat eine breite inhaltliche Diskussion geführt, sodass sich eine weitere Diskussion hier erübrigt.

Den entscheidenden Unterschied will ich noch einmal in Erinnerung rufen: Während die mit dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag umgesetzte EG-Fernsehrichtlinie nur die EU-Mitgliedsstaaten betrifft, erstreckt

sich die Geltung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen auf ganz Europa, also auch auf die Nicht-EU-Staaten. Grenzüberschreitendes Fernsehen differenziert nicht nach EU-Mitgliedschaft oder -Nichtmitgliedschaft; insoweit muss auch der Rechtsrahmen innerhalb Europas einheitlich sein. Damit werden über die EU hinaus klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geschaffen.

Das Änderungsprotokoll ist ein wichtiger Baustein eines einheitlichen medienrechtlichen Ordnungsrahmens in Europa. Im Namen der Landesregierung bitte ich daher um die Zustimmung zu diesem Protokoll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Gute Rede!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen auf Drucksache 12/5048 einstimmig, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe

§ 1 und § 2

des Gesetzentwurfs auf. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. April 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Zukunft des ländlichen Raums – Drucksache 12/3894

Das Präsidium hat für die Besprechung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten und für das Schlusswort eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte gerne auch die Ministerin begrüßt, aber sie ist noch nicht da.

Bei dieser Großen Anfrage zur Zukunft des ländlichen Raums geht es ausnahmsweise einmal nicht nur um die Landwirtschaft, sondern um die Möglichkeiten, wie Chancengleichheit zwischen dem flachen Land und unseren Ballungsräumen geschaffen werden kann. Wir haben uns an die Landesregierung gewandt, um zu erfahren, was sich die Landesregierung hierzu vorgenommen hat. Wir müssen feststellen: Es fehlt leider noch vieles. Einige Beispiele möchte ich hier exemplarisch herausgreifen.

Zunächst wird der Verkehr zu Lande, auf der Straße und auf der Schiene angesprochen. Es wird in der Antwort der Landesregierung aber nicht gesagt, dass sich die Bahn – zumindest im Bereich Cargo – immer mehr aus dem ländlichen Raum zurückzieht. Das liegt vor allen Dingen daran, dass es im ländlichen Raum keine so großen Mengen zu transportieren gibt wie in Ballungsräumen.

(Abg. Scheuermann CDU: Sagen Sie uns mal, wie wir das beeinflussen sollen!)

– Lieber Herr Scheuermann, Herr Mappus hat gesagt, das könne man. Er hat aber nicht gesagt, wie.

(Abg. Zeiher CDU: Dann sagen Sie es doch! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Ich bin gerade dabei. Gehen Sie lieber weiterhin in den Wald, Herr Zeiher. Der Forst braucht Sie.

(Zuruf des Abg. Zeiher CDU)

– Ja, ich weiß es. Aber da hat der Forst Sie auch schon gebraucht.

Herr Scheuermann, es geht einfach darum, dass die Preise bisher bei etwa 3 000 DM für einen Gleisanschluss lagen und jetzt auf 17 000 DM erhöht werden. Der Rat der Regierung lautet: „Schaut, dass ihr einen Rabatt bekommt!“ Aber das ist bei diesen Mengen nicht möglich; wenn man es nicht koppelt, schafft man es nicht.

Die zweite Möglichkeit: Informationstechniken. Wir haben uns schon heute Morgen darüber unterhalten. Da hat die Landesregierung mit viel Pomp in einigen exemplarischen Bereichen Telehäuser teuer eingerichtet. Diese Telehäuser sind leider kaum drei Jahre alt geworden. Dann waren sie wieder weg, weil man erst einmal die passende Ausbildung haben muss, um sich fortbilden zu können.

In der Landwirtschaftsförderung hören wir – und da gibt es die ersten Ansätze, die ich nicht falsch finde – dauernd das Wort der Selbstvermarktung. Aber das sollten wir nicht zu oft gebrauchen, denn was das für die Familien bedeutet, wissen die Frau Ministerin und die anderen auch. Das bedeutet noch mehr Zeitaufwand mit relativ unsicheren Einnahmen. Frau Ministerin, ich hoffe, dass Sie bei MEKA II noch etwas nachbessern, damit unsere Landwirte flexibler reagieren können, und auf fünf Jahre die MEKA-Punkte – dazu werden wir auch einen Antrag einbringen – flexibler festlegen. Man darf dann innerhalb dieser fünf Jahre auch variieren, ohne die Punktzahl zu verändern.

Was uns sehr fehlt, ist die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe. Was die Ministerin aus der Chance von Boxberg gemacht hat, ist jämmerlich und kläglich. Ich habe jetzt schon das dritte Mal gehört, dass da irgendwann einmal ein Konzept erstellt werden soll. Das gibt es immer noch nicht, weil das Geld fehlt. Ich bin der Meinung, dass wir in Boxberg nicht irgendwelche Schweine von A nach B verlagern sollten, sondern dass wir dort unser Zentrum für nachwachsende Rohstoffe neu entstehen lassen sollten.

Dann haben wir gehofft, dass uns in einem Landesentwicklungsplan deutlich gesagt wird, welche Planungen vorliegen. Es gibt inzwischen Planungen für Regionalflughäfen, für FOCs, also diese Factory-Outlet-Centres, aber wir haben keinen Landesentwicklungsplan, in dem die Regionalpläne planmäßig festgelegt sind. Ich habe jetzt zum dritten Mal gehört: Der kommt demnächst. Am 9. April 1999 haben wir die Anfrage gestellt. Am 12. November hat es geheißen: Der kommt bald. Ich habe das Gefühl, er kommt erst nach der Wahl.

Der letzte Bereich, den ich ansprechen muss, ist eigentlich am kläglichsten, und da haben wir am meisten Nachholbedarf. Das ist der Bildungsbereich. Wir haben gehört, dass man im ländlichen Raum die Ganztagsangebote fördern und fordern soll. Das tun wir. Aber außer der Forderung ist nichts geblieben. Es müssen nicht alle Schulen Ganztagschulen werden, aber es muss ein flächendeckendes Angebot bestehen.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Ich muss am Schluss der ersten Runde noch eines erwähnen: Es kann ja wohl nicht sein – das hat diese Anfrage ergeben –, dass im ländlichen Raum die Übergangsquoten an weiterführende Schulen gravierend unter den Quoten der Ballungsräume liegen.

(Abg. Göbel CDU: Das stimmt aber nun wirklich nicht! – Abg. Mappus CDU: Das stimmt doch auch nicht!)

– Dann haben Sie uns falsche Zahlen gegeben, Herr Mappus.

(Abg. Mappus CDU: Sie können nicht lesen, das ist das Problem!)

In Ihrer Antwort steht drin: In Stuttgart gehen von jedem Jahrgang 32,1 % an die Hauptschulen, 23,9 % an die Realschulen und 40,6 % an die Gymnasien. Im Hohenlohekreis gehen 37,3 % an die Hauptschulen, 36,6 % an die Realschulen und ganze 24,2 % an die Gymnasien. Da muss man doch sagen: Die Leute im ländlichen Raum sind doch nicht dümmer, aber wenn sie geringere Chancen haben, die auch am Verkehr liegen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieses Land auf seine Bildungsreserven im ländlichen Raum freiwillig verzichtet. Dann müssen wir Ausländer einführen.

(Beifall bei der SPD)

Heute Morgen hat der Satz gefehlt: Erst die eigenen Ressourcen erschöpfen! Herr Hehn, seien Sie froh, dass Sie bei

(Teßmer)

den 24,2 % waren. Das ist doch gut so. Diese Zahlen kommen nicht von mir.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Schlussatz in dieser ersten Runde: Wir meinen, dass im Bildungsbereich die Übergangsquoten völlig unbefriedigend sind. Deswegen sehen wir im Bildungsbereich den höchsten Nachholbedarf. Das wird auch in der Antwort der Landesregierung so dargestellt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Teßmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hehn?

Abg. Teßmer SPD: Wenn sie nicht auf die Redezeit angerechnet wird, ja.

Abg. Hehn CDU: Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege Teßmer, dass es im Hohenlohekreis, den Sie angesprochen haben, einen bedeutenden Unternehmer namens Reinhold Würth gibt, der nur die Hauptschule besucht hat, aber trotzdem den Professortitel ehrenhalber verliehen bekommen hat und 30 000 Beschäftigte hat und trotz dieser relativ geringen Bildungschance im ländlichen Raum

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sag mal, in welcher Partei der ist!)

– FDP/DVP – sehr viel Eigeninitiative entwickelt hat?

Abg. Teßmer SPD: Ich hätte Ihnen gerne geantwortet, aber Sie haben keine Frage gestellt, außer der, ob ich das weiß. Natürlich weiß ich das. Aber das ist doch kein Gegenbeispiel. Fragen Sie mal die vielen anderen, die diese Chance nicht haben. Es werden doch nicht alle aus dem Hohenlohekreis Professor.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wäre ja furchtbar! Im ganzen Hohenlohekreis nur Professoren!)

Da brauchen Sie mir nichts vorzumachen.

Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen: Beim Übergang an allgemein bildende Schulen haben die ländlichen Räume den größten Nachholbedarf.

In der zweiten Runde wird Herr Ulrich Maurer noch auf die restlichen Punkte eingehen.

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiefl.

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Teßmer, der ländliche Raum hat aufgeholt – trotz einer schwierigen Ausgangssituation. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: zum einen, weil sich die Menschen natürlich mit ihrer Heimat identifizieren, weil sie sich engagieren, weil sie Verantwortung übernehmen, weil sie ihre Entwicklungspotenziale pflegen, und zum anderen vor allen Dingen auch deswegen, weil sie wissen, dass die CDU ein verlässlicher Anwalt des ländlichen Raumes ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das haben wir im Untersuchungsausschuss gemerkt!)

und weil die Menschen registrieren, dass die fantasievollen und sehr wirkungsvollen Programme, mit denen der ländliche Raum in seiner Entwicklung unterstützt wird, einfach einschlagen. Das wird positiv vermerkt.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Jetzt möchte ich auf die Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben. Sie haben die Bildung im ländlichen Raum und das Schulnetz ganz in den Vordergrund gestellt. Wir haben ein flächendeckendes Netz an allgemein bildenden und beruflichen Schulen. Die Hauptschule ist bei uns im ländlichen Raum nach wie vor wirklich die Hauptschule.

(Abg. Teßmer SPD: Was soll denn das heißen?)

Wir haben Übergangsquoten – halten Sie sich fest; da sind Sie wahrscheinlich nicht richtig informiert – von 20 bis 70 %. Die jungen Leute gehen dorthin, weil sie wissen, dass diese Hauptschule keine Restschule ist. Sie gehen auch deswegen hin, weil sie im ländlichen Raum wissen: Wenn ich einen höheren Abschluss will, mache ich ihn über das Berufskolleg oder über ein berufliches Gymnasium. Wenn ich ihn nicht will, habe ich einen Arbeitsplatz.

Ich habe vor 14 Tagen zwei Hauptschulen mit über 500 Schülern besucht und habe die Schüler in der Abgangsklasse gefragt, ob sie einen Anschluss haben, wenn sie fertig sind. Alle, ohne eine einzige Ausnahme, hatten einen Anschluss, etwa 80 % einen Ausbildungsplatz und 20 % einen Anschluss an das Berufskolleg oder eine weiterführende Schule.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt im Klartext: Wir schließen keine Hauptschule im ländlichen Raum, denn wir wissen, welche Bedeutung die Hauptschule hat.

(Abg. Teßmer SPD: Haben wir das gesagt?)

– Das hört man immer unterschwellig ein bisschen.

(Abg. Teßmer SPD: Sie hören, was Sie hören wollen!)

– Herr Teßmer, Sie haben es jetzt nicht gesagt, aber ich kenne die Diskussionen bei mir im Wahlkreis.

(Abg. Teßmer SPD: Von Ihren eigenen Leuten vielleicht!)

Zum Zweiten zur Landwirtschaft: Die Zeit reicht nicht aus, um die Programme auf den Prüfstand zu stellen. Viele, insbesondere der Bund, könnten sich eine Scheibe abschneiden von der Agrarpolitik, wie wir sie in Baden-Württemberg betreiben.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir schon oft gehört! – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Jetzt sage ich Ihnen eine Zahl: Wir hatten in den letzten 10 bis 15 Jahren einen Strukturwandel von durchschnittlich 2,5 bis 3 %, und 1999 werden wir – die Zahlen für 1999 liegen noch nicht vor – einen Strukturwandel – jetzt halten Sie sich wieder fest – von etwa 10 % haben, und das ein

(Kiefl)

Jahr, nachdem Rot-Grün in Bonn die Verantwortung für die Agrarpolitik übernommen hat.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU:
Die haben doch gar keine Beziehung dazu!)

– Wenn die Zahl, die ich genannt habe, weit neben der tatsächlichen liegen sollte, können Sie mich hier in diesem Raum darauf festnageln.

(Abg. Teßmer SPD: Bringen Sie mal die Nägel mit!)

– Gut. Dies nur zu Ihrer Aussage, dass in Baden-Württemberg mit der Agrarpolitik etwas danebengeht. Bisher ist hier kein Programm danebengegangen.

(Lachen des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Teßmer SPD: Ich weiß, wie Sie Ihr Formular unterschrieben haben!)

– Herr Teßmer, ich könnte Ihnen natürlich jetzt die Zahlen sagen, die wir pro Hektar hier ausschütten. Ich nehme an, das wird die Landesregierung tun.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: 800 DM! Niedersachsen 200 DM!)

Lassen Sie mich noch zum ELR-Programm sagen, dass es voll funktioniert zum Wohle unserer Dörfer.

Wegen des Ablaufs meiner Redezeit gehe ich jetzt nur noch auf das Thema der regenerativen Energien ein. Da gibt es Plus und Minus. Man muss fairerweise sagen: Die Stoffe, die im ländlichen Raum anfallen, müssen auch aufkommensnah in Energie umgesetzt werden. Da sind wir uns wahrscheinlich einig. Hackschnitzel- und Biogasanlagen gehören in den ländlichen Raum. Hier hat die Bundesregierung mit der Novelle zum Einspeisungsgesetz ein gutes Signal gesetzt.

Allerdings total danebengegangen ist für den ländlichen Raum das, was mit der Ökosteuer beschlossen ist. Als ich die Auswirkungen gelesen habe, hatte ich den Eindruck, dieses Ökosteuerprogramm stamme vom BDI-Chef Olaf Henkel höchstpersönlich. Ich beneide ihn nicht, wenn der das so will, aber die Branchen, die im ländlichen Raum ansässig sind – Nahrungsmittel, Landwirtschaft, Bau, Steine, Erden – und natürlich auch die Handwerker und die privaten Haushalte sind die Verlierer dieser Ökosteuer.

Ich denke, wir werden in der zweiten Runde noch weitere Einzelheiten besprechen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Die Arbeitnehmer nicht vergessen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schäfer.

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können heute die Zukunft des ländlichen Raums nicht mehr ohne die Frage nach der Zukunft unserer Ministerin für den ländlichen Raum diskutieren.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Aushängeschild!)

Sie hat keine politischen Pläne und keine Projekte für die Zukunft; sie macht alles vom Ministerpräsidenten abhängig, und der steckt ja in der Zwischenzeit durch die Verantwortung für ihre politische Karriere in der Klemme.

(Unruhe)

Zur SPD-Anfrage vom 9. April 1999: Der erste zentrale Punkt sind die ersten vier Fragen, nämlich die Fragen zum Landesentwicklungsplan.

(Abg. Teßmer SPD: Fehlanzeige!)

Es sind zwei lapidare Sätze, mit denen Sie darauf antworten – und das ist symptomatisch für die Struktur und die Perspektiven – :

Der Landesentwicklungsplan wird gegenwärtig überarbeitet. Er soll in Kürze von der Landesregierung zur Anhörung freigegeben werden.

Die Anfrage stammt vom 9. April 1999.

(Abg. Brechtken SPD: Im Vergleich zur Ewigkeit stimmt es!)

Ich frage mich, Frau Ministerin: Was heißt „in Kürze“? Wann wird er vorgelegt? Noch in Ihrer Amtszeit oder gleich danach oder vielleicht danach und doch in Kürze?

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Seit letzter Woche führen Sie einen Kampf ums politische Überleben.

(Unruhe – Abg. Mappus CDU: Das ist einfach primitiv! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Über Ihren Landesentwicklungsplan kursieren allenfalls Gerüchte. Mit Ihrer MEKA-Novellierung – –

(Unruhe – Abg. Scheuermann CDU: Sie ist für den Landesentwicklungsplan nicht zuständig!)

– Wir deklinieren ihre Erfolge mal durch. Herr Kiefl hat behauptet, die CDU sei ein verlässlicher Partner im ländlichen Raum.

(Unruhe)

Dazu gehört eine starke und verlässliche Ministerin, eine Ministerin, die nicht von der eigenen Fraktion, Herr Kiefl, laufend demontiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU – Abg. Kiefl CDU: So nicht! – Weitere Zurufe)

– Regen Sie sich doch nicht auf! Wir ziehen doch eine Bilanz der politischen Perspektive für den ländlichen Raum.

Die Ministerin hängt mit ihrer MEKA-Novellierung fest. In Brüssel ist sie da in einer ziemlich unglücklichen, unbequemen Stellung hängen geblieben. Für ihre Naturschutzkonzeption hat sie keine solide Finanzierung. Die rechtzeitige Meldung der FFH-Gebiete wurde erst verschlafen und jetzt übers Knie gebrochen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

(Dr. Schäfer)

Auf der einen Seite drohen Sanktionen von der EU, auf der anderen Seite Proteste der Kommunen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Demnächst, Frau Ministerin – das ist auch eine Frage Ihrer Freiheit, die Sie für politische Konzeptionen haben –, müssen Sie sich im Untersuchungsausschuss einigen unangenehmen Fragen über Ihre vorschnellen Vergleiche und über Ihren Umgang mit Steuergeldern stellen. In der Zwischenzeit titelt die Presse, Sie hätten noch eine ganz wichtige Aussicht und Ihr eigentlicher Lichtblick sei die Erreichung der Pensionsgrenze. Eine Ministerin, die so eingekeilt ist, ist unfähig, politische Konzeptionen für die Zukunft des ländlichen Raums zu entwickeln.

Jetzt kommen wir auf Ihr eigentliches Kernproblem. Ich zitiere eine Aussage, die Sie jetzt am Wochenende selbst gemacht haben. Ich denke, das ist ein Resümee; in gewisser Weise steckt dahinter eine Reflexion Ihrer Situation, und es zeigt, warum Sie hier keine Perspektiven für den ländlichen Raum bieten können.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Tiefenpsychologe Schäfer!)

Ich zitiere Sie selbst:

Ich freue mich auf ein Leben mit mehr Vogelfreiheit, mit meiner Familie und dem wunderschönen Kaiserstuhl.

Mehr Vogelfreiheit! Also hatten Sie jetzt schon offensichtlich einiges an Vogelfreiheit.

Und die zweite Frage, die sich hier natürlich stellt, ist: Wenn Sie abgedankt hätten, hätten Sie ja sagen können: „Ich habe jetzt mehr Vogelfreiheit“; aber Sie erklären jetzt als Ministerin plötzlich, nachdem Sie nicht nominiert worden sind, Sie hätten mehr Vogelfreiheit. Ich frage mich, was das für ein Verständnis ist und was Sie bisher für ein Verständnis von Ihrem Amt hatten.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Reinhart CDU: Sprechen Sie eigentlich über den ländlichen Raum? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göbel?

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Aber sicher! Gerne!

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Göbel.

Abg. Göbel CDU: Herr Kollege, ich hätte nur gerne gewusst, ob Sie zum Thema auch noch etwas sagen wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist doch das Thema!)

Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Göbel –

(Abg. Zeiher CDU: Ein Lehrer würde sagen: Sechs, setzen, Thema verfehlt!)

– Danke, Herr Zeiher, Sie sind der Oberlehrer und sehr kompetent.

Herr Göbel, wir reden über die Zukunft des ländlichen Raums, und Sie haben für die Zukunft des ländlichen Raums keine Perspektiven vorgelegt. Sie haben keine zukunftsfähigen Konzepte. Ihr eigentliches Ziel ist die systematische Demontage Ihrer Ministerin. In einer solchen Situation sind Sie gar nicht handlungsfähig. Das ist Ihr eigentliches Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Drexler SPD zur CDU: Das hat euch aber getroffen! – Abg. Göbel CDU: Das wird durch Wiederholen nicht besser!)

Langsam wird Ihre eigene Position vielleicht für Sie selbst skurril. Die Äußerungen der Ministerin sind schon skurril genug,

(Zurufe und große Unruhe)

aber schauen wir doch einmal an, wie die Situation von Ihrem Ministerpräsidenten interpretiert wurde und welches Vertrauen Ihr Ministerpräsident in die Zukunft dieser Ministerin setzt. Zu ihrer Abstimmungsniederlage sagt er – in allen Zeitungen zu lesen –, es sei ein sehr, sehr gutes Ergebnis gewesen.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Keine Niederlage!)

Ich kann nur eines sagen: Wir von der grünen Opposition hoffen, dass auch der Ministerpräsident Teufel in der Zukunft viele solche sehr, sehr guten Ergebnisse erhält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und dann hoffen wir, dass Sie als Ministerin, die offensichtlich eine gute Portion Skurrilität in die Regierung hineinträgt, es schaffen, dieses eine Jahr bis zur Landtagswahl noch durchzuhalten, weil dann eines sicher ist: Dann ist es nämlich tatsächlich möglich, politische Zukunftsentwürfe für den ländlichen Raum zu entwickeln und die Fragen zu klären,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

wie wir zum Beispiel mit regenerativen Energien umgehen und wie wir es schaffen, dass wir die neuen Kommunikationstechnologien wirklich arbeitsplatzfördernd in den ländlichen Raum bringen.

(Abg. Kiefl CDU: Haben wir schon!)

Dazu haben Sie in dem Papier nichts gesagt. Sie haben nichts dazu gesagt, wie Kooperationen von Handwerk und Landwirtschaft stattfinden sollen, Kooperationen, die für den ländlichen Raum wichtig sind.

(Lachen bei der CDU – Große Unruhe und Zurufe)

Sie haben nichts gesagt zu adäquaten Standortentscheidungen und einem Aufbruch zu einer nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft.

(Abg. Scheuermann CDU: Kein Wort zur Konzeption!)

Frau Ministerin, ich kann nur sagen:

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Die fünf Minuten sind doch um!)

(Dr. Schäfer)

Bleiben Sie dieses eine Jahr noch im Amt. Wir werden anschließend dann leicht unsere Konzepte umsetzen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Eine furchtbare Rede!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Jetzt zeig einmal Niveau im ländlichen Raum!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es zeigt sich heute erneut, dass Personaldiskussionen das Lieblingsthema der Grünen sind.

(Abg. Seimetz CDU: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Vielleicht war es nötig!)

Von Inhalt nichts gewesen, kann ich Ihnen hier nur sagen, Herr Kollege.

Man muss einmal eines klar sehen: Der ländliche Raum in Baden-Württemberg ist gut besetzt. Das sehen Sie, wenn Sie die EU-Fördergebiete anschauen, schon allein daran, dass wir aus der Förderkulisse der strukturschwachen Gebiete herausgefallen sind, wobei es in anderen Bundesländern im ländlichen Raum wesentlich schlechter aussieht. Wenn Sie dann noch, wenn Sie die Zahlen des Statistischen Landesamtes nehmen, sehen, wie der Bevölkerungszuwachs und der Arbeitsplatzzuwachs, auch in Bezug auf Ausbildungsplätze, im ländlichen Raum in Baden-Württemberg zugelegt hat, können Sie nicht davon reden, dass der ländliche Raum in Baden-Württemberg schlecht besetzt wäre, sondern das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Man muss den ländlichen Raum natürlich ganzheitlich sehen. Ohne eine intakte Landschaft gibt es keinen solchen Tourismus, wie wir ihn haben. Speziell durch die Landwirtschaft haben wir die schöne Kulturlandschaft, weil seit Hunderten von Jahren Landwirte die Landschaft so geprägt haben, wie sie jetzt ausgestaltet ist. Dass diese Landschaft attraktiv ist, zeigt sich darin, dass wir auch beim Tourismus dementsprechende Zunahmen zu verzeichnen haben.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt sind wir beim Schaufler!)

Selbstverständlich ist es nachvollziehbar, dass sich die EU-Strukturförderung auf die am meisten benachteiligten Gebiete beschränken muss. Dennoch brauchen wir Freiräume für die einzelnen Bundesländer, damit wir auch die Gebiete im Land Baden-Württemberg fördern können, die aus der EU-Förderung herausgefallen sind. Das heißt, wir brauchen die Möglichkeit einer eigenständigen Regionalpolitik.

Diese langjährige Forderung konnte bis heute vom Bund gegenüber der EU nicht durchgesetzt werden. Die Unterstützung aus eigenen Landesmitteln ist jedoch für die Gebiete von größter Bedeutung, die aus der Förderung herausgefallen, weil sie in unmittelbarer Nachbarschaft zu gut entwickelten Gebieten liegen. Dieses Ziel werden wir weiterverfolgen.

Eine gut funktionierende Wirtschaft setzt gerade im ländlichen Raum eine gute Infrastruktur voraus. Der Ausbau des Straßennetzes hilft insbesondere strukturschwachen Gebieten weit mehr als eine Ökosteuer, die nur Finanzlöcher stopft.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Mittelständische Betriebe, die – Herr Kretschmann, das sage ich Ihnen noch einmal – die wirtschaftliche Stütze des ländlichen Raums sind, werden durch die Steuerreform der Bundesregierung gegenüber Großunternehmen krass benachteiligt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Ihr habt doch die Finanzlöcher gemacht! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch einfach ein Märchen! Ein Märchenerzähler sind Sie!)

Es sind dies die Betriebe, die unseren ländlichen Raum so attraktiv machen.

Mit unseren Initiativen zum Beispiel zur Sperrzeitverkürzung, zur Trinkgeldbesteuerung, aber auch zum Ladenschluss verhelfen wir dem Tourismus, der im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung ist, zu weiterem Wachstum.

(Abg. Teßmer SPD: Ladenschlussgesetz! Ich glaube, bei Ihnen hakt es! – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Demgegenüber wirkt sich das von der Landes-SPD unterstützte 630-DM-Gesetz insbesondere auf die Gastronomie verheerend aus, Herr Kollege Teßmer.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Verheerend! – Große Unruhe)

Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu zähle ich auch die Landwirtschaft.

(Abg. Bebber SPD: Hol mal Luft, während einer Zwischenfrage stellt!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Drautz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teßmer?

Abg. Drautz FDP/DVP: Des Kollegen Teßmer immer gerne.

Abg. Teßmer SPD: Herr Kollege Drautz, können Sie mir erklären, wie die veränderten Ladenschlussgesetze dem ländlichen Raum, wo die Leute in den Dörfern gar nicht mehr einkaufen können, weil keine Geschäfte mehr da sind, helfen sollen? Können Sie uns das einmal erklären?

(Zurufe, u. a. des Abg. Pfister FDP/DVP: Wo leben Sie denn?)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Teßmer, dazu kann ich Ihnen eines sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, dem Redner etwas mehr Gehör zu schenken.

(Zurufe: Richtig!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Kollege Teßmer, Ihr Wahlkreis liegt doch im ländlichen Raum.

(Abg. Drexler SPD: Eben! Deswegen weiß er es!)

In Ihrem Wahlkreis gibt es keine Läden mehr? Die armen Einwohner in Ihrer Gegend! Das muss ich Ihnen einmal ganz offen sagen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Auch in den Dörfern in Ihrem Wahlkreis gibt es doch noch Geschäfte. Gehen Sie doch einmal hinaus! Ich fahre einmal mit Ihnen durch Ihren Wahlkreis, damit Sie sich auskennen lernen.

(Abg. Göbel CDU: Dann kommt er auch mal ein bisschen rum! – Abg. Teßmer SPD: Die sollen jetzt Tag und Nacht aufmachen? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Die sollen dann 24 Stunden arbeiten?)

– Frau Kipfer, ich sage Ihnen hier auch eines ganz klar zu Ihrem Zwischenruf: Niemand ist gezwungen, seinen Laden ständig geöffnet zu haben.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

– Entschuldigung! Sie wissen ja gar nicht, von was Sie reden. – Ich selbst habe einen Betrieb, und ich lege, weil ich Urproduktion verkaufe, meine Ladenschlusszeiten selbst fest, wie ich es will.

(Abg. Teßmer SPD: Gesoffen wird abends, aber eingekauft wird vormittags! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich bin der Meinung, dass wir hier attraktiver werden müssen und dass in touristischen Orten die Ladenbesitzer selbst entscheiden können sollen, wann sie ihre Läden öffnen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn das nicht in Ihren Kopf hineingeht, tun Sie mir Leid. Sie fahren ja immer gerne ins Ausland in Urlaub und kaufen dort dann abends noch ein.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Das sage ich Ihnen ganz klar. Unsere Betriebe dürfen nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden, wenn sich der ländliche Raum weiterentwickeln soll. Wer die Belange des ländlichen Raums so mit Füßen tritt wie Sie von der SPD, sollte hier im Plenum nicht auftreten und so tun, als ob er der Retter des ländlichen Raums sei. Die Landwirte glauben den Versprechungen Ihres Landwirtschaftsministers Funke schon lange nicht mehr.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Drautz FDP/DVP: Gleich, Herr Präsident.

Die Landwirte und die gesamte Bevölkerung des ländlichen Raums wissen aber, dass die Landesregierung und die

sie tragenden Parteien für die Belange der Bevölkerung im ländlichen Raum erfolgreich eintreten und damit Bedingungen schaffen, die den ländlichen Raum weiter lebenswert machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dagenbach.

Abg. Dagenbach REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt mit ihrer Antwort in Papierform etwas vor, was den unbefriedigenden Istzustand schönfärbt, aber die tatsächlichen Erfordernisse unberücksichtigt lässt. Das gilt insbesondere für den ersten Teil des Fragenkomplexes, zu dem die Landesregierung noch im letzten Jahrtausend lapidar erklärt hat:

Der Landesentwicklungsplan wird gegenwärtig überarbeitet. Er soll in Kürze von der Landesregierung zur Anhörung freigegeben werden.

Gültig ist also ein Plan, der bereits 17 Jahre alt und damit veraltet ist.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, meinen Sie, dass Sie einen neuen Landesentwicklungsplan noch in diesem Jahrtausend schaffen? Wichtige Weichenstellungen zur Landesentwicklung werden von Ihnen einfach ignoriert, und Sie vertrösten auf den Sank-Nimmerleins-Tag. Draußen warten ganze Regionen darauf, dass sie endlich von Ihnen erfahren, wie sie mit Factory-Outlet-Centres oder mit der Informations- und Telekommunikationstechnologie umzugehen haben. Immer noch gilt aber, dass der ländliche Raum außerhalb seiner Verdichtungsgebiete eine überdurchschnittlich günstige Bevölkerungs-, Wohnungs- und Arbeitsplatzentwicklung aufweist

(Beifall bei den Republikanern)

und als Wohn- und Wirtschaftsstandort an Attraktivität stark gewonnen hat. Nicht zuletzt deshalb ist es unverstänlich, dass noch immer kein Landesentwicklungsplan vorgelegt wurde.

Sie gehen jedoch auf andere Fragen ein und tun dabei so, als sei alles in bester Ordnung.

(Unruhe – Zuruf von den Republikanern: Ruhe!)

Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass einige wenige Punkte von Ihnen angeleuchtet werden in der Hoffnung, dass die dunklen Stellen darum herum nicht mehr wahrgenommen werden.

So reden Sie von der Grundversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum mit öffentlichen Verkehrsangeboten, verschweigen aber geflissentlich, dass Sie diese ausgerechnet auf dem Rücken der Schwächsten, nämlich unserer Kinder, durch die drastische Kürzung der Mittel für die Schülerbeförderung austragen, und draußen überlegen die Landkreise jährlich neu, wie man den Eltern noch mehr Geld für diese Folgen Ihrer Schulpolitik abzwacken kann. Auf diese Problematik der Benachteiligung von Kindern im ländlichen Raum gehen Sie übrigens in Ihrer Antwort

(Dagenbach)

mit keinem Wort ein, sondern Sie behaupten wissentlich falsch, dass es heute bei der Schulversorgung kein Stadt-Land-Gefälle mehr gebe.

Ganz abgesehen davon, dass noch immer wichtige ländliche Räume wie die Region Heilbronn-Franken von der direkten Anbindung an den Fernverkehr der Bahn ausgeschlossen bleiben und Sie zur Verbesserung dieser Situation außer wachsweißen Absichtserklärungen nichts beitragen, werden immer noch Pläne zur Stilllegung von Bahnlinien im ländlichen Raum gewälzt. Daran ändert auch die Aufzählung von einigen wenigen Reaktivierungen nichts. Wenn es hier und dort einen Disco-Bus oder gar ein Anrufsammeltaxi gibt, so können Sie uns das doch nicht im Ernst als den großen verkehrspolitischen Wurf verkaufen wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch Ihre Ausführungen zur Planung, zum Bau und zum Betrieb von Regionalflughäfen reizen mich nicht einmal zum Lachen, denn Ihre Aussagen beispielsweise zum Verkehrslandeplatz Mosbach-Lohrbach stehen den mir auf entsprechende Anfragen gemachten Aussagen diametral gegenüber. Sie haben es bisher abgelehnt, für Mosbach-Lohrbach auch nur einen Finger krumm zu machen, obwohl das Angebot Ihres von mir sehr geschätzten CDU-Oberbürgermeisters von Mosbach auf dem Tisch lag, Lohrbach für die Region Heilbronn ausbauen zu lassen. Wenn Sie jetzt unsere Forderungen übernehmen, so ist dies unglaublich, weil kein echter Wille dahintersteht, sondern nur Schönfärberei.

Geradezu beängstigend ist jedoch die Entwicklung der Landwirtschaft, die noch immer Rückgrat des ländlichen Raums ist und dies auch zwangsläufig bleiben wird. Die Zahl existenzfähiger landwirtschaftlicher Betriebe geht in Ihrem Musterlände, Frau Ministerin Staiblin, nach wie vor rasant zurück. Sie schreiben negative „Erfolgszahlen“ und kündigen noch schlimmere Zahlen an, als ob es sich um die Gewinnaussichten von Großunternehmen handelte.

(Beifall bei den Republikanern)

Fakt ist, dass diese Landwirtschaftspolitik ein Irrweg ist, der ganz im Sinne christdemokratischer und wirtschaftsliberaler Denkweise Große noch größer macht und die Kleinen massenweise in den Ruin treibt bzw. zum Aufgeben und zu einem Leben in der Nähe des Sozialhilfeniveaus bringt, das sie durch ein äußerst ungerechtes, aber von Ihnen wider besseres Wissen als besonders lobenswert dargestelltes System auch noch selbst bezahlen müssen.

Sie wissen ja, dass der Landwirt, im Gegensatz zu jedem anderen Bürger dieses Landes, nicht frei in der Wahl seiner Kasse ist, sondern als Zwangsmitglied Zwangsbeiträge zu zahlen hat nach dem Schema „Für den doppelten Beitrag die halbe Leistung“, wie beim Altersgeld für die Landfrauen. Demzufolge steigt auch die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe kontinuierlich an; denn wer einmal in einen Hof investiert hat – das ist pro Arbeitskraft immerhin das Doppelte wie in einem Handwerksbetrieb –, der kann nicht einfach aussteigen. Aber er kann auch nicht mehr davon leben, sodass er sich eine andere Arbeit suchen muss.

Die Landesregierung hat auch in dieser Legislaturperiode nicht einmal den Ansatz einer Verbesserung geschaffen und wahrscheinlich auch nicht gewollt, und dies, obwohl Sie, Frau Ministerin, ständig das Wort von der Versorgung der Bürger mit gesunden und frischen Lebensmitteln predigen und das HQZ zu Ihrem Hobby gemacht haben. Sie haben uns zuerst von den Vorteilen der Agenda 2000 erzählt, und „Don Kohleone“ wäre heute auch noch gerne Präsident von Euroland geworden, gleich wie viele Bauern es die Existenz gekostet hätte. Jetzt müssen Sie den Bauern erst einmal klarmachen, wie sie mit den neuen Bestimmungen in der SchALVO noch gesunde Kartoffeln produzieren können

(Abg. Wieser CDU: Oi, oi, oi!)

und dies auch noch mit Brüssel in Einklang bringen können. Aber Sie, Frau Ministerin, fliegen ja am Freitag nach China, um sich dort um die für unser Land ach so wichtige Erschließung der Ozeanstrände zu kümmern.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch wenn „Don Kohleone“ schon wieder Bimbes sammelt, sehen die Fakten eben anders aus. Sie sind das Ergebnis einer völlig falschen Landwirtschaftspolitik und damit einer falschen Politik dieser Landesregierung für den ländlichen Raum.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt aufmerksam zugehört, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie können nicht an der Tatsache vorbei, dass die Antwort Ihrer eigenen Regierung eine massive Ungleichheit der Bildungschancen im ländlichen Raum offenbart.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Was?)

Ich füge dem noch eines hinzu: Sie haben mit Ihren unsäglichen Kürzungsbeschlüssen bei der Schülerbeförderung

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ach, du meine Güte!)

zusätzlich dafür gesorgt, dass es sogar noch zu einer Vertiefung dieser Ungleichheit der Bildungschancen gekommen ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Wanderpokal!)

Das muss hier klar ausgesprochen werden.

Der ländliche Raum hätte große Chancen, insbesondere im Zeichen der neuen Medien. Aber dazu braucht man Schwerpunktsetzungen, und dazu braucht man ein differenziertes Bildungsangebot, wie es etwa Rheinland-Pfalz mit dem Konzept der regionalen Schule macht. Dazu sind Sie offensichtlich unfähig. Die Schwerpunktsetzung nehmen Sie nicht vor. Anders kann ich mir die Schlafmützigkeit nicht erklären, die Sie beim Landesentwicklungsplan an den Tag legen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wo waren Sie denn das letzte Mal?)

(Maurer)

Das alles mag Ihnen zwar wehtun und Sie zum Blöken bringen. Ich sage Ihnen nur: Wir können nicht daran vorbeigehen, dass der ländliche Raum gerade deswegen eine sehr aktive Interessenvertretung und eine sehr aktive Lobby auch in dieser Regierung bräuchte. Die hat er nicht mehr. Fakt ist: Sie haben Ihre eigene Ministerin aus Ihrer Partei heraus restlos desavouiert. Das ist der Fakt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist natürlich schlimm, wenn eine Ministerin – Herr Kollege Schäfer hat das erklärt – nachher erzählt, sie freue sich auf das Leben am Kaiserstuhl und auf die Vogelfreiheit. Das ist nicht die aktive Interessenvertretung für den ländlichen Raum, die dieser eigentlich bräuchte.

Ich will nur die Fakten benennen: Es ist ein beispielloser Vorgang, dass der persönliche Referent des Chefs der Staatskanzlei gegen eine eigene Ministerin kandidiert, sie politisch erledigt,

(Abg. Wieser CDU: Was haben Sie für ein Demokratieverständnis? – Lachen bei der SPD – Lebhaftes Unruhe bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und diese anschließend sagt: „Ich bleibe aber trotzdem im Amt.“ Dies ist ein beispielloser Vorgang.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

– Ja, das regt Sie auf.

Nun sage ich Ihnen, worum es im Kern dabei eigentlich geht. Es geht gar nicht primär um die Frau Staiblin. Sie hat einmal gute Absichten gehabt und hat sogar versucht, Ihren Filz anzukratzen. Das war der Anfang ihres Verhängnisses, als sie das versucht hat. Es geht um etwas anderes.

(Unruhe bei der CDU)

Ein Ministerpräsident – er ist ja nicht da – muss in einer solchen Situation entweder so stark sein, dass er seine eigene Ministerin schützt und verteidigt, oder er muss so stark sein, dass er sie entlässt, wenn er nichts von ihr hält.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Aber ein Ministerpräsident, der zu schwach ist, um seine eigene Ministerin zu verteidigen, und offensichtlich auch zu schwach, um sie in dieser Situation zu entlassen, der hat sein Amtsverständnis nun wirklich verfehlt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es ist das eigentliche Problem, wenn man die Dinge einfach laufen lässt und dem Land anschließend eine Ministerin zumutet, die natürlich niemand mehr ernst nehmen wird, von der jeder sagen muss, dass sie keinen Rückhalt beim Ministerpräsidenten und in der Fraktion hat. Sie soll jetzt ein Jahr lang die Interessen des ländlichen Raums vertreten.

Ich weiß nicht, warum Sie sich das selber antun. Vielleicht höre ich das ja jetzt von Ihnen.

(Abg. Dr. Steim CDU: Wie war das denn bei Ihnen?)

Ich sage Ihnen, Sie handeln in dieser Frage schädlich, nicht verantwortlich, wenn es um die Interessen des ländlichen Raums geht.

(Abg. Keitel CDU: Sie sind ja auch immer noch da!)

Sie hätten entweder zu Ihrer Ministerin stehen oder sie auflösen sollen. Das Spiel, das Sie jetzt treiben, ist unerträglich, gerade für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Göbel CDU: Wie halten Sie es bei der SPD? – Abg. Wieser CDU: Eine faschistoide Rede!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Maurer, Ihre Krokodilstränen machen die Debatte nicht reicher.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: Das waren keine Krokodilstränen!)

Eine Debatte, die Kollege Teßmer in der Sache schwach begonnen hat, wird von Ihnen ziemlich scheinheilig fortgesetzt. Die SPD als Lobby für den ländlichen Raum,

(Lachen bei der CDU)

die SPD als Pate für eine Ministerin – das stinkt zum Himmel; denn dieselben Sozialdemokraten haben seit Jahr und Tag für den ländlichen Raum

(Abg. Keitel CDU: Null! – Abg. Wieser CDU: Minus!)

und die Landwirtschaft weder in der Bundesregierung noch im Landtag von Baden-Württemberg irgendetwas getan.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Wir haben das doch nicht verantwortet, Herr Oettinger!)

Sie haben die Bildungschancen im ländlichen Raum angesprochen. Ich bin bereit, mit Ihnen in einen Wettbewerb darüber zu treten, was man noch ergänzend tun kann. Da gibt es weiterhin einiges zu tun. Aber die Abstimmung mit den Füßen, die Abstimmung über den Wohnsitz, die Zuwanderung von jungen Familien findet bei uns ja in den ländlichen Raum und nicht in den Ballungsraum statt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, in Baden-Württemberg ist die Lebensqualität, ist der Arbeitsmarkt, ist der Bildungsmarkt im ländlichen Raum intakter als in jedem anderen Bundesland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ingrid Blank CDU: Natürlich!)

(Oettinger)

Wenn ich Hohenlohe-Franken, den Schwarzwald oder Oberschwaben – um nur drei typische ländliche Räume zu nennen – nehme,

(Abg. Herrmann CDU: Die wählen alle CDU!)

stelle ich fest: Dort haben wir einen Einwohnerzuwachs, dort haben wir die dezentrale Schule, dort haben wir Berufsakademien und Fachhochschulen. Dort tut Baden-Württemberg alles, dass der Arbeitsmarkt für die junge Generation gut ist.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir doch alles nicht kritisiert!)

Man kann über weitere Ideen nachdenken, nur zu! Aber wenn Sie den ländlichen Raum und die Bildung dort schlecht machen, dann haben Sie entweder Baden-Württemberg nie kennen gelernt, oder Sie versuchen hier eine Debatte zu führen mit Argumenten, die dünn und lächerlich sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birgit Kipfer SPD: Wo ist das Konzept?)

Ein konkretes Wort zur Landwirtschaftspolitik der letzten vier Jahre. Verantwortung: Frau Ministerin Staiblin. Die Haushaltsmittel stabil gehalten, EU-Mittel abgerufen. Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren für seine Landwirtschaft mehr als jedes andere Land getan.

(Abg. Drexler SPD: SchALVO!)

Dies ist auch etwas, was zugunsten der Ministerin spricht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Warum habt ihr sie dann abgewählt? Ihr, nicht wir!)

Sie reden so gern von Basisdemokratie. Ich halte es für kein schlechtes Zeichen, dass man eine Wahl vor Ort nicht von Stuttgart aus zu lenken versucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Kollege Maurer, Sie haben ja kaum Ihre Wahlen in Stuttgart im Griff, siehe Fraktionsvorsitzendenwahl. Wir fordern unsere Basis auf und gestatten es ihr, frei zu entscheiden, wer Abgeordneter werden soll und wer nicht. Umgekehrt war die Offenburger Entscheidung keine Abstimmung über die Arbeit der Landesregierung für den ländlichen Raum und die Arbeit der Ministerin.

(Abg. Teßmer SPD: Was denn sonst?)

Nein, wir trennen sauber. Deswegen: Die Landwirtschaftspolitik in Baden-Württemberg wird im Landtag nicht vom Wahlkreis Offenburg beeinflusst. Und umgekehrt: Ihre Forderung, der Ministerpräsident solle auf einen Wahlkreis einwirken, spricht nicht gerade für Sie. Damit haben Sie, glaube ich, heute Nachmittag hier ein denkbar schlechtes Demokratieverständnis eingebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die Niederlage von Frau Staiblin war ein Sieg für die Landwirtschaftspolitik! – Gegenrufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren – Herr Drexler, das gilt auch für Sie –, ich darf Sie bitten, einen ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung zuzulassen.

(Zurufe der Abg. Seimetz und Wieser CDU)

– Ja, ich habe Sie gemeint.

Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Ministerin Staiblin.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Maurer SPD: Jetzt ganz ruhig!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor fast genau einem Jahr haben wir uns in diesem Raum aufgrund einer Großen Anfrage der CDU über das gleiche Thema unterhalten. Es ist schon sehr seltsam, was Sie letztlich alles unter der Zukunftsperspektive für den ländlichen Raum sehen, was Sie da alles hineinpacken.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Rech CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Zwei einsame Klatscher in der Wüste!)

Ich möchte festhalten, dass sich in diesem einen Jahr bundespolitisch nichts verändert hat. Im Gegenteil: Der Bund baut weiterhin ab, belastet die Landwirtschaft zusätzlich. Das Land Baden-Württemberg dagegen hat zugelegt und baut auf.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fritz Kuhn hat als Fraktionsvorsitzender vor einiger Zeit im Fernsehen erklärt und seine Hubschrauberflüge nach Berlin damit begründet, dass er sich dort

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Hubschrauberflüge nach Berlin! – Abg. Drexler SPD: Ist er mit dem Hubschrauber geflogen? – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

für die Landwirtschaft einsetze. Ich warte bis heute auf den Erfolg dieses Einsatzes.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Dr. Schäfer, ich befürchte, dass Sie die Konzepte, die Sie vorhin vorgeschlagen und vorgetragen haben, so nicht vorstellen können. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass Sie mit der Grimasse, die Sie mir gegenüber immer schneiden, bei den Wählern nur eine Sympathie für sich gewinnen können, wenn Sie den Wählern gegenüber das gleiche Gesicht machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Er ist aber aufgestellt, Sie nicht! So einfach ist das!)

Meine Damen und Herren, ich kann mich noch gut an das Jahr 1995 erinnern, als Ihr neuer Fraktionsvorsitzender Salomon in Freiburg Umweltminister werden wollte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf: Umweltminister!)

(Ministerin Gerdi Staiblin)

– Entschuldigung, Umweltbürgermeister. Er konnte dort gerade einmal 11,08 % für sich gewinnen

(Abg. Drautz FDP/DVP: Stimmt das?)

und wurde von der eigenen Partei abgemeiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich nun, Herr Salomon, berücksichtige, was aus Ihnen noch geworden ist, ist mir um meine politische Zukunft überhaupt nicht angst und bange.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt keine Berufsgruppe, meine sehr geehrten Damen und Herren, der durch die rot-grüne Bundesregierung derartige Einschnitte zugemutet werden wie unseren Bäuerinnen und Bauern.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Die Belastungen durch die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung, der Wegfall von Freibeträgen, die Kürzung der Vorsteuerpauschale, die Kürzungen im Bereich der Sozialversicherungen, die Einführung der Ökosteuer, Herr Maurer, belasten den ländlichen Raum doch um ein Vielfaches mehr als die Kürzung bei der Schülerbeförderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich, meine Damen und Herren, habe den Haushalt meines Ressorts verteidigt. Beim MEKA-Programm wurde um 30 Millionen DM zugelegt. Herr Teßmer, Sie haben bis heute noch nicht gemerkt, dass die MEKA-Verträge auf Fünfjahresverträge vonseiten der EU festgelegt sind. Und dadurch ist die Flexibilität nicht gegeben.

Wir haben die Gemeinschaftsaufgabemittel für Baden-Württemberg um 20 Millionen DM verbessert. Wir haben im Bereich der Investitionsförderung überhaupt keine Wartezeit. Jeder Antrag wurde bisher genehmigt. Wir haben die Mittel für das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum um 50 % erhöht und mit der Glücksspirale eine neue Geldquelle für den Naturschutz erschlossen.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg unterstützt die Bäuerinnen und Bauern im Lande. Ein Beispiel: Im Agrarhaushalt des Landes Baden-Württemberg werden pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 841 DM zur Verfügung gestellt. In dem Land, das den derzeitigen Bundeskanzler und den Bundeslandwirtschaftsminister stellt, werden gerade einmal 256 DM pro Hektar zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Abg. Haasis CDU: Mein lieber Scholli! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Baden-Württemberg stellt die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung, damit alle Komplementärmittel aus Brüssel abgerufen werden können.

(Abg. Göbel CDU: So ist es! – Unruhe)

Über den Maßnahmen- und Entwicklungsplan für eine nachhaltige und flächendeckende Entwicklung des ländlichen Raums habe ich für unser Bundesland im Vergleich zu anderen Bundesländern einen überproportional hohen, guten Schlüssel erreicht: 14,4 % von 1,4 Milliarden DM, das sind 200 Millionen DM pro Jahr für die nächsten sechs Jahre – mit leicht steigender Tendenz. Wieder zum Vergleich: Das Land Niedersachsen mit einer doppelt so großen landwirtschaftlichen Nutzfläche erhält nur 10 % und damit 140 Millionen DM. Das Land Nordrhein-Westfalen mit einer ähnlich großen landwirtschaftlichen Nutzfläche wie Baden-Württemberg erhält nur 5 %, nämlich 70 Millionen DM.

Der Maßnahmen- und Entwicklungsplan ging im Juli 1999 in Bonn bzw. Berlin ein, wurde jedoch von der Bundesregierung erst drei Monate später nach Brüssel weitergeleitet.

(Abg. Göbel CDU: Schau her, so schnell sind die in Berlin! – Zuruf von der CDU: Die Roten sind Bremser!)

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, wer letztendlich für die Verzögerung verantwortlich ist: wir oder die Bundesregierung?

(Beifall bei der CDU)

Die Einkommen in der Landwirtschaft werden in Zukunft auf drei Standbeinen basieren, wobei das erste Standbein nach wie vor das Einkommen aus der Produktion, das Einkommen vom Markt sein wird. Dabei erbringt das Land Baden-Württemberg mit seiner Marketinggesellschaft und mit 10 Millionen DM pro Jahr wichtige Leistungen für den Bereich Marketing. Wir haben durch Bündelung der Vermarktungsstrukturen bessere Strukturen geschaffen, wettbewerbsfähigere Strukturen. Wir haben ein Ausbildungsmodell im Rahmen eines neuen Fachschulkonzepts neu auf den Weg gebracht. Es ging von unserem Land Baden-Württemberg aus und wird zwischenzeitlich von anderen Bundesländern nachgeahmt.

Das Zweite sind die Ausgleichszahlungen, wobei die Transferleistungen einer der Bereiche sind. Mit Mitteln der Europäischen Union machen sie fast die Hälfte des Einkommens in der Landwirtschaft aus.

Für die von der Landwirtschaft erbrachten Umweltleistungen in der Landschaftspflege und der Weiterentwicklung der Kulturlandschaft haben wir nach dem Prinzip „Leistung für Gegenleistung“ wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Wir haben das MEKA-Programm fortentwickelt und haben im Bereich Vertragsnaturschutz in die Zukunft weisende, wichtige Weichen für den Naturschutz gestellt.

Ich möchte hier auch erwähnen, dass ich mit dem Konzept des Naturparks Südschwarzwald neue Wege gegangen bin, nämlich den Weg einer Politik gemeinsam mit der Landwirtschaft, mit dem Naturschutz, mit den Kommunen und mit dem Fremdenverkehrs- und Tourismusverband, den Weg von unten nach oben und nicht von oben nach unten.

(Abg. Teßmer SPD: Sagen Sie lieber nichts über den Fremdenverkehrs- und Tourismusverband!)

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Unser Land, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Soll schöner werden!)

mit seinen qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, mit seinen fleißigen Bäuerinnen und Bauern hat Chancen, in einem globalisierten Markt zu bestehen, wenn man sich gleichzeitig darauf besinnt, dass man einen kaufkräftigen Markt mit mehr als 10 Millionen Verbrauchern vor der Haustüre hat. Deshalb gibt es zur regionalen Vermarktung und zu unserem baden-württembergischen Weg keine Alternative. Dazu gehört eine konsequente Lebensmittelüberwachung, dazu gehört der Verbraucherschutz und die Verbraucheraufklärung. Ich nenne hier auch als neues, zukunftsweisendes Konzept die vier Standorte unserer Ernährungszentren.

Durch die rot-grüne Bundesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, und die damit verbundenen Einkommenseinbußen wird der Strukturwandel verstärkt werden. Mit unseren Programmen und der integrierten Strukturpolitik für den ländlichen Raum werden wir alles tun, um diesen Strukturwandel sozial abzufedern. Wir brauchen ein Bündnis mit Handel, Handwerk und Gewerbe.

Meine Damen und Herren, die integrierte Agrar- und Strukturpolitik des Landes Baden-Württemberg zeigt Erfolge. Laut Statistischem Landesamt ist in Baden-Württemberg die Entwicklung im ländlichen Raum in weiten Teilen durch eine überdurchschnittliche Dynamik gekennzeichnet und weitaus positiver als in den Verdichtungsräumen unseres Landes. Seit dem Jahr 1990 hat sich die Einwohnerzahl im ländlichen Raum um 7 % erhöht; im Land insgesamt lag das Bevölkerungswachstum bei 5 %. Die Zahl der Erwerbstätigen im ländlichen Raum ist im gleichen Zeitraum um 3 % gestiegen, während landesweit eine Abnahme von 1 % zu verzeichnen war. In Baden-Württemberg wurden innerhalb von 20 Jahren über eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen; davon entfielen gut 40 % auf den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmer war im ländlichen Raum in den zurückliegenden Jahren ebenfalls größer. Mit 61 gegenüber landesweit 55 Auszubildenden je 1 000 Beschäftigten lag hier der ländliche Raum vorn. Die Gesamtkonjunktur war hier zwischen 1980 und 1996 wesentlich dynamischer als in den Städten. Wir haben ein Wachstum im ländlichen Raum von 120 %, in den Städten von 106 %.

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, dass die Lebensform im ländlichen Raum die Lebensform der Zukunft sein wird und wir insbesondere durch die künftigen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten die Arbeit in den ländlichen Raum verstärkt hineingeben können. Vor allem dadurch werden wir künftig auch Frauenarbeitsplätze in den ländlichen Regionen verstärkt anbieten können, und dadurch werden Familie und Beruf vereinbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie, Herr Dagenbach, haben den Landesentwicklungsplan hier angesprochen. Ich glaube, Sie merken erst im nächsten Jahrhundert, dass der Landesentwicklungsplan zur Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums gehört.

(Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

Im Bereich der Verkehrspolitik haben wir, die Landesregierung, im Doppelhaushalt 2000/2001 je 70 Millionen DM umgeschichtet, um für dieses Problem, das die Bundesregierung überhaupt nicht in den Griff bekommt, zumindest in unserem Land die richtigen und wichtigen Zeichen zu setzen.

(Abg. Teßmer SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Meine Damen und Herren, ich gehe aber auch mit neuen Ansätzen für den ländlichen Raum aufgrund der Entwicklungen der Vergangenheit in die Zukunft. So habe ich zum Beispiel eine Bauernhofbörse auf den Weg gebracht mit dem Ziel, den Ressourcenverbrauch einzudämmen, mit dem Ziel, vorhandene Bausubstanz zu nutzen, und mit dem Ziel, vorhandene Hofstellen ohne Hofnachfolger mit Interessenten in Kontakt zu bringen. In meinem Ressort habe ich eine moderne und effiziente Verwaltungsreform auf den Weg gebracht.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir im Untersuchungsausschuss gemerkt! Das ist ein schönes Ressort! Da ist keiner zuständig, und keiner weiß etwas!)

Ich nenne die Landwirtschaftsverwaltung. In der Landwirtschaftsverwaltung ist die Einräumigkeit hergestellt. Wir haben die Schulstandorte konzentriert und neue Schwerpunkte im Bereich der Beratung gesetzt.

Zweitens: In der Landesforstverwaltung haben wir die Forstämter und -reviere neu zugeschnitten und die Aufgaben der Forstdirektionen auf zwei Standorte gebündelt.

Drittens: In der Flurneuordnungsverwaltung – Herr Teßmer, hierüber sollten Sie sich einmal informieren – haben wir die Verfahrensabläufe beschleunigt und die Ämter wie auch in allen anderen Bereichen mit modernster Kommunikations- und Informationstechnik ausgestattet.

Viertens: In der Lebensmittelüberwachung haben wir mit vier integrierten Untersuchungsämtern eine schlagkräftige und zukunftsorientierte Struktur zum Schutz der Verbraucher geschaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stehe für Wahrheit und Klarheit. Ich orientiere mich nicht an Wunschvorstellungen. Mir geht es um eine Politik für die Menschen im ländlichen Raum, mir geht es um eine Politik für die Bäuerinnen und Bauern mit den Bäuerinnen und Bauern im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schonath REP: Wissen die das auch?)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache zur Großen Anfrage der SPD keine weiteren Wortmeldungen vor. Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Zerstörung von Moorflächen durch einen bekannten Torfabbauunternehmer im oberschwäbischen Natur- und Landschaftsschutzgebiet Bodenmöser – Drucksache 12/4700

Wem darf ich zur Begründung das Wort erteilen? – Das Wort hat Herr Abg. Walter.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung und von fünf Minuten je Fraktion, und zwar gestaffelt, für die Aussprache festgelegt hat.

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der „Stuttgarter Zeitung“ konnten wir dieser Tage entnehmen, dass es tatsächlich noch jemanden in diesem Lande gibt, der den Aussagen des Ministerpräsidenten wirklich Glauben schenkt. Bei all den Affären, die es da gegeben hat, kann man das schon einmal positiv bewerten.

Es wurde angeboten, Einsicht in die Akten über die dubiosen Genehmigungsverfahren zu nehmen, die es in den letzten Jahren in Baden-Württemberg gegeben hat. Wenn man sieht, was dabei herausgekommen ist, muss man feststellen: Das große Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten war eine Luftblase und nicht mehr.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das sagt der Oberdatenschutzler da vorne!)

– Herr Birk, ich verstehe ja, dass Sie immer noch beleidigt sind, dass Ihnen Herr Mappus vorgezogen wurde, aber dafür kann ich wirklich nichts.

(Abg. Dr. Birk CDU: Oh, kommen Sie mir doch nicht damit! Sie drehen das Wort so, wie Sie es brauchen! Sie hätte ich sonst einmal hören mögen!)

Zwei Monate haben diese Beamten gebraucht, um das brisante Material vom nicht brisanten Material zu trennen, und das blieb dann übrig. Von den pathetischen Sprüchen, dass der Herr Ministerpräsident jeder Bürgerin und jedem Bürger – –

(Abg. Dr. Birk CDU: So eine Heuchelei hier! Wie ein aufgeblasener Ochsenfrosch!)

Herr Präsident, könnten Sie Herrn Birk einmal sagen, dass man auch ruhig zuhören kann.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Walter, ich werde es genau so tun wie bei Ihrer Fraktion, wenn ständig Zwischenrufe kommen.

(Heiterkeit)

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wunderbar.

(Abg. Dr. Birk CDU: Vor allem, dass es von Ihnen kommt, ist unehrenhaft!)

– Kollege Birk, eines ist klar – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich etwas in Zurückhaltung zu üben. Aber ich sage auch dazu, Herr Walter: Von Rednern, die ständig dazwischenrufen, wenn andere reden, lässt sich der Präsident nichts vorschreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Gerechtigkeit gegenüber jedermann!)

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Dies bedeutet: Offensichtlich ist die Weste bei weitem nicht so rein, wie das hier immer dargestellt wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Oh, jetzt kommt der Moralist!)

Auf jeden Fall kann man auch sagen: Diese Aktion war ein gelungener Beitrag der CDU in Baden-Württemberg zu dem, was sie unter Erneuerung versteht. Es hat uns nicht überrascht, dass es so ist. Wir haben uns deswegen gar nicht um die Akteneinsicht bemüht.

Wir waren auch deswegen nicht überrascht, weil die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag wirklich gar nichts Erhellendes gebracht hat. Selbst das Orakel von Delphi war noch klarer als das, was wir von der Landesregierung in Sachen Aurenz und anderer Affären erfahren haben.

Weiterhin wird so getan, als sei diese Sache ein Kavaliersdelikt. Dem steht entgegen, dass die Staatsanwaltschaft Ravensburg nach den Vorermittlungen nun ein förmliches Ermittlungsverfahren gegen Herrn Aurenz eingeleitet hat. Das spricht eine ganz andere Sprache. Dazu passen unsere Informationen aus dem Landratsamt Ravensburg, wonach dort die Einschätzung war, dass das Bußgeld dafür eine sechsstellige Summe betragen wird. Aber für die Landesregierung war überhaupt nichts.

Erste Bilanz der Affäre Teufel/Aurenz: Von der Landesregierung werden wir nichts Erhellendes hören; wir müssen uns deshalb auf die Staatsanwaltschaft verlassen.

Das heißt aber nicht, dass wir uns zurücklehnen und als Opposition sagen: Gut, lassen wir es halt die Justiz machen. Wir werden vielmehr diesen Regierungsstil, der da heißt „Spendet, und euch wird geholfen“, weiterhin nicht hinnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Nagel SPD)

Offensichtlich gibt es doch Zusammenhänge, wenn einerseits Privatpersonen wie Herr Aurenz und andererseits Verbände wie der Verband iste, zu dem auch die Zementindustrie gehört, spenden. Wenn man die Aussage von Herrn Aurenz nimmt „Wenn ich der südwestdeutschen CDU

(Walter)

gespendet hätte, dann hätte ich schon vor zwei Jahren die Genehmigung bekommen“, dann ist doch klar, dass in bestimmten Kreisen die Meinung vorherrscht, dass man bestimmte Dinge auf jeden Fall schneller bekommt, wenn man der CDU spendet. Das bestätigt auch die Aussage der Firmensprecherin von Heckler & Koch,

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

die gesagt hat: Herr Kauder, der 40 000 DM bekommen hat, hat uns schon sehr oft gut geholfen.

Das ist genau die Stimmung, die in Baden-Württemberg bei der Industrie vorherrscht, und genau dieses Klima haben Sie, Herr Birk, und andere geschaffen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wollen Sie Generalsekretär werden?)

Herr Palmer wollte die Wogen glätten, indem er sagte: Der Herr Ministerpräsident bekommt ja 20 solche Anfragen pro Woche. Jetzt würde es uns mal interessieren, ob auch der Normalbürger und die Normalbürgerin beispielsweise, wenn er oder sie ein Wildgehege erstellen will, auf Staatskosten ein Gutachten dazu erstellt bekommt. Das ist mir nicht bekannt. Wenn es so ist, dann muss man die Sache natürlich anders sehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da werden also auch Gutachten gespendet!)

Oder darf der Normalbürger darauf hoffen, dass bei seinen Anliegen die notwendigen Überprüfungen ein Ergebnis haben wie beispielsweise bei Schwenk in Allmendingen? Dazu gibt es ein Gutachten einer Juraprofessorin, nämlich der Frau Lübke-Wolff aus Bielefeld. Die hat die Ergebnisse, die die Landesregierung zustande gebracht hat, so bewertet: unhaltbar, sachlich kontraproduktiv und rechtsstaatswidrig. So geschehen eben bei der Genehmigung, in Zementwerken Müll zu verbrennen.

Ebenso wenig ist es akzeptabel,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Kollege Drautz, dass Briefe an untergeordnete Behörden einfach als normal angesehen werden. Denn jeder weiß doch, welche Wirkung ein Brief des Ministerpräsidenten an einen kleinen Beamten hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Da kann man doch nicht so tun, als ob das überhaupt nichts wäre. Nicht nur das Beispiel Allmendingen zeigt: Wer diese Anliegen nicht wohlwollend prüft, wie es der Ministerpräsident gefordert hat, der wird strafversetzt. Meine Damen und Herren, das genau ist die Realität der Regierung Teufel in Baden-Württemberg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Schlechte Büttrede!)

Noch ein Punkt aus Sicht der Grünen. – Herr Kollege Birk, Sie wären ja gern Staatssekretär im Umweltministerium geworden. Lassen Sie mich das sagen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ich glaube, Sie wollten es mal werden!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reddemann?

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die sind immer interessant. Wenn es der Wahrheitsfindung dient, warum nicht?

Abg. Reddemann CDU: Herr Kollege Walter, Sie bemängeln, dass sich Bürgerinnen und Bürger und Vereine und Organisationen mit der Bitte um Hilfe an den Ministerpräsidenten wenden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das hat niemand bemängelt!)

Ich gehe aber davon aus, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen sicherlich auch an Sie als Abgeordneten wenden. Helfen Sie denen dann nicht?

(Unruhe bei der CDU)

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Reddemann, es scheint nicht alles bis zur letzten Reihe durchgedrungen zu sein. Es ist das gute Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers, sich an den Ministerpräsidenten oder einen Abgeordneten zu wenden. Es geht eben darum, ob auch dann in Genehmigungsverfahren eingegriffen wird, wenn sich Lieschen Müller an ihn wendet, oder nur dann, wenn dies Herren wie Herr Aurenz oder andere tun, die an die CDU gespendet haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ach was!)

Das ist der Unterschied zwischen der CDU und uns.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein Punkt aus Sicht der Grünen: Die Vorgänge im Zementwerk und auch bei Herrn Aurenz zeigen Folgendes: Immer dann, wenn es um Verstöße gegen Umwelt- und Naturschutzgesetze geht, kann man beim Ministerpräsidenten natürlich sehr leicht Unterstützung erreichen. In seinen Sonntagsreden preist er immer die Schönheiten des Landes, und wenn es dann darum geht, diese Schönheiten zu erhalten, wird für das Gegenteil entschieden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ihr Schubladendenken kennt keine Grenzen!)

Genau das ist die Verlogenheit dieser Politik. Lassen Sie mich deswegen folgendes Fazit ziehen:

Parteispenden an die CDU sind bei Genehmigungsverfahren edel, hilfreich und gut.

(Abg. Dr. Birk CDU: Üble Unterstellung!)

Zweitens: Eine Aufklärung gegenüber Parlament und Öffentlichkeit findet trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht statt.

Drittens: Weniger wohlwollenden Beamten – das ist wirklich das Schlimme für unseren Rechtsstaat – droht die Strafversetzung.

(Abg. Dr. Birk CDU: Polemik und Scheinmoral!)

(Walter)

Und: Natur und Umwelt haben in dieser Regierung – das ist der vierte Punkt – keine Lobby.

(Zuruf von der CDU: Hören Sie doch auf!)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt sagen. Herr Palmer hat zuerst erklärt – Herr Reddemann ging ja jetzt auf etwas Ähnliches ein –, das Schreiben von Briefen gehöre zum Regierungsstil des Ministerpräsidenten. Kurze Zeit später erklärt derselbe Herr Palmer, diese Schreiben nähmen keinen Einfluss auf Entscheidungen. Da frage ich mich: Warum werden diese Briefe überhaupt geschrieben?

(Abg. Haas CDU: Sie schreiben doch auch Briefe!
– Abg. Dr. Birk CDU: Sie machen doch auch Eingaben! Sie sind Mitglied im Petitionsausschuss!)

Oder was hält eigentlich Herr Palmer vom Einfluss des Ministerpräsidenten in diesem Land?

Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hauk.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt wieder ein verhinderter Staatssekretär!)

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja schon ein merkwürdiges Politikverständnis, das uns die Grünen erneut darbieten.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Walter, wenn Sie hierher stehen und Regierungsmitglieder oder den Ministerpräsidenten oder Abgeordnete zur Kastration verurteilen, können Sie das gern tun, aber ich sage Ihnen: Das machen wir nicht mit. Eines ist doch ganz klar: Am Anfang einer Legislaturperiode haben wir – das hat der Ministerpräsident getan – gesagt: Unser wichtigstes Anliegen in diesem Land ist es, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Arbeitsplätze in diesem Land zu sichern und zu erhalten. Dieser politischen Leitlinie hat sich auch das Verwaltungshandeln unterzuordnen, soweit die entsprechenden Gesetze die Spielräume zulassen. Nichts anderes ist in dem vorliegenden Fall und in den von Ihnen weiter zitierten Fällen passiert.

Kommen wir zur Sache, damit auch der Öffentlichkeit klar wird, um was es eigentlich geht. Diese Tatsache wollen Sie nicht hören. Das ist mir schon klar. Das gesamte Moor Bodenmöser umfasst über 1 100 Hektar. Dort hat der Unternehmer Aurenz einen Parkplatz in der Größenordnung von 0,095 Hektar gebaut.

(Abg. Brechtken SPD: Aber rechtswidrig! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Er ist bekannt dafür, dass er Gelände zerstört!)

– Langsam, langsam. – Dann kam noch ein unbefestigter Platz von 0,32 Hektar hinzu. Das ergibt zusammen 0,42 Hektar.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist jetzt mit dem Muffelwild?)

Das sind 0,3 Promille. Sie wären wahrscheinlich manchmal froh, Sie hätten nur so viel. Das sind 0,3 Promille des gesamten Moores.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: 0,5 Promille sind schon strafbar! – Weitere Zurufe und Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Walter, da sieht man erneut Ihr Verständnis von Gesetzgebung und übrigens auch von Naturschutzpolitik.

(Oh-Rufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben ein rein statisches Verhältnis. Weder ein Naturschutzgebiet noch ein Landschaftsschutzgebiet ist per se ein Verhinderungsgebiet für die Wirtschaft oder für die Entwicklung von Gemeinden. Das ist es gerade nicht, sondern der Sinn eines Schutzgebietes liegt darin, dass man entsprechende Rahmenbedingungen schafft, unter denen sich trotzdem Fortentwicklungen und Weiterentwicklungen ermöglichen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der spezielle Fall betrifft auch noch das Moorrandgebiet. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich überhaupt aufregen. Sie regen sich darüber auf, dass hier vermeintlich Einfluss genommen wurde. Jetzt lese ich Ihnen einmal vor, was der Ministerpräsident geschrieben hat. Das wissen Sie ja auch. Da steht in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten:

Mir ist an einer Lösung in Eisenharz gelegen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Hör doch auf mit der Platte! Wir können lesen!)

– das wollen Sie nicht hören, das ist mir schon klar –

die sowohl den Interessen des Naturschutzes als auch den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Firma Aurenz gerecht wird.

Jetzt sagen Sie mir, wo darin eine politische Einflussnahme liegt.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Die Einflussnahme, egal, ob jemand spendet oder nicht, halte ich immer dann für berechtigt, wenn es darum geht, Arbeitsplätze vor Ort zu sichern, und auch in diesem Fall ging es darum, Arbeitsplätze und damit den Standort Baden-Württemberg entsprechend zu sichern. Jetzt mögen Sie darüber streiten, ob es richtig ist – ich halte dies für richtig –, dass auch Gesetze, die bestehen, dahin gehend geprüft werden, ob es Spielräume gibt.

Ihre Aufregung ist auch aus einem weiteren Grund nicht verständlich. Die Staatsanwaltschaft ermittelt ja derzeit. Dabei wird sich herausstellen, ob es sich bei den genannten 0,3 Promille im Randbereich eines Schutzgebiets um nicht unerhebliche Eingriffe in das Naturschutzrecht handelt oder nicht. Also meiner, zugegebenermaßen in Ihrer Sicht vielleicht etwas laienhaften Einschätzung nach handelt es sich nicht darum. Aber das kann man, glaube ich, der Staatsanwaltschaft überlassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

(Hauk)

Sie haben ja ein ganz anderes Ziel. Sie suchen händeringend nach Themen, um weiteren vermeintlichen Filz, vermeintliche Verquickung von Spenden und Einflussnahmen, wie Sie es nennen, an den Haaren herbeizuziehen.

(Abg. Drexler SPD: Schaufler!)

Ihnen gelingt es derzeit nicht, sonst hätten wir doch schon längst einen weiteren Untersuchungsausschuss,

(Abg. Drexler SPD: Nein, der kommt zur rechten Zeit!)

zu welchem Thema auch immer, eingerichtet. Ihnen fehlt das Material dazu. Das ist übrigens der beste Beweis dafür, dass diese Regierung rechtmäßig handelt und sich überhaupt keine Vorhaltungen machen lassen muss.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Wenn Sie einen Untersuchungsausschuss wollen, dann kriegen Sie ihn!)

Ich halte es für richtig, Einzelfällen – ob von Abgeordneten oder Regierungsmitgliedern – nachzugehen, auch um zu kontrollieren – davon ganz abgesehen –, ob die politischen Leitlinien, die man vorgibt, tatsächlich später von der Verwaltung eingehalten und umgesetzt werden.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, fehlt es eklatant an politischen Inhalten. Ihnen fehlt es an Konzepten. Sie haben gerade im Naturschutzrecht, aber auch in anderen Bereichen bisher nichts, aber auch gar nichts vorgelegt. Sie sind, mit Verlaub, eine lahme Opposition und beschränken sich deshalb auf Vorhaltungen, die keinerlei Substanz haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Haas CDU: Oje, oje! Muss das sein? Um die Zeit noch? – Lebhaftige Unruhe)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Naturschutz ist das Stiefkind des Ministerpräsidenten.

(Unruhe – Zuruf: Dinosaurier!)

Herr Hauk gehört übrigens auch zur Familie.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit – Abg. Haas CDU: Besser als gar keine Kinder!)

Diese Tatsache ist hinreichend bekannt und zu Recht mit der Verleihung des Umweltdinosauriers des Jahres durch den Naturschutzbund Deutschland negativ honoriert worden.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Den hat er sich verdient!)

Stellvertretend für alle Belege, die jetzt angeführt werden könnten, darf ich an den internen Vermerk des Staatsminis-

teriums aus dem Jahre 1998 erinnern, in dem unter dem Vorwand der Priorisierung des Vertragsnaturschutzes eine zurückhaltende Naturschutzpolitik angemahnt wurde.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Haben Sie von der CDU das gelesen?)

Für mich ist das nichts anderes als der Versuch, der Naturschutzverwaltung Daumenschrauben anzulegen. Es ist also nicht überraschend, dass Bürger unseres Landes, die mit Naturschutz nichts am Hut haben, den Ministerpräsidenten um Hilfe anrufen.

Jetzt komme ich auf Ihr Begehren, Herr Kollege Reddemann, zu sprechen, was denn der einzelne Abgeordnete für Aufgaben hat.

(Unruhe)

Herr Reddemann, darauf gebe ich Ihnen jetzt einmal eine persönliche Antwort: Der normale Abgeordnete prüft in der Regel eine Anfrage in doppelter Weise.

(Oh-Rufe von der CDU – Lebhaftige Zurufe und Gegenrufe von der CDU und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Gibt es auch nicht normale Abgeordnete?)

– Aufgepasst!

(Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Aufpassen! – Einmal muss der Wunsch des Antragstellers – –

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, jetzt kommt eine Lehrstunde, und jetzt bitte ich Sie um Ruhe.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen – Heiterkeit)

Abg. Dr. Caroli SPD: Ganz genau. Der Herr Präsident schätzt das richtig ein.

(Heiterkeit)

Zum einen muss der Wunsch des Antragstellers mit den politischen Zielvorstellungen des Parlamentariers in Einklang stehen,

(Zurufe von der CDU: Aha!)

und zum anderen darf der Grundsatz der Rechtmäßigkeit nicht infrage gestellt sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Abgeordnete wird nur dann tätig werden, wenn diese Voraussetzungen zutreffen.

(Abg. Haasis CDU: Seminar für Landtagskandidaten für das nächste Jahr!)

Im Falle Aurenz waren nun beide Kriterien nicht erfüllt. Jedoch war offenbar der Parteifreund Aurenz, Exschatzmeister der CDU Nordwürttemberg und Spendengeber, so wichtig, dass Teufel es für angebracht hielt, trotz einer of-

(Dr. Caroli)

fensichtlich illegalen Betriebserweiterung auf Kosten eines Naturschutzgebietes zugunsten eines Freundes zu intervenieren.

(Abg. Haas CDU: Klitzekleine Teile!)

Also schreibt er dem Regierungspräsidenten, dass jener sich um den Fortgang der Angelegenheit unter Hinzuziehung von Vertretern des Regierungspräsidiums und des Landratsamts kümmern solle.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, dies ist im Behördendeutsch ein Befehl.

(Abg. Haas CDU: Es kommt darauf an, ob Sie ein normaler Abgeordneter sind! – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

– Es tut weh, aber ich kann es Ihnen nicht ersparen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ihnen tut es weh! – Zurufe der Abg. Haas CDU und Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Lebhaftige Unruhe)

Der Befehl galt der nachträglichen Akzeptanz – –

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Haas CDU)

– Ach, Herr Haas, Sie verstehen ja von der Sache nichts. Wenn Sie jetzt einmal zuhören würden, könnten Sie etwas lernen.

(Lebhaftige Zurufe – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Befehl galt der nachträglichen Akzeptanz der teilweisen Zerstörung eines Schutzgebiets – anders kann das Anliegen Aurenz nicht beurteilt werden –, eines Bereichs von hohem Rang, der in einer ersten Tranche als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung der Europäischen Kommission gemeldet worden war.

Meine Damen und Herren, auch das von Aurenz angestrebte friedliche Zusammenleben von 16 Stück Damwild, vier Stück Rotwild und 17 Stück Muffelwild

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Muffel!)

in einem Gehege mit 4,6 Hektar war dem Ministerpräsidenten noch nicht Niederung genug.

(Unruhe)

Für Parteifreund Aurenz lässt Teufel wegen dieses Gehegeproblems gar ein kostenloses Gutachten anfertigen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da muffelt es wild! – Anhaltende Unruhe)

Dass nach Auffassung Teufels alles wie bei jeder Bürgeranfrage gelaufen und in normales Verwaltungshandeln übergegangen ist, unterstrich er hier im Plenum mit dem Angebot der vollen Akteneinsicht, das bis heute nicht eingelöst ist.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Statt der vollständigen Akten durften dünne Laufmappen unter strenger Aufsicht des stellvertretenden Regierungssprechers eingesehen werden.

(Zurufe der Abg. Dr. Birk und Döpfer CDU)

Meine Damen und Herren, ein Ministerpräsident greift nicht ohne Grund in Zuständigkeiten unterer Verwaltungsbehörden ein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Muffelgehege! Ab ins Gehege!)

Hier offenbart sich erstens eine völlige Resistenz gegenüber der wichtigen Aufgabe der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zweitens die Bereitschaft des Ministerpräsidenten, nach Gutsherrenart Parteifreunden Sonderrechte zu gewähren.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Letzteres kann man getrost als Filz und Vetterleswirtschaft bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Oje, oje! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Muffelwirtschaft! – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Muffelwirtschaft!)

Wer sich so verhält, meine Damen und Herren, braucht sich über Angriffe von vielen Seiten nicht zu wundern.

Bleibt mir noch, als Quintessenz festzuhalten:

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Erwin Teufel entwickelt sich zum politischen Moorhuhn Baden-Württembergs.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Dr. Caroli SPD: Danke schön, Herr Präsident.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Bitte! Man kann es nicht mehr ertragen! – Unruhe)

Ich habe auch nur noch einen Satz.

Das Interessanteste dabei ist, meine Damen und Herren von der CDU: Die Jäger des Moorhuhns sitzen in Ihren eigenen Reihen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Genial! – Abg. Haas CDU: Das war die Ballade vom Moorhuhn! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Der Moorhuhnjäger! – Abg. Dr. Birk CDU: Walter und Caroli sind die beiden Moorhähne!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Glück.

(Anhaltende Unruhe)

(Stellv. Präsident Weiser)

Herr Walter, Sie haben mich vorhin gebeten, ich sollte die Zahl der Zwischenrufe einschränken. Jetzt bitte ich Sie, sich selber daran zu halten.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht dauernd wie der Birk!)

– Doch.

Bitte, Herr Dr. Glück, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden letzten Tagesordnungspunkte und da speziell die Beiträge der Grünen, der von Herrn Walter und in besonderem Maße der von Herrn Schäfer, haben mich zu einem gewissen Schmunzeln gebracht, wenn ich an die augenblickliche Diskussion über eine mögliche Liaison von Schwarz und Grün denke. Nach diesen Beiträgen dürfen wir uns wohl gerne und ruhig zurücklehnen und auf die nächsten Offerten unserer schwarzen Brüder warten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Gemach! Gemach! Es gibt auch Überraschungen! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Naturschutzgebiet Argenbühl-Eisenharz ist wohl die am meisten diskutierte Fläche in Baden-Württemberg. Behördengespräche, Briefe des Ministerpräsidenten, Diskussionen im Ausschuss, nicht weniger als vier Anträge und die heutige Debatte, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und vieles andere mehr zählen dazu. Ich würde mir in dieser Sache, meine Damen und Herren von der Opposition, ein bisschen mehr Gelassenheit wünschen:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir sind gelassen, Herr Glück! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Lassen Sie uns dran, dann sind wir ganz gelassen!)

weniger Emotion, mehr Realitätsbezug.

Ich will zunächst für meine Fraktion klarstellen: Wenn illegale Eingriffe in dieses Naturschutzgebiet erfolgt sind, dann ist das nicht zu akzeptieren. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Brechtken SPD: Der Tatbestand besteht! Der Zeitpunkt des Anliegens war illegal! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Nun haben Sie leider Ihre eigenen Argumente verwässert – da spreche ich Sie von den Grünen speziell an –, indem Sie aus 0,42 Hektar gleich 2,8 Hektar und aus einem Parkplatz von 0,15 Hektar stramme 1,3 Hektar gemacht haben. Das sind Multiplikatoren – wenn man das in etwa überschlägt – zwischen fünf und acht.

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich denke, es steht einer Opposition zu, so zu übertreiben.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Ich war noch nie in der Opposition. Ich weiß das nicht so richtig.

(Abg. Brechtken SPD: Das kommt auch noch, Herr Kollege! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das Jahr können Sie schon noch abwarten! – Heiterkeit)

– Ja. – Es ist sicherlich Ihr Recht, zu prüfen, ob an einem solchen Vorfall überhaupt etwas dran ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ab ins Muffelgehege! – Abg. Brechtken SPD: Wenn eine Geschirrhütte zwei mal drei Meter groß ist, Herr Kollege, dann wird abgebrochen! Das ist das Problem!)

Man darf auch vage Zusammenhänge konstruieren und diskutieren. Sie sollten allerdings ein bisschen mehr sein als Polemik. Und als Opposition darf man durchaus fragen, ob zwischen einer Genehmigung einerseits und einer Spende andererseits ein Zusammenhang besteht. Das ist keine Frage.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ist das jetzt Staatsbürgerkunde, oder was ist das?)

Sie dürfen natürlich auch der Frage nachgehen, ob der Ministerpräsident oder der Regierungspräsident nicht seriösen Einfluss genommen haben sollten.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Birgit Kipfer SPD)

Ich habe Verständnis dafür. Aber ein Übertreiben im Faktor 1 : 8 ist einfach zu viel. Das ist nicht mehr rational, und vor allen Dingen verwässern Sie dabei Ihre eigenen Argumente.

(Abg. Haas CDU: So ist es! Da sind sie ganz schwach! – Abg. Brechtken SPD: Jetzt will er ein Angebot an die FDP provozieren!)

Nun, meine Damen und Herren: Die Entscheidung über eine Genehmigung steht noch aus. Die Abwägung zwischen den Interessen des Betriebs einerseits und den Interessen des Naturschutzes andererseits ist noch nicht erfolgt. Falls diese Genehmigung versagt wird, möchte ich zwei Dinge festhalten:

Erstens: Dieser Schaden, der angerichtet wurde, ist nicht irreversibel.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Stimmt gar nicht!)

Zweitens: Der Rückbau ist ohne bleibenden Schaden möglich. Er muss dann auch gemacht werden.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Nagel SPD: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, warten wir doch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen mit Gelassenheit ab.

Meine Damen und Herren, Herr Aurenz ist CDU-Mitglied. Wir haben das oft genug gehört. Herr Aurenz war Schatz-

(Dr. Glück)

meister innerhalb dieser Parteistruktur. Er darf daraus keine Vorteile haben. Aber, meine Damen und Herren, zwingen wir uns alle zur Objektivität: Einen Nachteil sollten wir ihm daraus auch nicht andrehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Drautz FDP/DVP: Staatstragend!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dagenbach.

Abg. Dagenbach REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einer Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum heißt es, das Naturschutzgebiet Bodenmöser sei eines der ausgedehntesten Mooregebiete des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Was hat denn der für eine blaue Krawatte an?)

– Ist es die falsche? Soll ich eine rote anziehen?

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ohne!)

Weiter wird stolz verkündet, dass das Naturschutzgebiet Bodenmöser zusammen mit dem dienenden Landschaftsschutzgebiet in einer ersten Tranche als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung der Europäischen Kommission gemeldet wurde und welche wichtigen Funktionen die dort befindlichen Mooregebiete haben sollen.

Indes scheint das in der Praxis schon alles zu sein. Denn wie anders ist es möglich, dass zwar in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag 1992 mit dem Landratsamt Ravensburg die Verzichtserklärung der ASB-Unternehmensgruppe auf bauliche Erweiterung sowohl innerhalb als auch außerhalb des Betriebsgeländes vereinbart worden ist, was obendrein auch noch als Baulast eingetragen wurde, aber nicht lange danach eine Asphaltfläche, ein Rindenmulchlagerplatz und ein Lkw-Parkplatz angelegt wurden?

Nun ist es ja nicht so, dass die Ablagerung von Rindenmulch in einem Mooregebiet schlechthin unverträglich ist. Vielmehr ist interessant, in welcher Weise nun Verwaltungshandeln erfolgt ist. Denn wie Sie, Frau Ministerin Staiblin, mir in Beantwortung meines Antrags Drucksache 12/4775 mitgeteilt haben, hat der Betrieb 1995 Planunterlagen für die Niederschlagswasserentsorgung des Betriebs beim Landratsamt Ravensburg vorgelegt, in denen dieser Rindenmulchlagerplatz ausgewiesen wurde. Allerdings hat man, weil die Firma ASB die Grenzen der Schutzgebiete nicht mit eingezeichnet hatte, schlicht und einfach – vielleicht auch gerne – vergessen, die Grenzen von Amts wegen zu prüfen, so nach dem Schema: Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Immerhin weiß man ja, welche Connection im Ländle besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Anders ist es nicht zu erklären, dass sich Ministerpräsident Erwin Teufel – wo ist er denn heute den ganzen Tag? – angeblich keineswegs aufgrund eines persönlichen Gesprächs des Firmeninhabers mit ihm in irgendeiner vermeintlichen Versäumnisse oder Ungeschicklichkeiten einmischen wollte, sich aber im Oktober 1998 gleich zweimal brieflich

sowohl beim Regierungspräsidium als auch beim Landratsamt dafür eingesetzt hat, dass man sich in diesem Fall eines spendablen Parteifreundes wegen einer Betriebsverweiterung im Naturschutzgebiet doch verständigen wolle – Vorwand war die Sicherung von Arbeitsplätzen –, was dann prompt am 27. September 1999 zu einer neuen Vereinbarung geführt hat.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen ist an sich eine löbliche Angelegenheit, wenn sie sich im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen hält. Aber es kann doch wohl nicht sein, dass unter diesem Vorwand jeder illegal machen kann, was er gerade für betriebsnotwendig hält, weil er ja im Falle des Erwischtwerdens zu seinem Parteifreund in die Villa Reitzenstein gehen kann.

Schlimm ist aber auch, in welcher Weise hier Verwaltungshandeln erfolgt ist, wenn das Landratsamt Ravensburg keinen Grund für eine Anzeige sieht und alle möglichen Argumente zur Entlastung herangezogen werden sowie belastende Tatbestände in abwiegelnder Form zur Beurteilung herangezogen werden.

Fakt ist dennoch: Auch wenn bis heute keine Antragsunterlagen für die Genehmigung eines Lagerplatzes vorliegen, so hat die Staatsanwaltschaft im Gegensatz zum Verwaltungshandeln von Landratsamt und Regierungspräsidium eben doch Ermittlungen eingeleitet. Wir sind gespannt, wie sich nach allen bisherigen Erfahrungen, auch im Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“, die Angelegenheit weiter entwickeln wird.

Interessant ist auch, in welcher Weise Fragen nach der Abrechnung von Reisen auf Kosten des Landeshaushalts zum Landhotel „Jägerhof“ beantwortet werden.

(Abg. Schonath REP: Aha!)

Man hebt allzu gerne hervor, dass diese von Teilnehmern zunächst selbst bezahlt worden seien, muss dann aber bekennen, dass eben doch nach den reisekostenrechtlichen Bestimmungen oder sogar direkt mit dem Land abgerechnet worden ist.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Dann ist es natürlich besonders schwierig, die entsprechenden Dienstreiseabrechnungen der 11. und 12. Wahlperiode auszuwerten. Ja, was sollen wir denn eigentlich anderes erwarten?

Nein, meine Damen und Herren: Dass kein Zusammenhang zwischen dem Einsatz des Ministerpräsidenten Teufel und Spenden an die CDU oder Ähnlichem besteht, können Sie jemandem erzählen, der seine Hose mit der Beißzange anzieht.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Schonath REP: Oder den Rock!)

Der Vorgang passt haarscharf in das Bild, das diese „Democrazia Cristiana“ derzeit abgibt. Das Hasenmoos ist in Wahrheit ein Teil Ihres schwarzen Sumpfes.

Stellv. Präsident Weiser: Ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Dagenbach REP: Herr Präsident, ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Ministerin Staiblin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landesregierung von Baden-Württemberg geht es im Bereich des Naturschutzes auch und gerade um Eigentum. Wir praktizieren einen Naturschutz nach dem Motto „Schützen durch Nützen“, wobei es in der Tat darum geht, sorgfältig abzuwägen, ob in dem einen oder anderen Bereich eine Möglichkeit geschaffen werden kann, für Flächen, die für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg wichtig sind, die Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen, eventuell Alternativmöglichkeiten zu treffen.

Aber ich denke, dass Sie, die Opposition hier, hinsichtlich des ganzen Themas Naturschutz aus einer Mücke einen Elefanten machen. Ich will ganz klar Zahlen und Fakten nennen, denn es geht nicht um 2,8 Hektar und um 1,3 Hektar, wie im Antrag formuliert, sondern um eine weitaus geringere Fläche.

Erstens: Im vorliegenden Fall geht es um die Erweiterung eines Torfgewinnungsbetriebs der Unternehmensgruppe ASB in das angrenzende Natur- und Landschaftsschutzgebiet Bodenmöser im Kreis Ravensburg. Bei dem Natur- und Landschaftsschutzgebiet Bodenmöser handelt es sich um ein ausgedehntes Moorgebiet. Das Naturschutzgebiet hat eine Fläche von 611,5 Hektar und das dienende Landschaftsschutzgebiet eine Größe von 525 Hektar.

Zweitens: Bei der genannten Betriebserweiterung handelt es sich um die Anlage eines Parkplatzes für Lkws sowie eines Lagerplatzes für Rindenmulch.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Der Lkw-Parkplatz liegt im dienenden Landschaftsschutzgebiet und hat eine Größe von rund 0,15 Hektar, also 15 Ar und nicht 1,3 Hektar. Der Lagerplatz für Rindenmulch hat eine Gesamtfläche von etwa 52 Ar, von denen sich rund 42 Ar im Naturschutzgebiet und 10 Ar außerhalb des Natur- und Landschaftsschutzgebiets befinden.

Drittens: Von der zuständigen Behörde, also dem Landratsamt Ravensburg, wurde nach Bekanntwerden des Eingriffs immer darauf hingewiesen, dass die Betriebserweiterung einer Genehmigung bedarf. Grund für die Erweiterung der Firma ASB ist: Ohne zusätzliche Park- und Lagermöglichkeiten sei der bestehende Standort angesichts der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt für Rindenmulch gefährdet. Als Alternative zur Betriebserweiterung käme eine Verlegung und damit die Aufgabe des Standorts Eisenharz mit dem Verlust der dortigen Arbeitsplätze in Betracht.

Viertens: Das zuständige Landratsamt hat aufgrund der Sachlage reagiert – ich denke, stets mit Augenmaß und großer Sorgfalt – und zum Zwecke der Existenzsicherung des Betriebs und der Sicherung der Arbeitsplätze eine Vereinbarung zur Duldung der Eingriffe bis zum 30. Juni 2000

getroffen. In dieser Vereinbarung hat sich die Firma ASB verpflichtet, für die zeitweilige Duldung des Lagerplatzes Abwassermaßnahmen durchzuführen und zum ökologischen Ausgleich einen Entwässerungsgraben zu verschließen. Weiterhin wurde vereinbart, dass die Eingriffe in die Schutzgebiete zurückzubauen sind, wenn der Betrieb nicht weitergeführt wird. Des Weiteren wurde die Firma gebeten, sich bis 30. April 2000 endgültig zu entscheiden, ob sie einen Genehmigungsantrag stellen oder aber den Betrieb verlagern will. Ob die Betriebserweiterungen genehmigungsfähig sind, kann erst nach Vorlage der Antragsunterlagen beurteilt werden.

Fünftens: Das Landratsamt Ravensburg hat darüber hinaus nach eingehender Prüfung vor Ort unter Abwägung der einzelnen Gesichtspunkte das Vorliegen eines Straftatbestands verneint und die Betriebserweiterung ohne Genehmigung eher im Bereich des Ordnungswidrigkeitenrechts angesiedelt.

Sechstens: Die Staatsanwaltschaft Ravensburg hat aufgrund der Presseberichterstattung strafrechtliche Ermittlungen wegen unerlaubter Betriebserweiterung der Unternehmensgruppe ASB in das Natur- und Landschaftsschutzgebiet Bodenmöser aufgenommen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind noch nicht abgeschlossen.

Dies ist schlicht und ergreifend die Sachlage. Es ist üble parteipolitische Polemik, in diesem Fall politisches Fehlverhalten konstruieren zu wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es ist doch selbstverständlich – ich kann auch dies nur noch einmal wiederholen –, dass sich Ministerpräsident Erwin Teufel, wenn er um Unterstützung gebeten wird, für das Anliegen verwendet. Denn es geht hier um ein baden-württembergisches Unternehmen und um baden-württembergische Arbeitsplätze, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Macht er das bei jedem Betrieb so? Das ist mir neu!)

In diesem Fall hat sich Ministerpräsident Teufel für das Anliegen verwandt, so, wie man es von einem Ministerpräsidenten, der sich für die Interessen des Landes und der Bürger einsetzt, erwartet.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Das war eine Wortmeldung, Herr Präsident!)

– Gut. Herr Abg. Walter will keine Zwischenfrage stellen, sondern hat sich zu Wort gemeldet.

Herr Abg. Walter, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der CDU)

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich bitte alle Abgeordneten, sich so ruhig zu verhalten, wie es von Herrn Abg. Walter praktiziert wurde.

(Heiterkeit)

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei dem Herrn Präsidenten für diese Unterstützung bedanken. Es ist ja nicht alltäglich, dass man den Präsidenten in dieser Weise hinter sich hat.

(Abg. Haasis CDU: Jetzt langts auch schon! Danke!)

Bei dieser Debatte sind mir vor allem zwei Dinge aufgefallen:

(Abg. Haas CDU: Dass Sie mit falschen Zahlen argumentiert haben!)

zunächst ein etwas gespaltenes Rechtsverständnis und Rechtsempfinden bei der CDU. Wenn es um Sprayer geht, die Straßenunterführungen bemalen, oder um kleine Landdiebe, dann hören wir: zero tolerance. Das ist die Haltung der CDU.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Von der Ministerin auch!)

Wenn jetzt aber ein schwarzer Parteifreund ohne Genehmigung in einem Naturschutzgebiet baut, dann wird abgewogen und gesagt, das sei doch gar nicht so schlimm. Da frage ich mich: Was ist das eigentlich für ein Rechtsempfinden? Wovon hängt das jetzt eigentlich ab?

(Abg. Haas CDU: Dafür haben wir einen Rechtsstaat!)

Den einen Paragraphen kann man verletzen, bei dem anderen gibt es null Toleranz. Das ist ein Rechtsverständnis, meine Damen und Herren, über das man wirklich nur den Kopf schütteln kann. Aber das passt genau in das Bild, das Ihre Partei schon seit Monaten in der Öffentlichkeit bietet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der zweite Punkt: Die Ministerin hat ausgeführt: „Schützen durch Nützen!“ Das können wir nur unterstützen.

(Heiterkeit – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Wollen wir ihn reinlassen?)

Aber nützen kann doch nicht so aussehen, dass wir die Naturschutzgebiete und die Landschaft zubetonieren, sondern nützen heißt, eine naturverträgliche Nutzung zu haben. Wo ist eigentlich die Umsetzung der „Leitlinien für den Naturschutz“? Sie haben sie uns heute zugeschickt, Frau Ministerin. Sie waren nicht einmal in der Lage, das PLENUM-Gebiet Isnay/Leutkirch auszuweiten. Sie waren nicht einmal in der Lage, ein weiteres Gebiet auszuweisen – trotz Ankündigungen über Ankündigungen. Jetzt kommen Sie daher und verteidigen einen widerrechtlichen Eingriff in ein Naturschutzgebiet

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

und sprechen hier von „Schützen durch Nützen“. Das ist einfach ein Unding für eine Ministerin, die für den Naturschutz zuständig ist. Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Walter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wurde auch Zeit!)

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Danke für diesen Hinweis. Das ist mein letzter Satz, Herr Präsident.

Die CDU wäre gut beraten, den Rechtsstaat wieder etwas ernster zu nehmen als in der Vergangenheit, denn ihre Glaubwürdigkeit ist auch in Baden-Württemberg ziemlich weit gesunken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Vielen Dank für Ihren guten Rat!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie, Herr Kollege Walter, über das Rechtsverständnis der Grünen reden, kann man sich schon fragen, was Sie darunter verstehen. Das kennen wir nämlich zur Genüge aus der Vergangenheit.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn man Ihr Rechtsempfinden als Maßstab für unseren Staat anlegen würde, kämen wir weit ins Rechtschaos.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sitzblockaden! – Zurufe von der SPD)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, was läuft denn überhaupt ab? In diesem konkreten Fall läuft ein normales behördenmäßiges Verfahren ab. Jemand baut ungenehmigt einen Parkplatz, die Behörde bemerkt es, prüft nach und trifft Vereinbarungen. Es wird geprüft, ob Bußgeldbescheide zu erteilen sind, ob strafrechtliche Verfehlungen vorliegen. All das läuft derzeit ab, in einem ganz normalen rechtsstaatlichen Verfahren.

(Abg. Drexler SPD: Wann?)

Das hat niemand von der CDU, niemand von der FDP/DVP und niemand anderes angekreidet.

(Zurufe von der SPD)

Nur, eines ist klar: In einem Stadium, in dem die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch gar nicht abgeschlossen sind, werfen Sie ein mangelhaftes Rechtsempfinden vor. Sie unterschlagen, Herr Kollege Walter, dass mit Auzenz bereits eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen wurde, die ihn zu Leistungen und zur Kompensation verpflichtet: erstens im Bereich von Abwassermaßnahmen in diesem Moor, die nicht gerade umsonst zu haben sind,

(Zuruf von der CDU: Es ist überhaupt kein Moor, das muss man einmal klarstellen! – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD)

(Hauk)

und zweitens zur ökologischen Kompensation dieser 0,09 Hektar zugebauten und asphaltierten Flächen und auch zur Schließung eines Entwässerungsgrabens.

(Abg. Nagel SPD: Herr Hauk, Sie reden den Saal leer! Die gehen alle raus!)

Mit einem minimalen Sachverstand für den Naturschutz müssten auch Sie, Herr Kollege Walter, wissen, dass damit für das Moor und für den Naturschutz weitaus mehr getan ist als mit Ihren kleinkarierten Vorhaltungen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es handelt sich um einen Berichtsantrag. Dieser ist mit der heutigen Aussprache erledigt. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 21. Dezember 1999 – Von der Europäischen Kommission am 24. November 1999 verabschiedete Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften – Drucksachen 12/4735, 12/5030

Berichterstatter: Abg. Kurz

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Haasis, Sie haben das Wort.

(Abg. Drexler SPD: Der ist ja befangen!)

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen von der SPD, statt der dummen Zwischenrufe mit Befangenheit würden Sie sich lieber –

(Widerspruch bei der SPD)

– Doch, das halte ich für einen dummen Zwischenruf, weil es im Landtag keine Befangenheit gibt.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie sind Interessenvertreter, was sonst?)

– Was vertreten Sie? Vertreten Sie Ihre Sparkasse nicht, Herr Drexler? Sie sind, glaube ich, im Verwaltungsrat der Sparkasse in Esslingen.

(Abg. Drexler SPD: Ich würde hier auch nicht reden!)

Stellv. Präsident Weiser: Moment, Herr Drexler! Meine Damen und Herren, es gibt eine Geschäftsordnung des Landtags. Diese ist von Ihnen mit verabschiedet, und im Rahmen dieser Geschäftsordnung spricht Herr Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Herr Drexler, ich halte Ihren Zwischenruf „Interessenvertreter, Befangenheit“, den Sie jedes Mal, wenn ich im Plenum ans Podium gehe, machen, für eine Unverschämtheit, die ich mit allem Nachdruck zurückweise.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde hier zum öffentlich-rechtlichen Bankensystem reden. Jedermann weiß hier, welchem Beruf ich nachgehe. Wir haben in diesem Landtag das System des Teilzeitabgeordneten, wonach der Abgeordnete neben seinem Mandat noch einen Beruf hat. Es ist offen gelegt, als was ich beruflich tätig bin.

Im Übrigen rede ich zu einem Thema, bei dem es breite Übereinstimmung aller Parteien in der Bundesrepublik gibt.

(Abg. Drexler SPD: Ja und? – Abg. Haas CDU: Das weiß doch der Drexler nicht!)

Insofern glaube ich, dass ich durchaus in der Lage bin, das Thema objektiv hier darzustellen. Wenn Sie in allen Fällen Kollegen –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Entschuldigung, Herr Kollege Haasis! Ich muss jetzt noch einmal darauf hinweisen: In keinem Parlament gibt es eine Befangenheitsvorschrift,

(Abg. Haas CDU: Das weiß doch der Drexler nicht!)

weder beim Landtag noch beim Bundestag.

(Abg. Haas CDU: Woher soll das der Drexler wissen? Das ist doch ein Träumer!)

Wir haben hier eine Geschäftsordnung einvernehmlich verabschiedet, und ich bitte auch die Kollegen der SPD, dies zu respektieren.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch ein Träumer!)

Abg. Haasis CDU: Ich halte die Äußerung des Kollegen Drexler, die jedes Mal kommt, wenn ich hier stehe, deshalb für eine Unverschämtheit,

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn?)

weil das dann auch gelten müsste für jeden Lehrer, der zur Bildungspolitik redet,

(Beifall bei der CDU)

für jeden Landwirt, der zur Landwirtschaftspolitik redet.

(Abg. Drexler SPD: Ach was! Das ist doch lächerlich! Sie haben es nicht kapiert!)

– Aber natürlich! Ich rede hier nicht –

(Abg. Haas CDU: Das weiß doch der Drexler nicht!)

Das muss ein für alle Mal klargestellt sein.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie jetzt wirklich bitten, dem Redner Gehör zu schenken.

(Abg. Haas CDU: Der Drexler ist doch ein Träumer! – Abg. Capezzuto SPD: Sie sprechen immer von der WestLB!)

Abg. Haasis CDU: Ich kann Ihnen auch zur WestLB etwas sagen, wenn Sie das wollen.

(Zuruf von der CDU: Der hat doch keine Ahnung, der Kerle!)

Ich bin vorher von Ihren Kollegen gebeten worden, mich kurz zu fassen. Ich stelle fest, dass von fünf Minuten Redezeit drei vorbei sind. Es ist mir noch nicht gelungen, einen Satz zum Thema zu sagen. Deshalb, Herr Präsident, werde ich mich von Ihnen nachher unterbrechen lassen, wenn ich kräftig überziehe.

Stellv. Präsident Weiser: Ich werde Sie nicht unterbrechen, wenn Sie um so viel überziehen, wie Sie an der Aussprache gehindert waren.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt lasst ihn doch weiterreden!)

Abg. Haasis CDU: Ich habe genügend Zeit, offenbar mehr als die SPD.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Deutschland ein bewährtes Bankensystem in der Dreigliedrigkeit zwischen den Sparkassen und Landesbanken im öffentlich-rechtlichen Bereich, den Geschäftsbanken im privaten Bereich und den Genossenschaftsbanken. Ich denke, es haben immer alle Gruppen in der Republik erklärt, dass sich das bewährt hat. Es haben vor allem in den letzten Monaten zunehmend auch die Wirtschaft, die Industrie, das Handwerk erkannt, dass wir mit dieser Dreiteilung richtig liegen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten damit in der Strukturentwicklung dieses Landes gute Erfahrungen gemacht, und wir haben vor allem nie Bankenpleiten oder Systempleiten bzw. Zusammenbrüche von ganzen Bankensystemen gehabt, wie das in anderen Ländern der Fall war, auch in Europa, bei denen der Staat mit zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen eingesprungen ist, um das System zu retten. Siehe Japan: Hier waren für das private System mehr als dreistellige Milliardenbeträge erforderlich. Siehe Frankreich: Um einen Großen zu retten, mussten vor ein paar Jahren über 40 Milliarden DM aufgebracht werden. Siehe Skandinavien: Vor einigen Jahren sind einzelne Bankensysteme zusammengebrochen. Immer hat der Staat dafür garantiert, dass das Bankensystem aufrechterhalten werden konnte, und er hat in vielen Fällen riesige Milliardensummen bezahlt.

In Deutschland hat der Staat in der Nachkriegszeit nie dafür geblutet, dass unser Bankensystem überlebt. Der Staat hat nie einen Pfennig dafür bezahlt, dass wir ausgeglichene

Bankensysteme haben und dass der Kunde dann, wenn Banken zusammenbrechen, seine Sparguthaben wiederbekommt. Im Gegenteil: Nach der Herstatt-Pleite 1964 haben wir Sicherungssysteme eingeführt, nach denen jeder Kunde bei uns geschützt ist. Wir haben eine wirtschaftliche Dynamik und Entwicklung, durch die mittelständische Industrie mit Kredit versorgt wird.

Wir haben nicht die Klage, wie eine neue Untersuchung in Großbritannien ergibt, nach der der Mittelstand und das flache Land nicht mehr mit Kredit versorgt werden. Vor zwei Wochen gab es einen Bericht an die britische Regierung mit der Überlegung, lokal gebundene Kreditinstitute einzuführen, die die Versorgung der mittelständischen Wirtschaft und des ländlichen Raums wahrnehmen. Genau dies ist bei uns in der Breite in unserem Land durch Sparkassen und auch durch Volksbanken gewährleistet, in Teilen auch durch die Geschäftsbanken ergänzt.

Deshalb wollen wir an diesem System festhalten,

(Abg. Rapp REP: Das muss nicht sein!)

und wir von der CDU-Fraktion begrüßen, dass der Wirtschaftsausschuss dieses Landtags dies einstimmig beschlossen und übernommen hat, wie dies von allen Landesregierungen und auch von der Bundesregierung gefordert wird.

(Abg. Haas CDU: Weiß das der Drexler?)

Ich will nach den Zwischenrufen der SPD noch sagen, dass ich im Wirtschaftsausschuss die Ziffer 3 Ihres Antrags, der Gott sei Dank abgelehnt wurde, nicht verstanden habe, in der Sie fordern, „die Landesregierung zu ersuchen, zu berichten, welche Vorteile sich für die öffentlichen Banken in den letzten fünf Jahren aus der Gewährträgerhaftung ergeben haben“. Es haben die Bundesregierung und alle anderen Landesregierungen stets festgestellt, dass sich aus der Gewährträgerhaftung keine Vorteile ergeben.

Auch Bundeskanzler Schröder hat letzte Woche in seiner Regierungserklärung zu diesem Thema festgestellt:

Angesichts der Globalisierung auf den Finanzmärkten und entsprechender nicht immer gelingender Strategien der privaten Banken auf diesem Feld

– das war letzten Donnerstag, also zwei Tage nach der zweiten Bombe von Deutscher Bank und Dresdner Bank –

glaube ich, dass es eine Renaissance insbesondere der Sparkassen in Deutschland geben kann, weil sie kundennah agieren und weil sie von alters her die Versorgung insbesondere der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, aber auch der privaten Kunden in durchaus optimaler Form geleistet haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Ich halte das für gut und auch für richtig. Das ist die Position, die auch die frühere Bundesregierung vertreten hat.

Die Gewährträgerhaftung ist auch deshalb keine Beihilfe, weil bei der Eigenkapitalausstattung der Sparkassen und der Landesbanken die Gewährträgerhaftung mit null ge-

(Haasis)

wichtet wird. Das heißt, bei der Feststellung, welches Eigenkapital für eine Bank notwendig ist, spielt die Gewährträgerhaftung keine Rolle. Sie würde dann eine Rolle spielen, wenn eine Sparkasse oder eine Landesbank liquidiert werden müsste, das Vermögen verbraucht wäre, der Sicherungsfonds verbraucht wäre und dann nach außen ein Kunde, ein Gläubiger auf das Vermögen des jeweiligen Gewährträgers zugreifen wollte, weil das des Instituts nicht ausreicht. Diesen Fall, wie gesagt, hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Monti, der zuständige Kommissar, hat jetzt auch erklärt, dass er „den Sparkassen nicht ans Leder“ wolle, im Gegenteil, man sehe die Berechtigung der Sparkassen. Er hat aber dann darauf hingewiesen, dass man aufgrund der Eingaben der Europäischen Bankenvereinigung natürlich prüfen müsse, ob nicht doch eine Beihilfe vorliegen könnte.

Ich möchte an dieser Stelle für die CDU-Fraktion nochmals darauf hinweisen, dass wir das System im öffentlich-rechtlichen Bereich insgesamt verteidigen wollen, das heißt Sparkassen wie Landesbanken. Sie haben wie die Genossenschaftsbanken mit ihren Zentralbanken eine Arbeitsteilung mit dem Institut vor Ort und mit dem jeweiligen Zentralinstitut. Das heißt, man kann die Zentralbank weder bei den Genossenschaftsbanken noch bei den Sparkassen von den Volksbanken oder Sparkassen trennen, denn sonst funktioniert das System nicht mehr.

Das ist auch nicht vergleichbar mit dem aktuellen Fall der WestLB, bei dem das Land Wohnungsvermögen eingebracht hat. Dies gibt es nur bei fünf Landesbanken. Das gab es nie bei der SüdwestLB, und das gibt es nicht bei der Landesbank Baden-Württemberg. Deshalb dürfen wir in diese Debatte die Probleme bei Bereichen der WestLB nicht mit einbeziehen, und das ist auch im Wirtschaftsausschuss so dargestellt worden.

Insoweit sind wir von der CDU dankbar, dass die anderen Fraktionen unserem Antrag zugestimmt haben, und wir fordern die Landesregierung auf, auf diesem Weg weiterzufahren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Capezzuto.

(Abg. Haas CDU zu Abg. Capezzuto SPD : Haben Sie ein Sparkassenkonto? – Weitere Zurufe)

Abg. Capezzuto SPD: Herr Kollege Haas, ich höre Sie nicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Historie und den Verdiensten der öffentlich-rechtlichen Banken möchte ich keine Worte mehr verlieren. Dazu hat sich bereits Herr Kollege Haasis als Fachmann geäußert. So kann ich jetzt drei Seiten weiterblättern.

(Abg. Haas CDU: Haben Sie sich abgestimmt?)

– Jawohl, Herr Haas, das war abgestimmt – im Gegensatz zu Ihren Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, Privatbanken haben bei der Europäischen Kommission Bedenken gegen die Gewährträgerhaftung für die Verbindlichkeiten der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute erhoben. Dadurch würde der Wettbewerb zugunsten von Landesbanken und kommunalen Sparkassen verzerrt, wurde zur Begründung ausgeführt.

EU-Wettbewerbskommissar und Namensvetter Mario Monti spricht sich nun nach längerer Überlegungszeit für eine Beibehaltung dieser Beihilfen und Garantien aus, wie auch Kollege Haasis bereits anführte, und ist bereit, diese so lange zu respektieren – aber nur so lange –, wie sie den öffentlichen Auftrag erfüllen werden. All dies, meine Damen und Herren, gilt aber nur für das historisch gewachsene öffentlich-rechtliche Bankensystem.

Weiter führt er aus, es sei nur ein Bestandsschutz für dieses deutsche Bankensystem, wohlgemerkt. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, schließen uns dieser Aussage an und fordern eine neu zu regelnde Definition und Präzisierung des Auftrags, und zwar zugunsten der Gewährträger.

Nach den Beratungen im Wirtschaftsausschuss sprechen wir uns für die Beibehaltung der Beihilfen aus und stehen auch zu dem am 29. März im Wirtschaftsausschuss verabschiedeten Antrag, Herr Haasis, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich erstens weiterhin über den Bundesrat für die Beibehaltung der bewährten öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur einzusetzen und zweitens über den Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die mittelstandsorientierten und an den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten orientierten Grundlagen sowie das – und das wurde von uns, der SPD-Fraktion, als Forderung mit eingebracht – Subsidiaritäts- und Regionalprinzip der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Deutschland auch in Zukunft erhalten und weiterentwickelt werden. So weit waren wir uns im Ausschuss einig, und so weit wurde auch fast Einstimmigkeit erzielt, Herr Kollege.

Allerdings teilen wir, die SPD-Fraktion, gewisse Bedenken, die schon allein in der langen Überlegungsfrist des europäischen Wettbewerbshüters, Herrn Monti, zum Ausdruck kommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Mario Monti!)

– Mario Monti, ja, gut, der Vollständigkeit halber. Wir wollen ja hier keinen Kult.

Deshalb haben wir ja auch bei den Beratungen im Wirtschaftsausschuss unter Ziffer 3 unseres Antrags gefordert, die Landesregierung solle berichten, welche Vorteile sich für die öffentlichen Banken in den letzten fünf Jahren aus der Gewährträgerhaftung ergeben haben und welche Abführungen hierfür in dem genannten Zeitraum an die Gewährträger gemacht worden sind.

Leider hat die Mehrheit des Wirtschaftsausschusses unserem mit Sicherheit berechtigten Anliegen nicht zustimmen können. Damit, Herr Kollege Haasis, wurde leider auch die Chance vertan, mehr Transparenz und mehr Durchsichtigkeit in den Bereich des öffentlich-rechtlichen Bankensystems zu bringen.

(Capezzuto)

Ansonsten stimmen wir der Vorlage, wie im Wirtschaftsausschuss am 29. März, zu.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hildebrandt.

(Abg. Scheuermann CDU: Das war eine staatstragende Rede! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Ich kann dir ja das Manuskript geben!)

– Moment! Herr Abg. Hildebrandt hat das Wort.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat, wie erwähnt, in dem zentralen Punkt im Wirtschaftsausschuss Übereinstimmung zwischen den Fraktionen dieses Hauses gegeben. Es besteht Übereinstimmung, dass das öffentlich-rechtliche Bankenwesen nicht durch den EU-Vertrag und auch nicht durch die EU-Kommission infrage gestellt wird und auch nicht durch den Wettbewerbskommissar Monti, wie man dem Bericht entnehmen konnte und was hier auch schon erwähnt worden ist. Die meisten Sparkassen können beruhigt sein, was die Kommission angeht. Das hat Herr Monti erklärt, wobei er irgendwie vorausgesetzt hat, dass sie durch die Kommission vorher beunruhigt gewesen seien.

Ich habe den Aufsatz, den der Herr Kollege Haasis über „Die Banken auf dem Weg nach Europa – ein Plädoyer für die Gemeinwohlorientierung“ geschrieben hat, nachgelesen. Er schreibt dort:

Standortpolitik darf daher nicht allein auf Investitions- und Kostensenkungsstrategie beschränkt werden, sondern muss den gesamten Systemwettbewerb zwischen Nationen, Regionen und Kulturen einbeziehen.

Ich gehöre nicht zu denen, die von Systemwettbewerb zwischen Nationen und Kulturen reden, aber im Kern will ich ausdrücklich der Aussage des Kollegen Haasis zustimmen: Standortpolitik darf nicht allein auf Investitions- und Kostensenkungsstrategie beschränkt werden. Sie ist immer auch eine Politik zusammen mit den Menschen in der Region, mit den Voraussetzungen dort, und muss sich dem Gemeinwohl und dem Prinzip der Subsidiarität unterwerfen.

Die Menschen brauchen

– schreibt der Kollege Haasis weiter –

verlässliche politische und ökonomische Organisationsstrukturen, um Produktivität und Kreativität zu entwickeln.

Auch das will ich ausdrücklich unterstreichen und den Appell anfügen, dass solche Grundsätze bitte schön nicht bloß für den Sparkassen- und Giroverband Baden-Württemberg oder Nordwürttemberg gelten, sondern dass das politische Grundsätze sind, die man auch in anderen Bereichen anwenden kann. So weit also die gemeinsame Übereinstimmung und die Zustimmung.

Ich will aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass in dem Beschluss, den die CDU-Fraktion im Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen hat und der einstimmig verabschiedet wor-

den ist, auch von Weiterentwicklung die Rede ist. Es kann ja nicht sein, dass wir auf Entwicklungen und Veränderungen, die unübersehbar stattfinden, nur mit hinhaltendem Widerstand und mit einer Glasglocke antworten. Es finden ja Veränderungen statt: Es gibt Sparkassen, die sich in Aktiengesellschaften umwandeln. Es gibt Fusionen. Es gibt Ausweitungen der Geschäftstätigkeiten. Dann wird man schon sehen, ob da nicht auch Veränderungen stattfinden, die unsere Reaktion erfordern.

Grundsätzlich wird es nicht möglich sein, durch politischen Druck strukturelle Veränderungen bei Landesbanken oder Sparkassen abzuwehren. Wir werden abwarten müssen, wie die rechtliche Auseinandersetzung – die wird ja weitergehen – um die Fragen, die jetzt vor allem die Landesbanken betreffen, auf europäischer Ebene ausgeht. Landesbanken, die in New York, Singapur oder Stockholm tätig werden, haben sich an die internationalen Wettbewerbsvorschriften zu halten. Eine durch Gewährträgerhaftung und Kapitalspritzen begründete Sonderstellung ist nicht zu rechtfertigen, sofern sie sich nicht auf regionalwirtschaftliches Handeln beschränkt. Und die Unterscheidung, die Kommissar Monti in der präzisen Beschreibung trifft, dass man von Beihilfen nicht zu sprechen braucht, wenn der öffentliche Auftrag für die Sparkassen erstens klar ist und zweitens auch befolgt und erfüllt wird, ist völlig logisch. Das heißt aber, dass für die Landesbanken, die als internationale Geschäftsbanken auftreten, sehr wohl die Wettbewerbsbestimmungen gelten und dass sehr wohl Änderungen eintreten könnten, vielleicht in der Weise, dass die Gewährträgerhaftung beibehalten wird, wohl aber ein angemessenes Entgelt an die Länderhaushalte abgeführt werden muss. Das wird die Landesbanken nicht umbringen und würde die Wettbewerbssituation klären.

Zum Abschluss: Diese ganze Frage des öffentlich-rechtlichen Bereichs in der Bundesrepublik Deutschland eignet sich nicht für antiuropäische Schlenker. Auch die Hinweise auf den Rundfunk oder meinetwegen auf Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Buchmarkt eignen sich nicht dafür, mit der partikularistischen Länderkeule gegen die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu argumentieren. Wir wollen ja keine Subventionswettläufe in allen Branchen, sondern wir wollen fairen, offenen Wettbewerb. Wir wollen keinen Manchester-Kapitalismus, wir wollen aber auch keine durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen festgeschriebene Monopolstruktur. Insofern wird schon zu überlegen sein, wie in Bezug auf die Landesbanken und den öffentlich-rechtlichen Sektor von unserer Seite auf diese Weiterentwicklung reagiert werden wird.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kleinmann.

(Abg. Haasis CDU: Wenn von den Grünen niemand da ist, kann auch niemand klatschen! – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Dieses Mal, Herr Haasis, liegt es daran, dass Sie nicht zugehört haben! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Ich habe sehr wohl zugehört! – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Das letzte Mal haben Sie es nicht verstanden, aber diesmal haben Sie nicht zugehört! – Unruhe)

– Moment! Das Wort hat Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem bereits alles Wesentliche gesagt worden ist, möchte ich hier in aller gebotenen Kürze im Namen unserer Fraktion nur noch drei Bemerkungen machen.

Erstens: Wir sind – wie Sie, Herr Haasis – der Meinung, dass sich das bisherige Dreisäulensystem des Kreditwesens in der Bundesrepublik Deutschland bewährt hat. Daher sollte es auch nicht ohne Not geändert werden. Das heißt aber auch, dass der dritten Säule, also den öffentlich-rechtlichen Sparkassen, kein Schaden zugefügt werden sollte, also die Gewährträgerschaft für diese Kreditinstitute bleiben sollte.

Zweitens: Sparkassen und Genossenschaftsbanken – auch darauf haben Sie, Herr Haasis, hingewiesen – sind für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, für den mittelständischen Handel und für das mittelständische Gewerbe von großer Bedeutung. Schon deshalb sollte es bei der Gewährträgerschaft bleiben.

Drittens: Wo Ungereimtheiten, wie zum Beispiel bei der WestLB, vorkommen, die zu unlauterem Wettbewerb und damit zu Wettbewerbsverzerrungen führen, muss dies offen gelegt – Stichwort größere Transparenz – und muss dem Einhalt geboten werden.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion nimmt von der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums und von dem Bericht des Wirtschaftsausschusses Kenntnis und stimmt der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Reife Leistung! Kurz und bündig! So sollte man predigen! Dann wären am Sonntag die Kirchen voll!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind in Baden-Württemberg ein Stück Realität, das aus unserer Sicht nicht mehr wegzudenken ist. Gerade bei der mittelständisch geprägten Struktur unseres Landes ist es wichtig, Sparkassen als kompetente Partner vor Ort zu haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Das hat der Haasis doch schon gesagt! Mein Gott!)

Dass diese Sparkassen nicht unbedingt in das großkapitalistische Konzept dieser allmächtigen EU passen, mag die andere Seite sein. Aber für uns ist das etwas anderes als möglicherweise für ein anderes Land in Europa.

Meine Damen und Herren, Sparkassen bringen ganz am Rande so manchem Kreis ganz gutes Geld in die Kasse, weil natürlich am Ende des Jahres auch etwas abgegeben wird. Es fällt mir sehr schwer, internationale Strukturen der EU mit den Strukturen unseres Landes zu vergleichen und dann möglicherweise daraus zu schließen, was wir brauchen.

In diesem Hause wird übrigens immer viel über Subsidiarität gesprochen. Aber immer dann, wenn die Stichworte „EU“ oder „Globalisierung“ fallen, muss Subsidiarität in den Hintergrund treten. Das tut mir sehr Leid.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich möchte nicht, dass wir aufgrund irgendwelchen Drucks der EU einmal so weit kommen, dass Mittelständler durch den Hintereingang einer Großbank gehen müssen, um überhaupt noch ein Bankkonto führen zu können.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich möchte nicht, dass wir das durch die EU bekommen,

(Abg. Brechtken SPD: Mein Gott!)

sondern ich möchte trotz Europa in diesem Land gewachsene Strukturen erhalten. Sie sollen so gesund bleiben, wie sie immer waren.

(Abg. Brechtken SPD niest. – Abg. Brechtken SPD: Ich habe eine Allergie gegen den Kerl!)

Wir Republikaner sind schon der Meinung, dass sich die Sparkassen möglicherweise einmal der Diskussion stellen müssen, ob die öffentliche Gewährträgerschaft vielleicht ein paar Mark wert ist. Man sollte das einmal ausrechnen, sich mit ehrlichen Absichten an einen Tisch setzen und dann feststellen, dass sich die Sparkassen das vielleicht ein bisschen etwas kosten lassen sollten.

Es sollte aber auf keinen Fall so weit kommen, dass uns die Eurokraten eines Tages sagen, was wir in diesem Land zu tun haben und was nicht. Wenn Europa letztendlich alle gewachsenen Strukturen Deutschlands infrage stellt – und das ist ja schon in mehreren Fällen passiert, in denen wir liquidiert haben –, sollte uns dies nicht in größte Nervosität versetzen, sondern wir sollten den Weg weitergehen, der diesem Land in der Vergangenheit Erfolge gebracht hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich sehe nicht ein, meine Damen und Herren, dass alle gewachsenen Strukturen per Federstrich aus Brüssel abgeschafft werden sollen, nur weil ein paar Bürokraten in Brüssel sich nicht in ein solches Konzept hineindenken können oder nicht hineinpasse. Deutschland hat bisher für Europa wirklich große Opfer gebracht. Ich sehe keine Notwendigkeit, im vorausseilenden Gehorsam weitere Opfer für Europa zu bringen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist wirtschaftspolitischer Stuss!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die Gebäudeversicherung nennen, die wir auch im vorausseilenden Gehorsam abgegeben haben.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Was die Folge ist, Herr Kollege Brechtken, sehen Sie, wenn Sie jedes Jahr Ihre Versicherungsrechnung anschauen. Das müsste auch Ihnen klar sein.

(Abg. Capezzuto SPD: Zahlen Sie keine?)

(Rapp)

Fazit: Man kann aus unserer Sicht ruhig einmal darüber nachdenken, ob die Gewährträgerschaft den Sparkassen nicht ein bisschen mehr wert sein sollte, aber man sollte gewachsene Strukturen fördern und bestehen lassen, weil sie sich für unser Land absolut bewährt haben. Was für Baden-Württemberg gut ist, sollten wir hier bestimmen, und wir sollten es uns nicht von irgendwelchen Eurokraten sagen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wir unterstützen aber auch den Antrag der CDU, den wir in diesem Zusammenhang für sinnvoll halten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Brechtken SPD: Der Kollege der FDP/DVP ist der Maßstab für die Länge der Rede!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung unterstützt die vielfältigen Bemühungen um die Bestandssicherung unseres bewährten Systems der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute. Sie sind eine der drei Säulen neben den Genossenschaftsbanken und den Privatbanken, und sie sind sehr wichtig, insbesondere für die Finanzierungsbedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir sind uns wohl auch in dem Bestreben einig, für die bewährten Strukturen der Daseinsvorsorge, wie sie bei uns gewachsen sind, zu kämpfen. Das gilt für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, aber auch für die Medien, den Sport und die Kultur.

Die Überprüfung der Gewährträgerhaftung hatte ja die EU-Kommission deshalb auf den Plan gerufen, weil sie aufgrund einer Beschwerde der Europäischen Bankenvereinigung zur Einleitung eines Hauptprüfungsverfahrens gezwungen ist. In dem Zusammenhang ist es schon wichtig, einmal ganz kurz auf die europäische Rechtslage zu schauen; denn nach dem EU-Vertrag entscheidet allein die EU-Kommission, welche Maßnahmen sie als Beihilfen ansieht und ob sie mit den Bestimmungen des EU-Vertrags vereinbar sind. Ist der EU-Mitgliedsstaat damit nicht einverstanden, bleibt ihm nur der Weg der Klage vor dem EuGH. Wir haben ja inzwischen hinsichtlich der WestLB, wo es auch um Gewährträgerhaftung geht, den Fall, dass nicht nur die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen eine Klage eingereicht haben, sondern gestern auch die EU-Kommission. Nun bin ich nicht unbedingt ein Mensch, der immer dafür plädiert, gleich zum Gericht zu laufen, allein schon wegen der Lebenserfahrung, dass wir vor Gericht und auf hoher See in Gottes Hand sind. Aber ich glaube, in diesem schwierigen Fall ist es wohl der einzig gangbare Weg, damit wir in diesem gerade auch für uns wichtigen Bereich Klarheit bekommen. Ich kann nur hoffen, dass die Entscheidung bald ergeht und zu unseren Gunsten ausfällt. Aber das ist Sache des Gerichts.

In der Tat, die Länderwirtschaftsministerkonferenz hatte vor einigen Wochen Gelegenheit, mit Kommissar Monti darüber zu sprechen. Ich hatte die Gelegenheit, dabei zu sein. Dabei wurde deutlich, dass es dem Kommissar nur

um die Landesbanken geht, die international tätig sind, und nicht um die Sparkassen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einen anderen Aspekt hinweisen. Auf Antrag der Bundesregierung hat der Sondergipfel in Lissabon die Kommission beauftragt, einen Vorschlag für die Ergänzung des Artikels 86 des EU-Vertrags zu erarbeiten und multilateral mit den Mitgliedsstaaten zu erörtern. Dabei geht es um die Sicherstellung der öffentlich-rechtlichen Strukturen in Deutschland. Damit ist die Thematik zwar nicht auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz, wie es die Länder wollten, aber immerhin wird die Thematik aufgearbeitet. Das ist ja letztlich das, was in unser aller Interesse liegt, die wir uns für die Weiterentwicklung der Anliegen der Bundesländer im Rahmen der Europäischen Union einsetzen.

Nach den Gesprächen der Länderwirtschaftsministerkonferenz in Brüssel habe ich durchaus den Eindruck gewonnen, dass man dort sorgfältig darüber nachdenkt, was unter dem Aspekt der Subsidiarität und des vertraglich garantierten Schutzes der Eigentumsordnung der Mitgliedsstaaten nicht angetastet werden darf. Trotzdem müssen wir weiter auf der Hut sein.

Lassen Sie mich enden mit einer Bemerkung, die an das anknüpft, was Herr Abg. Dr. Hildebrandt gesagt hat: In der Tat bin auch ich der Meinung, dass wir gerade in Wettbewerbsfragen und Beihilfefragen mit der neuen Kommission konstruktiv zusammenarbeiten sollten; denn für die Wirtschaft unseres Landes, die so exportorientiert ist und die so auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtet ist, ist es ganz wichtig, dass dieser Markt möglichst wenig von Wettbewerbsverzerrungen beeinflusst wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Brechtken SPD: Bravo!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Capezzuto SPD: Ach noi! Keine?)

Nachdem von allen Seiten Zustimmung signalisiert wurde, gehe ich davon aus, dass ich ohne förmliche Abstimmung feststellen kann, dass Sie der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 12/5030, zustimmen.

(Abg. Capezzuto SPD: Der Wirtschaftsminister will noch etwas sagen!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Beschlussempfehlung verabschiedet.

Ich stelle fest, dass morgen, am 13. April, um 9:30 Uhr die nächste Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg stattfindet. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die heutige Sitzung.

(Abg. Brechtken SPD: Gleichfalls, Herr Präsident!
– Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wir danken für die Sitzungsleitung!)

Schluss: 18:27 Uhr